P21902F

KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF

Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
52D 1726

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Jahrg. 3, Nr. 3
Sept. 1975

Preis: 4.– DM

Der ideologische Aufbau ist das Hauptkettenglied beim Aufbau der Partei – Die Einheit der Marxisten-Leninisten

Die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung und die Frage von Krieg und Frieden
Joscha Schmierer

"Freiheit, Familie, Eigentum" – ideologische Ladenhüter der bürgerlichen Klasse gegen die Arbeiterklasse gewendet – Der Mannheimer Parteitag der CDU
W. Maier

Aufrüstung des BRD-Imperialismus – Zur Entwicklung der Militärpolitik der BRD

Putsch in Bangla Desh und das Ringen der beiden Supermächte um Einflußsphären

Zur Außenpolitik, Militärdoktrin und Flottenpolitik des russischen Sozialimperialismus

KBW

Kommunistischer Bund Westdeutschland

KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Jahrg. 3, Nr. 3 September 1975

INHALT

J.S.
Der ideologische Aufbau ist das Hauptkettenglied beim Aufbau der Partei
Die Einheit der Marxisten-Leninisten
Aus Anlaß einer Rede des Vorsitzenden der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) 146

Joscha Schmierer
Die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung und die Frage von Krieg und Frieden 154

W. Maier
"Freiheit, Familie, Eigentum" – ideologische Ladenhüter der bürgerlichen Klasse gegen die Arbeiterklasse gewendet
Der Mannheimer Parteitag der CDU 168

e.r.
Aufrüstung des BRD-Imperialismus
Zur Entwicklung der Militärpolitik der BRD 180

BN, D.A. (Südasienarbeitskreis Heidelberg)
Putsch in Bangla Desh und das Ringen der beiden Supermächte um Einflußsphären 189

Mo.
Zur Außenpolitik, Militärdoktrin und Flottenpolitik des russischen Sozialimperialismus
Diskussionsbeitrag 198

Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Redaktion: Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees
Verantwortlicher Redakteur: Joscha Schmierer, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29

Erscheint einmal vierteljährlich im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 3 60 15
Bankkonto: Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Konto Nr. 18 909 05
Postscheckkonto: Postscheckamt Karlsruhe, Konto Nr. 958 37-753

Preis der Einzelnummer: DM 4,00
Das Jahresabonnement (4 Nummern incl. Porto) kostet DM 16,00

Auflage: 15 000

Gesamtherstellung: J. Elfert (Caro-Druck), 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6

Berichtigung
Kommunismus und Klassenkampf Nr. 2/1975: In dem Artikel "Gibt es zu viele Menschen?" muß die Quellenangabe (16) auf S. 91 richtig lauten: Peter Krieg, Der besiegte Hunger, in: Blickpunkt, Hrsg. Landesjugendring Berlin, Nr. 238, Okt. 1974, S. 17–22, S. 18

Der ideologische Aufbau ist das Hauptkettenglied beim Aufbau der Partei

Die Einheit der Marxisten-Leninisten – Aus Anlaß einer Rede des Vorsitzenden der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML)*

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) hat sich zum Ziel gesetzt, zum Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse beizutragen. Dazu sind notwendig die Einheit der Marxisten-Leninisten in einer demokratisch-zentralistischen Vorhutorganisation und die enge Verbindung dieser Vorhutorganisation mit den Arbeitermassen und dem Volk. Die Arbeiterklasse ist die revolutionäre Klasse in der bürgerlichen Gesellschaft. Sie kann die Revolution jedoch nur dann erfolgreich durchführen, wenn sie sich unter einer einheitlichen Führung zusammenschließt und das Volk für die Revolution gewinnt. Ohne Kommunistische Partei kann die Arbeiterklasse die Revolution nicht machen. Ohne eine richtige revolutionäre Theorie und eine richtige politische Linie kann die Kommunistische Partei ihre Aufgaben nicht erfüllen.

Der Aufbau der Kommunistischen Partei besteht deshalb im wesentlichen in der Aneignung der revolutionären Theorie und der Ausarbeitung der richtigen politischen Linie durch die Revolutionäre, der Organisierung der Vorhut der Arbeiterklasse auf dieser festen ideologischen und politischen Grundlage sowie der Verbindung der Vorhut mit der Klasse. Der Aufbau der Partei ist dementsprechend ein langandauernder Prozeß und keineswegs abgeschlossen mit der Gründung der Kommunistischen Partei. Die Gründung der Partei zeigt allerdings, daß gewisse Bedingungen beim Aufbau der Partei erfüllt sind: daß sich die vorhandenen Kräfte des Marxismus-Leninismus auf Grundlage eines Programms und eines Statuts in einer demokratisch-zentralistischen Organisation zusammengeschlossen haben und daß sie bereits ein wichtiger Faktor des Klassenkampfes geworden sind. Diese Bedingungen sind heute noch nicht vollständig verwirklicht, und deshalb gibt es heute die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse noch nicht. Wer etwas anderes behauptet, wird durch die Tatsachen Lügen gestraft.

Statt dessen gibt es verschiedene Organisationen, die jede auf ihre Art zum Aufbau der Partei beitragen: sei es durch negatives oder positives Beispiel. Diese Organisationen sind im wesentlichen: der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), die Gruppe Roter Morgen (Kommunistische Partei Deutschland / Marxisten-Leninisten), die Gruppe Rote Fahne (Kommunistische Partei Deutschland), der Kommunistische Arbeiterbund Deutschland (KABD), der Arbeiterbund zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Deutschland und der Kommunistische Bund (Nord).

In dieser Situation der politischen Zerrissenheit und Spaltung darf jeder Aufruf zur Einheit der Marxisten-Leninisten der Aufmerksamkeit aller Marxisten-Leninisten sicher sein. Einen solchen Aufruf enthält eine Rede, die der Vorsitzende der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) Ende Juni in Westberlin gehalten hat. Um es vorweg zu sagen: eine Grundlage für die Einheit der Marxisten-Leninisten enthält diese Rede nicht. Dennoch enthält sie eine Wendung der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) in der Frage des Parteiaufbaus, die einige Bedeutung hat: eine Absage an die zügellose Verleumdung anderer Organisationen und eine Bereitschaftserklärung zur politischen Auseinandersetzung.

* Der Titel der Rede, die der Vorsitzende der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML), Ernst Aust, in Westberlin gehalten hat, lautet: "Vorwärts auf dem Weg der Einheit der Marxisten-Leninisten". Sie ist abgedruckt in der Nr. 27 des "Roten Morgen" vom 5. Juli 1975.

Inzwischen hat die Gruppe Roter Morgen mit einer Erklärung des Präsidiums ihres ZK vom 16. August 1975 erneut ihre Linie geändert. Im vorliegenden Artikel ist sie nicht berücksichtigt, weil er bereits verfaßt wurde, bevor diese neueste Änderung erfolgte.

Bereits in der letzten Ausgabe von "Kommunismus und Klassenkampf" haben wir uns auseinandergesetzt mit der Theorie der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens mit der eigenen Bourgeoisie, wie sie zuerst von der Gruppe Roter Morgen vertreten wurde (siehe: Hans-Jörg Hager, Mit der westdeutschen Bourgeoisie gibt es keine Gemeinsamkeit – Gegen die Theorie der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens mit der eigenen Bourgeoisie. In: Kommunismus und Klassenkampf Nr. 2/1975, Seite 130–143). In der Vorbemerkung des Artikels von Hans-Jörg Hager wird festgestellt, daß die Gruppe Roter Morgen nach der Polemik, die wir in unserem Zentralorgan geführt haben, von ihrer ursprünglichen Position Schritt für Schritt zurückgewichen ist – nicht ohne jedesmal zu behaupten, die jüngste Korrektur sei schon immer ihre Position gewesen.

Dieser Vorgang hat sich über die hier behandelte Rede von Ernst Aust mit enormem Tempo fortgesetzt zu der genannten Erklärung "Wie muß der Kampf gegen die beiden Supermächte geführt werden? " in der Beilage zum "Roten Morgen" Nr. 33 vom 16. August 1975. Die Gruppe Roter Morgen redet dort nunmehr davon, daß der Hauptwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat verläuft, "in beiden deutschen Staaten", wie sie meint. Das Etappenziel sei folglich der gewaltsame Sturz des Imperialismus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Das ist immerhin ein erfreulicher Fortschritt. Andererseits hindert sie das nicht daran, als "Hauptfeind in ganz Deutschland" den russischen Sozialimperialismus zu bezeichnen. Das bleibt falsch und widerspricht der ersteren Feststellung.

Mit den sich jagenden Linienkorrekturen versucht die Gruppe Roter Morgen sich zu distanzieren von der schlimmsten Brut des Kuckuckseis, das sie selbst dem westdeutschen Proletariat ins Nest schmuggeln wollte.

Die Methode der Gruppe Roter Morgen ist nicht die aufrichtige Bereinigung gemachter Fehler, sondern die Vertuschung. Und jedesmal findet sie bloß eine neue Variante ihrer schädlichen Linie. (Red.)

Was sind die Ursachen der Spaltung und Zersplitterung?

Wenn man die Ursachen der gegenwärtigen Spaltung und Zersplitterung der revolutionären Bewegung untersucht, dann muß man verschiedene Faktoren beachten. Das wichtigste ist, daß man den Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung beachtet. Das ist ein ausgesprochen positiver Faktor und die Hauptursache dafür, daß sich in zahlreichen Städten der Bundesrepublik Ende der sechziger Jahre junge revolutionäre und kommunistische Gruppen gebildet haben, um den Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung zu führen. Diese Vielzahl von kommunistischen Gruppen und Zirkeln war nichts Schlechtes, sie war der lebendige Ausdruck des Neuaufschwungs der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung in der Bundesrepublik, und auf diese zahlreichen Gruppen und Zirkel mußte sich der Aufbau der Kommunistischen Partei beziehen. Weiter muß man die nahezu unumschränkte ideologische Herrschaft der Bourgeoisie beachten, auf die dieser Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung traf. Die herrschende Ideologie ist die Ideologie der herrschenden Klasse, dies ist eine allgemeine Gesetzmäßigkeit der Geschichte. Aber selten war die ideologische Herrschaft der Bourgeoisie so uneingeschränkt und unumstritten wie während der sechziger Jahre in der BRD. Diese unumstrittene Herrschaft der bürgerlichen Ideologie hatte ihre Ursache in den erfolgreichen Schlägen gegen die KPD und in der ideologischen Entartung dieser Partei der Arbeiterklasse sowie in der Spaltung des kommunistischen Lagers durch die revisionistische KPdSU und der Restauration der Herrschaft der Bourgeoisie im Machtbereich der Sowjetunion. Dies sind die beiden wichtigsten Faktoren, wenn man die Zersplitterung und Spaltung der revolutionären Bewegung in der BRD untersucht. Der eine Faktor ist positiv, der andere Faktor ist negativ. Der negative Faktor bewirkte, daß der positive Faktor in seiner Entwicklung gehemmt wurde. Zusätzlich muß man beachten, daß die Studentenbewegung innerhalb des Neuaufschwungs der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung zunächst ein ideologisches und politisches Übergewicht hatte und daß sich vor diesem Neuaufschwung keinerlei marxistisch-leninistischer Kern herausgebildet hatte, der auch nur entfernt dazu in der Lage gewesen wäre, sich an die Spitze dieses Neuaufschwungs der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung zu stellen oder wenigstens einen bedeutenden Einfluß auf ihn auszuüben. Erst nachdem sich dieser Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung naturwüchsig und stürmisch zu entfalten begonnen hatte, wurde die KPD/ML gegründet. Dies geschah ohne öffentliche und nachprüfbare ideologische Auseinandersetzung, und ohne daß dieser Gründungsakt verbunden gewesen wäre mit der wirklichen Bewegung der Arbeiter und der Massen. Auf der anderen Seite nutzten die Revisionisten den Schwung der Bewegung, um sich die Zulassung als DKP zu erkungeln. Im Einvernehmen mit der westdeutschen Bourgeoisie und im Auftrag der Revisionisten in der Sowjetunion und der DDR versuchten sie, die junge revolutionäre Bewegung auf ihre Mühlen zu lenken.

Es war also nicht nur ganz unumgänglich, daß sich aus der jungen Bewegung selbständige kommunistische Gruppen und Zirkel herausgebildet haben. Dies war auch gut. Nur so konnten sich Teile dieser Bewegung die marxistisch-leninistische Theorie aneignen und damit beginnen, eine richtige politische Linie auszuarbeiten. Dabei stützten sie sich auf ihre eigenen praktischen Erfahrungen im Kampf um Demokratie und Sozialismus, auf das Studium der Klassiker des Marxismus-Leninismus und auf die Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung, insbesondere der Kommunistischen Partei Chinas, unter deren Führung sich fast gleichzeitig die Große Proletarische Kulturrevolution entfaltet hatte. Diese Gruppen mußten viel bürgerlichen Schutt in den Köpfen der eigenen Mitglieder wegräumen, mußten zahlreiche falsche Vorstellungen in den eigenen Reihen überwinden. Da diese ideologische Auseinandersetzung mit einer revolutionären Praxis unter den Massen verbunden war und im Dienst dieser Praxis stand, mußten die falschen Auffassungen und Vorstellungen offengelegt werden und konnten nicht unterdrückt werden, mußten sie im Kampf zweier Linien liquidiert werden und konnten nicht per Beschluß ad acta gelegt werden, um unversehens wieder aufzutauchen. Es ist deshalb kein Zufall, daß gerade diese Gruppen ein Zentrum der ideologischen Auseinandersetzung und der theoretischen Arbeit wurden, daß von ihnen wichtige Anstöße zum Aufbau der Partei ausgingen. Solche Gruppen waren trotz aller wichtigen Unterschiede: das SALZ-Hamburg, die Arbeiterbasisgruppen-München und der SDS-Heidelberg, bzw. nach seiner unvermeidlichen Spaltung die Kommunistische Gruppe/Neues Rotes Forum. Ähnliche Gruppen gab es an zahlreichen Orten. Dies jedoch waren die bedeutendsten. Sie waren bis zu einem gewissen Grad in der örtlichen Massenbewegung verankert und hatten einen bestimmten ideologischen und politischen Einfluß über den Ort hinaus. Von diesen Gruppen zu unterscheiden sind solche Organisationen, die der Gründungsakt der KPD/ML nicht ruhen ließ und die ihn wiederholen wollten. Dies gilt vor allem für die Gruppe Rote Fahne, die sich 1970 als KPD/Aufbauorganisation gründete und sich bald darauf in KPD umbenannte mit dem Anspruch, diese von vornherein gewesen zu sein, ohne es gewußt zu haben.

Die Fragen der politischen Linie müssen Vorrang gegenüber Formfragen haben

Untersucht man die Geschichte des Parteiaufbaus in Westdeutschland, dann lassen sich von vornherein zwei Linien unterscheiden und läßt sich ein Kampf zwischen diesen beiden Linien feststellen: die eine Linie gab rein organisatorischen Schritten den Vorrang und sicherte diese durch großspurige und inhaltsleere Deklamationen ab, die andere Linie gab dem ideologischen Aufbau der Partei den Vorrang. Die eine Linie führte zu einer ganzen Reihe prinzipienloser Gründungen, "Anschlüsse" und Spaltungen, zu einem ständigen Wechsel und Schwanken in der politischen Linie bei einer vorübergehend vergleichsweise raschen organisatorischen Entwicklung. Die andere Linie führte zu einer grundsätzlichen Klärung der entschei-

denden programmatischen Fragen der proletarischen Revolution in Westdeutschland und schließlich zum Zusammenschluß entscheidender Kräfte in einer demokratisch-zentralistischen Organisation, die bisher in keiner wesentlichen Frage Schwankungen durchgemacht hat und trotz harter und schwerwiegender ideologischer Auseinandersetzungen sich nicht gespalten hat. Für die eine Linie im Parteiaufbau stehen noch heute die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) und die Gruppe Rote Fahne (KPD). Für die andere Linie im Parteiaufbau steht der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW). Die anderen Gruppen haben für den Parteiaufbau im gesamtstaatlichen Maßstab eine geringere Bedeutung oder schwankten zwischen diesen beiden Linien im Parteiaufbau hin und her. Heute ist der Kommunistische Bund Westdeutschland nicht nur die weitaus stärkste kommunistische Organisation in Westdeutschland. Er ist auch die einzige kommunistische Organisation, die bewiesen hat, daß sie nicht nur an einzelnen Orten, sondern auch auf gesamtstaatlicher Ebene Kräfte mobilisieren kann, die weit über ihre eigenen Reihen hinausgehen. Die Erfahrung in der Praxis ist der Prüfstein einer politischen Linie. Überprüfen wir die zwei Linien im Parteiaufbau in der Praxis, dann erkennen wir leicht, welche Linie die richtige ist: die Linie, die dem ideologischen Aufbau der Partei den Vorrang gegeben hat. Nur mit dieser Linie konnte auf die konkreten Bedingungen des Parteiaufbaus in Westdeutschland und Westberlin die richtige Antwort gegeben werden. Diese Bedingungen waren der Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und revolutionären Bewegung und die unumstrittene ideologische Herrschaft der Bourgeoisie. Es ist kein Zufall, daß diese Linie von Gruppen und Organisationen verfochten worden ist, die zu keinem Zeitpunkt die Verbindung mit der wirklichen Bewegung verloren haben und stets deren Bestandteil gewesen und geblieben sind. Von Gruppen und Organisationen, die den ideologischen Aufbau der Partei stets mit der Praxis der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung und ihrer Entfaltung verbunden haben. Heute ist es bereits nicht mehr richtig, von einer Zersplitterung der revolutionären Bewegung zu reden. Diese Zersplitterung ist weitgehend überwunden. Heute haben wir es im wesentlichen mit einer politischen Zerrissenheit und Spaltung zu tun. Dies ist die Folge der politischen Prinzipienlosigkeit in der Frage des Parteiaufbaus und der hartnäckigen Verteidigung falscher politischer Standpunkte in entscheidenden Fragen der politischen Linie durch die Gruppen, die dem organisatorischen Aufbau der Partei den Vorrang vor dem ideologischen Aufbau der Partei gegeben haben. Naturgemäß konnten die Standpunkte dieser Organisationen stets um 180 Grad wechseln. Sie mußten jedoch immer gleich hartnäckig verteidigt werden, um die Organisation zusammenzuhalten.

Wenn wir jetzt untersuchen, wie diese Spaltung überwunden werden kann, dann dürfen wir nicht in den alten Fehler verfallen und Formfragen den Vorrang einräumen vor den Fragen der politischen Linie. Gerade diesen Fehler macht Ernst Aust in seiner Rede zur Einheit der Marxisten-Leninisten. Hat die Gruppe Roter Morgen stets zügellos die Auseinandersetzung nach dem Prinzip "rücksichtsloser Kampf und harte Schläge" geführt und dadurch von der Dürftigkeit ihrer politischen Aussagen abgelenkt, so will sie zwar jetzt die Form der Auseinandersetzung ändern, was zu begrüßen ist, glaubt aber an ihrer politischen Linie festhalten zu können, was zu verurteilen ist. Wer nichts zu sagen hat oder sich mit seinen falschen Auffassungen nicht durchsetzen kann, schreit gern. Hört er zu schreien auf und versucht es auf die sanfte, versöhnliche Tour, dann braucht das noch lange nicht zu heißen, daß er jetzt was zu sagen hat und nicht länger falsche Auffassungen verbreiten will. Gerade das ist bei Ernst Aust der Fall: Er ändert lediglich den Ton.

Die politischen Aussagen in der Rede von Ernst Aust können nicht Grundlage von Einheit sein

Was enthält die Rede von Ernst Aust an politischen Aussagen?

Sie enthält erstens wenig politische Aussagen und zweitens oft falsche oder widersprüchliche.

Falsche taktische Festlegungen für die Politik der Aktionseinheit

So stellt Ernst Aust fest, daß Organisationen, die den Revisionisten zu folgen beginnen, ins Lager der Bourgeoisie überzuwechseln beginnen. Das ist richtig. Daraus folgert Ernst Aust: "Niemals werden wir uns mit den Führern dieser (revisionistischen) Organisationen, diesen Agenten des Kapitals und Verrätern am Sozialismus, diesen Agenten des russischen Sozialimperialismus und Verrätern an den nationalen Interessen des deutschen Volkes an einen Tisch setzen." Nachdem er dies festgestellt hat, fragt er rhetorisch: "Kann man mit diesen Renegaten, diesen Agenten der Bourgeoisie eine Einheit oder auch nur eine Aktionseinheit eingehen, wo es doch gerade unsere Aufgabe ist, ihren Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse allseitig zu entlarven? "

Woraus folgt denn, daß man die revisionistischen Führer nicht gerade durch eine revolutionäre Politik der Aktionseinheit entlarven kann? Und wozu soll denn die Entlarvung dieser Führer dienen? Sie soll der Einheit mit den Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes dienen, die durch die revisionistischen Führer hinters Licht geführt und dadurch von der revolutionären Bewegung abgespalten werden. Die Einheit mit diesen Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes ist eben nicht dadurch zu erreichen, daß die Marxisten-Leninisten sich unter keinen Umständen an einen Verhandlungstisch oder auch ein Podium mit den Revisionisten setzen, sondern nur dadurch, daß die Marxisten-Leninisten eine Politik der Aktionseinheit entfalten und gleichzeitig den ideologischen Kampf keine Minute lang einstellen. Anders kommen wir an die Teile der Arbeiterklasse und des Volkes, die von den Revisionisten hinters Licht geführt werden, nicht heran, und herankommen müssen wir an sie, wenn wir den Einfluß des Revisionismus oder auch des Reformismus brechen wollen. Es hat keinen Sinn, so zu tun, als wäre der Revisionismus und der Reformismus nicht eine organisierte politische Strömung in der Arbeiterbewegung und als könnten wir ihren Einfluß brechen, ohne eine Politik der Aktionseinheit gegenüber den reformistischen und revisionistischen Organisationen zu entfalten. Dazu muß man sich halt manchmal auch mit den erbittertsten Feinden an einen Tisch setzen.

Entweder es gelingt, eine Aktionseinheit auf einer objektiv revolutionären Grundlage herzustellen, dann ist dies eine Niederlage für die revisionistischen Organisationen und ihre Führer, und wir können ihren Einfluß in der Aktionseinheit brechen. Oder es gelingt nicht, dann können wir sie umso besser entlarven und ebenfalls ihren Einfluß brechen. Dem Revisionismus beginnt man nicht zu folgen, wenn man eine Politik einschlägt, die geeignet ist, seinen Einfluß zu brechen. Schlägt man eine solche Politik nicht ein, dann kann man nicht verhindern, daß weiterhin Teile der Massen dem Revisionismus folgen. Statt das zuzulassen, werden sich die Marxisten-Leninisten nicht scheuen, sich wenn notwendig an einen Tisch mit den Revisionisten zu setzen. Wer hat denn davor Furcht? Doch gerade die Revisionisten haben davor Furcht. Und sie wissen auch, warum sie davor Furcht haben. Die Revisionisten können nur deshalb Teile der Arbeiterklasse an den Sozialimperialismus und die westdeutsche Bourgeoisie binden, weil sie ihre konterrevolutionäre Politik fortschrittlich tarnen. Die Teile der Massen, die sie damit hinters Licht führen, kann man nur gewinnen, wenn man die Heuchelei der Revisionisten beim Wort nimmt. Nur wenn man das tut, kann man sie entlarven. Das hat sich in der Praxis hundertmal als richtig herausgestellt. Jede andere Taktik hat dagegen noch stets zur Stärkung der Revisionisten beigetragen. Im übrigen kommen wir eh nicht darum herum, uns mit den Revisionisten und auch ihren Führern an einen Tisch zu setzen, es sei denn, wir hauen freiwillig aus den Gewerkschaften ab, in denen auch noch andere Gauner sitzen, die sich darüber freuen würden.

Was also nützt der Ruf nach der Einheit der Marxisten-Leninisten, wenn sie auf einem taktischen Grundsatz beruhen soll, der die Marxisten-Leninisten daran hindert, die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat herzustellen?

Die nationale Frage wird von der Frage der nationalen Unterdrückung gelöst

Gerade darauf kommt es aber Ernst Aust offensichtlich auch gar nicht an. Obwohl Westdeutschland weder durch eine fremde Macht besetzt ist oder die Halbkolonie einer imperialistischen Macht, sondern selber eine imperialistische Macht ist, in der auf Grundlage der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise die Bourgeoisie herrscht und sich der staatsmonopolistische Kapitalismus herausgebildet hat, ist nach Ernst Aust der Hauptwiderspruch in Westdeutschland nicht durch seine inneren Verhältnisse bestimmt. Nach seiner Auffassung ist der Hauptfeind der westdeutschen Arbeiterklasse nicht in Westdeutschland anzutreffen, es sei denn in der Gestalt der russischen Botschaft und der DKP: "Heute sind im Weltmaßstab für die Völker die zwei Supermächte, die USA und die Sowjetunion, und hier für uns in Deutschland und in Europa besonders der russische Sozialimperialismus, der Hauptfeind. (. . .) Zum Volk gehören heute alle Klassen, Schichten und gesellschaftliche Gruppen bis hinein in die Bourgeoisie, die in den imperialistischen Supermächten, den USA und der Sowjetunion, ihren Hauptfeind sehen. Sie bilden die Basis der zu schaffenden Einheitsfront gegen das Hegemoniestreben der zwei Supermächte. Während alle prosowjetischen und proamerikanischen Elemente Feinde des Volkes sind." Dem entsprechend haben auch die "Widersprüche zwischen den Klassen der Ausgebeuteten und der Ausbeuter, eben jenem Teil der Bourgeoisie, soweit sie heute mit uns in einer Front im Kampf gegen die Supermächte steht, nebem ihrem antagonistischen auch einen nichtantagonistischen Aspekt".

In diesen paar Sätzen ist die Einschätzung gegeben, auf der die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) die Einheit der Marxisten-Leninisten anstrebt. Der Unterschied zwischen ihr und der Gruppe Rote Fahne besteht darin, welche Konsequenzen aus dieser gemeinsamen Einschätzung gezogen werden. Während die Gruppe Rote Fahne bereits mit der Vorbereitung des nationalen Verteidigungskrieges des BRD-Imperialismus gegen den Sozialimperialismus beginnt, hüllt sich die Gruppe Roter Morgen bezüglich der Konsequenzen ihrer Einschätzung weitgehend in Schweigen. Ohne den Hauptfeind im eigenen Land zu haben, wird ihr ebenfalls nur noch die Hoffnung auf einen Überfall der Sowjetunion bleiben, um in einem nationalen Verteidigungskrieg den Hauptfeind endlich zu fassen zu kriegen.

Die grundlegende Einschätzung der Gruppe Roter Morgen muß aus vielen Gründen zurückgewiesen werden. Dreh- und Angelpunkt dieser Einschätzung ist die Einheit der Nation und nicht der Klassenkampf sowie die Existenz zweier unterschiedlicher kapitalistischer Staaten. Diese werden bloß als Staatsgebilde berücksichtigt, nicht als Staatsapparat einer herrschenden Bourgeoisie. Da die Hauptfrage die nationale Frage ist, stellt sich auch die Frage der Revolution in der BRD und in der DDR gleich: als Frage der Wiedervereinigung in einem unabhängigen sozialistischen Deutschland, wobei die sozialistische Revolution offensichtlich nicht die Eigentumsfrage lösen soll, denn die kapitalistischen Eigentümer an den Produktionsmitteln sind ja nicht der Hauptfeind, sondern nur die Feinde und stehen teilweise sogar in nichtantagonistischem Widerspruch zur Arbeiterklasse und gehören zum Volk. Die nationale Frage wird von der Frage der nationalen Unterdrückung gelöst. Jedenfalls wird kein Nachweis unternommen, daß die Westdeutschen national unterdrückt werden, daß Westdeutschland eine Kolonie oder Halbkolonie ist. Nur durch einen solchen Nachweis könnte jedoch klargemacht werden, daß die nationale Frage die entscheidende Frage der Revolution ist und der Widerspruch zwischen der Nation und dem äußeren Feind der Hauptwiderspruch und der äußere Feind der Hauptfeind. Die nationale Frage wird von der sozialen Frage getrennt. Die nationale Frage ist historisch jedoch stets mit der Frage der Befreiung vom Feudalismus verbunden gewesen, weshalb Stalin sagte, daß die nationale Frage ihrem Wesen nach eine Bauernfrage ist.

Bis auf ideologische und kulturelle Restbestände ist der Feudalismus heute sowohl in der BRD als auch in der DDR ausgerottet. Ökonomisch ist jedenfalls seine Herrschaft vollständig beseitigt. Stattdessen ist in beiden deutschen Staaten der Kapitalismus, wenn auch in unterschiedlicher Form, die herrschende Produktionsweise, und zwar die vollständig und uneingeschränkt herrschende Produktionsweise.

Welche soziale Bedeutung hat die nationale Frage in der BRD und in der DDR? In der BRD hat sie offensichtlich keine soziale Bedeutung, denn Westdeutschland ist keine Halbkolonie, sondern selber ein imperialistisches Land. Eine demokratische Bedeutung hat sie ebenfalls nicht,

denn die Nation wird in Westdeutschland nicht unterdrückt, sondern das Volk durch die Bourgeoisie, also die Mehrheit des westdeutschen Teils der Nation durch die Minderheit. Die nationale Frage hat in Westdeutschland nur noch eine untergeordnete, vor allem historisch-kulturelle Bedeutung, und anknüpfend an dieser untergeordneten Bedeutung kann sie die Bourgeoisie zum Volksbetrug benutzen. In der DDR liegt die Sache etwas anders, weil die DDR tatsächlich Züge einer Halbkolonie des Sozialimperialismus trägt, nicht nur die Arbeiterklasse durch die neue Bourgeoisie ausgebeutet und unterdrückt wird, sondern Volk und Land durch den Sozialimperialismus ausgeplündert und unterdrückt werden. Daraus folgt die Notwendigkeit des Kampfes für die Souveränität der DDR und für ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit. Aber dies bedeutet eben nicht, daß sich die deutsche Nation geschlossen gegen den Sozialimperialismus erheben könnte, um die Wiedervereinigung zu erringen, sondern das bedeutet, daß die Arbeiterklasse jeweils das Volk für die soziale Revolution des Proletariats gewinnen muß, wobei es trotz der unterschiedlichen Wege der sozialen Revolution in fester Klassensolidarität zusammenstehen muß, um sich gegenseitig zu unterstützen. Erst durch den Sieg des Sozialismus in einem der beiden deutschen Staaten wird die Frage der Wiedervereinigung als revolutionäre Frage erneut auf die Tagesordnung gesetzt, weil nun der Kampf für die Wiedervereinigung direkt verbunden ist mit dem Kampf für Befreiung von der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Es hat also keinen Sinn, von der Einheit der Nation auszugehen und die Wiedervereinigung und die nationale Befreiung der deutschen Nation zum nächsten Etappenziel der proletarischen Revolution in Deutschland zu erheben. Richtig ist es, von zwei deutschen Staaten unter der Herrschaft unterschiedlicher Bourgeoisien auszugehen, in denen jeweils die soziale Revolution des Proletariats die nächste Etappe der Revolution bildet. Der Sieg des Sozialismus in einem dieser Staaten wird die nationale Frage und die Frage der Wiedervereinigung erneut auf die Tagesordnung bringen als Frage der Befreiung von der kapitalistischen Ausbeuterordnung, die im anderen Teil Deutschlands bereits gelöst wird. Im Kampf für die proletarische Revolution werden sich die Kämpfe der Arbeiterklasse in der BRD und in der DDR aufgrund der historischen und kulturellen Verbundenheit gegenseitig besonders ermutigen und besonders eng miteinander verbunden sein. Gleichzeitig wird die Arbeiterklasse der beiden deutschen Staaten jede Einmischung der Bourgeoisie des eigenen Landes und der mit ihr verbündeten bzw. hinter ihr stehenden Supermacht in den Klassenkampf des anderen Landes mit allen Mitteln bekämpfen.

Daß der Rote Morgen mit dieser komplizierten Lage nicht zurechtkommt, sieht man schon daran, daß er die nationale Befreiung in beiden Teilen Deutschlands für das nächste Etappenziel angibt. Nur darauf kann die Behauptung hinauslaufen, daß die äußeren Feinde die Hauptfeinde sind. Im gleichen Atemzug sagt er jedoch, daß er ein vereintes **sozialistisches** Deutschland in ein und derselben Etappe der Revolution errichten will.

Aber selbst wenn man wie der Rote Morgen die beiden Supermächte als Hauptfeinde der deutschen Nation angibt und die nationale Befreiung als nächstes Etappenziel, ist nicht einzusehen, daß es im Innern keinen Hauptfeind geben soll. Die Kommunistische Partei Chinas hat zum Beispiel während der ganzen Etappe der nationalen Befreiung und der neudemokratischen Revolution stets den Imperialismus **und** den Feudalismus als Hauptfeinde der chinesischen Revolution bestimmt, wodurch die nationale und die soziale Frage miteinander verbunden waren. Nichts davon beim Roten Morgen. In dem Moment, wo er die Frage des Hauptfeindes im Innern aufwerfen würde, müßte er auch die Frage der Etappe der Revolution klar beantworten. Davor drückt er sich jedoch verständlicherweise. Denn wenn er diese Frage aufwerfen würde, müßte er entweder ohne jeden Schimmer von Wahrheit eine neudemokratische Etappe behaupten oder er müßte seine Bündnispartner in der Bourgeoisie aufgeben, die wohl kaum für die sozialistische Revolution zu gewinnen wären und glatt den Widerspruch zwischen sich und der Arbeiterklasse für einen antagonistischen Widerspruch erklären würden.

Verfälschung der Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung und der Generallinie im imperialistischen Westdeutschland

Woraus entsteht all die Konfusion? Sie entsteht daraus, daß die Generallinie der Kommunistischen Weltbewegung verfälscht wird. Dementsprechend kann keine Generallinie für die Revolution in Westdeutschland ausgearbeitet werden.

Die Generallinie der Kommunistischen Weltbewegung richtet sich heute gegen den alten und neuen Kolonialismus, den Imperialismus und insbesondere gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte. Um diese Generallinie in praktische Politik umzusetzen, streben die Kommunisten aller Länder eine internationale Einheitsfront gegen den alten und neuen Kolonialismus, gegen den Imperialismus und gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte an: Die Hauptkraft dieser Einheitsfront bilden die unterdrückten Völker der Dritten Welt, die sozialistischen Staaten und die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder. Die führende Kraft ist das internationale Proletariat. Dabei kommt es darauf an, den Zusammenschluß der Dritten Welt gegen die Erste Welt zu fördern und die Widersprüche zwischen der Zweiten und der Ersten Welt auszunutzen, um die Zweite Welt zu neutralisieren oder nach Möglichkeit in diesem Kampf teilweise auf die Seite der Dritten Welt zu ziehen. Die Aufgabe der Arbeiterklasse in den Ländern der Zweiten Welt ist in diesem Zusammenhang, die Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt durch die Zweite Welt zu bekämpfen, ein Bündnis der Zweiten Welt mit den Supermächten zu verhindern, dem Hegemoniestreben der beiden Supermächte entgegenzutreten und den Imperialismus im eigenen Land zu stürzen. Diese Aufgabe innerhalb der internationalen Einheitsfront stimmt voll und ganz mit der Aufgabe überein, die sich aus dem Hauptwiderspruch zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie der imperialistischen Länder der Zweiten Welt ergibt: Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparats, Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse und Aufbau des Sozialismus. Im Kampf für dieses Ziel trägt die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder nicht nur zur Lösung des Hauptwiderspruchs im eigenen Land bei, sondern zur Stärkung der internationalen Einheitsfront gegen den alten und neuen Kolonialismus, den Imperialismus und insbesondere gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte, denen nichts so zuwider ist wie die proletarische Revolution in einem oder mehreren Ländern der Zweiten Welt. Deshalb schrecken sie vor keiner Einmischung zurück, um das zu verhindern.

Die politische Linie der Gruppe Roter Morgen weicht nicht nur vollständig von der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung ab, sondern auch von der Generallinie der Kommunisten in einem imperialistischen Land der Zweiten Welt. Stattdessen engt sie die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung unzulässig auf den Kampf gegen die beiden Supermächte ein und verwandelt folgerichtig die Aufgabe der sozialen Revolution in einem imperialistischen Land der Zweiten Welt zurück in die nationale Frage. Dabei dient ihr die Spaltung der deutschen Nation als Vehikel, um diesen Unsinn an den Mann zu bekommen. Ihre Gesinnungsgenossen in Frankreich kommen aber vollständig ohne dieses Vehikel aus. Das zeigt, daß diese Besonderheit Deutschlands nicht ausschlaggebend ist für die politische Linie der Gruppe Roter Morgen. Diese politische Linie gibt eine falsche Antwort auf die besonderen Fragen des gespaltenen Deutschland und auf die Aufgaben der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern der Zweiten Welt.

Worin muß die Einheit der Marxisten-Leninisten bestehen?

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) ist für die Einheit der Marxisten-Leninisten. Er hat dieses Ziel nicht nur in Worten verkündet, sondern er hat seine Praxis stets auf dieses Ziel ausgerichtet. Vor und nach seiner Gründung hat der KBW stets die Auseinandersetzung um die Grundfragen der Revolution in Westdeutschland gesucht und geführt. Er hat sich an die revolutionäre Bewegung gewandt und hat vor seiner Gründung seine programmatischen Grundanschauungen dargelegt und der öffentlichen Kritik ausgesetzt. Stets ist er von dem Wunsch nach Einheit ausgegangen, wenn er seine Auffassungen dargelegt hat und falsche Auffassungen kritisiert hat. Daran hat sich seit der Gründung des KBW genauso wenig geändert wie an den programmatischen Grundlagen, auf denen der KBW gegründet worden ist. Die Gründung des KBW war ein Ergebnis der Auseinandersetzung und der Klärung unter den Marxisten-Leninisten sowie der Entwicklung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung. Wir sind für die Einheit der Marxisten-Leninisten. Aber diese Einheit kann nur durch Klarheit und auf einer richtigen programmatischen Grundlage in den entscheidenden Fragen des Klassenkampfes zustandekommen.

Worin muß die programmatische Grundlage bestehen? Sie muß in der Festlegung des Zieles des Klassenkampfes, der nächsten Etappe und der taktischen Grundsätze zur Erreichung des Zieles bestehen. Dies ist nur möglich, wenn von einer richtigen Einschätzung der gegenwärtigen historischen Epoche und der Besonderheiten des eigenen Landes ausgegangen wird. Die gegenwärtige Epoche ist die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. In ihr tritt zu dem Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie der Widerspruch zwischen den unterdrückenden Ländern und den unterdrückten Ländern hinzu. Der Schlachtruf des Proletariats "Proletarier aller Länder vereinigt euch!" wird ergänzt durch den Schlachtruf "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!" Nur wer diese beiden Losungen anerkennt und seine Praxis von diesen beiden Losungen lenken läßt, steht auf der Seite der proletarischen Weltrevolution. Der Widerspruch zwischen unterdrückenden imperialistischen Ländern und unterdrückten Ländern hat zwei Typen von Revolutionen hervorgebracht, die beide Bestandteil der proletarischen Weltrevolution sind: die neudemokratische Revolution in den kolonialen/halbkolonialen, feudalen/halbfeudalen Ländern, die durch den Imperialismus und Feudalismus unterdrückt werden, und die sozialistische Revolution in den kapitalistischen/imperialistischen Ländern. Die Aufgaben des Proletariats in der imperialistischen Epoche bestimmen sich danach, ob das Proletariat in einem kapitalistischen/imperialistischen Land das Volk direkt zur sozialistischen Revolution führen kann und muß oder ob es in einem vom Imperialismus unterdrückten Land das Volk über die Etappe der neudemokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution führen muß und nur so erfolgreich zur sozialistischen Revolution führen kann.

Erste Grundlage der Einheit der Marxisten-Leninisten ist also die übereinstimmende Antwort auf die beiden Fragen:

In welcher Epoche leben wir? In was für einem Land leben wir? Alle Marxisten-Leninisten beantworten die erste Frage übereinstimmend folgendermaßen: Wir leben in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Die zweite Frage können die Marxisten-Leninisten in Westdeutschland nur folgendermaßen beantworten: Wir leben in einem imperialistischen Land, in dem der Kapitalismus die herrschende Produktionsweise und in sein höchstes Stadium, den Imperialismus, eingetreten ist; in dem sich eine Monopolbourgeoisie herausgebildet hat und der bürgerliche Staatsapparat sich zu einem imperialistischen Staatsapparat entwickelt hat; in einem Land, das andere Länder ausbeutet und unterdrückt.

Herrscht Übereinstimmung in diesen beiden Fragen, dann herrscht auch Übereinstimmung über das gegenwärtige Etappenziel der Revolution: Dieses Etappenziel kann nur sein die soziale Revolution des Proletariats, und dieses Etappenziel kann nur erreicht werden durch die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparats zum Zweck der Enteignung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Wer wird diese Revolution führen und tragen, wer kann als Reserve gewonnen werden, wer wird sie bekämpfen? Nur das Proletariat wird diese Revolution führen können, denn das Proletariat ist nicht nur aller Produktionsmittel beraubt, sondern produziert durch seine Lohnarbeit das Ausbeutungsverhältnis und ist deshalb die einzige Klasse, die es revolutionär mit Stumpf und Stiel zu beseitigen vermag. Die Besitzlosen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, werden diese Revolution tragen. Alle, die zwar Produktionsmittel besitzen, aber sie nicht zur Ausbeutung fremder Arbeitskraft benutzen, sondern selber arbeiten, sind die Reserve dieser Revolution und müssen für sie ge-

wonnen werden. Die Bauern sind die Hauptreserve und die Hauptverbündeten des Proletariats. Ohne die Bauern als Produzenten eines entscheidenden Teils des materiellen Reichtums der Gesellschaft gewonnen zu haben, kann das Proletariat den Sozialismus nicht aufbauen. Die kapitalistischen Eigentümer an den Produktionsmitteln, die mit Hilfe dieser Produktionsmittel fremde Arbeit ausbeuten, und alle, die von der Ausbeutung leben, werden die soziale Revolution des Proletariats bekämpfen.

Die, die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten und durch den imperialistischen Staatsapparat unterdrückt werden, gehören objektiv zum Volk, und die, die von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben und die Massen mit Hilfe des imperialistischen Staatsapparats unterdrücken, sind Feinde des Volkes. Danach gehören rund 90 Prozent der Bevölkerung zum Volk und rund 10 Prozent der Bevölkerung sind die Feinde des Volkes, wobei die Monopolbourgeoisie der Hauptfeind ist. Sie hat den größten Teil der Produktionsmittel in ihren Händen monopolisiert, sie beherrscht den imperialistischen Staatsapparat und führt das bürgerliche Lager.

Wer die Revolution führt und trägt, wer zwischen der Revolution und der Konterrevolution schwankt, wer die Feinde und der Hauptfeind der Revolution in einem bestimmten Land sind, das ergibt sich aus dem jeweiligen Etappenziel der Revolution in diesem Land, und dieses Etappenziel ergibt sich aus den Produktionsverhältnissen in diesem Land. Nur so können Marxisten-Leninisten bei der Untersuchung und Festlegung ihrer Aufgaben vorgehen. Dies sind programmatische Festlegungen und keine taktischen Festlegungen. Wenn hier keine Übereinstimmung besteht, ist eine Einheit nicht möglich.

Wenn Übereinstimmung besteht in der Einschätzung der Epoche und der Einschätzung des Charakters des Landes und darauf beruhend über die Etappe der Revolution und die führende Kraft sowie die Träger der Revolution, ihre inneren Reserven, ihre Feinde und ihren Hauptfeind, dann ist schon ein großes Maß an Einheit erzielt. Übereinstimmung ist auch notwendig über den unvermeidlich gewaltsamen und bewaffneten Charakter der Revolution, über die Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats als Übergangsperiode zum Kommunismus, zu der klassenlosen Gesellschaft. Ohne diese Übereinstimmung kann von einer wirklichen Einheit keine Rede sein. Scharfe Abgrenzung und prinzipienfester Kampf gegen den Reformismus und Revisionismus müssen deshalb Bestandteil der Einheit sein.

Reicht die Übereinstimmung in diesen Fragen aus, um die Einheit der Marxisten-Leninisten in einer demokratisch-zentralistischen Organisation herzustellen? Manche Leute werden sagen, daß die Übereinstimmung in diesen Fragen ausreicht, denn andere Fragen haben sie sich nie gestellt. Andere werden sagen, sie reicht nicht aus, und irgendwelche untergeordneten taktischen Fragen zum Springpunkt der Einheit machen wollen.

Wir sind der Meinung, daß diese Übereinstimmung nicht ausreicht, daß aber nicht die Übereinstimmung in irgendwelchen untergeordneten taktischen Fragen notwendig ist, sondern die Übereinstimmung in den taktischen Grundsätzen, ohne deren Befolgung die soziale Revolution des Proletariats nicht verwirklicht werden kann. In diesen taktischen Grundsätzen gerade bestehen entscheidende Differenzen unter den Kommunisten in der gegenwärtigen Situation und ohne die Beseitigung dieser Differenzen in den taktischen Grundsätzen wird eine Einheit nicht möglich sein.

Welches sind diese taktischen Grundsätze?

Diese taktischen Grundsätze sind keine ausgeklügelten Verfahrensweisen. Sie ergeben sich direkt aus den Voraussetzungen der sozialen Revolution des Proletariats: Gewerkschaftseinheit gegen die Kapitalisten, Einheit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse, Einheit des Volkes gegenüber dem bürgerlichen, imperialistischen Staat. Die entsprechenden taktischen Grundsätze lauten: Herstellung der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes, Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse und Herstellung der Einheit des Volkes gegenüber dem bürgerlichen, imperialistischen Staat. Diese taktischen Grundsätze müssen sowohl die Aufstellung aller programmatischen Forderungen auf dem Weg zur sozialen Revolution bestimmen als auch jede einzelne taktische Entscheidung im Klassenkampf. Ohne Kampf um die Gewerkschaften, ohne Kampf für Arbeiterforderungen, die die Interessen der Arbeiterklasse schroff den Interessen der Kapitalistenklasse gegenüberstellen, ohne den Kampf um Demokratie, der die unterdrückten Volksmassen gegenüber dem bürgerlichen, imperialistischen Staat zusammenschließt, ist die soziale Revolution des Proletariats unmöglich. Nur in diesen Kämpfen und durch Befolgung dieser taktischen Grundsätze können die Kommunisten zur Vorhut der Arbeiterklasse und des revolutionären Massenkampfes werden, nur auf diesen Grundsätzen fußend kann die Einheit der Marxisten-Leninisten geschmiedet werden und kann sich diese Einheit in der Praxis bewähren und festigen. Bei der Anwendung dieser taktischen Grundsätze ist eine Politik der Aktionseinheit notwendig, denn anders können die vorhandenen politischen und organisatorischen Spaltungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen nicht aufgebrochen und überwunden werden.

Das Hauptkettenglied bei der Herstellung der Einheit der Marxisten-Leninisten und beim Aufbau der Partei ist der ideologische Aufbau

Im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) sind diese taktischen Grundsätze enthalten und sind diesen Grundsätzen entsprechende Forderungen für die gegenwärtige Etappe der sozialen Revolution festgelegt. Deshalb hatte dieses Programm als kommunistisches Kampfprogramm Bestand und wird weiterhin Bestand haben, deshalb konnte auf der Grundlage dieses Programms eine schlagkräftige kommunistische Organisation aufgebaut werden, und deshalb ist dieses Programm geeignet, um die Einheit der Marxisten-Leninisten herzustellen und die Marxisten-Leninisten mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen in der revolutionären Praxis zu verbinden. Wir streiten uns nicht um einzelne Worte in unserem Programm, jedes Programm kann in dieser oder jener Hinsicht verbessert werden. An den taktischen Grundsätzen unseres Programms werden wir jedoch unverbrüchlich festhalten. Wie sich bereits gezeigt hat, sind sie die Gewähr für eine erfolgreiche revolutionäre Praxis.

Keine andere Organisation hat solch feste taktische Grundsätze entwickelt und festgelegt. Dies ist eine der Ursachen ihrer Schwankungen.

Heute ist es bereits nicht mehr so, daß man die Kommunisten im wesentlichen nach ihren Worten beurteilen müßte, heute kann man ihre Worte an ihrer Praxis messen und die Richtigkeit ihrer Worte an dem Erfolg ihrer Praxis überprüfen. Das ist gut so, denn nur so können neue Kräfte für den Aufbau der kommunistischen Partei gewonnen werden. Diese neuen Kräfte sind jedoch von entscheidender Bedeutung für den Parteiaufbau.

Wie werden wir die Einheit der Marxisten-Leninisten erreichen? Ein Schritt zur Herstellung der Einheit wird zweifellos bereits der Verzicht auf Geschrei und wildes Renommiergehabe sein, den die Rede von Ernst Aust ankündigt. Es handelt sich nicht um die Einheit von Pfauen. Radschlagen nützt nichts. Aber die Verbesserung der Formen der Auseinandersetzung wird noch keine Einheit bringen. Es muß untersucht werden, wie diese schlechten Formen mit einer falschen politischen Linie im Parteiaufbau und in den entscheidenden Fragen der Revolution in Westdeutschland eng zusammenhängen. Bleibt die Selbstkritik an den Formen hängen, dann wird sie eben formal bleiben. Dann wird sie nichts nützen und bleibt geschenkt.

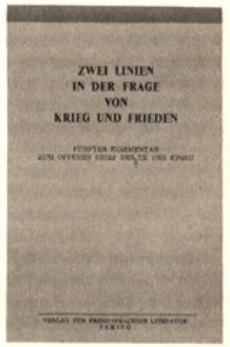
Erkannt werden muß: Der ideologische Aufbau ist das Hauptkettenglied beim Aufbau der Partei. Nur wenn dieses Kettenglied ergriffen wird, ist die Einheit der Marxisten-Leninisten möglich, nur dann können sich die Marxisten-Leninisten fest mit der vorwärtsdrängenden Arbeiterbewegung und revolutionären Bewegung verbinden. Ob es dabei zu einer Vereinheitlichung der bestehenden Organisationen kommt oder nicht, ist eine Nebenfrage, eine wichtige Nebenfrage zwar, aber doch eine Nebenfrage.

J.S.









Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie oder "Vaterlandsverteidigung" des BRD-Imperialismus?
Sonderdruck von Artikeln aus der Kommunistischen Volkszeitung
56 Seiten *DM 1,50*

Die in dieser Broschüre veröffentlichten Artikel sind in den Monaten April und Mai in der Kommunistischen Volkszeitung (KVZ), dem Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), erschienen. Sie setzen sich auseinander mit der neu aufkommenden Richtung der "Vaterlandsverteidigung" innerhalb der revolutionären Bewegung in der BRD und in Westberlin. Die Artikel stellen dieser neu aufkommenden Richtung die Einschätzung und die Linie des Kommunistischen Bundes Westdeutschland entgegen, wie sie im Programm des KBW und erneut im Rechenschaftsbericht des Zentralen Komitees an die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz festgelegt worden sind.

Lenin über Krieg und Frieden
Drei Artikel
Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking
114 Seiten *DM 0,85*
– Sozialismus und Krieg
– Das Militärprogramm der proletarischen Revolution
– Bürgerlicher und sozialistischer Pazifismus

Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas
Dokumente
Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking
104 Seiten *DM 0,85*

Polemik über die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung
Zur Zeit lieferbar:
Vierter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU; Die Verfechter des neuen Kolonialismus
Fünfter Kommentar: Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden
Sechster Kommentar: Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz
Neunter Kommentar: Über den Pseudokommunismus Chruschtschows und die Lehren für die Welt
Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking
je DM 0,40

Rede von Deng Hsiao-ping, dem Leiter der Delegation der Volksrepublik China, auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung
Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking
20 Seiten *DM 0,40*

zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
6800 Mannheim
Sandhofer Straße 29, Postfach 5129

Die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung und die Frage von Krieg und Frieden

1. Seit jeher unterscheiden die Marxisten-Leninisten zwischen gerechten Kriegen, die dem Fortschritt der Menschheit dienen, und ungerechten Kriegen, die die Menschheit zurückzerren. Seit jeher unterstützen die Marxisten-Leninisten die gerechten Kriege und bekämpfen die ungerechten Kriege. Die Unterstützung der gerechten Kriege und Bekämpfung der ungerechten Kriege auf der einen Seite oder die Bekämpfung der gerechten Kriege und die Unterstützung der ungerechten Kriege auf der anderen Seite waren stets eine untrügliche Scheidungslinie zwischen den Marxisten-Leninisten und den Reformisten sowie Revisionisten, d.h. den Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse. In der Stellung zu der Frage von Krieg und Frieden kommt die Stellung zur Revolution zum Ausdruck. Die Stellung zu Krieg und Frieden ist keine losgelöste Angelegenheit, sondern eine wichtige Frage der Generallinie der Kommunistischen Weltbewegung wie der Generallinie der Kommunisten in jedem bestimmten Land.

Diese Frage muß deshalb jeweils entschieden werden durch die Untersuchung der grundlegenden Widersprüche in der Welt und des Hauptwiderspruchs in jedem bestimmten Land. Sie muß entschieden werden im Rahmen der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung und der Generallinie der Kommunisten in jedem bestimmten Land. Sie darf weder dogmatisch, d.h. ohne Berücksichtigung der konkreten Situation, noch empiristisch, d.h. entlang dieser oder jener Erscheinung, entschieden werden. Lenin stellte dazu fest: "Mir scheint das Wichtigste, das in der Frage des Krieges gewöhnlich unbeachtet bleibt, dem man nicht genügend Aufmerksamkeit widmet, die Hauptursache dafür, daß so viele Debatten – und ich möchte sagen, leere, aussichtslose und nutzlose Debatten – geführt werden, das ist die Tatsache, daß man die Grundfrage vergißt, die Frage nämlich, welchen Klassencharakter der Krieg hat, weswegen dieser Krieg ausgebrochen ist, welche Klassen ihn führen, welche historischen und historisch-ökonomischen Bedingungen ihn hervorgerufen haben." (1)

2. Innerhalb der heutigen marxistisch-leninistischen Bewegung in Westdeutschland ist ebenfalls eine leere, aussichtslose und nutzlose Debatte um die Frage von Krieg und Frieden vom Zaun gebrochen worden. Ihre Ursache ist erneut, daß die Grundfrage vergessen wird, die Frage, welchen Klassencharakter der Krieg hat, weswegen er auszubrechen droht, welche Klassen ihn führen werden, welche historischen und historisch-ökonomischen Bedingungen ihn hervorrufen. Ohne diese Fragen untersucht zu haben und aufgrund oberflächlicher Betrachtungen propagieren heute "Marxisten-Leninisten" die Vorbereitung eines "gerechten Verteidigungskrieges" des BRD-Imperialismus gegen den Sozialimperialismus. Dabei vertreten sie folgende Auffassungen: Die Kriegsgefahr geht von der aufstrebenden Supermacht, der Sowjetunion, aus. Ihr Angriff auf den BRD-Imperialismus steht unmittelbar bevor. Der BRD-Imperialismus ist Teil der Zweiten Welt. Deshalb ist es die Aufgabe der Marxisten-Leninisten, an dem bevorstehenden Krieg auf seiten des BRD-Imperialismus teilzunehmen und bereits heute alle Kräfte der Arbeiterklasse auf die Vorbereitung dieses Verteidigungskrieges auszurichten. Die Politik der westdeutschen Monopolbourgeoisie muß bloß bekämpft werden, insoweit sie die Vorbereitung dieses "gerechten Verteidigungskrieges" nicht entschieden in die Hand nimmt. Mit ihr muß dagegen ein Bündnis angestrebt werden, soweit sie zum Kampf gegen den Sozialimperialismus und zur Vorbereitung des Krieges gegen den Sozialimperialismus bereit ist. Die Vorbereitung des Verteidigungskrieges gegen den Sozialimperialismus ist die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse in Westdeutschland. Ihr müssen alle anderen Aufgaben untergeordnet werden. Dies sind, kurz gefaßt, aber keineswegs unangemessen vereinfacht oder entstellt, die Auffassungen der Gruppe Rote Fahne (KPD) (2).

3. Diese Auffassungen sind grundfalsch und würden die Arbeiterklasse noch mehr in das Kielwasser des BRD-Imperialismus und letzten Endes des US-Imperialismus bringen, als dies heute der Fall ist. Diese Auffassungen haben ihren Kern in einer Verabsolutierung des Widerspruchs zwischen der Ersten und der Zweiten Welt. Davon ausgehend werden die Interessen des BRD-Imperialismus zu einem gerechten Zweck erhoben. An die Stelle der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik, die sich aus der Untersuchung der grundlegenden Widersprüche in der Welt und des Hauptwiderspruchs in jedem bestimmten Land ergeben, tritt die Identifikation mit den "underdogs" innerhalb der imperialistischen Welt. All dies wird gerechtfertigt mit den Veränderungen in der Weltlage, die seit 1963, der Veröffentlichung des Vorschlages

(1) Lenin, Krieg und Revolution. In: Werke Band 24, zitiert nach: Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Berlin, Seite 29

(2) Vergleiche dazu die Broschüre des KBW: Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie oder "Vaterlandsverteidigung" des BRD-Imperialismus? Mannheim 1975. In dieser Broschüre sind die wichtigsten Elemente der Linie der "Vaterlandsverteidigung" im einzelnen aufgeführt und widerlegt. Hier kann deshalb auf ausführliche Zitate der Gruppe Rote Fahne verzichtet werden.

zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung durch die Kommunistische Partei Chinas, eingetreten seien und insbesondere durch die Umwandlung der Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht. Diesem Rechtfertigungsversuch einer Kapitulation vor dem BRD-Imperialismus und letzten Endes vor dem US-Imperialismus gegenüber ist es notwendig, auf den Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung zurückzugehen und ernsthaft zu untersuchen, welche Veränderungen in der Weltlage entsprechende Änderungen an der seinerzeit vorgeschlagenen und von den Marxisten-Leninisten in der BRD akzeptierten Generallinie notwendig machen.

Der Vorschlag der KP Chinas zur Generallinie der internationalen kommunistischen Weltbewegung

4. Der Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung richtete sich gegen die revisionistische Generallinie der "friedlichen Koexistenz" der sowjetischen Revisionisten mit Chruschtschow an der Spitze. Deren Kern bestand in nichts anderem als der "Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den USA zur Beherrschung der Welt" (3). Sie lief auf die "Abschaffung des sozialistischen Lagers" hinaus (4). Sehr treffend wies die Kommunistische Partei Chinas bereits 1963 darauf hin, daß sich die revisionistische Führung der Sowjetunion "am Gedanken zweier Super-Großmächte" berauschte, "die ihre 'Einflußsphären' in der ganzen Welt festlegen" (5). Durch den Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung versuchte die Kommunistische Partei Chinas die Machtergreifung des Revisionismus in der Sowjetunion zu verhindern, die sich abzeichnende Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den USA zur Beherrschung der Welt zu sprengen, der Abschaffung des sozialistischen Lagers einen Riegel vorzuschieben und die Umwandlung der Sowjetunion in eine Super-Großmacht, die zusammen mit den USA um Einflußsphären in der ganzen Welt rivalisiert, zu verhindern.

5. Was beinhaltete der Vorschlag der Kommunistischen Partei Chinas zur Generallinie, wie sieht heute die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung aus, nachdem der Revisionismus in der Sowjetunion die Macht ergriffen, das sozialistische Lager zerstört und die Sowjetunion in einen sozialimperialistischen Staat, eine Supermacht, die mit der anderen Supermacht um die Weltherrschaft rivalisiert, umgewandelt hat? Der Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, den die Kommunistische Partei Chinas 1963 machte, lautete folgendermaßen:

"Proletarier aller Länder, vereinigt euch; Proletarier aller Länder, vereinigt euch mit den geknechteten Volksmassen und den unterdrückten Nationen; bekämpft Imperialismus und Reaktion in allen Ländern; ringt nach Weltfrieden, nach nationaler Befreiung, nach Volksdemokratie und Sozialismus; festigt und stärkt das sozialistische Lager; realisiert schrittweise den vollen Sieg in der proletarischen Weltrevolution; und errichtet eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem.

Unserer Ansicht nach ist das die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung in der gegenwärtigen Etappe." (6) In ihrer allgemeinen Form bleibt diese Generallinie bis heute im wesentlichen unverändert. Zwar ist heute das damals bestehende sozialistische Lager zerstört, doch gibt es nach wie vor sozialistische Staaten, deren brüderliche Beziehungen es zu stärken und zu festigen gilt. Das führende Subjekt dieser Generallinie ist das internationale Proletariat; Ziel dieser Generallinie ist die schrittweise Verwirklichung des vollen Sieges der proletarischen Weltrevolution. Festgelegt wird die Stellung des internationalen Proletariats zu den grundlegenden Widersprüchen in der Welt, von denen keiner vernachlässigt werden darf:

"Weltpolitik und Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit und die konkreten Verhältnisse in der Welt, das heißt die grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt, vom Klassenstandpunkt aus konkret zu analysieren, bildet den Ausgangspunkt für die Bestimmung der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung.

Wer eine konkrete Klassenanalyse umgeht oder nach eigenem Belieben gewisse oberflächliche Erscheinungen herausgreift, um subjektive Urteile zu fällen, der kann selbstverständlich niemals richtige Schlußfolgerungen in bezug auf die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung ziehen und wird unvermeidlich auf eine andere, dem Marxismus-Leninismus völlig entfremdete Bahn geraten.

Was sind die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute? Die Marxisten-Leninisten sind stets der Meinung, daß die grundlegenden Widersprüche diese sind:

Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen Lager und dem imperialistischen Lager;

die Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder;

die Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus;

die Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und die Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen. (. . .)

Diese Widersprüche und die Kämpfe, die sie verursachen, sind miteinander verbunden und beeinflussen einander. Keinen dieser grundlegenden Widersprüche darf man verwischen, noch nach eigenem Gutdünken einen Widerspruch an die Stelle eines anderen setzen.

Diese Widersprüche werden in allen Ländern unvermeidlich zum Ausbruch von Revolutionen führen und können auch nur durch die Revolutionen der Völker gelöst werden." (7)

6. Bezüglich der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung stellte die Kommunistische Partei Chinas gegenüber den modernen Revisionisten des weiteren klar: "Diese Generallinie geht aus dem Gesamtbild der Realität der Welt, aus der Klassenanalyse der grundlegenden Widersprüche in der Welt in der gegenwärtigen Epoche hervor und ist gegen die konterrevolutionäre Globalstrategie des USA-Imperialismus gerichtet.

Diese Generallinie ist: eine breite Einheitsfront mit dem sozialistischen Lager und dem internationalen Proletariat

(3) Polemik über die Generallinie . . ., Seite 327
(4) Ebenda, Seite 313
(5) Ebenda, Seite 233
(6) Ebenda, Seite 6 f.
(7) Ebenda, Seite 7 f.

als Kern zu bilden, zum Kampf gegen den Imperialismus mit den USA an der Spitze und gegen die Reaktionäre aller Länder; die Massen in breitestem Umfang zu mobilisieren, die revolutionären Kräfte zu verstärken, die Kräfte in der Mitte zu gewinnen und die Konterrevolutionäre zu isolieren.

Diese Generallinie ist eine Linie, mit der die Völker aller Länder entschlossen den revolutionären Kampf führen und die proletarische Weltrevolution bis zu Ende führen; zugleich ist sie die Linie, auf der der Imperialismus am wirksamsten bekämpft und der Weltfrieden verteidigt wird. (. . .)

Die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung soll die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten in der historischen Entwicklung in der Welt zum Ausdruck bringen. Die revolutionären Kämpfe des Proletariats und der Völker aller Länder machen verschiedene Etappen durch, sie können ihre eigenen Merkmale haben, doch können sie nicht aus den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung der Welt heraustreten. Die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung soll den Proletariern und Völkern aller Länder in ihrem revolutionären Kampf die grundlegende Richtung weisen.

Bei der Ausarbeitung der konkreten Linie und der Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien für das eigene Land ist es äußerst wichtig, strikt am Prinzip der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution und des Aufbaus im eigenen Land festzuhalten." (8)

7. Bei der Ausarbeitung der konkreten Linie und der Politik im jeweiligen Land muß man den Hauptwiderspruch herausfinden, durch den der Gang der historischen Entwicklung in diesem Land bestimmt ist. In den kapitalistischen und imperialistischen Ländern ist der Hauptwiderspruch der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat und die anstehende Etappe ist die proletarische Revolution.

"Im Entwicklungsgang eines komplexen Dinges gibt es eine ganze Reihe von Widersprüchen, unter denen stets einer der Hauptwiderspruch ist; seine Existenz und seine Entwicklung bestimmen oder beeinflussen die Existenz und die Entwicklung der anderen Widersprüche.

So bilden zum Beispiel in der kapitalistischen Gesellschaft die beiden gegensätzlichen Kräfte, Proletariat und Bourgeoisie, den Hauptwiderspruch. (. . .) die Widersprüche unter den kapitalistischen Ländern, die Widersprüche zwischen dem Imperialismus und den Kolonien sowie alle übrigen Widersprüche — sie alle werden vom Hauptwiderspruch bestimmt, stehen unter seinem Einfluß." (9)

Während einer der grundlegenden Widersprüche in der Welt so in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern den Hauptwiderspruch bildet, bilden die anderen grundlegenden Widersprüche in der Welt die direkten und indirekten Reserven für die Lösung dieses Hauptwiderspruchs durch die proletarische Revolution. Umgekehrt bildet der Klassenkampf in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern, der die proletarische Revolution vorbereitet, einen festen Bestandteil des weltweiten Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und eine direkte Reserve des nationalen Befreiungskampfes der unterdrückten Völker und der Verteidigung des sozialistischen Aufbaus in den sozialistischen Ländern.

So zeigt sich, wie die grundlegenden Widersprüche in der Welt und die Kämpfe, die sie verursachen, miteinander verbunden sind und einander beeinflussen, und daß es einen großen Schaden für die proletarische Weltrevolution bedeutet, wenn einer dieser Widersprüche verwischt wird oder wenn nach eigenem Gutdünken ein Widerspruch an die Stelle eines anderen gesetzt wird. Nicht nur für die Revolution in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern selber, sondern für die proletarische Weltrevolution überhaupt ist die richtige Bestimmung des Hauptwiderspruchs entscheidend, denn nur durch eine richtige Linie im eigenen Land können die Kommunisten zur schrittweisen Verwirklichung der Weltrevolution entsprechend der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung beitragen.

Die "Vaterlandsverteidiger" verfälschen die Generallinie und landen bei der Aussöhnung mit der westdeutschen Bourgeoisie und letzten Endes mit dem US-Imperialismus

8. Warum war es notwendig, den Vorschlag zur Generallinie, den die Kommunistische Partei Chinas 1963 gemacht hat, so ausführlich wiederzugeben und darzulegen, auf welchen grundlegenden Widersprüchen diese Generallinie beruhte? Dies war notwendig, weil die heutigen "Vaterlandsverteidiger" bei dem Bemühen, ihre Kapitulationslinie gegenüber dem BRD-Imperialismus und letzten Endes gegenüber dem US-Imperialismus zu rechtfertigen, bereits mit einer Verfälschung des Vorschlags zur Generallinie von 1963 beginnen. Diese Verfälschung besteht darin, daß sie die Generallinie einschränken auf einen negativen Zweck und diesen negativen Zweck einschränken auf den Kampf gegen den US-Imperialismus. Durch diese Verfälschung wird der Boden bereitet für die Rechtfertigung der "Vaterlandsverteidigung" des BRD-Imperialismus gegen den Sozialimperialismus, für das Bündnis mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie und letztlich dem US-Imperialismus zum Zwecke der "Vaterlandsverteidigung". Die entsprechende Generallinie hätte dann 1963 nicht heißen müssen: Bildung einer breiten Einheitsfront zum Kampf gegen den Imperialismus mit den USA an der Spitze und gegen die Reaktionäre aller Länder, um den revolutionären Kampf zu führen und die proletarische Weltrevolution bis zu Ende zu führen, sondern Unterordnung aller grundlegenden Widersprüche in der Welt unter den Widerspruch der anderen imperialistischen Länder zum US-Imperialismus und in diesem Sinn Festlegung der Generallinie ausschließlich auf einen negativen Zweck, den Kampf gegen den US-Imperialismus. Die konkrete Anwendung dieser falschen "Generallinie" auf die BRD hätte bedeutet: Unterordnung des Proletariats unter die wiederaufstrebende westdeutsche Monopolbourgeoisie und gemeinsame "Vaterlandsverteidigung" des BRD-Imperialismus gegenüber dem US-Imperialismus. Es ist klar, daß eine solche Betrachtungsweise keineswegs dem Standpunkt des internationalen Proletariats entsprochen hätte, sondern

(8) Ebenda, Seite 6 f.
(9) Mao Tsetung, Über den Widerspruch. In: Vier philosophische Monographien. Peking, Seite 58

dem Standpunkt der imperialistischen Bourgeoisie, die ihrer Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Mächten und als aufstrebende imperialistische Bourgeoisie ihrer Konkurrenz zu den etablierten oder der etablierten imperialistischen Macht alles unterordnet; die durch sozialimperialistische und sozialchauvinistische Appelle das Proletariat ihres Landes in ein Anhängsel der eigenen imperialistischen Politik verwandeln und sämtliche Widersprüche in der Welt nutzen will zur Stärkung der eigenen Position gegenüber den imperialistischen Konkurrenten im Kampf um die Weltherrschaft. Es ist klar, daß eine solche Betrachtungsweise der proletarischen Betrachtungsweise vollständig entgegengesetzt ist und eine solche "Generallinie" das gerade Gegenteil der Generallinie der internationalen kommunistischen Weltbewegung ist, wie sie die Kommunistische Partei Chinas 1963 vorgeschlagen hat.

9. Hatte die revisionistische Abweichung der führenden Clique der Kommunistischen Partei der Sowjetunion darin bestanden, daß sie alle Widersprüche dem Widerspruch zwischen dem sozialistischen Lager und dem imperialistischen Lager unterordnete und diesen Widerspruch selber verfälschte, um die Generallinie der "friedlichen Koexistenz" und damit der Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus zu propagieren, so hätte die von der Gruppe Rote Fahne der Kommunistischen Partei Chinas unterstellte Generallinie die Unterordnung aller grundlegenden Widersprüche unter die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und die Verfälschung dieser Widersprüche bedeutet; konkret in der BRD die Unterordnung aller Widersprüche unter die Konkurrenz des BRD-Imperialismus mit dem US-Imperialismus. Es wäre die klassisch sozialdemokratische Abweichung gewesen. Ein solcher Standpunkt wurde seinerzeit innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung nicht vertreten. Heute versucht er sich zumindest in der westdeutschen marxistisch-leninistischen Bewegung breitzumachen als Unterordnung unter die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie in der Auseinandersetzung zwischen BRD-Imperialismus und Sozialimperialismus; als Unterordnung unter das von den USA geführte imperialistische NATO-Bündnis in der Auseinandersetzung mit dem sozialimperialistischen Block.

10. Eine solche Abweichung hat ihre Grundlage in den Widersprüchen zwischen den imperialistischen Staaten, ist deshalb nicht einfach irreal. Insofern diese Widersprüche durch die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung behandelt und ausgenutzt werden müssen, gibt es auch einen "Berührungspunkt" zwischen dieser bürgerlichen Abweichung und der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, einen Berührungspunkt zwischen zwei völlig entgegengesetzten Wegen, die von zwei vollständig verschiedenen Standpunkten ausgehen. Dieser Berührungspunkt bildet die objektive Möglichkeit für die Bourgeoisie und die von ihr genährte Abweichung, in die marxistisch-leninistische Bewegung einzudringen und ihre Agenten in dieser Bewegung zu placieren. Wo die marxistisch-leninistische Bewegung versuchen muß, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten auszunutzen, besteht selbstverständlich auch die Möglichkeit für die Bourgeoisie, die marxistisch-leninistische Linie in ihr Gegenteil zu verkehren und einen Teil der marxistisch-leninistischen Bewegung sich ihren Zwecken zu unterwerfen, um die Arbeiterbewegung zu spalten und in die Irre zu führen. Diese Möglichkeit ist vorhanden und ist von der Bourgeoisie bereits mehrfach genutzt worden. Die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung und ihre richtige Anwendung auf die kapitalistischen und imperialistischen Länder muß diesen Bemühungen der Bourgeoisie einen Riegel vorschieben.

11. In ihrem Vorschlag für die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung legte die Kommunistische Partei Chinas die Linie für die kapitalistischen und imperialistischen Länder folgendermaßen fest:

"Um die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in den imperialistischen und kapitalistischen Ländern von Grund auf zu lösen, ist es notwendig, die proletarische Revolution durchzuführen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Im Kampf um die Erfüllung dieser Aufgabe muß die proletarische Führung unter heutigen Bedingungen die aktive Führung der Arbeiterklasse und der Werktätigen in ihren Kämpfen gegen das Monopolkapital, für die Verteidigung der demokratischen Rechte, gegen die faschistische Gefahr, für die Verbesserung der Lebensverhältnisse, gegen die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten und für die Verteidigung des Weltfriedens übernehmen und die unterjochten Nationen in ihrem revolutionären Kampf wirksam unterstützen.

In den kapitalistischen Ländern, die der Kontrolle des US-Imperialismus unterstehen oder die er seiner Kontrolle zu unterwerfen versucht, müssen Arbeiterklasse und Werktätige ihren Kampf in erster Linie gegen den USA-Imperialismus richten, dann aber auch gegen die Monopolbourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte, die die nationalen Interessen ihrer Länder verkaufen.

Die großen Massenkämpfe der letzten Jahre in den imperialistischen Ländern zeigen ein neues Erwachen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen. Ihre Kämpfe bedeuten einen Schlag gegen Monopolkapital und Reaktion und bieten nicht nur der Sache der Revolution in ihren eigenen Ländern gute Aussichten, sondern stellen auch im revolutionären Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und für die Länder des sozialistischen Lagers eine gewaltige Unterstützung dar.

Die proletarischen Parteien in den imperialistischen und kapitalistischen Ländern müssen sich bei der Leitung revolutionärer Kämpfe ihre ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit bewahren. Zu gleicher Zeit müssen sich sich mit allen Kräften, mit denen Einigkeit möglich ist, zusammenschließen und eine breite Einheitsfront gegen das Monopolkapital, gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus bilden." (10)

11. Durch diese Festlegung ist jeder Unterordnung der Arbeiterklasse unter die imperialistische Bourgeoisie und jeder Unterordnung des Hauptwiderspruchs zwischen Proletariat und Bourgeoisie unter die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern und erst recht der Verabsolutierung der letzteren ein Riegel vorgeschoben. Die Generallinie in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern besteht in der Durchführung der proletarischen

(10) Polemik über die Generallinie . . ., Seite 19 f.

Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Zu diesem Zweck ist eine "breite Einheitsfront gegen das Monopolkapital, gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus" notwendig. bei gleichzeitiger ideologischer, politischer und organisatorischer Unabhängigkeit der Kommunisten. Das gilt für alle kapitalistischen und imperialistischen Länder. "In **den kapitalistischen** Ländern", in denen aufgrund der Kontrolle durch den US-Imperialismus "in erster Linie" gegen den US-Imperialismus gekämpft werden muß, darf der Kampf gegen die "Monopolbourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte, die die nationalen Interessen ihrer Länder verkaufen", keineswegs vernachlässigt werden. Man muß also unterscheiden zwischen imperialistischen und "gewöhnlichen kapitalistischen Ländern" (11). In den kapitalistischen Ländern, die der Kontrolle des US-Imperialismus unterstehen, muß die Arbeiterklasse in erster Linie gegen den US-Imperialismus kämpfen, weil er im Bündnis mit der einheimischen Bourgeoisie das Land beherrscht. Zweierlei muß festgehalten werden: Diese Aussage bezieht sich nicht auf die imperialistischen Länder und kann sich nicht auf sie beziehen, und sie schließt aus ein Bündnis mit der Monopolbourgeoisie oder eine Unterordnung des Proletariats und seiner Interessen unter die Monopolbourgeoisie im Kampf gegen den US-Imperialismus. Entsprechend kann sie auch heute nicht auf imperialistische Länder angewandt werden und zur Rechtfertigung eines Bündnisses mit der Monopolbourgeoisie oder der Unterordnung unter die Monopolbourgeoisie im Kampf gegen die Supermächte oder den Sozialimperialismus dienen.

Wenn die Arbeiterklasse und die Völker der imperialistischen Länder für die Auflösung der imperialistischen Bündnisse, für den Abzug aller fremden Truppen, die Aufhebung aller ausländischen Militärstützpunkte, für das Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen usw. eintreten, so dient dieser Kampf der Schwächung der Supermächte wie auch der imperialistischen Bourgeoisie des eigenen Landes und erleichtert die proletarische Revolution, um den Hauptwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu lösen. Keineswegs ist der Kampf für die proletarische Revolution diesem Kampf gegen die Supermächte und die hauptsächlich von ihnen ausgehende Kriegsgefahr untergeordnet, vielmehr bildet letzterer nicht anders als die Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker einen festen Bestandteil des Kampfes für die proletarische Revolution.

12. Es ist offensichtlich, daß sich die Gruppe Rote Fahne neuerdings, nachdem sie versucht, ihre Politik des Burgfriedens zu vertuschen und den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und das westdeutsche Monopolkapital bis zu einem gewissen Grade wiederentdeckt zu haben vorgibt, gerade auf diese Festlegung zu berufen versucht, allerdings bezogen auf den Sozialimperialismus und nicht auf den US-Imperialismus. Neuerdings will die Gruppe Rote Fahne in Westdeutschland wenigstens in zweiter Linie den Schlag gegen das westdeutsche Monopolkapital führen. Das ist zweifellos ein Fortschritt. Dabei handelt es sich jedoch einerseits nur um ein verbales Zugeständnis, und andererseits kann keine Rede davon sein, daß sich die Gruppe Rote Fahne wirklich an den Inhalt der angeführten Festlegung hält. Keine Rede kann davon sein, daß sie eine Einheitsfront gegen das Monopolkapital, gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus anstrebt. Vielmehr strebt sie das Bündnis mit der westdeutschen und westeuropäischen Monopolbourgeoisie bei der "Vaterlandsverteidigung" an und unterstützt die Aggressions- und Kriegspolitik des westdeutschen Imperialismus unter dem Vorwand der Überlegenheit des Sozialimperialismus. Denn diese tatsächlich vorhandene Überlegenheit ist für sie Anlaß für die Aussöhnung mit der westdeutschen Bourgeoisie. Die Entlarvung des Sozialimperialismus geht Hand in Hand mit der Beschönigung des westdeutschen Imperialismus. Das zeigt sich daran, daß die Gruppe Rote Fahne zwar das Hegemoniestreben des Sozialimperialismus über Europa entlarvt, jedoch nicht erkennen will, daß der BRD-Imperialismus nach Vorherrschaft in Westeuropa und nach Einfluß in Osteuropa strebt. Stattdessen behandelt sie den BRD-Imperialismus als "gewöhnliches kapitalistisches Land" (12) und will die **imperialistische** Bourgeoisie, die sich keineswegs mit der Kontrolle Westdeutschlands zufriedengibt, nur insoweit bekämpfen, als sie die "nationalen Interessen" verkauft. Damit verwischt sie den "Unterschied zwischen gewöhnlichen kapitalistischen Ländern und imperialistischen Staaten" (13). Die westdeutsche Monopolbourgeoisie ist jedoch über nationale Interessen längst hinaus und benützt diese nur als Rauchvorhang vor ihren imperialistischen Interessen. In Wirklichkeit beeinträchtigt und unterdrückt sie die nationalen Interessen **fremder** Nationen. Sie wehrt sich auch nicht einfach gegen die Bourgeoisie der Supermächte, sondern verficht ihre eigenen imperialistischen Interessen und steht in imperialistischer Konkurrenz zur Bourgeoisie der Supermächte, wobei sie aufgrund ihrer schlechteren Ausgangsbasis auf Lavieren und Bündnisse angewiesen ist. Da die Linie der Gruppe Rote Fahne auf die Aussöhnung mit der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie und letzten Endes mit dem US-Imperialismus hinausläuft, ist es kein Wunder, daß sie das Ziel des Klassenkampfes in Westdeutschland, die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, praktisch zugunsten einer antihegemonialen Etappe zurückstellt, was darauf hinausläuft, auf den wesentlichen Beitrag des westdeutschen Proletariats zum Kampf gegen den Imperialismus und für die schrittweise Verwirklichung der Weltrevolution von vornherein zu verzichten. Statt die Widersprüche zwischen den Imperialisten als indirekte Reserve der proletarischen Revolution auszunutzen, wird das Proletariat in eine direkte Reserve der imperialistischen Bourgeoisie verwandelt im Kampf gegen ihre imperialistischen Konkurrenten.

Die Politik der Gruppe Rote Fahne bedeutet Unterstützung eines imperialistischen Krieges der NATO gegen den Sozialimperialismus

13. Was nun die Frage von Krieg und Frieden betrifft, so ist diese kein selbständiges Problem. "Für Marxisten-Leninisten ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Jeder Krieg ist mit dem System und den politischen Kämpfen, aus denen er hervorgeht, untrennbar verbunden." (14) Die Marxisten-Leninisten unterscheiden

(11) Ebenda, Seite 302
(12) Ebenda
(13) Ebenda
(14) Ebenda, Seite 29

zwischen gerechten und ungerechten Kriegen. Gerechte Kriege sind solche Kriege, die dem Fortschritt der Menschheit und der proletarischen Weltrevolution dienen, ungerechte Kriege sind solche Kriege, die einen Rückschritt für die Menschheit bedeuten und dem Imperialismus dienen. Die Kriege ergeben sich aus den grundlegenden Widersprüchen der Epoche und der gegenwärtigen Phase ihrer historischen Entwicklung. Den grundlegenden Widersprüchen in der Welt, die die Kommunistische Partei Chinas 1963 herausgearbeitet hat, entsprechen bestimmte Arten von Kriegen, die sich aus diesen Widersprüchen ergeben, sowie sie sich zum bewaffneten Kampf entwickeln. Die diesen grundlegenden Widersprüchen entsprechenden Arten von Kriegen sind:

Verteidigungskriege sozialistischer Länder gegen einen Angriff des Imperialismus;

Bürgerkriege zwischen Proletariat und Bourgeoisie;

nationale Befreiungskriege der unterjochten Nationen gegen den Imperialismus

und imperialistische Kriege zwischen imperialistischen Staaten.

Die ersten drei Arten von Kriegen sind gerechte Kriege und werden vom Proletariat selber geführt bzw. unterstützt. Die imperialistischen Kriege sind ungerechte Kriege und werden vom Proletariat bekämpft, um sie, falls sie nicht verhindert werden können, in den Bürgerkrieg gegen die kriegführende Bourgeoisie umzuwandeln oder, falls sie zur Besetzung des eigenen Landes durch eine siegreiche fremde Bourgeoisie und zur Beseitigung der Herrschaft der eigenen Bourgeoisie führen, in Form eines nationalen Befreiungskrieges gegen die imperialistischen Besatzer zurückzuschlagen.

Dieser Standpunkt ergibt sich aus dem Charakter der Epoche und dem Hauptwiderspruch in einem imperialistischen Land sowie der Frage der politischen Macht als Voraussetzung der Lösung des Hauptwiderspruchs. Die Eroberung der politischen Macht ist die Voraussetzung für die proletarische Revolution im Frieden wie im Krieg. Solange sich die politische Macht in den Händen der eigenen Bourgeoisie befindet, bleibt es das vorrangige Ziel des Proletariats, ihr diese politische Macht zu entreißen und die proletarische Macht zu errichten. Gelingt dies dem Proletariat vor dem Kriegsausbruch, so ist jeder Angriff auf das Land ein Angriff auf die proletarische Macht, die in einem gerechten Krieg mit allen Mitteln verteidigt wird. Gelingt dies dem Proletariat erst während des Krieges, versucht es den imperialistischen Krieg zu beenden, um die proletarische Macht zu festigen. Setzen die ausländischen Imperialisten den Krieg fort, so verteidigt das Proletariat seine politische Macht in einem gerechten Krieg gegen die Imperialisten. Gelingt es dem Proletariat weder den Krieg durch die Revolution zu verhindern noch den Krieg durch die Revolution zu beenden, sondern führt der Krieg zu einer Niederlage der eigenen Bourgeoisie und statt zur Revolution zu einer imperialistischen Besetzung, so ändert sich offensichtlich der Hauptwiderspruch in dem betreffenden Land; an die Stelle des Hauptwiderspruchs zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie tritt der Widerspruch zwischen der Nation, die sich aus einer unterdrückenden in eine unterdrückte Nation verwandelt hat, und den imperialistischen Besatzern. Dem neuen Hauptwiderspruch entspricht eine andere Etappe der Revolution, die Etappe der nationalen Befreiung, und der Krieg, der diesen Hauptwiderspruch löst und die ihm entsprechende Etappe der Revolution verwirklicht, kann nur der nationale Befreiungskrieg unter Führung der Arbeiterklasse sein. Sowohl nach dem Ersten Weltkrieg als auch nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland ist eine solche Entwicklung teilweise eingetreten, jedoch durch die rasche Restauration und Erholung des deutschen Imperialismus nicht zum Austragen gekommen. Sie fand jedoch zu Recht sowohl in der Strategie der Komintern und der KPD nach 1918 als auch in der Strategie der KPD nach 1945 für eine kurze Zeit eine entsprechende Berücksichtigung.

Heute ist der westdeutsche Imperialismus restauriert und ist wieder erstarkt, und es kann für das Proletariat weder um einen "gerechten Verteidigungskrieg" gehen, denn das Proletariat herrscht nicht, sondern wird beherrscht, noch um einen nationalen Befreiungskrieg, denn Westdeutschland wird nicht unterdrückt, sondern unterdrückt selber. Es kann dem Proletariat nur um die proletarische Revolution gehen, die den imperialistischen Krieg verhindert. Gelingt dies nicht und kommt es zu einem imperialistischen Krieg, so ändert dies nichts an dem Ziel der proletarischen Revolution und der Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, denn der Hauptwiderspruch wird durch den Krieg nicht geändert. Es kommt darauf an, den Krieg zur Lösung des Hauptwiderspruchs zu nutzen. Solange das Proletariat nicht die Kraft und die Möglichkeit hat, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln, schlägt es die Taktik des revolutionären Defätismus ein.

Das Proletariat hält gegenüber der imperialistischen Kriegsmobilisierung und Unterdrückung kompromißlos an seinen Tagesinteressen und revolutionären Zielen fest und setzt den Kampf dafür fort. Dies war seit jeher der Standpunkt der Arbeiterklasse gegenüber der Frage von Krieg und Frieden in imperialistischen Ländern. Er ergibt sich mit Notwendigkeit aus der wissenschaftlichen Feststellung, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist.

Heute kommt es darauf an, die Revolution zu machen und so den Krieg zu verhindern. Dies ist auch die beste Vorbereitung auf den imperialistischen Krieg, falls ihn die Revolution nicht verhindern kann. Denn nur so können die subjektiven Voraussetzungen geschaffen werden, um den imperialistischen Krieg durch die Revolution zu beenden. Wird der imperialistische Krieg nicht durch die Revolution beendet und kann die Niederlage der eigenen Bourgeoisie nicht für die Revolution genutzt werden, sondern führt die Niederlage der eigenen Bourgeoisie zur Besetzung durch eine fremde imperialistische Bourgeoisie, so kann sich auch auf diese Lage die Arbeiterklasse nur rasch einstellen, wenn sie sich zuvor ausschließlich von ihren selbständigen Interessen als revolutionäre Klasse leiten ließ. Diese Interessen und die daraus resultierenden Konsequenzen zu propagieren und als Vorhut der Arbeiterklasse für sie einzutreten, ist die Aufgabe der Kommunisten, wenn sie die Arbeiterklasse unter den verschiedenen Bedingungen jeweils richtig führen wollen.

14. Die Gruppe Rote Fahne vertritt bekanntlich einen anderen Standpunkt. Sie betrachtet einen Krieg des BRD-Imperialismus gegen den Sozialimperialismus nicht als imperialistischen Krieg, sondern, da der Sozialimpe-

rialismus im Weltmaßstab eine aufstrebende imperialistische Macht ist und dem BRD-Imperialismus überlegen, als gerechten Verteidigungskrieg, an dem sich das Proletariat beteiligen soll. Entsprechend betrachtet sie auch die Politik des BRD-Imperialismus nicht als imperialistische Politik, sondern tritt ein für die Aufrüstung des BRD-Imperialismus gegenüber dem Sozialimperialismus: einstweilen für die Aufrechterhaltung und Festigung der NATO, bis diese durch ein westeuropäisches gleichwertiges imperialistisches Bündnis abgelöst werden kann. Von der fiktiven Konstruktion eines isolierten Krieges zwischen dem BRD-Imperialismus und dem Sozialimperialismus, den sie als gerechten Verteidigungskrieg verstanden wissen will, schreitet die Gruppe Rote Fahne so praktisch fort zur Unterstützung eines Krieges der NATO gegen den Sozialimperialismus, den sie offensichtlich ebenfalls als einen gerechten Verteidigungskrieg verstanden wissen will, solange die NATO nicht durch ein gleichwertiges europäisches imperialistisches Bündnis abgelöst werden kann, das den bevorstehenden "gerechten Verteidigungskrieg" zu führen in der Lage ist.

Der Standpunkt der Arbeiterklasse zur Herausbildung von Drei Welten kann zur Rechtfertigung der Vorstellungen der Gruppe Rote Fahne keineswegs herhalten

15. Diese "Linie" verkauft die Gruppe Rote Fahne als die Anwendung einer "zeitgemäßen" Fassung der Generallinie, nachdem die Revisionisten die Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht umgewandelt haben und das sozialistische Lager durch die Spaltung von seiten der Revisionisten beseitigt worden ist. Dabei beruft sich die Gruppe Rote Fahne darauf, daß die Welt heute aus drei Teilen besteht. Gegenüber dem Roten Morgen, der nicht bereit ist, aus ähnlichen Ansätzen wie die Gruppe Rote Fahne die gleichen Konsequenzen zu ziehen, erhebt sie den Vorwurf, daß er in einem gemeinsamen Dokument mit der KPSp/ML "explizit und ausschließlich" nur "von vier grundlegenden Widersprüchen" ausgeht, "wie sie auf dem 9. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas formuliert wurden", statt "von den weitergehenden Analysen des 10. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas und der grundsätzlichen UNO-Rede des Genossen Deng Hsiao-Ping" auszugehen (15). Abgesehen davon, daß hier eine penetrante und unangemessene Berufung auf Dokumente der Kommunistischen Partei Chinas zum Ausdruck kommt – als ob die Kommunistische Partei Chinas die Exekutive der Komintern wäre oder dies beanspruchen würde –, abgesehen davon also kommt hier zum Ausdruck, daß die Gruppe Rote Fahne ihre "Linie" aus der "Aufteilung der Welt in drei Teile" abzuleiten vorgibt und diese "Aufteilung in drei Teile" als Rechtfertigung ihrer Revision der Generallinie und ihrer Linie der Vaterlandsverteidigung des BRD-Imperialismus heranzieht. Dabei geht sie offensichtlich davon aus, daß durch diese "Aufteilung" die frühere Analyse der grundlegenden Widersprüche in der Welt überholt sei, wie sie ursprünglich von der Kommunistischen Partei Chinas 1963 und dann den veränderten Umständen entsprechend auf dem 9. Parteitag vorgenommen worden ist. Dies ist falsch. Die "Aufteilung der Welt in drei Teile" hat keineswegs die Analyse der grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt erübrigt, und sie "ersetzt" auch keineswegs die 1963 und in neuer Form 1969 von der Kommunistischen Partei Chinas herausgearbeiteten grundlegenden Widersprüche. Wenn das so wäre, dann hätte der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie allerdings aufgehört, ein grundlegender Widerspruch zu sein, und genauso der Widerspruch zwischen den sozialistischen Ländern und den imperialistischen Ländern. Dem aber ist nicht so, denn die "Aufteilung der Welt in drei Teile" ist nichts anderes als Ausdruck der Entwicklung einiger der grundlegenden Widersprüche und der Gewichtsverschiebung zwischen einigen dieser grundlegenden Widersprüche, die durch die Umwandlung der Sowjetunion in eine Supermacht, die Auflösung des sozialistischen Lagers und das weitere Erwachen und Erstarken der unterjochten Nationen eingetreten ist.

16. Untersucht man heute die Weltpolitik und Weltwirtschaft in ihrer **Gesamtheit** und die konkreten Verhältnisse in der Welt, dann kann man folgende grundlegende Widersprüche formulieren: die Widersprüche zwischen den unterjochten Nationen und dem Imperialismus, insbesondere dem Hegemoniestreben der beiden Supermächte;

die Widersprüche zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern;

die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern, insbesondere zwischen den beiden Supermächten sowie zwischen den anderen imperialistischen Staaten und den beiden Supermächten;

die Widersprüche zwischen den sozialistischen Staaten und dem Imperialismus, insbesondere dem Hegemoniestreben der beiden Supermächte.

Diese vier grundlegenden Widersprüche bestimmen heute die Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution des Proletariats. Die "Aufteilung der Welt in drei Teile", wie dies die Gruppe Rote Fahne nennt, ist nichts anderes als Ausdruck der Entwicklung der Widersprüche zwischen den unterjochten Nationen und dem Imperialismus und der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten in der gegenwärtigen Phase der Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution des Proletariats. Keinesfalls hat sie die grundlegenden Widersprüche in der Welt "ersetzt" oder auch nur einige dieser grundlegenden Widersprüche außer Kraft gesetzt. Deshalb muß auch die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung in ihren allgemeinen Bestimmungen nicht geändert werden. Diese Generallinie und die durch sie angestrebte breite Einheitsfront richtet sich heute aufgrund der Veränderungen in der Welt gegen den alten und neuen Kolonialismus, den Imperialismus und insbesondere gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte. Nach wie vor hat diese Generallinie das positive Ziel der schrittweisen Verwirklichung des vollen Sieges in der proletarischen Weltrevolution und der Errichtung einer Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem. Nach wie vor ist das führende revolutionäre Subjekt, das diese Generallinie in die Tat umsetzt, das internationale Proletariat.

(15) Siehe: Rote Fahne Nr. 31 vom 6. August 1975, Köln, Seite 8

17. Stalin hat die Kämpfe der unterjochten Nationen gegen den Imperialismus als direkte Reserven und die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten als indirekte Reserven des Klassenkampfes des Proletariats gegen die imperialistische Bourgeoisie und der Revolution bezeichnet (16). Die "Aufteilung der Welt in drei Teile" zeigt die Anordnung dieser direkten und indirekten Reserven in der heutigen Welt. Der Kampf der unterjochten Nationen ist von entscheidender Bedeutung für den Sieg der Weltrevolution: "In den weiten Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas konzentrieren sich die verschiedenen Arten von Widersprüchen in der gegenwärtigen Epoche, hier sind die schwächsten Kettenglieder in der Herrschaft des Imperialismus, hier sind die wichtigsten Sturmzentren der Weltrevolution, wo dem Imperialismus direkte Schläge versetzt werden. Die national-demokratische revolutionäre Bewegung in diesen Gebieten und die internationale sozialistische revolutionäre Bewegung sind die zwei gewaltigen historischen Strömungen unserer Zeit.

Die national-demokratische Revolution in diesen Gebieten bildet einen wichtigen Bestandteil der gegenwärtigen proletarischen Weltrevolution. Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben die Grundlage der Herrschaft des Imperialismus und des Kolonialismus, alt und neu, angeschlagen und erschüttert, sie stellen eine gewaltige Kraft für die Verteidigung des Weltfriedens in der gegenwärtigen Epoche dar.

In einem gewissen Sinne hängt daher die ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution letztlich von den revolutionären Kämpfen der Völker in diesen Gebieten, der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung, ab." (17)

In den rund zwölf Jahren seitdem dies geschrieben wurde, hat sich immer deutlicher gezeigt, daß die Völker der Dritten Welt zu einer Haupttriebkraft der Geschichte geworden sind. Längst hat sich dieses frühere Hinterland des Imperialismus in die Front verwandelt, an der der antiimperialistische Kampf tobt. Die Schläge, die der Imperialismus an dieser Front erhalten hat und weiter erhält, führen zur Schwächung der Herrschaft der Imperialisten in ihren eigenen Ländern und zur Schwächung des Imperialismus insgesamt sowie der beiden Supermächte. Diese Schläge haben auch dazu geführt, daß der Augenblick nähergerückt ist, wo in den Entstehungszentren des Kapitalismus in Europa und in den beiden Supermächten "die große Stunde des gewaltigen Ringens schlagen wird" (18).

18. Die Tatsache, daß die Widersprüche zwischen den unterjochten Nationen und dem Imperialismus und die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten heute zur Herausbildung dreier Welten geführt haben, kann man von völlig entgegengesetzten Standpunkten aus betrachten, und dementsprechend entgegengesetzt sind die Schlußfolgerungen. Die Marxisten-Leninisten betrachten diese drei Welten unter dem Gesichtspunkt der Verhinderung eines Weltkrieges und der schrittweisen Verwirklichung der Weltrevolution. Entsprechend sehen sie die Dritte Welt als gewaltige Triebkraft im Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr und für die Beseitigung des Imperialismus und damit des Hegemoniestrebens der Supermächte und als große Reserve der proletarischen Revolution in den Ländern der Zweiten Welt und der beiden Supermächte. Sie unterstützen und fördern den Zusammenschluß der Dritten Welt gegen den Imperialismus und insbesondere gegen die beiden Supermächte. Für diesen Zusammenschluß gegen den Imperialismus und insbesondere gegen die beiden Supermächte versuchen sie die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern und insbesondere zwischen der Zweiten und der Ersten Welt zu nutzen. Im Kampf der Dritten Welt gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte versuchen sie die Länder der Zweiten Welt entweder zu neutralisieren oder an einzelnen Punkten zu gewinnen. Sie treten auch gegen alle Versuche der beiden Supermächte auf, die Zweite Welt ihrem Hegemoniestreben zu unterwerfen und zum Objekt ihrer Weltherrschaft zu machen. Sie tun dies jedoch mit keinem anderen Zweck, als den Kampf der Dritten Welt zu erleichtern, den imperialistischen Krieg zu verhindern und die proletarische Revolution in den imperialistischen Ländern der Zweiten Welt und letztlich in den Ländern der beiden Supermächte zu erleichtern. Für die Linie der Kommunisten in den imperialistischen Ländern bedeutet dies: Unterstützung, Nutzung und Förderung des Kampfes der unterjochten Nationen gegen den Imperialismus und insbesondere gegen die beiden Supermächte zum Zwecke der Verhinderung des imperialistischen Krieges und der Vorbereitung der proletarischen Revolution, Nutzung und Förderung der Widersprüche zwischen der Zweiten und der Ersten Welt zum Zwecke der Bekämpfung der imperialistischen Kriegsgefahr und der Vorbereitung der proletarischen Revolution. Für die Marxisten-Leninisten in den imperialistischen Ländern heißt dies letzten Endes Nutzung dieser Widersprüche zur Lösung des Hauptwiderspruchs im eigenen Land, des Widerspruchs zwischen Proletariat und Bourgeoisie, mit der es **aus diesem Grund** und der **objektiv auf der Tagesordnung stehenden Etappe der proletarischen Revolution** keine Gemeinsamkeit geben kann. Eine Gemeinsamkeit kann es erst geben, wenn die Marxisten-Leninisten ihre Ziele verraten. Dies ist der Standpunkt der Arbeiterklasse zur Herausbildung von drei Welten.

Die Linie der Gruppe Rote Fahne ist die Widerspiegelung der imperialistischen Politik der westdeutschen Bourgeoisie

19. Einen vollkommen entgegengesetzten Standpunkt nimmt die Bourgeoisie der imperialistischen Länder der Zweiten Welt dazu ein: Sie versucht den Widerspruch zwischen der Dritten und der Ersten Welt zu nutzen, um ihre eigene Konkurrenzposition gegenüber den Supermächten zu stärken und den Widerspruch zwischen der Zweiten und der Ersten Welt zu nutzen, um die Arbeiterklasse vor ihren imperialistischen Karren zu spannen (19). Das Ziel

(16) Stalin, Fragen des Leninismus. Seite 75 ff.
Vergleiche Mao Tsetung, Über den Widerspruch. In: Vier philosophische Monographien, Seite 58
(17) Polemik über die Generallinie . . ., Seite 14
(18) Ebenda, Seite 227
(19) So geht auch die Gruppe Rote Fahne die Sache an, wenn sie, statt vom Zusammenschluß der Dritten Welt gegen die Erste unter Ausnutzung der Widersprüche zwischen der Zweiten und der Ersten Welt auszugehen, vom Zusammenschluß der Zweiten Welt gegen die Erste unter Ausnutzung der Widersprüche zwischen der Dritten und der Ersten Welt ausgeht. Das ist die bürgerliche Umkehr des korrekten Standpunktes. So spricht die Gruppe Rote

der imperialistischen Bourgeoisie ist dabei, selber in die Lage zu kommen, erfolgreich mit den beiden Supermächten um die Hegemonie zu ringen. Denn keineswegs hat die imperialistische Bourgeoisie in der Zweiten Welt plötzlich auf ihre imperialistischen und hegemonialen Bestrebungen verzichtet, und erst recht nicht die westdeutsche Monopolbourgeoisie. Vielmehr ist sie darauf erpicht, ihre gegenwärtig schwachen Ausgangsbedingungen in dieser Auseinandersetzung zu verbessern. Die westdeutsche Bourgeoisie schlägt dabei folgende Taktik ein: gestützt auf den US-Imperialismus, der auf sie bei seiner Hegemonialpolitik gegenüber Europa angewiesen ist, die Vorherrschaft in Westeuropa zu gewinnen und im osteuropäischen Vorfeld des Sozialimperialismus an Einfluß zu gewinnen, wofür durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik gegenüber dem Sozialimperialismus selber Spielraum geschaffen werden soll. Diese Politik ist nur möglich, wenn die BRD "Weltpolitik" macht und sich insbesondere in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas Rohstoffquellen, Absatzmärkte und vor allem Kapitalanlagesphären sichert. Es ist ganz klar, daß der BRD-Imperialismus eine expansive und aggressive Politik betreibt und sich keineswegs mit dem Status einer zweitrangigen imperialistischen Macht abgefunden hat. Das wär' auch noch mal schöner, wenn die zweite Welthandelsmacht und die dritte Industriemacht der imperialistischen Welt von sich aus auf hegemoniale Bestrebungen verzichten würde. Das tut sie nicht. Keineswegs ist der BRD-Imperialismus Gefangener des Entspannungsgeredes, das er selber mit in die Welt setzt, weil es seinen Zwecken dient. Das zeigen sowohl seine wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen und seine "Weltpolitik" als auch seine Rüstungsbemühungen. Hat man die Politik des BRD-Imperialismus untersucht, dann muß man feststellen, daß die Linie der Gruppe Rote Fahne nichts anderes ist als eine bestimmte Variante, um diese Politik in die Arbeiterklasse hineinzutragen.

20. Bis in Nuancen hinein ist die Linie der Gruppe Rote Fahne eine Widerspiegelung der Politik der westdeutschen Monopolbourgeoisie innerhalb der westdeutschen marxistisch-leninistischen Bewegung: Ausnutzung der Schirmherrschaft des US-Imperialismus, bis sie durch ein unter westdeutscher Vorherrschaft zusammengefaßtes europäisches imperialistisches Staatenbündnis ersetzt werden kann; vor die Wahl zwischen der Anlehnung an zwei Supermächte gestellt, Entscheidung für den US-Imperialismus, der aufgrund der objektiven wirtschaftlichen und geographischen Gegebenheiten auf die Dauer nicht die Vorherrschaft in Europa wird halten können und innerhalb Europas im Kampf um die Vorherrschaft auf die Dauer nicht der unmittelbare Gegner des BRD-Imperialismus sein wird, sondern umgekehrt auf den BRD-Imperialismus angewiesen ist, wenn er in Europa nach wie vor eine bedeutende Rolle spielen will; wie auch der BRD-Imperialismus auf die USA angewiesen ist, wenn er dem Sozialimperialismus ernsthaft entgegentreten will; Vorreiterrolle der europäischen Einigung, weil die BRD so als imperialistische Macht ohne traditionelle Verbindungen zu Ländern der Dritten Welt am leichtesten an diese heranzukommen hofft und gleichzeitig in einem politisch vereinten Europa am leichtesten ihre ökonomische Position politisch zur Geltung zu bringen hofft; Vorreiterrolle bei der Aufrüstung in Westeuropa und heftiger Verfechter der Unterdrückung der Revisionisten, um deren Bindung an den Sozialimperialismus zum Vorwand für die Beseitigung der demokratischen Rechte zu nehmen: die Variante des "Antirevisionismus" der Gruppe Rote Fahne, die aus außenpolitischen Gründen für die Unterdrückung der Revisionisten eintritt, paßt hier gut dazu.

21. Insgesamt kann man feststellen, daß die Gruppe Rote Fahne die grundlegenden Widersprüche in der Welt deshalb durch die "Aufteilung der Welt in drei Teile" ersetzt hat, um durch die Unterordnung aller anderen grundlegenden Widersprüche unter den Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten, konkret des BRD-Imperialismus und des Sozialimperialismus, die marxistisch-leninistische Linie in ihr Gegenteil zu verkehren und so die Arbeiterklasse den Interessen der westdeutschen Bourgeoisie und aktuell letztlich den Interessen des US-Imperialismus zu unterwerfen. Die Linie der Gruppe Rote Fahne ist gefährlich, weil sie an einem wirklichen Widerspruch anknüpft, dem Widerspruch zwischen der Zweiten und der Ersten Welt, um die Arbeiterklasse in allen politischen Fragen zum Anhängsel der Bourgeoisie zu machen, indem sie den Widerspruch zwischen der Zweiten Welt und der Ersten Welt, konkret zwischen dem BRD-Imperialismus und dem Sozialimperialismus, zum Hauptwiderspruch in der BRD erhebt, den sie ausgehend vom Standpunkt der Bourgeoisie behandelt. Damit sie dies kann, muß sie diesen Widerspruch, der ein Widerspruch zwischen imperialistischen Mächten ist, beschönigen. Sie tut das, indem sie ihn als Frage der nationalen Befreiung behandelt. Wo aber hat es je sowas gegeben: einen nationalen Befreiungskampf eines imperialistischen Landes? Solche Demagogie kennzeichnet gerade die Ideologen des Imperialismus.

22. 1963 hat die Kommunistische Partei Chinas in ihrer Auseinandersetzung mit den modernen Revisionisten Lenin zitiert und geschrieben: "Wie Lenin erklärt hat, 'muß die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte den Zentralpunkt in den sozialdemokratischen Programmen bilden, da diese Einteilung *das Wesen* des Imperialismus ausmacht und von den Sozialpatrioten, Kautsky inbegriffen, verlogenerweise umgangen wird'." (20) Auf dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas hat Tschou En-lai im Bericht des Zentralen Komitees an den Parteitag festgestellt:

"Nach dem Tode Lenins sind in der Welt gewaltige Veränderungen vor sich gegangen. Aber die Epoche bleibt unverändert, die Grundprinzipien des Leninismus sind nicht überholt und bleiben nach wie vor die theoretische Grundlage, von der sich unser Denken leiten läßt." (21)

Wenn Deng Hsiao-ping in seiner UNO-Rede feststellte, daß die "Änderung der internationalen Beziehungen" zur Herausbildung von drei Welten geführt habe, so hebt diese Feststellung natürlich keineswegs die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte auf, die das Wesen des Imperialismus ausmacht.* Die drei Welten sind vielmehr eine Beschreibung dieser Einteilung in der heutigen Welt, wobei die Widersprüche zwischen den imperialistischen und kapitalistischen Ländern der Zweiten Welt und den beiden Supermächten in dieser Beschreibung berücksichtigt werden, weil diese Widersprüche bei der revolutionären Lösung des Widerspruchs zwischen den unterdrückenden und unterdrückten Nationen ausgenutzt werden können.

Die Gruppe Rote Fahne dagegen verfälscht diese Beschreibung, die die Änderung der internationalen Beziehungen zum Ausdruck bringen will, um sowohl den Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie als auch den Widerspruch zwischen den unterdrückten und den unterdrückenden Nationen zu verwischen: Sie nutzt ihn, um in einem imperialistischen Land die nationale Befreiung auf die Tagesordnung zu setzen und damit das Proletariat den imperialistischen Bestrebungen der westdeutschen Monopolbourgeoisie unterzuordnen. Damit hat sie die Grundprinzipien des Leninismus aufgegeben und ist auf den Boden des Sozialpatriotismus eines Kautsky herabgesunken.

Die Haupttendenz in der Welt ist die Revolution, auch wenn die Faktoren für einen Weltkrieg wachsen

23. Am deutlichsten zeigt sich, daß sich die Gruppe Rote Fahne in eine Agentur des BRD-Imperialismus und aktuell letztlich des US-Imperialismus verwandelt hat, in der Frage von Krieg und Frieden. Seit jeher gehen die Marxisten-Leninisten davon aus, daß, solange es den Imperialismus gibt, Kriege unvermeidlich sind. Heute geht von den beiden Supermächten und ihrer Rivalität um die Weltherrschaft die **Haupt**kriegsgefahr aus, während der BRD-Imperialismus und andere entsprechende imperialistische Mächte gegenwärtig nicht in der Lage sind, selbständig ihre imperialistischen Ziele mit Hilfe eines imperialistischen Krieges durchzusetzen, weshalb sie sich im Windschatten der Supermächte bewegen, wie vor allem der BRD-Imperialismus im Windschatten des US-Imperialismus. Gegenwärtig verschärfen sich die Faktoren des Krieges, vor allem die Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft, die Konkurrenz unter den Imperialisten um Rohstoffe, Märkte und Kapitalanlagesphären infolge der wirtschaftlichen Krise sowie die Versuche der beiden Supermächte, ihre Schwierigkeiten im Inneren durch verstärkte Aktivitäten in der Welt zu überspielen und zu überwinden.

Die eine Supermacht, die USA, versucht ihre Positionen in der Welt nach der Niederlage in Indochina erst recht auf Teufel komm raus zu halten und zu festigen. Die andere Supermacht, die Sowjetunion, versucht, überall zu infiltrieren und nachzustoßen, wo sie Schwächen der anderen Supermacht zu erkennen glaubt. Beide Supermächte versuchen auf den Einflußbereich der anderen selber Einfluß auszuüben, und besonders die "freien Meere" sind der Schauplatz heftiger Rivalität der beiden Supermächte. Überall versuchen sich die Supermächte Verbündete zu schaffen oder Verbündete der anderen Supermacht abspenstig zu machen. So kann man, wenn man den Schleier der zahlreichen Entspannungsmanöver lichtet, leicht erkennen, daß die Faktoren des Krieges wachsen. Das deutlichste Zeichen dafür ist die weitere Verschärfung des Wettrüstens der beiden Supermächte, das Hand in Hand geht mit sogenannten Abrüstungsverhandlungen, die in Wirklichkeit bloß eine andere Form der Kriegsvorbereitung sind.

24. Gleichzeitig wachsen jedoch auch die Faktoren für die Revolution. Die Kämpfe der unterjochten Nationen entwickeln sich schwungvoll und die wirtschaftliche Krise führt zu einer Verschärfung des Klassenkampfes im Inneren der imperialistischen Länder und der beiden Supermächte. Die Dritte Welt stellt sich dem Kolonialismus und dem Imperialismus, vor allem den beiden Supermächten, immer entschlossener entgegen. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung und Völker wollen die Revolution – diese unwiderstehliche Strömung in der Welt ist ein mächtiger Faktor der Verhinderung eines neuen Weltkrieges. Die Einschätzung Mao Tsetungs behält nach wie vor ihre Gültigkeit und wird von der Kommunistischen Partei Chinas vollkommen zu Recht aufrechterhalten:

"Die Gefahr eines Weltkriegs bleibt immer noch bestehen, und die Völker müssen dagegen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution." Deng Hsiao-ping stellte in seiner UNO-Rede fest: "Die beiden Supermächte selbst haben ihre Gegenkraft geschaffen. (...) Zahlreiche Tatsachen bestätigen, daß es keinen Grund dafür gibt, die beiden Despoten zu überschätzen und die Kraft der Völker zu unterschätzen. Nicht eine oder die zwei Supermächte sind wirklich

Fahne z.B. von der "Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Zweiten Welt (die mittleren imperialistischen Länder) mit der Dritten Welt (die Entwicklungsländer) gegen die Erste Welt (die beiden Supermächte)" (Rote Fahne Nr. 31/1975). Unter der Hand ist die Zweite Welt, die zudem fälschlich insgesamt mit den mittleren imperialistischen Ländern identifiziert wird, ohne den Unterschied zwischen gewöhnlichen kapitalistischen und imperialistischen Ländern zu beachten, zum Subjekt und zur Haupttriebkraft geworden. Aus einem antiimperialistischen Zusammenschluß ist so ein imperialistischer geworden.

(20) Lenin, Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. In: Werke Band 21, zitiert nach: Polemik über die Generallinie . . ., Seite 238

(21) Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Dokumente. Peking 1973, Seite 25

* Damit ist klar, daß die "Zweite Welt" nicht als selbständiger Bezugspunkt angesehen werden kann. Der Verfasser ist darauf in einem Brief eingegangen, aus dem wir die entsprechenden Bemerkungen zitieren, da sie die Kategorie der "Zweiten Welt" über den Artikel hinaus erläutern. (Da der Verfasser seit Juni in Haft gehalten wird und dadurch auch die Kommunikation mit der Redaktion erschwert ist, ist dieses Verfahren notwendig. Red.)

" . . . in meinem Artikel ist ja die "Zweite Welt" kein selbständiger Bezugspunkt. Im Grund ist sie nur ein bildlicher Ausdruck für die Tatsache, daß die Extreme eines Widerspruches, in diesem Fall die beiden Supermächte als die Inkarnation des Imperialismus und die Völker der Dritten Welt, durch eine Reihe von Übergängen miteinander verbunden sind. Die Zweite Welt ist dementsprechend eine äußerst heterogene Angelegenheit. Auf der einen Seite umfaßt sie die BRD, die selber im Windschatten der beiden Supermächte in bestimmten Bereichen eine Hegemonialpolitik betreibt; auf der anderen Seite umfaßt sie Länder wie Norwegen, das stets das Opfer imperialistischer Bestrebungen gewesen ist. Es ist im Prinzip ähnlich wie bei den Mittelklassen. Bei solchen Kategorien handelt es sich einfach darum, die Übergänge zwischen den Extremen eines Widerspruches zu erfassen. Sie sind notwendig, man muß sie aber richtig verstehen. Da im Weltmaßstab der Widerspruch zwischen den beiden Supermächten und den Ländern der Dritten Welt heute den Widerspruch zwischen dem Imperialismus und dessen Führungsmacht USA auf der einen Seite und dem sozialistischen Lager auf der anderen Seite in der entscheidenden Bedeutung abgelöst hat, hat selbstverständlich auch die Zwischenzone zwischen diesen beiden Extremen heute eine größere Bedeutung als die Zwischenzone zwischen dem Imperialismus und den sozialistischen Ländern, was aber nicht bedeutet, daß es sie nimmer gibt. Bei jedem Widerspruch gibt es Übergänge zwischen den beiden Extremen des Widerspruchs und insofern gibt es immer "Zwischenzonen" in einem Widerspruch. Die Kategorie der Zweiten Welt ist genauso wichtig wie die Kategorie der Mittelklassen."

mächtig. Wirklich mächtig sind die Dritte Welt und die Völker aller Länder, die sich zusammenschließen und wagen zu kämpfen und zu siegen." Bereits gegenüber den Revisionisten hatte die Kommunistische Partei Chinas in ihrer Polemik zu Beginn der 60er Jahre hervorgehoben, daß es keinen Grund gibt, die Kriegsgefahr zu überschätzen und die Kräfte der Revolution zu unterschätzen. Insbesondere haben sie darauf hingewiesen, daß das beste Mittel, um den Krieg zu verhindern, die Entfaltung der Kämpfe der unterjochten Nationen und des Proletariats darstellt.

25. Der richtigen Einschätzung der Marxisten-Leninisten, daß die Faktoren des Krieges wachsen, daß aber auch die Faktoren der Revolution wachsen und die Haupttendenz die Revolution ist, auch wenn die Gefahr eines neuen Weltkrieges fortbesteht, hat die Gruppe Rote Fahne ihre eigene Einschätzung gegenübergestellt: vollständige Abwesenheit der Faktoren der Revolution und vollständige Entwicklung der Faktoren des Krieges. Zumindest für Europa hat sie diese Einschätzung vorgetragen. (22) Im Zusammenhang mit der richtigen Einschätzung, daß sich die Rivalität der beiden Supermächte auf Europa konzentriert, hat sie damit grundsätzlich die These, daß die Revolution den Krieg verhindern kann, verworfen und als Phrase ad acta gelegt. Damit hat sie nur bewiesen, daß für sie diese wissenschaftliche These tatsächlich nur eine nachgeplapperte Phrase gewesen ist. Statt den Kampf gegen die Kriegsgefahr zu führen und für die Verhinderung des Krieges durch die Revolution einzutreten, hat sich die Gruppe Rote Fahne für die Vorbereitung des imperialistischen Krieges an der Seite der westdeutschen Monopolbourgeoisie entschieden. Dies bedeutet Defaitismus gegenüber der Revolution und Verherrlichung des imperialistischen Krieges. Obwohl zwischen zwei imperialistischen Mächten zweifellos nur ein imperialistischer Krieg geführt werden kann, hat die Gruppe Rote Fahne diesem imperialistischen Krieg, was den BRD-Imperialismus betrifft, den Titel eines "gerechten Verteidigungskrieges" verliehen, wobei sie der Monopolbourgeoisie nur noch vorwirft, nicht in der Lage zu sein, diesen Krieg erfolgreich zu führen. Offensichtlich geht die Gruppe Rote Fahne davon aus, daß die Monopolbourgeoisie hinter den Nationalismus zurückgefallen sei, während sie doch in Wirklichkeit darüber längst hinaus ist. Gerade deshalb bereitet sie nicht gerechte Verteidigungskriege vor, sondern imperialistische Kriege. Den Aberwitz, daß die Gruppe Rote Fahne einerseits von der Rivalität der beiden Supermächte um Europa auszugehen vorgibt und andererseits einen isolierten Krieg zwischen dem Sozialimperialismus und dem BRD-Imperialismus als wahrscheinlich ansieht, haben wir bereits mehrfach entlarvt. (23) Tatsache ist, daß die Gruppe Rote Fahne inzwischen ganz offen von der Linie der Bekämpfung des imperialistischen Krieges und seiner Verhinderung auf die Linie der Vorbereitung des imperialistischen Krieges an der Seite der Monopolbourgeoisie übergegangen ist. Dabei ist das haltlose Geschwätz von einem "gerechten Verteidigungskrieg" und der praktischen Inangriffnahme des Aufbaus einer Volksbefreiungsarmee nichts anderes als ein albernes Ablenkungsmanöver gegnüber der revolutionären Bewegung. Aus der "Aufteilung der Welt in drei Teile" hat die Gruppe Rote Fahne nichts anderes gefolgert als die Berechtigung, mit dem BRD-Imperialismus gemeinsame Sache zu machen.

26. Entsprechend bedeutet für die Gruppe Rote Fahne auch die Umwandlung der Sowjetunion, des ersten sozialistischen Staates der Welt, in eine Supermacht und die Tatsache, daß sie jetzt zusammen mit dem US-Imperialismus zum größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker sowie einer der beiden Hauptkriegstreiber geworden ist, nichts anderes als einen Freibrief für die Aussöhnung mit dem BRD-Imperialismus und für die Vorbereitung des imperialistischen Krieges an der Seite der westdeutschen Monopolbourgeoisie, der ja gegenüber der Sowjetunion allemal nur ein "gerechter Verteidigungskrieg" sein kann. Es ist ganz klar, daß hier ein Teil der westdeutschen Bourgeoisie, der sich auf Grund von Lesefrüchten und was weiß für Gründen in die revolutionäre Bewegung verirrt hat, seine Heimkehr in den Schoß der herrschenden Klasse vollzieht, wobei er diese mit neuen Lesefrüchten tarnt, um gleichzeitig noch möglichst viel ehrliche Menschen zu verwirren und ebenfalls auf die Seite der Bourgeoisie zu ziehen.

Die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus macht imperialistische Kriege unvermeidlich. Das Proletariat sucht sie zu verhindern oder in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln.

27. Schon früher und erneut 1963 hat die Kommunistische Partei Chinas festgestellt:

"Nach dem Zweiten Weltkrieg lösten die USA-Imperialisten die deutschen, italienischen und japanischen Faschisten ab beim Versuch, ein riesiges Weltimperium aufzurichten, wie es noch niemals dagewesen war. (...) Es liegt auf der Hand, daß der Ursprung des modernen Krieges nach wie vor der Imperialismus ist, daß der USA-Imperialismus in unserer Zeit die Hauptkraft für Aggression und Krieg bildet." (24) Aus dieser Feststellung hat jedoch die Kommunistische Partei Chinas nicht die Feststellung gezogen, daß deshalb imperialistische Kriege gerecht würden.

Bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat Stalin darauf hingewiesen, daß auf Grund der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus imperialistische Kriege nach wie vor unvermeidlich sind. Er hat gezeigt, daß sich, trotz der Vorherrschaft des US-Imperialismus über die anderen imperialistischen Länder, auf Grund der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus die Voraussetzungen von neuen imperialistischen Kriegen herausbilden werden. Hat er aus der Vorherrschaft des US-Imperialismus und aus der Tatsache, daß die Gefahr imperialistischer Kriege weiterbestand, geschlossen, daß sich die Arbeiterklasse der anderen imperialistischen Länder mit

(22) Siehe die "Rede des ZK", von Semler auf der Düsseldorfer Veranstaltung vorgetragen. In: Rote Fahne Nr. 26/1975. Dort wird von der "Abwesenheit aller subjektiven und objektiven Voraussetzungen der Revolution, aber bei der höchst realistischen Gefahr des Krieges" gesprochen. Vergleiche zur Auseinandersetzung mit dieser Rede Kommunistische Volkszeitung Nr. 28/1975

(23) Siehe z.B. die Broschüre "Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie oder 'Vaterlandsverteidigung' des BRD-Imperialismus? " Mannheim 1975

(24) Polemik über die Generallinie . . ., Seite 256 f.

der Monopolbourgeoisie aussöhnen müsse, um an ihrer Seite den imperialistischen Krieg vorzubereiten? Natürlich nicht. Er hat aus der Unvermeidbarkeit imperialistischer Kriege auf die Notwendigkeit der Vernichtung des Imperialismus gefolgert. (25)

28. Haben die USA nach Ende des Zweiten Weltkrieges das Erbe Hitlers angetreten beim Versuch der Errichtung der Weltherrschaft, so haben sie dabei nicht nur durch die Völker schwere Schläge einstecken müssen. Heute ist ihnen in der zweiten Supermacht ein mächtiger Konkurrent erwachsen, der mit ihnen um die Weltherrschaft rivalisiert und ihnen das streitig machen will, was sie noch in der Hand und unter der Fuchtel haben. Auch die Sowjetunion ist in die Fußstapfen Hitlers getreten beim Versuch, die Weltherrschaft zu erobern. Als aufstrebende imperialistische Macht muß sie versuchen, dem US-Imperialismus dessen Beute abzujagen, während der US-Imperialismus vor allem versuchen muß, seine Beute zu halten. Folgt aus diesem erneuten Ringen um die Weltherrschaft und der Tatsache, daß die anderen imperialistischen Staaten den beiden Supermächten nicht das Wasser reichen können, daß ein neuer imperialistischer Krieg auf der Seite der mit dem US-Imperialismus verbundenen imperialistischen Staaten nun zu einem gerechten Verteidigungskrieg geworden ist? Nein, das folgt daraus natürlich keineswegs. Nach wie vor gilt selbstverständlich für alle imperialistischen Länder, daß die Arbeiterklasse den drohenden imperialistischen Krieg bekämpfen und dabei versuchen muß, ihn durch die Revolution zu verhindern. Keineswegs gilt jetzt auf einmal, daß die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern gemeinsam mit der Bourgeoisie den imperialistischen Krieg vorbereiten müsse.

Weil die Sowjetunion ebenfalls in die Fußstapfen Hitlers getreten ist beim Versuch, die Weltherrschaft zu erringen, meint die Gruppe Rote Fahne, einen imperialistischen Krieg des BRD-Imperialismus als "gerechten Verteidigungskrieg" führen zu können. Dabei beruft sie sich auf den Zweiten Weltkrieg. Als erstes muß man sich daran erinnern, daß, bevor die Sowjetunion in die Fußstapfen Hitlers zu treten versuchte, die USA bereits in diesen Fußstapfen ihren Versuch der Errichtung einer Weltherrschaft angetreten hatten. Dabei haben sie schon einige Schläge erhalten. Aber genauso wie der deutsche Faschismus 1943, nachdem er schon etliche Schläge erhalten hatte, weiterhin nach der Weltherrschaft strebte bis zu seinem Untergang, bleiben die USA eine imperialistische Supermacht in den Fußstapfen Hitlers, auch wenn sie bereits etliche Schläge durch die Völker erhalten haben und ihnen in der Sowjetunion ein neuer Prätendent auf das Erbe Hitlers erwachsen ist. Man kann nicht unter Berufung auf den antifaschistischen Krieg einen "gerechten Verteidigungskrieg" des BRD-Imperialismus gegen den Sozialimperialismus vorbereiten und von dem Hegemonismus der anderen Supermacht nicht nur absehen, sondern sich sogar mit dieser anderen Supermacht verbünden, weil sie die niedergehende ist. Genau darin aber besteht die offen ausgesprochene Linie der Gruppe Rote Fahne.

29. Zur Rechtfertigung ihrer Linie der "Vaterlandsverteidigung" an der Seite der Monopolbourgeoisie macht die Gruppe Rote Fahne viel Wesen von der Tatsache, daß die Sowjetunion eine aufstrebende Supermacht ist. Weil dagegen die USA eine niedergehende Supermacht sind, werden sie für den "gerechten Verteidigungskrieg" bündnisfähig. Es ist klar, daß mit diesem Herangehen noch jedes imperialistische Bündnis gegen eine aufstrebende imperialistische Macht gerechtfertigt werden konnte und noch jeder imperialistische Krieg eines solchen Bündnisses als "gerechter Verteidigungskrieg" verherrlicht werden konnte. Denn in jedem imperialistischen Krieg gibt es selbstverständlich auf der einen Seite eine oder mehrere aufwärtsstrebende imperialistische Mächte und auf der anderen Seite eine oder mehrere imperialistische Mächte, deren Stern im Sinken begriffen ist. Dies ist ganz unvermeidlich so, weil ja die imperialistischen Kriege gerade aus der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus hervorgehen, die in der Epoche des Imperialismus einen sprunghaften Charakter annimmt. Tatsächlich haben die englischen und französischen Sozialchauvinisten ihre Variante der "Vaterlandsverteidigung" sowohl im Ersten Weltkrieg als auch im Zweiten Weltkrieg entsprechend begründet.

Die Gruppe Rote Fahne glaubt etwas ganz Neues gefunden zu haben. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Gesetzmäßigkeit des Imperialismus, die jedem imperialistischen Krieg zugrundeliegt. Natürlich geht von der aufstrebenden imperialistischen Macht unter der Bedingung, daß die Aufteilung der Welt bereits abgeschlossen ist, der Angriff aus. Sie muß auf diese Art versuchen, ihre Herrschaft auszudehnen, während die anderen imperialistischen Mächte gegenüber diesen Versuchen ihren Herrschaftsbereich sichern müssen. Die Unvermeidbarkeit der imperialistischen Kriege ergibt sich aus den beiden entgegengesetzten Bestrebungen. Das kann niemals etwas daran ändern, daß die internationale Arbeiterklasse grundsätzlich gegen den imperialistischen Krieg auftritt. Wo käme sie sonst hin! Mit ihrer "Entdeckung", daß die Sowjetunion eine aufstrebende imperialistische Macht ist, während die USA im Niedergang begriffen sind, kann die Gruppe Rote Fahne niemals ihre Vorbereitung des "gerechten Verteidigungskrieges" rechtfertigen.

Eine Relation zwischen zwei Tendenzen sagt im übrigen noch nichts über das aktuelle absolute Kräfteverhältnis aus.

Jedenfalls sollte die Gruppe Rote Fahne konsequent sein und nicht nur unter Hinweis auf die aktuelle Lage (BRD-Imperialismus gehört zur Zweiten Welt, der Stern des US-Imperialismus ist im Sinken begriffen, während der Sozialimperialismus eine aufstrebende imperialistische Macht ist) die grundsätzliche Einstellung der Marxisten-Leninisten zum imperialistischen Krieg revidieren, sondern ausdrücklich sagen, daß diese schon immer falsch gewesen ist. Denn seit es den Imperialismus gibt, gibt es aufstrebende und niedergehende imperialistische Mächte, gibt es Großmächte und imperialistische Staaten geringerer Größe und Stärke. Deshalb legt die Kommunistische Partei Chinas auch stets Gewicht auf die Tatsache, daß die Epoche des Imperialismus fortdauert: "Wie Lenin sagte, '. . . ist für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie'. Heute sind es in der Hauptsache die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, die miteinander um die

(25) Siehe J.W. Stalin, Okonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Peking 1972, Seite 37–42

Hegemonie ringen." (26)

Stets betonen die Kommunistische Partei Chinas und mit ihr alle Marxisten-Leninisten die Fortdauer der Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus und die Gültigkeit der Grundsätze des Marxismus-Leninismus. Die Gruppe Rote Fahne dagegen will diese Grundsätze auf den Müllhaufen der Geschichte werfen, weil sie entdeckt hat, daß die Sowjetunion eine aufstrebende, die USA eine niedergehende und die BRD eine mittlere imperialistische Macht ist. Wäre das für einen Marxisten-Leninisten nicht ein völlig albernes Unterfangen?

Solange es imperialistische Länder gibt, führen diese imperialistische Kriege und solange gilt der marxistisch-leninistische Grundsatz, den Mao Tsetung 1938 erneut hervorgehoben hat. Dieser Grundsatz ist vollständig unabhängig davon, ob es sich bei dem betreffenden imperialistischen Land um ein aufstrebendes oder niedergehendes, ein großes oder mittleres imperialistisches Land handelt:

Er ergibt sich aus den grundlegenden Widersprüchen in der imperialistischen Epoche und aus der Tatsache, daß in den kapitalistischen Ländern der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie der Hauptwiderspruch ist. Dieser Grundsatz bildet einen festen Bestandteil der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung:

"Was die Frage des Krieges betrifft, so kämpft die kommunistische Partei eines solchen (kapitalistischen) Landes dagegen, daß ihr Land einen imperialistischen Krieg führt; falls jedoch ein solcher Krieg ausbricht, besteht die Politik der Partei darin, für die Niederlage der reaktionären Regierung des eigenen Landes zu kämpfen. Der einzige Krieg, den die Partei braucht, ist der Bürgerkrieg, auf den sie sich vorbereitet." (27)

Mao Tsetung hat diese Feststellung 1938 getroffen, also wenig vor dem endgültigen Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Sie bleibt richtig.

Auch der Charakter des Krieges gegen den deutschen Faschismus war durch die kriegführenden Klassen bestimmt.

30. Die Berufung der Gruppe Rote Fahne auf den antifaschistischen Krieg ist falsch. Vor Beginn des Zweiten Weltkrieges haben die Kommunisten keineswegs an der Seite der imperialistischen Bourgeoisie den "gerechten Verteidigungskrieg" vorbereitet, sondern haben im Kampf gegen den Faschismus und die Monopolbourgeoisie eine Volksfrontregierung angestrebt, um die Demokratie gegen die inneren und äußeren Feinde zu verteidigen als einen Schritt auf dem Weg zur Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse. Selbstverständlich war es das Ziel der Komintern, den imperialistischen Krieg zu verhindern und nicht etwa ausgehend von der Einschätzung, daß die Faktoren der Revolution nicht vorhanden, die Faktoren für den Krieg jedoch voll entwickelt sind, den imperialistischen Krieg vorzubereiten. Die Berufung der Gruppe Rote Fahne auf den Kampf der Komintern vor dem Zweiten Weltkrieg zur Rechtfertigung ihres "Verteidigungskrieges" ist also schlicht eine Beleidigung der Komintern und ihrer Linie im Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Des weiteren behauptet die Gruppe Rote Fahne bei ihrer Vorbereitung des imperialistischen Krieges an der Seite der westdeutschen Monopolbourgeoisie und im Bündnis mit dem US-Imperialismus, der Zweite Weltkrieg sei von seiten des englischen und französischen Imperialismus von Anfang an ein gerechter, antifaschistischer Verteidigungskrieg gewesen. Damit versucht sie zu beweisen, daß Imperialisten sehr wohl gerechte Kriege führen können. Das ist eine Beleidigung der Politik der Sowjetunion. Denn wenn die Sache so gewesen wäre, wäre der Nichtangriffspakt der Sowjetunion mit Hitler nicht eine korrekte Maßnahme seitens des sozialistischen Staates gewesen, um die Sowjetunion aus dem drohenden imperialistischen Krieg herauszuhalten, sondern ein offener Anschlag auf die gerechte Sache der französischen und englischen Imperialisten. Deren Sache war aber bekanntlich nicht gerecht. Vielmehr versuchten sie, den Faschismus auf die Sowjetunion zu lenken und erst dann aufs Schlachtfeld zu treten, wenn sich die Gegner zerfleischt und erschöpft hatten. Dieser Plan ist durchkreuzt worden. In der Folge schoben die englischen und französischen Imperialisten die nun unaufschiebbare Auseinandersetzung mit dem deutschen Imperialismus nicht länger auf.

War ihr Krieg nun ein gerechter Verteidigungskrieg? Nein, es war ein imperialistischer Krieg, wo es auf beiden Seiten um die Eroberung imperialistischer Herrschaft und letztenendes die Weltherrschaft ging. Dies war die richtige Auffassung der Komintern, die Dimitroff in mehreren Artikel vertreten hat.

31. Nach Kriegsbeginn stellte Dimitroff fest:

"Der gegenwärtige Krieg ist seinem Charakter und seinem Wesen nach auf beiden kriegführenden Seiten **ein imperialistischer, ungerechter Krieg,** ungeachtet der betrügerischen Losungen, mit denen die herrschenden Klassen der kriegführenden kapitalistischen Staaten ihre wahren Ziele vor den Volksmassen zu verbergen suchen. 'Der Charakter eines Krieges hängt', wie Lenin lehrte, 'nicht davon ab, wer angegriffen hat und in wessen Land der 'Feind' steht, sondern **davon, welche Klasse** den Krieg führt, welche Politik durch den gegebenen Krieg fortgesetzt wird.' Der Krieg wird heute ebenso wie 1914 von der imperialistischen Bourgeoisie geführt. Dieser Krieg ist die direkte Fortsetzung des Kampfes zwischen kapitalistischen Mächten, um eine Neuaufteilung der Welt, um die **Herrschaft** über die Welt." (28)

"Je mehr sich der Krieg in die Länge zieht, desto klarer tritt sein **imperialistisches, volksfeindliches, reaktionäres Wesen** zutage." (29)

Entsprechend konnte die Linie nur die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg sein:

"Die Imperialisten der kriegführenden Länder haben den Krieg für die Neuaufteilung der Welt, für die Herrschaft über die Welt begonnen und Millionen Menschen zur Ausrottung verurteilt. Die Arbeiterklasse ist berufen, diesem Krieg auf ihre Art, in ihrem Interesse, im Interesse der gesamten werktätigen Menschheit ein Ende zu machen und damit die notwendigen Voraussetzungen für die Aufhebung der Grundursachen, die imperialistische Kriege

(26) Tschou En-lai, Bericht an den 10. Parteitag. In: Der 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, a.a.O., Seite 27
(27) Mao Tsetung, Werke Band II. Peking 1968, Seite 256
(28) Dimitroff, Werke Band III, Seite 163. Das Zitat von Lenin ist zu finden in: Lenin, Ausgewählte Werke in 2 Bänden, Band II, Berlin 1955, Seite 465
(29) Dimitroff, a.a.O., Seite 192

hervorbringen, zu schaffen." (30)

Nicht anders als Dimitroff sah seinerzeit Mao Tsetung die Sache. (31)

Erst mit dem Angriff des Hitlerfaschismus auf die Sowjetunion änderte sich dieser Charakter des Krieges, wobei ihn die Imperialisten freilich nach wie vor in ihrem imperialistischen Interesse führten. Diese Interessen waren jedoch nicht länger vorherrschend.

"Der heimtückische Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 veränderte radikal die internationale Lage.

Der Zweite Weltkrieg, der als Krieg zwischen den imperialistischen Lagern begonnen hatte, verwandelte sich in einen Krieg der freiheitsliebenden Völker, mit der Sowjetunion an der Spitze, gegen die Hitlersche Aggression." (32)

Wodurch veränderte sich der Charakter des Krieges? Er änderte sich durch den Kriegseintritt der Arbeiterklasse als kriegführender Klasse.

32. Inwiefern sich die Gruppe Rote Fahne bei der Vorbereitung auf den imperialistischen Krieg an der Seite des Monopolkapitals auf den antifaschistischen Krieg mit der Sowjetunion an der Spitze berufen will, bleibt in jeder Hinsicht schleierhaft. Diese Berufung dient der Gruppe Rote Fahne auch bloß zur Tarnung für ihren Übergang auf die Seite der westdeutschen Monopolbourgeoisie und aktuell letztlich auf die Seite des US-Imperialismus. Mit solchen Tarnungen hat sie noch stets jede Lumperei zu rechtfertigen versucht. Wann hätte sie jemals eine Lumperei begangen, ohne zu versuchen, die Klassiker des Marxismus-Leninismus, die Komintern und die Volksrepublik China in ihre Lumpereien hineinzuziehen? Damit hat sie dem Marxismus-Leninismus schon oft großen Schaden zugefügt. Wann werden ihre Mitglieder und Anhänger die Augen öffnen und zum selbständigen Studium des Marxismus-Leninismus übergehen und sich von jenen Leuten trennen, die noch jeden Dreck als Quintessenz des Marxismus-Leninismus verkaufen wollten?

Zusammenfassung

Die Gruppe Rote Fahne unterschätzt die Faktoren der Revolution und vertritt die These, daß die Haupttendenz nicht die Revolution, sondern der Weltkrieg ist. Die Linie der Gruppe Rote Fahne besteht in der Unterordnung aller grundlegenden Widersprüche in der Welt unter die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten, wobei sie den Charakter dieser Widersprüche verfälscht und in Widersprüche verschiedenartiger Staaten umschwindelt. Die Widersprüche zwischen der Dritten Welt und den Supermächten und das Proletariat werden in Reserven der Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Staaten der Zweiten Welt und den beiden Supermächten, konkret in Reserven des BRD-Imperialismus in der Auseinandersetzung mit dem Sozialimperialismus verwandelt. Die Gruppe Rote Fahne hat die grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt "ersetzt" durch die "Aufteilung der Welt in drei Teile" und diese Beschreibung der internationalen Beziehungen der heutigen Welt verfälscht, indem sie die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern der Zweiten Welt und den Supermächten als Widersprüche zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen behandelt. Zwangsläufig muß sie entsprechend die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung entstellen. Da sie den Hauptwiderspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie für die imperialistischen Länder der Zweiten Welt leugnet, landet sie bei der Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie. Dies spitzt sich zu in ihrer Linie der Vorbereitung des imperialistischen Krieges an der Seite der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Den imperialistischen Krieg von seiten der westdeutschen Monopolbourgeoisie beschönigt sie als "gerechten Verteidigungskrieg". Da sie wohl erkennt, daß die westdeutsche Bourgeoisie gegenwärtig nicht in der Lage ist, einen imperialistischen Krieg selbständig zu führen, schreitet die Gruppe Rote Fahne fort zur Rechtfertigung imperialistischer Bündnisse und der Kapitulation vor dem US-Imperialismus. Sie achtet die Gefährlichkeit des US-Imperialismus gering und übersieht, daß der US-Imperialismus immer noch einen großen Teil der Welt beherrscht. Die Expansionsbestrebungen und Aggressionsbestrebungen des BRD-Imperialismus unterschätzt sie gerade so, wie sie seine politische Stabilität und die anderen europäischen imperialistischen Länder überschätzt.

Damit hat sich die Gruppe Rote Fahne objektiv zu einer Agentur der westdeutschen Monopolbourgeoisie in der marxistisch-leninistischen Bewegung und des US-Imperialismus in Westdeutschland entwickelt. Darüber können weder gelegentliche Rückzieher noch revolutionäre Phrasen hinwegtäuschen. Die Gruppe Rote Fahne ist damit zum feindlichen Bruder der DKP geworden, wobei sich die Gruppe Rote Fahne auf sozialchauvinistische Strömungen in der Arbeiterklasse zu stützen versucht, während sich die DKP hauptsächlich auf sozialpazifistische Strömungen zu stützen versucht.

Gegenüber diesen beiden entgegengesetzten revisionistischen Entstellungen des Marxismus-Leninismus müssen die Marxisten-Leninisten an den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung festhalten, müssen sie diese Entstellungen des Marxismus-Leninismus entsprechend entlarven, um die Arbeiterklasse um die Marxisten-Leninisten zusammenzuschließen. Bestimmt werden die Marxisten-Leninisten den Revisionisten jeder Spielart eine vernichtende Niederlage bereiten.

Joscha Schmierer

(30) Ebenda, Seite 184
(31) Siehe: Mao Tsetung, Werke Band II, Seite 305 f., Seite 322
(32) Dimitroff, a.a.O., Seite 566 f.
(Zwischenüberschriften von der Redaktion eingefügt. Red.)

Der Mannheimer Parteitag der CDU

„Freiheit, Familie, Eigentum" – ideologische Ladenhüter der bürgerlichen Klasse gegen die Arbeiterklasse gewendet

Auf ihrem Mannheimer Parteitag vom 23.–25.6.1975 hat die CDU beraten, auf welcher Linie und mit welcher Stoßrichtung sie antreten will, um 1976 die Bundestagswahlen zu gewinnen und wieder Regierungspartei zu werden. Gebilligt und dem Parteivorstand zur Überarbeitung überwiesen wurde ein Dokument, das nach den Worten des CDU-Generalsekretärs Biedenkopf "Grundlage für die Neuorientierung unserer Politik" (1) sein soll, die sogenannte "Mannheimer Erklärung" (2).

Bewährte Prinzipien, "mit Phantasie und Klugheit" angewendet

Wenn in der CDU von "Neuorientierung unserer Politik" die Rede ist, dann ist damit nicht gemeint eine neue Festlegung des Ziels dieser Politik: "Bewährte Prinzipien wirft man nicht über Bord, sondern man paßt sie mit Phantasie und Klugheit den Wirklichkeiten unserer Zeit an", heißt es in Kohls Parteitagsrede. Nirgends wird in der CDU in Zweifel gezogen, daß die bestehende gesellschaftliche Ordnung erhalten werden soll, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln begründete kapitalistische Produktionsweise, von der CDU "soziale Marktwirtschaft" genannt. Und nirgends wird in Zweifel gezogen, daß der bundesrepublikanische Staat, der das Privateigentum an den Produktionsmitteln sichert, bleiben soll wie er ist.

Der Parteivorsitzende Kohl hat diese ohnehin unbezweifelten Ziele der CDU auf dem Mannheimer Parteitag erneut bekräftigt. "Wir wollen keine Verstaatlichungen, sondern Förderung von sozial gebundenem Eigentum" (3), wobei das "sozial gebunden" getrost erst einmal unbeachtet bleiben kann und festgehalten werden muß, daß es vor allem um die Förderung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln geht. Und ebenso deutlich heißt es: "Wir wollen diese unsere Bundesrepublik, wir wollen keine andere Republik." (4)

Wenn die CDU von "Neuorientierung unserer Politik" spricht, sind also nicht diese Ziele gemeint, sondern die jeweiligen Mittel, sie durchzusetzen. "Phantasie und Klugheit", meint Kohl, sei nötig, um das in "den Wirklichkeiten unserer Tage" zu tun. Damit hat er vollkommen recht. Denn die Wirklichkeiten unserer Tage sehen so aus, daß inzwischen mehr als 80 Prozent der Bevölkerung keine Produktionsmittel mehr besitzen, sondern vom Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Eigentümer der Produktionsmittel leben müssen. Die CDU muß also immer wieder das Problem lösen, als erklärte Partei des privaten Eigentums die Mehrheit bei Parlamentswahlen zu gewinnen in einer Gesellschaft, wo der schmalen Schicht der besitzenden Klasse das Riesenheer der Beistzlosen gegenübersteht. Diesem "Grundsatzproblem" der CDU war auch der Mannheimer Parteitag gewidmet.

Bei der Lösung ihres Grundsatzproblems, d. h. bei der Jagd auf Wählerstimmen auch unter der Masse der Lohnabhängigen, ist selbst eine offen bürgerliche Partei wie die CDU nicht in der hoffnungslosen Lage, sich nur auf die Klugheit und Phantasie ihrer Parteiführer beim Volksbetrug verlassen zu müssen. Sie kann sich auf objektive gesellschaftliche Umstände stützen. Die Lohnabhängigen besitzen zwar nichts als ihre Arbeitskraft und müssen diese veräußern, um leben zu können. Aber als Eigner und Verkäufer ihrer Arbeitskraft sind sie formell auch Besitzende, die – wie andere Warenbesitzer auch – ihre Ware, die Arbeitskraft, zu Markte tragen, um sie möglichst günstig zu verkaufen. Dabei konkurrieren sie um die Bezahlung nicht nur mit dem Käufer der Arbeitskraft, sondern auch mit den Millionen anderen Lohnabhängigen, die ebenfalls ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Jeder von ihnen muß versuchen, überhaupt seine Ware loszuschlagen und zugleich einen möglichst günstigen Preis dafür zu erzielen. Wie zwischen allen anderen Warenbesitzern herrscht also auch unter den Lohnabhängigen als Besitzern der Ware Arbeitskraft naturwüchsig Konkurrenz.

Trotz dieser naturwüchsig mit dem Lohnsystem gegebenen Konkurrenz macht sich freilich der Zwang zum Zusammenschluß der Lohnabhängigen gegen den Käufer ihrer Arbeitskraft geltend. Aber dieser Zusammenschluß bedarf ständig neu der bewußten Anstrengung, weil spontan die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen in der kapitalistischen Gesellschaft immer wieder einen Boden findet.

Konkurrenz unter den Lohnabhängigen bedeutet Spaltung ihres geschlossenen Auftretens gegenüber dem Käufer ihrer Arbeitskraft. Sie ist der Boden, auf dem sich die bürgerliche Politik unter den Lohnabhängigen bewegt, deren Grundcharakter darin besteht, immer neue Spaltungen unter den lohnabhängigen Massen hervorzutreiben und zu befestigen. Der CDU-Parteitag in Mannheim hat mit "lang anhaltendem, lebhaftem Beifall" den Generalsekretär der CDU, Biedenkopf, dafür gefeiert, daß er als Professor, der er ist, die Möglichkeiten zur Spaltung der Einheit der

(1) Protokoll des 23. Bundesparteitages der CDU, S. 169
(2) Protokoll, Anhang S. 1–39
(3) Protokoll, S. 31
(4) ebd., S. 25

Lohnabhängigen systematisiert hat. Und dafür, daß er das Vorantreiben solcher Spaltungen nicht nur als Sieg der Freiheit über den Kollektivismus herausgestrichen, sondern die Herausfindung zusätzlicher Spaltungslinien als "neue soziale Frage" ins Gespräch gebracht hat. Das sei wirklich das Nonplusultra, schwärmt hingerissen eine politisierende Bourgeois-Frau namens Margarete Kuppe: "Über die Kombination 'neu' plus 'soziale Frage' hinaus gibt es kein Plusultra. Ich kann verstehen, wie sehr verwirrt unsere Gegner hier sind", lobt die Delegierte den "großen Wurf" des Professors Biedenkopf.

Des Glückes Schmied soll der Besitz bleiben

Ideologisches Fundament für des Professors "großen Wurf" ist das bekannte Versprechen, daß es in der Gesellschaft gerecht zugehen solle und jedem nach seiner Leistung zugeteilt werde. Der Parteivorsitzende Kohl wiederholt dieses Versprechen: "Wir wollen Gerechtigkeit . . . Gerechtigkeit muß gleiche Startchancen ermöglichen . . . Gerechtigkeit in unserem Sinne bedeutet eine Gleichheit, die nicht zum Zwang führt, daß jeder das Gleiche leisten muß, die es niemandem verbietet, Besseres zu leisten und dafür anerkannt zu werden . . . Wer CDU wählt, muß wissen, daß er nicht weniger leisten und gleichzeitig mehr erwarten kann. (Beifall) Er darf aber gewiß sein, daß seine und unser aller Leistung in dieser Bundesrepublik Deutschland wieder lohnt."

Dafür, daß persönliche Leistung sich bezahlt machen solle, sind viele. Der Geist der Konkurrenz ist rege, und er wird gestachelt durch verschiedenartigste Prämiierungen, durch Akkordlohn und ein breit gefächertes System von Lohngruppen bei den Arbeitern, durch die Hoffnung auf Beförderung und Karriere bei Angestellten und Beamten, in der Schule schon durch die Aussicht auf Oberschule, Studium und besser bezahlte Ämter. Jeder wird gegen jeden gehetzt, und das Versprechen geht dahin, daß durch solche Entfaltung von "Leistungswillen" und Konkurrenz eine wirkliche Gerechtigkeit bei der Verteilung der Güter am ehesten zustandekommt.

Diese grundlegende Behauptung aller bürgerlichen Politik steht jedoch in völligem Widerspruch zu den Tatsachen. In einer auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft gibt es keine Bezahlung nach Leistung. Der Schichtarbeiter, dessen Arbeitskraft in zwanzig bis dreißig Jahren zerschlissen wird, bekommt sein ganzes Leben lang nicht so viel wie allein die Brillanten gekostet haben, die die Frau des Direktors als Schmuck um den Hals trägt. Und der kleine Bauer, der sich vierzehn bis sechzehn Stunden am Tag krumm und lahm arbeiten muß, um essen und trinken zu können und sein Dach über dem Kopf zu behalten, er kommt in zehn Jahren nicht auf die Einkünfte, die der Eigentümer einer gut gehenden Wurstfabrik in einem Monat verbuchen kann.

Ginge es nach den Behauptungen der bürgerlichen Politiker, dann müßte "oben" in der Gesellschaft mehr gearbeitet und geleistet werden als "unten", und der oben vorhandene Reichtum wäre Frucht dieser angestrengteren Arbeit. Natürlich wird fleißig an dieser Legende gesponnen. Kein prominenter Reicher, der nicht von einem sechzehnstündigen Arbeitstag und von seiner ständig getragenen Sorgenlast berichten würde, keiner, der sich nicht über mörderischen Streß beklagte.

Tatsächlich aber wird um so weniger geleistet und um so mehr genossen, je weiter man nach oben kommt in der Gesellschaft. Das sicherste Zeichen: Die Reichen leben nicht nur angenehmer, sie leben auch länger. Die Arbeiter, von denen sie leben, sterben am frühesten. Und gerade in den letzten Jahren hat sich trotz aller medizinischen und hygienischen Fortschritte das Arbeiterleben verkürzt.

Entgegen dem verkündeten Prinzip, daß nach Leistung verteilt werden solle, findet also in Wahrheit keinerlei Verteilung nach Leistung statt, sondern geht die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums nach Kapital und Macht. Auf der Grundlage des Privateigentums kann das auch gar nicht anders sein. Denn Privateigentum an den Produktionsmitteln heißt nichts anderes als das Recht auf die Aneignung der Früchte fremder Arbeit, wobei um so mehr angeeignet werden kann, je größer das Privateigentum ist und je mehr fremde Arbeit es unter sein Kommando bringen kann. Gerade entgegen der Behauptung der CDU ist die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende kapitalistische Gesellschaft geprägt durch die Herrschaft der aneignenden Klasse über die arbeitende, durch die Herrschaft der Nichtarbeit über die Arbeit.

Erst nach Beseitigung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln kann die Aneignung nach Kapital und Macht verschwinden und in der Periode des Sozialismus durch eine Verteilung der gesellschaftlichen Güter nach Arbeitsleistung ersetzt werden, bevor es schließlich möglich ist, die aus der bürgerlichen Gesellschaft überkommene Konkurrenz ganz zu überwinden und eine Verteilung der Güter jedem nach seinen Bedürfnissen vorzunehmen.

Die Konkurrenz, die in der bürgerlichen Gesellschaft herrscht, ist also keineswegs ein Wettbewerb der Leistungen, sondern ist ein Wettbewerb der Eigentümer um möglichst hohen Anteil an der Mehrarbeit, welche der arbeitenden Klasse abgepreßt wurde.

An dieser Erkenntnis haben die besitzenden Klassen, die von der Aneignung fremder Arbeit leben, kein Interesse. Sie halten daran fest, daß jeder seines Glückes Schmied sei. Und solange das spontan geglaubt wird, ist ihre Stellung ausgezeichnet. Aber dieser Glaube findet für die große Masse des Volkes immer weniger Stütze in den erfahrenen Verhältnissen. Zu mächtig sind die Erfahrungen, daß, wer unten ist, auch unten bleibt und ein Arbeiter keineswegs die "Startchance" hat, Eigentümer der Fabrik zu werden, in der er mit 5 000 anderen zusammen arbeitet. Ja, daß er nicht einmal die Chance hat, Eigentümer einer Autoreparaturwerkstatt zu werden, sondern sein Leben vom Verkauf seiner Arbeitskraft wird bestreiten müssen. Und daß er als einzelner gegenüber dem Herrn über 5 000 Arbeiter nichts bedeutet, sondern nur gemeinsam mit seinen Kollegen sich behaupten kann.

Die spontane Tendenz zur Konkurrenz unter den Lohnabhängigen reicht also nicht aus, um diese dauerhaft zu spalten und ihren Zusammenschluß gegenüber den Kapitalisten zu verhindern und zu schwächen.

Die Angst der Privateigentümer vor dem Kollektivismus

Schwächung des Zusammenschlusses der lohnabhängigen Massen, das aber ist das direkte Ziel bürgerlicher Poli-

tik. Auf dem CDU-Parteitag wurde dieses Ziel nur wenig umschrieben. Der Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU im Bundestag, Carstens, verkündete: "Es geht um die Frage, ob in unserem Lande Kollektivismus und Sozialismus siegen werden oder ob wir das seit 1949 kontinuierlich fortentwickelte System einer freien, gerechten Gesellschaftsordnung, einer Sozialen Marktwirtschaft, einer Bewahrung der natürlichen Bindungen von Ehe, Familie und Eltern-Kind-Beziehungen erhalten wollen oder nicht." (5)

Ebenso der CSU-Vorsitzende Strauß: "Wofür wir gemeinsam eintreten, ist eine freie, offene, liberale, tolerante, soziale Gesellschaft gegen jede Form von Kollektiv." (6) Und der CDU-Vorsitzende Kohl will den Kampf führen für "die Vorstellungswelt der Idee der personalen Freiheit" gegen "die einer sozialistischen Ideologie" (7). Verhaßt ist ihnen allen das "Kollektiv". Und das ist auch kein Wunder. Sie sind den nicht arbeitenden Klassen in der Gesellschaft verpflichtet.

Die Arbeiterklasse arbeitet Tag für Tag im Kollektiv. Und es liegt für sie klar zutage, daß die Arbeit im Kollektiv, etwa die Zusammenarbeit einer Riesenbelegschaft von 5 000 Mann in einem Stahlwerk, eine höchst fortschrittliche Sache ist, der gegenüber es lächerlich wäre, zu behaupten, der einzelne Schrebergärtner besäße eine viel größere Schöpferkraft. Für die Arbeiterklasse ist klar: "Die Wirkung der kombinierten Arbeit könnte hier von der vereinzelten gar nicht oder nur in viel längeren Zeiträumen oder nur auf einem Zwergenmaßstab hervorgebracht werden. Es handelt sich hier nicht nur um Erhöhung der individuellen Produktivkraft durch die Kooperation, sondern um die Schöpfung einer Produktivkraft, die an und für sich Massenkraft sein muß." (8) "Im planmäßigen Zusammenwirken mit anderen streift der Arbeiter seine individuellen Schranken ab und entwickelt sein Gattungsvermögen." (9)

Und dieses "Gattungsvermögen der Arbeiter" hat die Welt umgestaltet und gestaltet sie täglich neu um. Es hat Riesenwerke geschaffen, Verkehrsverbindungen zwischen den Kontinenten, es schafft täglich die Güter, von denen alle leben. Ohne die Produktivkraft gesellschaftlicher Arbeit, ohne das Kollektiv wäre all das unmöglich.

Die "Vorstellungswelt der personalen Freiheit" hingegen ist nicht die Vorstellungswelt des Arbeiters, sondern die des Privateigentümers, des Kapitalisten, der andere für sich arbeiten läßt. Der Kapitalist ist um so freier, je mehr Kapital er besitzt, je schrankenloser er über fremde Arbeit gebietet. Nicht einmal der Konkurrent auf dem Markt kann der Freiheit des großen Kapitalisten Grenzen setzen: Er wird niederkonkurriert.

Die Arbeiter haben von dieser Freiheit der Kapitalisten, die gebunden ist an die Verfügung über Kapital, nichts Gutes zu erwarten. Der Kapitalist hat sie für acht, neun oder zehn Stunden am Tag gekauft, und so lange sind sie in seinem Besitz und stehen als ein von ihm zusammengepreßtes Kollektiv unter seinem Kommando. Schließen sich die Arbeiter zusammen, um gemeinsam Forderungen gegen ihren Ausbeuter zu erheben, so wird der das als Eingriff in seine personale Freiheit betrachten. Denn er hat die Arbeiter gekauft, ihm gehören sie, und es verletzt seine wohlerworbenen Rechte an ihnen, wenn sie rebellisch werden; statt zu arbeiten, sich beraten, einen Streik durchführen. Er wird Polizei und Gerichte aufbieten, um diese Verletzung seiner Freiheit zu verfolgen. Ohnehin betrachtet er schon die bloße Existenz von Gewerkschaften als eine Verletzung seines freien Willens, möglichst wenig Lohn zu zahlen.

Die "Vorstellungswelt der personalen Freiheit" ist eine den Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse ganz und gar fremde Vorstellung. Der einzelne Arbeiter im vergesellschafteten Produktionsprozeß einer Fabrik wird gar nicht auf die Idee kommen, die Freiheit der persönlichen Entscheidung über seinen individuellen Arbeitsgang zu fordern. Vielmehr wird die von der Last des Kapitals befreite Arbeiterklasse die freie Beratung unter den Arbeitenden über die Gestaltung des gemeinsamen Arbeitsprozesses verwirklichen. Nicht die Freiheit der Person, sondern das "frei assoziierte Individuum" entspricht dem Freiheitsbegriff der Arbeiterklasse.

Ein Kollektiv sind die Arbeiter nicht nur in allen vergesellschafteten Arbeitsprozessen. Auf Zusammenschluß, auf Bildung eines Kollektivs sind sie auch überall da angewiesen, wo sie ihre Interessen behaupten wollen. Und erst recht ist die Arbeiterklasse darauf angewiesen, wenn sie ihre Interessen zu den herrschenden Interessen in der Gesellschaft erheben will durch die Enteignung der Ausbeuter mit der Revolution. Und der einzelne Arbeiter ist innerhalb des Zusammenschlusses der Arbeiter keineswegs vergewaltigt, weil seine persönlichen Interessen sich nicht gegen den anderen Arbeiter behaupten müssen, sondern nur gemeinsam behauptet werden können gegen den Käufer seiner Arbeitskraft, der sich an seiner Mehrarbeit bereichert.

Wenn die CDU-Politiker als Bourgeois sich gegen Kollektivismus ereifern, ist damit natürlich nicht jeder Zusammenschluß gemeint, sondern ausschließlich gemeint ist der Zusammenschluß der Lohnabhängigen als Lohnabhängige. An einer Episode während des Parteitages tritt das plastisch zutage. Ein Delegierter, Horst Schröder, meldete sich zu Wort und wandte sich gegen eine Formulierung in der Mannheimer Erklärung, die die Verbände als "autonom" bezeichnet. Es sei "an der Zeit . . ., die Macht, den Einfluß und das Wirken der gesellschaftlichen Verbände einzubinden und sie in ihrer Tätigkeit an die Sozialpflichtigkeit und an das Gemeinwohl zu erinnern." Es müsse deshalb eine Formulierung gefunden werden, die gerade "das Gegenteil von Autonomie im Sinne von 'tun können, was man will' zum Ausdruck bringt." (10)

Gemeint waren offenbar mit den Verbänden, die man hindern müsse, zu tun, was sie wollen, und die man in die Pflicht nehmen müsse, die Gewerkschaften. Gleich der übernächste Redner, ein Delegierter namens Schäuble, hatte es wiederum mit Verbänden zu tun. Er forderte die "Mitwirkung autonomer Gruppen bei der Lösung gesellschaftspolitischer Aufgaben". "Genau dies" sei der Punkt, "an dem wir mit den Sozialisten streiten". Er konnte gar nicht genug "Freiheit" gegen "Reglementierung durch staatliche Bürokratie fordern". Für ihn war die Frage weitergehender Autonomie der "freien Verbände" sogar eine Frage von "mehr Demokratie wagen". (11) Freilich ging es bei den Verbänden, für die er so vehement mehr Autonomie forderte, nicht um Gewerkschaften, sondern um – Sportvereine.

(5) ebd., S. 63
(6) ebd., S. 153
(7) ebd., S. 40
(8) Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, S. 345
(9) ebd., S. 349
(10) Protokoll, S. 242
(11) ebd., S. 247

Bei beiden Beiträgen, bei dem gegen Verbandsautonomie der Gewerkschaften und bei dem für Verbandsautonomie bei Sportvereinen, verzeichnet das Protokoll "Beifall". Salomonisch entschied schließlich Generalsekretär Biedenkopf in seinem Schlußwort, die Verbände seien autonom, aber keineswegs "in dem Sinne . . ., daß sie tun und lassen können, was sie wollen." (12)

Der heilige Martin als Sozialpolitiker

Eine Partei, die so deutlich gegen gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Lohnabhängigen sich wendet, wird sich auf die organisierte Arbeiterbewegung kaum stützen können. Sie muß zudem befürchten, daß über die organisierte Arbeiterbewegung hinaus unter den Lohnabhängigen und im Volk sie als eine Partei der Reichen erkannt wird und in Mißkredit gerät. Der Vorsitzende der Jungen Union, Wissmann, trug diese Besorgnis dem Parteitag vor: "Gestern wurde eine Umfrage veröffentlicht, die besagt, daß von den Bundesbürgern etwa 16 Prozent der Meinung sind, daß die CDU eine soziale Politik betreibe." Das beunruhigt ihn vor allem, weil nach derselben Umfrage 56 Prozent der Meinung seien, die SPD betreibe eine soziale Politik. Wenn diese Meinung nicht geändert werden könne – so Wissmann – werde die CDU "die Wechselwähler, die jungen Wähler, die liberal orientierten Wähler, die städtischen Mittelschichten, die Arbeitnehmer, die Frauen" nicht gewinnen können. Es sind Manöver nötig, um in den Reihen der Besitzlosen weitere Einbrüche erzielen zu können, das ist der Sinn der Bemerkung.

Wenn die Spaltung unter den Lohnabhängigen unter der Fahne der Konkurrenz jeder gegen jeden oder "Jeder ist seines Glückes Schmied" nicht mehr wirkungsvoll genug ist, dann muß halt in Gottes Namen die Spaltung unter der Fahne der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität organisiert werden. Auf die Idee sind mit dem Entstehen der modernen Arbeiterbewegung schon die Pfaffen gekommen. Wo die Arbeiterbewegung entdeckte: "Gemeinsam sind wir stark" und schließlich zu der Erkenntnis vorstieß: "Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter sein", da erinnerten sich die Pfaffen an die christliche Barmherzigkeit und den heiligen Martin, der seinen Mantel mit den Armen teilte. Sie empfahlen beiden, Kapitalisten wie Arbeitern, sich als Brüder in Christo zu verhalten und jeder des anderen Not zu lindern. Die Arbeiter sollten aufhören zu streiken und die Drohung vergessen, die Ausbeuter ihrer Arbeitskraft zu enteignen. Die Kapitalisten sollten im Arbeiter nicht nur die Ware Arbeitskraft sehen, sondern auch den Menschen, der eine Seele hat, weswegen man ihm zu knappem Lohn doch freundliche Worte geben muß und vielleicht ein warmes Mittagessen.

Das Rezept hatte damals einen gewissen Erfolg: Aus christlichen Gesellenvereinen gelang es eine rückschrittliche Strömung in der Arbeiterbewegung zu bilden, deren Ausläufer noch heute existieren. Aber ganz so wie vor gut hundert Jahren kann das Rezept heute nicht mehr angewandt werden: Die Vorstellung der christlichen Barmherzigkeit hat sehr an Überzeugungskraft nachgelassen.

"Neue Soziale Frage": nichtorganisiertes Elend gegen den organisierten Kampf gegen das Elend

Was jedoch geblieben ist, das ist offenes Elend in der Gesellschaft. Wie die Pfaffen des 19. Jahrhunderts kann man also versuchen, im Namen des Elends gegen den Zusammenschluß der Ausgebeuteten und Entrechteten aufzutreten und ihn zu schwächen.

Eben diesen Versuch hat die CDU in der Mannheimer Erklärung unternommen. Es heißt dort:

"Die Mächtigen in unserer Gesellschaft sind heute nicht mehr allein die Kapitaleigner, sondern Kapitaleigner und Arbeitnehmer zusammen. Kapitaleigner und Arbeitnehmer sind heute in mächtigen Verbänden organisiert, die nicht nur die jeweiligen Sonderinteressen ihrer Mitglieder gegenüber der anderen Seite durchzusetzen versuchen, sondern die ebenso wirkungsvoll ihre Sonderinteressen gegenüber den nichtorganisierten Bevölkerungsgruppen behaupten. Die Nichtorganisierten, alte Menschen, Mütter mit Kindern, oder die nicht mehr Arbeitsfähigen, sind den organisierten Verbänden in aller Regel unterlegen. Hier stellt sich die Neue Soziale Frage.

Die verbreitete Neigung, die mit ihr verbundenen Konflikte unbeachtet zu lassen, ist darauf zurückzuführen, daß in unserer Gesellschaft Interessenkonflikte zwischen Starken und Schwachen, zwischen Produzenten und Nichtproduzenten, zwischen Erwerbstätigen und nicht mehr im Beruf Stehenden häufig zu Gunsten des Stärkeren und zu Lasten des Schwächeren entschieden werden. Die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung beruht geradezu auf einem Bündnis der Starken gegen die Schwachen. Da die Schwachen – die Nichtproduzenten, die Alten und die Kinder – als Gruppe keine Mehrheit bilden, besteht für sie darüber hinaus die Gefahr, daß sie in unserer Gesellschaft auch politisch benachteiligt werden. Eine solche Entwicklung ist mit unserer Verfassung, insbesondere mit den in ihr verankerten Grundrechten und mit dem Sozialstaatsprinzip, unvereinbar.

Der Staat kann die neuen sozialen Fragen nur lösen, wenn er bereit und in der Lage ist, sich der wirklichen sozialen Probleme in unserem Land anzunehmen. Ein Staat, der sich bedingungslos mit dem Produzenteninteresse – sei es auf Seiten des Kapitals oder auf Seiten der Arbeitnehmer – verbündet, ist hierzu außerstande. Ein Sozialvertrag zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften ist ungeeignet, den berechtigten Anliegen der Schwachen in unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen.

Die bisherige Betonung des Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital hat häufig die Probleme der wirklich Schwachen und Bedürftigen in unserer Gesellschaft verdeckt. Hierzu gehören die schwierige Stellung der Frau mit ihrer oft unerträglichen Mehrfachbelastung von Erwerbstätigkeit, Kindererziehung und Haushaltsführung, die Wahrung der Menschenwürde im Alter, die Lage der Gastarbeiter, die soziale Sicherung älterer Selbständiger, die Probleme der Kinder in einer Welt der Erwachsenen, die Frage der Erziehungsfähigkeit unserer Familien und die Schwierigkeiten von Behinderten und Alleinstehenden. Hinzu kommen Probleme wie die Zerstörung der Umwelt, inhumane Stadtplanungen, familienfeindliche Wohnungen und das Phänomen gesellschaftlich bedingter Krankheiten.

(12) ebd., S. 268

Die neuen sozialen Probleme erfordern eine Fortentwicklung der Sozialpolitik. Dabei geht es in unserem Land, in dem die Bürger bereits 1975 300 Milliarden DM für soziale Aufgaben aufwenden, nicht in erster Linie um eine Erhöhung des Anteils am Sozialprodukt. Wichtiger ist vielmehr die Verbesserung der sozialen Wirksamkeit dieser Mittel und die Gewinnung ausreichender Bewegungsspielräume, um auch die Probleme der Neuen Sozialen Frage lösen zu können." (13)

Hier wird ins Feld geführt das nichtorganisierte Elend gegen den organisierten Kampf zur Überwindung des Elends der arbeitenden Klassen und der Volksmassen. Die Erscheinungen, auf welche die CDU sich dabei bezieht, resultieren zum großen Teil aus der Tatsache, daß für die Masse der Lohnabhängigen heute die herkömmliche Familie vernichtet ist, ein Ersatz für die früher von ihr wahrgenommenen Funktionen aber nicht existiert. Die Einsamkeit alter Menschen, die schwindende Fähigkeit der Familien zur Erziehung der Kinder, die Doppelbelastung zahlreicher Frauen durch Lohnarbeit und Haushaltsführung, die Isolierung der Kranken haben ihre Ursache darin, daß für die Lohnabhängigen der Zusammenhang einer Familie, in der mehrere Generationen zusammenleben, vernichtet ist.

Eine "neue Betrachtungsweise" für den Arbeiterlohn

Das Kapital erzwingt von seinen Lohnabhängigen, daß sie mobil sind und sich dorthin begeben, wohin sich das Kapital auf der Jagd nach Profit begibt. Abertausende zwingt es jährlich, das Dorf oder die Kleinstadt zu verlassen, wo sie aufgewachsen sind, und sich in die Arbeiterarmeen der Großstädte in den industriellen Ballungsgebieten einzugliedern. Auf der Suche nach Arbeit treibt es Arbeiter aus Südeuropa nach Westdeutschland und in Westdeutschland selber wechseln heute mehr Menschen im Laufe eines Jahres ihren Wohnort wie vor 150 Jahren in einem halben Jahrhundert.

Und nicht nur räumlich müssen die Arbeiter und Angestellten mobil sein: Sie müssen beweglich sein auch im Auf und Ab der Konjunktur. Jetzt, in der Krise, ist es – wie CDU-Vorsitzender Kohl bemerkt – "wieder 'in', für die Familie einzutreten". Was er für eine Laune der Mode erklärt, hat einen handfesten Hintergrund: Die Frauen, die während der Hochkonjunktur in Fabriken und Büros geholt wurden, werden jetzt, in der Krise, wieder ausgespuckt und in die Reservearmee entlassen. Nicht weil die Familie "wieder 'in' ist" bleiben sie zu Hause, sondern weil sie arbeitslos geworden sind. Und wenn auch die Propagandisten des Kapitals in dieser Lage verstärkt das Loblied auf ein gesundes Familienleben singen: Die Arbeitslosigkeit vieler Frauen bei gleichzeitig schrumpfendem Lohn für die Männer ist kein Boden, auf dem es blühen kann.

Die CDU erklärt, da wolle sie nachhelfen: "Ziel unserer Sozialpolitik ist die Stärkung der Familie und – wo erforderlich – ihre Unterstützung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben." (14) Sie schlägt dazu vor: Mann und Frau sollen ihre Rolle in Ehe und Familie, im Beruf und im öffentlichen Leben frei, also weitgehend unabhängig von materiellen Zwängen, gestalten können." Zwischen den "verschiedenen Tätigkeitsbereichen (Haushalt und außerhäusliche Arbeitswelt)" soll "freie Wahl" bestehen, und sie sollen "als gleichrangig bewertet werden". Und wie soll das gewährleistet sein? Dadurch, daß "das Einkommen eines oder beider Ehegatten . . . unabhängig von der Aufgabenverteilung in der Familie als ein gemeinsames Familieneinkommen anzusehen (ist). Über seine Verwendung wird einvernehmlich entschieden. Jedem der beiden Ehegatten steht ein angemessener Betrag für eigene Bedürfnisse zur Verfügung." (15)

Eine großartige Lösung! Die freie Wahl zwischen Haushalt und Lohnarbeit soll ermöglicht werden dadurch, daß der Lohn als gemeinsames Familieneinkommen **angesehen** wird. Wo doch offenbar das Problem darin besteht, daß es im einen Fall, wenn auch die Frau in Lohnarbeit steht, **mehr** Lohn ist als im anderen, wenn nur der Mann seine Arbeitskraft verkaufen kann. Und wenn eine vierköpfige Familie vor der "freien Wahl" steht, von 1 500 DM im Monat oder von 2 300 DM leben zu müssen, dann hilft ihr bei der "freien Wahl" überhaupt nicht, auch die 1 500 DM schon "als gemeinsames Familieneinkommen anzusehen". Bei Ansehung der 1 500 Mark wird sie vielmehr zum Ergebnis kommen, daß das nicht reicht und die Frau mit schaffen gehen muß.

Wozu also die von der CDU vorgeschlagene Reform der Betrachtungsweise des zu knappen Familieneinkommens? Offenbar um zwischen Mann und Frau streng rechtsförmige, einklagbare Beziehungen zu schaffen mit festen Geldansprüchen: "Jedem der beiden Ehegatten steht ein angemessener Betrag für eigene Bedürfnisse zur Verfügung." Das ist eine Formulierung, an der sich in Streitfällen ganze Heerscharen von Rechtsanwälten dumm und dämlich verdienen können.

Die CDU schlägt also vor, eine staatliche Schikane in die Beziehungen zwischen Mann und Frau einzubauen, alles mit dem Ziel, die Familie zu stärken.

Die Familie der Reichen, die Bourgeois-Familie, gewinnt ihren Zusammenhang aus dem Vermögen, um das sich die Familienmitglieder gruppieren wie die Geier: verschiedene Generationen, von denen die jüngere den frommen Wunsch hegt, daß die ältere bald das Zeitliche segnen möge; Geschwister, die gierig die Erbschaft erwarten und sich gegenseitig versuchen auszumanövrieren. Wie groß auch immer der Haß der einzelnen Familienmitglieder untereinander sei: Ihr Zusammenhalt – solange das Vermögen Bestand hat und sich vermehrt – ist fest und unlöslich, und sie verteidigen diese "Ehre der Familie" gegen jeden Dritten.

Die Arbeiter und Angestellten sind besitzlos. Allenfalls ist es der einen oder gar zwei Generationen zusammen gelungen, zu einem Häuschen zu kommen: Kein Fundament für unlöslichen Familienzusammenhalt. Aber wenn der Arbeiter und Angestellte schon keinen Besitz hat, auf den man die Familienpolitik bauen kann, so erwirbt er sich doch im Laufe seines Lebens einen Anspruch auf Rente. Die CDU ist auf die Idee gekommen, daß, was bei der bürgerlichen Familie das Vermögen leistet, könne in der Arbeiterfamilie der Rentenanspruch leisten: zum Gegenstand des Feilschens zwischen den "Ehepartnern" zu werden, der sie doch zugleich eng und unlöslich aneinander schmiedet, bis daß der Tod sie scheidet, womit dann ja auch alle Rentenansprüche hinfällig werden. Sie nennt ihren Vorschlag, die Rentenansprüche von Mann und Frau zusammenzuaddieren und dann zu teilen, womit jeder seinen eigenen Rentenanspruch hätte – Partnerrente.

(13) Mannheimer Erklärung, S. 31f.
(14) ebd., S. 32
(15) Erklärung "Frau und Gesellschaft", S. 7 im Beschlußprotokoll des Mannheimer Parteitags der CDU

Man kann damit zwar nicht die verschiedenen Generationen im Streit um Besitz aufeinander hetzen. Aber immerhin hat man eine neue Möglichkeit, um Mann und Frau in Auseinandersetzungen zu verstricken, wo es sonst zu solchen Auseinandersetzungen keinen Anlaß gibt – in den Streit um die gegenseitigen Rentenansprüche. Die Ehe des Arbeiters beruht auf dem Zwang für den einzelnen Arbeiter, irgendwie die eigene Reproduktion und die der Kinder zu sichern. Geschlossen wird sie durch gegenseitige Zustimmung. Die CDU unternimmt es, diese Arbeiterehe ein Stück zum Niveau der Bürger-Ehe emporzuheben, die den Adel des reinen Geldverhältnisses trägt.

Das wird der CDU unter den Arbeitern kaum Freunde schaffen. Aber auf die ist dieser Vorschlag auch nicht in erster Linie gezielt. Er ist gezielt vor allem auf die Mittelstandsfrauen, die Frauen der gehobenen Angestellten und Beamten, die nicht mehr selber arbeiten gehen. Und er ist gemacht aus dem Blickwinkel der Bourgeois-Familie. Nur dann bekommt auch der sonst unsinnige Vorschlag einen Sinn, das Einkommen des Ehemanns anders "anzusehen", als Familieneinkommen, und einen gleichen Rechtsanspruch beider Ehegatten festzulegen auf Verwendung jeweils eines Teils dieses Einkommens zu eigenen Zwecken: Die Frau des Chefs oder auch Frau Regierungsdirektor will nicht immer erst bitten müssen, wenn sie Lust bekommt, "shopping" zu gehen. Sie besteht auf festem Rechtsanspruch gegenüber dem Gatten. Sie weiß, in Geldingen hört bei ihm die Gemütlichkeit auf, und so geht es ihr auch. Emanzipation der Frau, das stellt sich für sie dar als das Problem, einen einklagbaren Anspruch zu haben auf einen Teil des Einkommens, das ihr Ehemann Monat für Monat aus seinen Arbeitern zieht oder das ihm sein hohes Amt einträgt.

Für reine Geldverhältnisse in Ehe und Familie

Warum diese Hochschätzung der bürgerlichen Familie bei der CDU und warum der Versuch, auch die Arbeiterklasse mit dieser Errungenschaft zu strafen? "Die Familie ist der wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnvermittlung", heißt es in der Mannheimer Erklärung. Gewünscht ist, ein jeder möge in der Familie individuell sich geborgen fühlen und in ihrer Pflege den Sinn seines Lebens sehen. Das geht für den Bourgeois, der sich Familie als Familienvermögen oder als "die Firma" übersetzt. Das versucht auch der Kleinbürger dem Bourgeois nachzumachen, obwohl es ihm dazu an gesellschaftlicher Substanz, an Besitz fehlt. Die Arbeiter und mit ihnen die Masse der Lohnabhängigen sind ohne alle diese Privatsicherheiten. Wer ihnen predigt, sie sollten in der Pflege ihrer Familie den Sinn ihres Lebens sehen, der hat einen Betrug im Sinn.

Gerade dies ist bei der CDU der Fall. Die durch staatliche Sozialpolitik gestärkte Familie soll "ihre Aufgaben" wieder besser erfüllen. In Hinblick auf "alte und hilfsbedürftige Menschen" bekommt sie die "besonders wichtige" Aufgabe zugewiesen, "daß die Bürger wieder stärker als bisher freiwillige soziale Dienste und Leistungen füreinander erbringen". (16) Gedacht ist offenbar an einen Abbau der öffentlichen Gesundheitsdienste.

In Hinblick auf die "Kinder und Jugendlichen" soll die Familie "zerstörerischen Entwicklungen" vorbeugen. Im Namen des Kindes tritt die CDU auf und fordert, "dem kleinen Kind die größte Chance (zu) erhalten . . ., die es in seinem ganzen Leben haben wird, nämlich von seiner Mutter großgezogen zu werden". (17) Hier wird man vermuten dürfen, daß an den Abbau der allgemeinen Schulpflicht gedacht ist.

Und im Namen der "Emanzipation der Frau" verlangt sie, "daß die Erziehung in der Familie endlich von Staat und Gesellschaft anerkannt und daß die gesellschaftliche rechtliche und soziale Diskriminierung der Frau in ihrer Erziehungsfunktion beseitigt wird". (18)

Verlangt wird also, daß die Familien wieder Funktionen übernehmen, für deren Erfüllung sie ihre Fähigkeit immer mehr verloren haben. Und diese Rücknahme von Kindererziehung, Altenpflege und auch Gesundheitsfürsorge in den privaten Bereich der Familie wird als Beitrag zur Emanzipation der Frau ausgegeben, wo sich nur das Problem stelle, die gesellschaftliche Anerkennung der privaten Hausfrauentätigkeit sicherzustellen.

Der Sozialexperte Geissler geht dabei so weit, daß er vorschlägt, die Hausfrauentätigkeit in die Sozialproduktsrechnung aufzunehmen: "Das, was die Frauen (als Hausfrauen – W.M.) leisten, geht bis heute nicht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein, schlägt sich nicht in den Werten des Bruttosozialprodukts nieder. Das, meine Damen und Herren, ist ein Umstand, der volkswirtschaftlich selbstverständlich nicht weiter aufrechterhalten werden kann. (Zustimmung) . . . Die Erziehung der Kinder geht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nicht ein, sehr wohl dagegen die Predigt des Pastors auf der Kanzel am Sonntag. Die Wäsche, die die Frau zu Hause wäscht, geht nicht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein; wird dieselbe Wäsche in einer Wäscherei gewaschen, geht sie in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein. Das ist, wie jedermann einsehen kann, volkswirtschaftlich offenbar ein unsinniger Vorgang. (Beifall)"

Der "Sozialexperte" Geissler veranstaltet hier ein ziemliches Durcheinander. In die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung geht ein alles was für den gesellschaftlichen Austausch auf dem Markt als Ware produziert ist und was darüberhinaus sonst noch käuflich ist, wie die Predigt des Pfarrers, den die Bourgeoisie nach den Worten des "Kommunistischen Manifest" "in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt" hat. (19)

Die Hausfrau, die ihre Familie versorgt, leistet nun zwar mit Sicherheit eine Arbeit, die viel greifbareren Nutzen bringt als die Sprüche des Pfaffen, aber sie leistet sie im Gegensatz zum Pfaffen nicht für Geld, nicht für den Austausch auf dem Markt. Das Mittagessen, das sie kocht, ist keine Ware, das Mann und Kinder erst bezahlen müßten, bevor sie es essen. Die Hüter der Familie von der CDU halten gerade das offenbar für einen Mangel. Wenn schon nicht die einzelne Mahlzeit von den Familienmitgliedern bezahlt wird, so soll doch grundsätzlich die Arbeit der Hausfrau als warenproduzierende Arbeit angesehen und der Wert ihrer Produkte in Geld bemessen werden: Anders

(16) Protokoll, Anhang S. 33
(17) Protokoll, S. 54 (Carstens)
(18) ebd., S. 304, Bericht der Antragskommission zur Partnerrente, Minister Heinrich Geissler (Rheinland-Pfalz)
(19) Marx-Engels-Werke Bd. 4, S. 465

als über Geld kann sich diese Bourgeois-Partei die gesellschaftliche Anerkennung einer Tätigkeit grundsätzlich nicht vorstellen.

Die CDU und ihr Sprecher Geissler bieten in ihren Äußerungen zur Familienpolitik eine sehr anschauliche Illustration zu den Feststellungen des "Kommunistischen Manifest", wonach die Bourgeoisie "kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrigläßt, als die gefühllose 'bare Zahlung'. . . . Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt." (20)

Die Kindererziehung durch die Frau und ihre Haushaltstätigkeit allgemein sollen "gesellschaftlich anerkannt", d.h. für die CDU – **bezahlt** werden. Zahlen soll freilich nicht die Gesellschaft, sondern der Käufer dieser Tätigkeit, was in der "Vorstellungswelt der personalen Freiheit" und des "Schutzes von Ehe und Familie" der Ehemann ist. Und er soll bezahlen, mit dem, was er hat: mit seinem Lohn und mit seinem Rentenanspruch, wenn er sonst schon nichts hat.

"Politik soll nach unserem Willen nicht in private Räume oder gar ins Schlafzimmer eindringen", verkündet voller Biedersinn der Parteivorsitzende Kohl. Da ist es diesen Stützen der Gesellschaft und Hütern der Familie schon lieber, wenn die Schlafzimmerbeziehungen sich auf Geldbeziehungen stützen.

Die auf Haus, Familie und Kinder beschränkte, aber bezahlte Frau ist die "gesellschaftlich anerkannte", ist die emanzipierte Frau, das ist die bürgerliche Familienphilosophie. Und niemand soll den Politikern der CDU vorwerfen, sie wüßten nicht, worüber sie redeten. Sie haben davon eine klare Anschauung – aus dem Bordell. Die höchste Form, die für sie die Emanzipation der Frau annehmen kann, ist die Prostitution – als festes Verhältnis sozusagen, die wohldotierte Mätresse.

Familiensinn zur Rechtfertigung neuer Ausplünderung

Die CDU verfolgt mit ihren familienpolitischen Leitsätzen keineswegs nur ideologische Zwecke. Sie verfolgt mit ihren Lügen über Familienglück den höchst handfesten Zweck, erkämpfte Rechte auf öffentliche Kindererziehung, auf kollektive Gesundheitsversorgung und kollektive Altersversorgung rückgängig zu machen und dafür wieder die Familien der Lohnabhängigen privat aufkommen zu lassen. Am deutlichsten wird das greifbar an der derzeit geführten Polemik über die "Reprivatisierung öffentlicher Leistungen".

Der CDU-Professor Kaltefleiter gab kürzlich Beispiele, was darunter gemeint ist: "Die Bewohner einer Gegend, die an einem Kindergarten interessiert sind, können Aktien zeichnen und davon einen Kindergarten bauen. Wenn diese Kinder dann aus dem Alter heraus sind, können die Aktien an die nächste Generation von Kindergarteninteressierten verkauft werden." (21)

Nicht mehr kollektiv sollen die Lohnabhängigen, denen als Besitzlosen alle Privatsicherheiten zerstört sind, die Bedingungen für Aufzucht und Erziehung ihres Nachwuchses erkämpfen, sondern jede Familie soll es auf eigene Kappe tun und sich gefälligst Besitz an einem Kindergarten anschaffen.

Wenn die Sache aber schon unbedingt über Aktionäre laufen muß, d.h. über private Finanzierung, weil die öffentlichen Einrichtungen nach Meinung des Professors Kaltefleiter zu "unproduktiv" sind, dann haben wir Kommunisten doch einen besseren Vorschlag: Sollen ruhig die Aktionäre zahlen und zwar für "Einrichtung von unentgeltlichen Krippen und Kindergärten unter Kontrolle des Betriebsrates an allen Arbeitsstätten" (Programm des KBW).

Aber natürlich kommt es dem Professor Kaltefleiter nicht auf die private Zahlung an, sondern darauf, daß es die Lohnabhängigen sind, die aus ihrem Lohn für zum Teil öffentliche Einrichtungen aufkommen sollen.

Die rheinland-pfälzische Staatssekretärin wurde vom CDU-Parteitag als bildungspolitische Entdeckung mit "langanhaltendem Beifall" gefeiert, weil sie die Stichworte gab, um dem kollektiven Kampf der Lohnabhängigen auf Ausbildung für ihre Kinder entgegenzutreten. Kollektiv kann der Kampf nur geführt werden für das Recht auf gleiche Ausbildung für jedermann. Die CDU-Expertin stellte dagegen: "Ein modernes menschengerechtes Bildungswesen muß die Unterschiedlichkeit der Menschen beachten . . ." Es muß deshalb "Startchancen ausgleichen", darf aber "nicht zu gleichen Zielen zwingen". Erforderlich sei vielmehr, "ein Bildungswesen mit verschiedenen Angeboten . . ., das jedem seinen Weg gibt, aber nicht jedem den gleichen Weg" (22), denn sonst sei "die Brücke zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystem (nicht) zu bewahren".

Ein Bildungswesen, das "jedem das Seine" gibt, dem Arbeiterkind die Volksschule, dem Kind des gehobenen Facharbeiters und mittleren Beamten die Mittelschule und den Kindern der Reichen die Oberschulen und Universitäten, ein solches Bildungssystem gibt es schon lange in Deutschland. Und die "gleiche Startchance" wurde bisher auch ständig behauptet, denn mit der ersten Grundschulklasse fangen ja fast alle Kinder an. Die "bildungspolitische Entdeckung", Frau Dr. Laurien, fordert also schlicht und ergreifend, man möge es in bezug auf die Schulen im großen und ganzen so halten, wie es die Bourgeoisie schon unter Kaiser Wilhelm gehalten hatte.

Streit der Lohnabhängigen um ihren Lohn erwünscht, Illusion von Eigentum geboten

In die gleiche Richtung gehen die Vorschläge zur Sozialversicherung. Nicht kollektiv soll eingetreten werden für eine Sozialversicherung, die allen Lohnabhängigen und ihren Angehörigen "vollständigen Schutz für alle Arten des Verlustes oder der Minderung der Arbeitsfähigkeit durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Mutterschaft und für den Fall der Arbeitslosigkeit" (23) sichert, sondern "der einzelne (muß) stärker als bisher bereit sein, Verantwortung für sich selbst und seine Umwelt zu tragen". (24)

Und nicht gegenüber den Kapitalisten als Käufer und Nutznießer der Arbeitskraft der Lohnabhängigen soll kollektiv die Forderung nach "Bestreitung aller Versicherungskosten" erhoben werden, sondern das "einseitige Anspruchsdenken" soll entschieden bekämpft werden, indem "alle je nach ihren Kräften – in die Pflicht" genommen werden. (25)

(20) ebd., S. 464f.
(21) Wirtschaftswoche 37/1975, S. 42
(22) Protokoll, S. 238
(23) Programm des KBW
(24) Protokoll, Mannheimer Erklärung S. 34

Es ist ein Programm, das den Lohnabhängigen Gerechtigkeit verspricht, wenn sie auf die kollektive Vertretung ihrer Interessen verzichten, ja mehr noch, das ihren kollektiven Zusammenschluß für mangelnde Gerechtigkeit verantwortlich macht. Der Sozialexperte Geissler führte auf dem Mannheimer Parteitag aus: "Im übrigen kann man auch einmal über die Frage nachdenken, ob die Aufrechterhaltung der Leichtlohngruppen in der Industrie nicht das Ergebnis eines Kartells der zu 86 % in den Gewerkschaften organisierten Männer mit den Arbeitgebern ist, die eben auf 0,5 Prozent lineare Lohnerhöhungen verzichten müßten, um endlich die Leichtlohngruppen abzuschaffen." (26)

Als ob es die "zu 86 % in den Gewerkschaften organisierten Männer" wären, welche die Arbeitskraft der Frauen kauften und so niedrig bezahlten. Geissler macht den Gewerkschaften keineswegs den Vorwurf, nicht entschieden genug die Kraft ihrer Organisation ins Feld zu führen, um gegen die Kapitalisten die Beseitigung der Leichtlohngruppen und bessere Zahlung für die Frauen zu erzwingen. Er wirft vielmehr den männlichen Arbeitern vor, den Frauen nicht genug abzugeben vom Lohn, den sie bekommen. Die Verwandlung der Gewerkschaften in Vereine zur gegenseitigen Hilfe und die Ersetzung des Zusammenschlusses der Lohnabhängigen gegen die Kapitalisten durch den Streit unter den Lohnabhängigen um Lohnbestandteile, das ist die Aufwerfung der "neuen sozialen Frage" durch die CDU.

Aber diese Partei begnügt sich keineswegs damit, jeden Arbeiter gegen jeden treiben zu wollen, die ältere Generation der Lohnabhängigen gegen die jüngeren, die Männer gegen die Frauen und die Frauen gegen die Männer, die Kinder gegen ihre Eltern und die Gesunden gegen die Kranken. Sie sucht den Widerspruch bis in die einzelne Person des Arbeiters hineinzutreiben. Das von ihr dazu vorgeschlagene Mittel: Man schaffe dem Lohnabhängigen die Illusion eines Eigentums. Nun ist zwar keinerlei Vermögensbildung denkbar, die den Arbeiter vom Zwang befreien würde, vom Verkauf seiner Arbeitskraft zu leben. Weder durch das 624-Mark-Gesetz, noch durch irgendwelche Formen von "Investivlohn" kann ein Arbeiter zum Kapitalisten werden. Aber dennoch erhoffen sich die CDU-Politiker viel davon, im Arbeiter die Illusion des Eigentümers zu fördern: "Das System des Privateigentums wird weniger von denen gefährdet, die großspurige Ideologien zur Abschaffung des Privateigentums verkünden, als von einer Praxis, die Zugangssperren für privates Eigentum schafft und zu Konzentration von Privateigentum führt. Denn wenn dieses System einmal in eine Krise geraten sollte, wird es mit Sicherheit nicht von denen verteidigt werden, die selber kein Privateigentum besitzen. So dumm sind die Arbeitnehmer nicht, daß sie für Privateigentum auf die Straße gehen, wenn sie selber an der Privateigentumsordnung der Wirtschaft nicht beteiligt sind. (Beifall) Wir stehen hier unter Zeitdruck. Jeder Tag, an dem nichts geschieht, schafft neue, unkorrigierbare Ungerechtigkeiten. Die Revolutionäre haben Zeit. Wir, die wir auf die Evolution setzen, müssen jedoch handeln, damit wir nicht denjenigen in die Hände arbeiten, die ihre Lösungen auf eruptivem Wege suchen." So begründet der CDU-"Linke" Norbert Blüm die Notwendigkeit, aus den Lohnabhängigen Verteidiger des Privateigentums zu rekrutieren.

Aber auch hier ist es nicht nur die ideologische Funktion, welche für bürgerliche Politiker die "Vermögensbildung" interessant macht. Der Sekretär der CDU-Sozialausschüsse Blüm stellt klar, daß sich die Sache auch unmittelbar lohnen muß für das Finanzkapital: "Wir wollen nicht weniger Kapital, aber mehr Kapitalgeber." Mit anderen Worten: Die Spargroschen der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten sollen möglichst langfristig gebunden sein, um in den Händen der Banken als Kapital fungieren zu können.

Die Argumente der CDU gegen die staatliche Bürokratie leben vom Verrat der Reformisten

Die politischen Anschauungen und Vorschläge der CDU entsprechen in keinem Punkt der gesellschaftlichen Wirklichkeit und den Interessen der arbeitenden Massen. Weder was die Propagierung des Leistungswettbewerbs auf dem Boden des Privateigentums, noch was die Beförderung von Widersprüchen unter den Volksmassen im Namen der Gerechtigkeit angeht. Trotzdem ist nicht zu bestreiten, daß diese Auffassungen in den Volksmassen Anhänger haben und die Vorschläge zur Familien-, zur Schul- und Gesundheitspolitik durchaus auf eine gewisse Zustimmung rechnen können.

Ihre Überzeugungskraft bekommen dabei die Auffassungen der CDU weniger aus sich selbst heraus, als aus der Polemik gegen die SPD. Von ständigem Beifall unterbrochen wurden die Ausführungen des CDU-Parteisekretärs Biedenkopf auf dem Parteitag bei der folgenden Passage:

"Die Sozialdemokraten haben den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit verraten. Sie haben durch Inflation und Arbeitslosigkeit die Grundlagen der sozialen Gerechtigkeit angegriffen, um ihre Ideologien und deren Folgen zu finanzieren. (Beifall) Seit Helmut Schmidt die Richtlinien der Politik bestimmt, ist für alle deutlich geworden: Die SPD ist die Partei der 'neuen Privilegierten', (lebhafter Beifall) der Funktionäre, der Bürokraten, der wachsenden Zahl derer, die von unser aller Arbeit leben, aber keinen erkennbaren Beitrag für unsere Zukunft leisten. (Erneuter lebhafter Beifall)" (27)

Der brausende Beifall der Delegierten bezeugt: Das war ihnen aus dem Herzen gesprochen! Davon hatten sie den Eindruck: Das sitzt! Darin können sich der Rittergutsbesitzer Philipp von Bismarck, der sich bei der Parteivorstandswahl als Waidmann empfahl, um „die roten Hirsche zu jagen", der Kellereibesitzer Pieroth, die selbständigen Ärzte und Rechtsanwälte, die höheren Beamten und Bourgeois-Frauen bis hin zum Anhang aus der christlichen Arbeiterbewegung, der es schwer hat, gegen die sozialdemokratische Konkurrenz in Betrieb und Gewerkschaft zu Ämtern zu kommen, darin können sie sich alle schnell einigen: Die Sozialdemokraten sind "neue Privilegierte", 'Neureiche' wie es sich der Herr von Bismarck sicherlich übersetzen wird.

Aber sie können darüberhinaus sicher sein, mit einer solchen Kritik Resonanz auch im Volk zu finden. Die SPD war angetreten mit dem Versprechen, durch Reformen die

(25) ebd., S. 34f.
(26) Protokoll, S. 235
(27) ebd., S. 178

Lage der Volksmassen zu verbessern. Erreicht werden sollte das durch Ausweitung der staatlichen Bildungs- und Sozialpolitik, ohne daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln dabei angetastet würde. Herausgekommen ist eine drastische Ausweitung von staatlicher Schikane und Bevormundung, während die gleichzeitig sich entwickelnde Krise die Unsicherheit der Existenz für breite Massen der Lohnabhängigen fühlbar macht. Erweitert hat sich mit der sozialdemokratischen Reformpolitik die Staatstätigkeit. Die Bürokratie hat einen Aufschwung genommen.

Auf der Grundlage des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln muß das so sein. Jede gegenüber den einzelnen Privateigentümern festgehaltene allgemeine Regelung im Interesse des Privateigentums insgesamt verlangt eine besondere Behörde, die sie durchführt. Für die Zuteilung des ab Januar beschlossenen Kindergeldes mußten nach Auskunft der Bundesregierung mehrere Tausend Beamte und Angestellte neu eingestellt werden. Und nicht nur bei der Zuteilung von Zahlungen tritt das ein, sondern auch bei der Verweigerung von Leistungen: Um 50 Prozent der Oberschulabgänger die Universitäten zu versperren, mußte eigens eine Behörde geschaffen werden, die über die Zulassung zum Studium entscheidet. Die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhende Gesellschaft kann immer weniger gesellschaftliche Tätigkeit auch unmittelbar gesellschaftlich bewältigen. Vielmehr bedarf sie des Staates, der immer "mehr gesellschaftliche Tätigkeiten in bürokratische Tätigkeiten seiner Regierungs- und Verwaltungsmaschinerie" verwandelt. (28)

Der sozialdemokratische (und der revisionistische) Reformismus greifen das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht grundsätzlich als die Wurzel des Übels an, sondern empfehlen den Massen, gegenüber den Kapitalisten auf den bürgerlichen Staat ihre Hoffnung zu setzen. Tatsächlich verraten sie damit die Interessen der arbeitenden Massen. An die Stelle des Zusammenschlusses für die aktive Durchsetzung ihrer Interessen, bis hin zur Beseitigung des privaten Eigentums, erklären sie das kollektive Interesse durch den bürgerlichen Staat – soweit er parlamentarische Republik ist – für gewährleistet. Wenn Sozialdemokraten in den Verbänden der Arbeiter die Führung haben, so tritt der "Kollektivismus" auf Grundlage der Anerkennung des Privateigentums als Hoffnung auf die Bürokratie auf.

Für die herkömmlichen Vertreter des Privateigentums und der Freiheit der Konkurrenz ist diese Sorte "Kollektivismus" ein dankbares Ziel der Polemik. Zwar sind die Privateigentümer selber es, die das Ungetüm des bürgerlichen Staatsapparates hervorgebracht haben und sich mit seiner Hilfe die Gesellschaft unterwerfen. Aber die Reformisten machen sich im Namen der arbeitenden Massen zu den Befürwortern dieses Gewaltapparates, der auf dem Volk lastet und seine Regungen reglementiert. Damit gewinnt die Bourgeoisie eine Möglichkeit, gegen die unter bürgerlicher Führung stehende Arbeiterbewegung eine antibürokratische Polemik zu führen.

Der Weisheit letzter Schluß: den Staat stärken, um die Persönlichkeit der Kapitalisten zu schützen

Diese antibürokratische Polemik vom Boden des bürgerlichen Privateigentums und der Freiheit der Konkurrenz aus zieht sich durch alle Beiträge des Mannheimer Parteitages der CDU. Der "Kollektivismus", gegen den die Redner polemisieren und gegen den sie die Freiheit des Einzelnen verteidigen, ist nie der notwendige und zugleich freiwillig vollzogene Zusammenschluß der Lohnabhängigen in der Gewerkschaft, in der revolutionären politischen Partei und schließlich als herrschende Klasse im Staat, sondern er wird beschrieben als Ausdehnung der bürokratischen Zwangsgewalt, als Vergewaltigung der Eigeninitiative, als Nivellierung der Besonderheiten. Darin mischt sich wirkliche Besorgnis der Bourgeoisie mit der Hoffnung auf ein griffiges Propagandainstrument gegen die SPD als Konkurrenzpartei.

Die Delegierte Kuppe, die Biedenkopfs Entdeckungen "nonplusultra" gefunden hatte wegen der Wertkombination "neu" plus "soziale Frage", versucht sich auch selbst auf dem Feld der politischen Definition: "Es . . . kann uns soviel helfen", hält sie ihren Parteifreunden vor, "wenn man endlich in der allein zutreffenden Weise definiert, daß der Sozialismus nichts anderes ist als die Überführung des Privatkapitalismus in den viel schlimmeren und den Menschen vergewaltigenden Staatskapitalismus". (29)

"Vergewaltigung des Menschen durch den Staat", das ist die gewöhnliche Beschreibung der Bourgeoisie für den Staat der Diktatur des Proletariats. Die politische Herrschaft der Arbeiterklasse wird vom Bourgeois mit Recht als "Vergewaltigung" seiner Persönlichkeit empfunden. Denn seine "Persönlichkeit" ist das Kapital, d. h. seine Fähigkeit, sich fremde Arbeit anzueignen. Nimmt man ihm das Kapital, nimmt man ihm die Persönlichkeit, denn nichts mehr bleibt von ihm übrig. Das ist die reale Besorgnis.

Als Propagandawaffe ist diese Besorgnis der Bourgeoisie brauchbar vor allem unter den Mittelklassen. Insbesondere die gehobenen Lohnabhängigen in den Betrieben, den Verwaltungen, Kontoren und Behörden sind dem Kollektivismus abhold. Ihre Unterscheidung von den Massen der Lohnabhängigen steht auf schwachen Füßen. Sie hat keine Basis im realen Eigentum, sondern sucht sich Unterschiede in der Bildung, der besseren Bezahlung, der Wohnung, Kleidung usw. Umso eifersüchtiger muß die Differenz gegenüber der Masse gepflegt und die Persönlichkeit herausgestrichen werden. Die Furcht vor Nivellierung ist dort allgemeine Furcht.

Selbst wo gewerkschaftliche Organisierung unter ihnen als unverzichtbar wahrgenommen wird, ist die Furcht vor Nivellierung keineswegs verschwunden. Im Gegenteil bietet sie bürgerlicher Politik erwünschte Gelegenheit in die Gewerkschaften hineinzuwirken und sich auch dort als Schützer der Minderheiten aufzuspielen. Die Mannheimer Erklärung der CDU fordert, "daß unsere Rechtsordnung auch hinsichtlich der demokratischen Gestaltung der Gruppen und des Verhältnisses der Verbände zu ihren Mitgliedern durchgesetzt wird. Dies gilt insbesondere in den Bereichen des Minderheitenschutzes, der Verbandspublizität, der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sicherung der demokratischen Willensbildung im Verband. Die berechtigten Interessen und Bedürfnisse des Einzelnen müssen auch im Rahmen des Verbandes berücksichtigt werden". (30)

(28) Programm des KBW
(29) Protokoll, S. 262
(30) Protokoll, Mannheimer Erklärung, S. 36

Und wer soll nun für "die Stärkung der Stellung des einzelnen innerhalb der autonomen Gruppen und in der Gesellschaft" (31) sorgen? Niemand anders als der vorher als Gottseibeiuns geächtete Staat, der angeklagt war, allüberall die Privatinitiative einzuschränken und zu vergewaltigen. Nicht anders als für die bürgerlichen Politiker in der Arbeiterbewegung ist für die Politiker, die direkt aus der bürgerlichen Klasse kommen und die Verteidigung des Privateigentums als Ziel nennen, der "starke Staat", der "Staat mit Autorität" (Kohl) die letzte Weisheit ihrer Politik. Bei der CDU soll der starke Staat die "Stellung des einzelnen stärken", die Schwachen vor den Starken schützen, dafür sorgen, daß die Kinder behütet, die Kranken gepflegt werden und daß den Alten ihr Recht geschieht. Vor allem aber, und damit meinen sie es wirklich ehrlich, soll er die Minderheit vor der Mehrheit schützen, nämlich die besitzende Minderheit vor der besitzlosen Mehrheit, was am leichtesten gelingt, je tiefer die Spaltung unter die arbeitenden Massen getrieben werden kann.

Hauptsache: Lohnquote senken

So sehr Biedenkopf und Kohl auf dem Mannheimer Parteitag der CDU gefeiert wurden, unter den direkten Repräsentanten der großen Bourgeoisie war die Begeisterung über die "neue soziale Frage" nicht sehr groß. Nicht daß sie etwa an den Versuchen zur Spaltung der Arbeiterbewegung kein Interesse hätten. Aber die Spaltung soll auf dem Weg der Sozialpolitik geschehen. Und dies ist nicht die Stunde der Sozialpolitik. Darüber herrscht unter den Spitzen der westdeutschen Bourgeoisie völlig Einigkeit. Dies ist die Stunde, in der rückhaltlos die Kapitalakkumulation proklamiert werden muß, und zwar ohne Schnörkel. Die Lohnquote muß gesenkt werden, einschließlich des Teils des Lohns, der über den Staat zwangsverwaltet wird, die sogenannten "sozialen Nebenkosten", das ist die landauf, landab von den Sprechern der Großbourgeoisie vertretene Auffassung.

Auf dem Mannheimer Parteitag hatte Strauß den Überlegungen von Kohl und Biedenkopf schon direkt widersprochen: "Wir müssen heute den Mut haben, zu sagen, daß die Grenzen des Sozialstaates erreicht sind, daß wir keine höheren Leistungen in Aussicht stellen können, solange nicht die Grundlage unserer Wirtschaft und die Solidität unserer Finanzen wiederhergestellt sind. Wir würden keinerlei Glaubwürdigkeit erreichen, wenn wir unsere politischen Gegner in Versprechungen, in Zukunftsvisionen überbieten würden." (32) Eben das hatten Kohl und Biedenkopf versucht, die das Eintreten für die "neue soziale Frage" als "Kampf für Freiheit und Solidarität, für eine bessere Gesellschaft" proklamiert hatten.

Strauß dagegen: "Das äußerste, was wir schaffen können . . ., ist die Erhaltung und Sicherung unseres bestehenden gesellschaftlichen Leistungssystems."

Und noch in einem anderen Punkt wird die Differenz deutlich. In der Mannheimer Erklärung heißt es: "Die Hauptaufgabe einer erfolgreichen Stabilitätspolitik ist die Beseitigung der Inflation." (33) Strauß dagegen: "Der Gradmesser . . . ist heute nicht mehr die Inflationsrate . . . Gradmesser für die Richtigkeit der Wirtschaftspolitik und für die wirtschaftliche Lage wird in den nächsten Jahren die Investitionstätigkeit sein und mit der Investitionstätigkeit die Wachstumsrate und die Vollbeschäftigung." (34)

Die direkte Propagierung der Kapitalakkumulation wird von Strauß in den Mittelpunkt gestellt. Dem muß sich alles unterordnen.

In gleicher Deutlichkeit äußerte sich Stoltenberg: "Stärkung der Investitionskraft und angemessene Gewinnerwartungen sind die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung, für sichere Arbeitsplätze und für die Humanisierung der Arbeitswelt." (35) Eine höhere Profitrate ohne allen Schnickschnack, das ist der Sinn der beiden Äußerungen.

Kohl und Biedenkopf mit ihrer Mannheimer Erklärung waren da ganz offenbar noch nicht auf der Höhe der Zeit. Über die Inflation wird am meisten gestöhnt von den Rentiers, die Koupon schneiden, von den Kleinkapitalisten, von den Bauern, vom Mittelstand, der Ersparnisse anlegt und danach strebt, sich Besitz zu schaffen, ein Haus zu bauen usw. Sie werden wesentlich stärker als das Finanzkapital und die großen Industriekonzerne von der Inflation getroffen. Diese wälzen die Inflation über die Preise ab und die Sache läuft gut für sie, solange sie unter der Inflationsrate des Auslandes bleiben. Der kleine Besitz aber fühlt sich enteignet durch die Inflation und tatsächlich wird er das auch. Elmar Pieroth jammert im Namen dieses Kleinbesitzes, wenn er der SPD vorwirft, sie habe "durch ihre Inflationspolitik das mühsam Ersparte von Millionen Menschen um Milliarden D-Mark entwertet". (36)

Es ist das derselbe Mittelstand, auf den die Familien- und Frauenpolitik der CDU zielt. Kohl und Biedenkopf gehen in der Mannheimer Erklärung offensichtlich davon aus, daß man diesem Mittelstand etwas bieten, daß man ihn umwerben muß. Strauß und Stoltenberg waren schon in Mannheim der Meinung, daß man darauf nicht besonders Rücksicht nehmen müsse, weil diesem Mittelstand sowieso nichts übrig bleibe, als der großen Bourgeoisie politisch zu folgen. Und für die ist die Verbesserung der Akkumulationsbedingungen das A und O.

Rücken frei für Weltpolitik

Neu ist in der Mannheimer Erklärung auch der außenpolitische Teil. Im Berliner Programm der CDU, das auf dem Düsseldorfer Parteitag von 1971 beschlossen worden war, beginnt die Charakterisierung der außenpolitischen Lage noch mit dem "Andauern der Teilung Deutschlands". Entsprechend wird die "Deutschlandpolitik" vorneweg behandelt. Das ist in der Mannheimer Erklärung erstmals in einem CDU-Programm nicht mehr der Fall. Vielmehr geht die Mannheimer Erklärung aus von den "politischen Machtverhältnissen in der Welt", die sich in den letzten Jahren verändert und die westeuropäischen Staaten "heute auf die Rolle von Klein- und Mittelmächten beschränkt" hätten. Von der Bundesrepublik Deutschland aus wird unmittelbar und selbständig die Welt in den Blick genommen und werden die eigenen Ziele bezogen auf die ganze Welt dargelegt. Das ist eine bedeutende Veränderung. In den fünfziger und sechziger Jahren war die westdeutsche Außenpolitik von der CDU immer dargestellt worden als Dienst an der Nation, d. h. Wiedervereini-

(31) ebd.
(32) Protokoll, S. 162
(33) Protokoll, Anhang, S. 25
(34) Protokoll, S. 161f.
(35) ebd., S. 225
(36) ebd., S. 67

gungs- und Deutschlandpolitik und Dienst an der Freiheit im Rahmen des NATO-Bündnisses. Beide Male trat die westdeutsche Außenpolitik auf als Dienerin übergeordneter Interessen bzw. als Mitglied eines Lagers, der "freien, westlichen Welt".

In der Mannheimer Erklärung werden als Aufgaben der Außenpolitik genannt: "Schutz unseres Landes vor äußerer Bedrohung" und "Überwindung von Not, Elend und bedrohlicher Ungerechtigkeit in der weltweiten Verteilung von Gütern und Chancen". Die erste der beiden genannten Aufgaben beruft sich auf keine übergeordneten Interessen mehr, sondern auf das Interesse an Selbstbehauptung. Die zweite Aufgabe, "Überwindung von Not, Elend und Ungerechtigkeit", und zwar "weltweit", tut das nach wie vor. Es wird damit nur ein Grund angeführt, der geeignet ist, ein weltweites selbständiges Auftreten der BRD zu rechtfertigen. Der Grund ist geeignet, um alle Vorgänge in der Welt auch zu einer Sache der BRD zu erklären, wenn diese nur im Namen der Gerechtigkeit auftritt.

Um beiden gestellten Aufgaben gerecht zu werden, wird an die "Bereitschaft" appelliert, diesen Zielen "unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Leistungsfähigkeit dienstbar zu machen". Gefordert wird: "Das Verhältnis der öffentlichen Ausgaben für den sicherheitspolitischen, außenwirtschaftlichen und den sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich (zu) überprüfen. Das Ergebnis dieser Überprüfung muß der größeren Bedeutung außen- und sicherheitspolitischer Aufgaben Rechnung tragen." (37)

Einhellig beklagen die CDU-Ideologen, daß "die Befriedigung der innenpolitischen Bedürfnisse, der Kraftaufwand im Ausbau unseres internen Verteilungssystems" (Richard v. Weizsäcker) zu aufwendig sei. In der Mannheimer Erklärung heißt es tadelnd: "Für den Ausbau ihrer internen Verteilungssysteme und für die Befriedigung innenpolitischer Bedürfnisse haben die westeuropäischen Staaten einen vergleichsweise hohen Aufwand getrieben". (38)

Was sind die Ziele, die unter dem Einsatz vermehrter Mittel erreicht werden sollen? Das ist erstens die Einigung Europas: "Ein geeintes Europa ist unverzichtbar, wenn die Mitgliedsländer auf Dauer in der Lage sein wollen, gegenüber den Weltmächten, den Erdöl- und Rohstoffproduzenten, den Entwicklungsländern, und den Herausforderungen der Weltpolitik ihre eigenen berechtigten Ansprüche zu erheben." (39)

Die Einigung Europas wird also als Mittel verstanden, um gegenüber den Supermächten und gegenüber den Ländern der Dritten Welt die eigenen Interessen an Teilhabe an der Weltherrschaft durchzusetzen.

Wie aber kann die BRD dieses Mittels habhaft werden? Die Länder der Europäischen Gemeinschaft sind kapitalistische Länder. Die entscheidenden unter ihnen werden beherrscht von der je eigenen Monopolbourgeoisie, die mit den Bourgeoisklassen der anderen Länder in Konkurrenz steht. Die Einigung der europäischen Länder ist also keine Sache friedlichen Zusammenfindens und gütlichen Ausgleichs, sondern es geht dabei darum, wer sich gegen die anderen durchsetzen kann, wobei Größe und Konzentrations- bzw. Zentralisiationsgrad des Kapitals den Ausschlag geben.

Der Berliner Delegierte Franz Amrehn sprach dieses Thema an: "Aber die Tragik Europas besteht darin, daß heute keine Regierung des freien Europa imstande ist, die Führungsrolle dafür zu übernehmen, daß aus nationalen Souveränitäten endlich europäische Souveränitäten gebildet werden, daß der große politische Sprung einer wirklich historischen Tat in Europa erfolgt." (40)

Franz Amrehn erhielt für diese unverhohlene Beanspruchung eines westdeutschen Führungsanspruchs über Westeuropa "Beifall" vom Parteitag. Das Thema wurde ausdrücklich nicht weiter verhandelt, aber man ist sich einig, daß einer die Kraft haben muß, um die anderen zu zwingen und daß dieser eine die BRD sein soll. Dabei ist gegenwärtig nicht an militärischen Zwang gedacht, sondern an die Gewinnung eines eindeutigen ökonomischen, politischen und militärischen Übergewichts in Westeuropa. Es ist das die Festlegung einer imperialistischen Politik gegenüber den Ländern Westeuropas.

Aktive Einmischung in die Länder der Dritten Welt und Osteuropas

Richten soll sich diese Einigung Europas unter westdeutscher Dominanz erstens gegen den Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt. Den "westlichen Industrieländern" ist es "bisher nicht gelungen, die Rohstoffproduzenten daran zu hindern, wichtige Weltmärkte zu schließen, wirtschaftliche Lasten weltweit neu zu verteilen und ihre wirtschaftliche Macht zunehmend auch zur Durchsetzung militärischer und machtpolitischer Ziele einzusetzen. Die Eingriffe in den freien Welthandel werden jedoch schon in absehbarer Zeit die weltweiten Wirtschaftsabläufe entscheidend verändern. Für die westlichen Industrieländer ist es deshalb nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern in erster Linie ein Akt der politischen Vernunft, aktiv an der Entwicklung in der Dritten und Vierten Welt mitzuwirken." (41)

Gesucht werden soll also angesichts der wachsenden Stärke der Dritten Welt nicht die direkte Konfrontation, der Aufeinanderprall der imperialistischen Interessen und der imperialistischen Politik mit dem Streben der unterdrückten Länder nach Unabhängigkeit und der Nationen nach Befreiung. Angestrebt wird vielmehr die aktive Einmischung, der Kapitalexport unter dem Schirm der Entwicklungshilfe, die Vergrößerung des ökonomischen und politischen Einflusses, nicht das barsche Gegenübertreten. CDU und SPD sind sich in dieser Frage vollkommen einig.

Und ebenso weitgehende Einigkeit besteht bezüglich der Politik gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa. Hier wird zwar die aggressive Politik der Sowjetunion gegenüber Westeuropa betont. Aber keineswegs zu dem Zweck, damit nichts als die Verteidigung zu rechtfertigen. Vielmehr wird eine durchaus offensive Politik gegenüber der Sowjetunion und dem von ihr beherrschten Osteuropa formuliert.

Festgehalten wird daran, daß Westdeutschland "als freier Teil Deutschlands Treuhänder einer freiheitlichen Verfassung auch für die Menschen im unfreien Teil unseres Vaterlandes" sei. (42) Die verschiedenen Ostverträge werden – wie von der Bundesregierung auch – als vorübergehende Regelungen akzeptiert. Und weiter heißt es: "Gegenüber den Staaten Osteuropas sind wir trotz aller ideologischen Gegensätze zu fairer Zusammenarbeit bereit. Wir respektieren ihre unterschiedlichen nationalen Interessen." (43) – Respektierung ihrer **unterschiedlichen** nationalen Interessen, das ist eine ziemlich direkte Erklärung, daß man jeden Widerspruch zwischen der Sowjetunion und den von ihr unterdrückten Nationen ausnutzen wird. Diese Widersprüche aber sind schroff und eine Politik, die darauf abzielt, sie zur Explosion zu bringen, ist keineswegs gegenstandslos.

(37) Protokoll, Anhang, S. 18
(38) ebd., S. 6
(39) ebd., S. 9
(40) Protokoll, S. 189
(41) Mannheimer Erklärung, S. 6
(42) ebd., S. 19

Nicht anders steht es mit dem dritten Ansatzpunkt für eine offensive Politik gegenüber dem vom russischen Sozialimperialismus zusammengehaltenen Lager. "In unserer Außenpolitik treten wir für die Verwirklichung der Menschenrechte in der ganzen Welt ein. Dies gilt auch gegenüber den Staaten Osteuropas und der Sowjetunion." (43)

Wenn heute die politischen Parteien des westdeutschen Imperialismus nicht mehr direkt den roll-back gegenüber Osteuropa propagieren, so ist das keineswegs ein Ergebnis geschwundener Aggressivität und liegt auch nicht daran, daß dem westdeutschen Imperialismus aus Furcht vor der Sowjetunion der Eroberungsgeist geschwunden wäre. Der westdeutsche Imperialismus findet vielmehr – je deutlicher die Verwandlung der Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht zutage tritt und wahrgenommen wird – eine neue Lage mit neuen Möglichkeiten vor. Er kann sich beziehen auf die innere Sprengkraft, die das Unterdrückungsregiment der Sowjetunion und der neuen bürgerlichen Klassen in den osteuropäischen Ländern und zwischen ihnen anhäuft. Darauf nimmt die CDU unverhohlen Bezug.

Festgehalten wird von der CDU am imperialistischen Bündnis mit den USA, wobei sich "die Zusammenarbeit der atlantischen Partner . . . nicht in der Verteidigung unserer Freiheit erschöpfen" soll. "Daneben ist heute den Herausforderungen zu begegnen, die aus . . . den ständig wachsenden Abhängigkeiten in der Welt herrühren." (45) Das heißt, nicht nur gegen die Sowjetunion soll die NATO einen Block bilden, sondern auch gegen die Länder der Dritten Welt soll die Zusammenarbeit gesucht werden.

Innerhalb der NATO freilich ist die CDU für eine Gewichtsverlagerung zugunsten der europäischen NATO-Mächte: ". . . dem Interesse Europas an der Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie (muß) Rechnung getragen werden."

In allen diesen Fragen hat die CDU wenig Differenzen mit der gegenwärtigen Bundesregierung. Zur Ausschöpfung der Möglichkeiten des westdeutschen Imperialismus drängt es sie beide. Karl Carstens, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, gibt das in seinem Bericht über die Tätigkeit der Fraktion auch gleich zu verstehen: "Angriffspunkte bietet die Regierung vor allen Dingen auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik, auf dem Gebiet der inneren Sicherheit." In "ihrer Außen- und in ihrer Deutschlandpolitik" bietet sie solche Angriffspunkte nur "in einigen Bereichen." (46)

Alte Argumente – doch sie erledigen sich nicht von selbst

Die CDU ist heute eine Partei "im Aufschwung". Bei den Landtagswahlen der letzten Wahlen hat sie durchweg gewonnen. Von einem Honoratorenverband und Wählerverein ist sie zu einer mitgliederstarken Partei geworden, deren Zuwachs anhält. Sie verdankt ihren Zulauf den offenbaren Schwierigkeiten, in die der Reformismus geraten ist, und der wachsenden Enttäuschung über die SPD. Aber es ist keineswegs so, daß sie untätig diese Erfolge erränge oder ihre Erfolge ohne Konsequenzen blieben. Die CDU tritt heute gegen die SPD an, indem sie diese für die Krise verantwortlich macht und darüber den Sozialismus in Mißkredit zu bringen versucht. Sie stellt gegen die verschlissenen Versprechen und Redensarten der Reformpolitiker die schon ziemlich betagten offen bürgerlichen Anschauungen und behauptet deren Jugendfrische. Das ist lächerlich, aber es widerlegen sich diese Anschauungen nicht von selbst und auch nicht dadurch, daß gezeigt wird, warum sie geglaubt werden. Man muß sie schlagen und dazu ist es nötig, sie zu widerlegen. Das ist lange nicht nötig gewesen, als die CDU keinen Wind in ihren Segeln hatte und der Reformbewegung hinterherkroch. Darum ist diese Aufgabe wenig geübt worden. Es ist erforderlich, sie entschiedener anzupacken.

W. Maier

(43) ebd., S. 20
(44) ebd., S. 20
(45) ebd., S. 22
(46) Protokoll, S. 46f.

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
handliche Taschenausgabe *DM 0,80*
40 Seiten
Auflage bisher 150 000

Politischer Bericht des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland an die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz
1. bis 5. Tausend April 1975 *DM 2,50*
76 Seiten



zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH, 6800 Mannheim, Sandhofer Straße 29, Postfach 5129

Aufrüstung des BRD-Imperialismus

Zur Entwicklung der Militärpolitik der BRD

1. Vorbemerkung

Zwanzig Jahre nach Ende des Zweiten imperialistischen Weltkrieges ist der westdeutsche Imperialismus unter dem Schutz der einen Supermacht USA wieder zu einer entscheidenden Kraft des imperialistischen Weltsystems geworden. Viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde diesem Wiedererstarken des deutschen Imperialismus seiner ökonomischen Seite nach. Dazu gehört die überragende Rolle des westdeutschen Imperialismus auf dem Weltmarkt. Betrug der Anteil der BRD am Welthandel im Jahre 1958 noch 9,1 % und lag damit knapp hinter dem entsprechenden Anteil Großbritanniens (9,7 %) und weiter hinter dem Anteil der USA (18,5 %), aber bereits an führender Stelle innerhalb der EG-Länder (Frankreich 5,3 %, Italien 2,7 %), so hatte sich diese Lage 1972 radikal gewandelt. Die BRD zog im Anteil des Welthandels mit den USA gleich; beide hatten 1972 einen Anteil am Welthandel von rund 13 %. Berücksichtigt man weiterhin, daß im gleichen Zeitraum der Anteil der anderen EG-Länder am Welthandel in geringerem Maße wuchs, so zeigt sich schon an diesen Zahlen die überragende ökonomische Bedeutung des BRD-Imperialismus in Westeuropa wie eine relative Kräfteverschiebung zwischen der EG und den USA insgesamt. (1)

Die westdeutsche Kapitalistenklasse und ihr Staat haben so für sie erfolgreich den Weg zur Vorherrschaft in Westeuropa beschritten und sie haben ihn politisch abgesichert, indem sie sich dem Anspruch des US-Imperialismus, daß Westeuropa sein Einflußgebiet sei, unterworfen haben. Nach dieser Seite hin dienerten sie sich dem US-Imperialismus als Juniorpartner an und wurden durch ihn protegiert. Die andere Seite davon ist, daß sie die Stärke der EG und ihre dominierende Rolle darin nutzten, um ihre Position gegenüber dem US-Imperialismus aufzubauen, mit dem sie sich bereits heute an vielen Stellen in der Konkurrenz befinden. Ist die Hauptseite ihres Strebens in Westeuropa die nach der Vorherrschaft im Rahmen der EG, so ist im Verhältnis zum US-Imperialismus gegenwärtig noch die Zusammenarbeit gegenüber der Konkurrenz vorherrschend.

Weniger offen bekannt als die ökonomische Stärke ist, welche Anstrengungen der BRD-Imperialismus unternommen hat, um seinen Vorherrschaftsanspruch in Westeuropa und seinen Anspruch auf den Platz der führenden imperialistischen Macht hinter den Supermächten auch militärisch zu untermauern. Diese Maßnahmen und Anstrengungen des westdeutschen Staatsapparates wurden so gut wie möglich verheimlicht oder, wo dies nicht ging, verharmlost. (2)

Der folgende Aufsatz liefert Material zum Beleg für die These, daß der westdeutsche Imperialismus ungeheure Anstrengungen unternommen hat, um

a) sein Vorherrschaftsstreben in Westeuropa militärisch abzusichern, um

b) im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft auch die Konkurrenz mit dem US-Imperialismus aufzunehmen und um

c) sich Einfluß in der Dritten Welt zu verschaffen.

2.Die Ausgangssituation Mitte der sechziger Jahre

Die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus im Ausgang des Zweiten imperialistischen Weltkrieges enthält zwei für das Thema wichtige Besonderheiten: Erstens. Der westdeutsche Imperialismus verfügte nach 1945 über keine direkten Kolonien und Einflußgebiete in der Dritten Welt, wie zum Beispiel Frankreich und England. Zweitens. Infolge seiner Niederlage wurden dem BRD-Imperialismus verschiedene politische und rüstungspolitische Beschränkungen auferlegt, die darauf abzielten, ihn in der Entwicklung seiner Macht zu beschränken. (3) Mitte der 60er Jahre hatte sich die BRD auf der Grundlage einer ungeheuren Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse so zwar zur führenden wirtschaftlichen Macht in Westeuropa und zur stärksten Wirtschaftsmacht hinter den Supermächten aufgeschwungen (4), im Bereich der Rüstungsproduktion und der militärischen Auf- und Ausrüstung lag sie aber noch hinter ihren imperialistischen Mitkonkurrenten zurück. Gescheitert waren verschiedene Versuche in den Jahren 1963 und 1964 zur Bildung einer gemeinsamen Atomstreitmacht der westeuropäischen Staaten untereinander bzw. mit den USA, die von der westdeutschen Regierung unternommen worden waren.

Seinen Ausdruck fand diese Situation Mitte der 60er Jahre in dem von Strauß geprägten Wort, die BRD sei *wirtschaftlich ein Riese, politisch aber ein Zwerg.* Mit diesem Schlagwort drückten die bürgerlichen Politiker nichts anderes aus, als daß man jetzt daran gehen müsse, die geeigneten Maßnahmen einzuleiten, um auch die der ökonomischen Stärke entsprechende militärische und politische Bedeutung zu erlangen.

(1) vgl. Weinstock H. (Hrsg.) 1973, Neun für Europa; Deppe F., 1975, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

(2) Das beste Dokument für diese Verheimlichungsstrategie stellen hierbei die Verteidigungsweißbücher der Bundesregierung dar, in denen regelmäßig von einem relativen Sinken der Aufrüstungskosten berichtet wird.

(3) Vertragliche Grundlagen für diese Beschränkungen sind das Potsdamer Abkommen, die Londoner Abmachung, die sich auf ABC-Waffen bezieht, und die Pariser Verträge. Gültig neben den ABC-Beschränkungen sind rechtlich noch Beschränkungen bezüglich der BRT-Größe im Schiffs- bzw. U-Bootbau sowie Beschränkungen bezüglich der Herstellung von Kampfbombern.

(4) Dies gilt auch ungeachtet des Rückstandes im Bereich des Kapitalexports, den die BRD damals – wie auch noch heute – gegenüber den anderen westeuropäischen Staaten aufwies.

3. Maßnahmen auf dem Weg zur dominierenden militärischen Macht in Westeuropa

Den ersten Ansatzpunkt, um zu untersuchen, welchen Weg der Staat der westdeutschen Kapitalistenklasse bei seiner militärisch verstärkten Wiederaufrüstung ging, stellt eine Untersuchung des **Verteidigungshaushaltes** dar. Berücksichtigen muß man dabei, daß die Zahlen des Verteidigungshaushaltes nur ungenügend die finanziellen Anstrengungen der westdeutschen Bourgeoisie im Bereich der Wiederaufrüstung wiedergeben. Denn auch in verschiedenen anderen Einzeletats finden sich Posten, die der militärischen Aufrüstung zugeschlagen werden müssen. So z. B. im Etat des Innenministeriums (Bundesgrenzschutz), des Außenministeriums (Militärhilfe), des Wissenschaftsministeriums (Kriegstechnologien) und selbst des Verkehrsministeriums, insoweit auch der Ausbau des Verkehrsnetzes nach militärstrategischen Gesichtspunkten betrieben wird. Dazu gehört auch der Sozialetat (Kriegsfolgekosten). Diese Verteilung der Kosten des imperialistischen Staatsapparates für seine Eroberungs- und Unterdrückungsfeldzüge nach innen und außen ist zum einen ein Ausdruck davon, daß dieser Staatsapparat seinem ganzen Wesen nach auf Unterdrückung und Eroberung im Dienst der imperialistischen Bourgeoisie angelegt ist. Daß er dieser Aufgabe alle anderen unterordnen muß.

Zum anderen muß diese Zerlegung der Militärausgaben auf die verschiedensten Einzeletats aber auch als ein bewußt betriebenes Verschleierungsmanöver begriffen werden, um so in der Öffentlichkeit die Höhe der Aufrüstungskosten niedriger erscheinen zu lassen.

Einige wenige Zahlen vermitteln aber bereits einen Eindruck davon, wie weit es dem westdeutschen Staatsapparat bereits gelungen ist, zur führenden militärischen Macht der westeuropäischen Länder zu werden.

Unter den NATO-Ländern steht die BRD an zweiter Stelle bezüglich der Verteidigungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung, bezogen auf das Jahr 1973. (5) So betragen die Verteidigungsausgaben der BRD pro Kopf 255 US-Dollar, die Frankreichs 209, während Großbritannien 178 und Italien 91 Dollar pro Kopf der Bevölkerung aufwendet. Der Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben zeigt ebenfalls, welche Rüstungsanstrengungen die BRD unternommen hat: 31,8 % des Staatshaushaltes wanderten 1973 in die verstärkte Aufrüstung, die entsprechenden Zahlen für Frankreich lauten 20,6 %, für Italien 13,2 % und für Großbritannien im Jahre 1972 20,5 %. (6)

Hierbei können die BRD-Imperialisten diese gegenüber ihren westeuropäischen Mitkonkurrenten unverhältnismäßig großen militärischen Anstrengungen ohne größere wirtschaftliche Probleme unternehmen, weil sie über das relativ größte ökonomische Potential durch eine besonders scharfe Ausbeutung der Arbeiterklasse verfügen. Das zeigt sich daran, daß die BRD gegenüber ihren westeuropäischen Konkurrenten keinen unverhältnismäßig größeren Teil des von den Arbeitern produzierten gesellschaftlichen Reichtums für die Rüstung abzweigen muß, um einen Vorsprung, wie er sich in den obigen Zahlen ausdrückt, zu erhalten. Vom gesamten gesellschaftlichen Reichtum (Bruttosozialprodukt) des Jahres 1973 wurden nach offiziellen Angaben 4,7 % als Militärausgaben verwendet, für Frankreich beträgt die entsprechende Zahl 4,2 %, für England 5,6 % und für Italien 3,4 %. (7)

Die BRD unterhält mit 334 000 Mann personell das größte Heer in Westeuropa (8), mit 104 000 Mann personell die größte Luftwaffe in Westeuropa (jeweils einschließlich Großbritanniens und der skandinavischen Länder), wobei sich die Anzahl der einsatzbereiten Kampfflugzeuge unter der Anzahl der französischen (690), aber über der Anzahl der englischen befindet (520). Absolut dominierend in Westeuropa ist die BRD insbesondere mit der Zahl ihrer Panzerverbände: Mit 2 950 einsatzbereiten Panzern hat sie mehr als England (900), Frankreich (820) und Italien (800) zusammen. Lediglich im Bereich der Marine ist sie gegenwärtig noch ihren westeuropäischen Mitkonkurrenten unterlegen, wobei die BRD aber gerade hier gegenwärtig große Anstrengungen unternimmt, um auch in diesem Bereich eine größere Schlagkraft zu erhalten. (9)

Wie haben sich die Militärausgaben des westdeutschen Staatsapparates in den letzten Jahren entwickelt? Das Weißbuch 1973/74 des Bundesverteidigungsministeriums – so die offizielle Bezeichnung – stellt dazu fest, daß 1971–74 "der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt von 22,7 auf 20,5 % gesunken" sei (10), womit vorgetäuscht werden soll, der Staatsapparat habe seine Rüstungsanstrengungen gezügelt.

Daß dies nicht stimmen kann, läßt sich bereits dem Jahrbuch 1973 des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstitutes (SIPRI) entnehmen, das für das Jahr 1971 auf 1972 eine Steigerung der westdeutschen Rüstungsausgaben von 8,8 % angibt. Eine Steigerungsrate, die weit über der der imperialistischen Konkurrenten der BRD liegt. (11)

Eher als diese propagandistische und auf pazifistische Gefühle setzende Behauptung des Bundesverteidigunsministeriums wird da stimmen, was der CDU-Militärexperte Klepsch der sozialliberalen Koalition bereits 1970 bescheinigte: daß sie "eine kontinuierliche Fortsetzung der von Adenauer und Strauß eingeleiteten und geprägten, von v. Hassel und Schröder weitergeführten Sicherheitspolitik" betrieben habe. (12)

Daß im Bereich der Militär- und Rüstungspolitik praktisch eine Große Koalition zwischen den im Bundestag vertretenen bürgerlichen Parteien besteht, kann man auch daraus erkennen, daß der Rüstungsetat den einzigen Teil des Bundeshaushaltes darstellt, den die CDU/CSU als Oppositionspartei bei den Haushaltsabstimmungen mit schöner Regelmäßigkeit gebilligt hat.

(5) Verteidigungsweißbuch 73/74, S. 219. Zugrunde liegen dieser Berechnung die NATO-Kriterien, vgl. dazu Anm. 16

(6) ebd., S. 221. Die Staatsausgaben beziehen sich hier allein auf die Ausgaben des Bundes, also unter Ausschluß der Ausgaben der Kommunen und Länder. In diesem Sinne ist auch im folgenden von Staatsausgaben die Rede.

(7) ebd., S. 220

(8) Quelle: World Armament and Disarmament, SIPRI-Jahrbuch 1974. SIPRI = Stockholm International Peace Research Institute

(9) Als Beispiel dafür die an späterer Stelle angeführte Auseinandersetzung der BRD mit Dänemark um den Oberbefehl des Kommandos Alliierte Seestreitkräfte Ostseezugänge.

(10) Weißbuch

(11) SIPRI-Jahrbuch 1973, S. 213. Die entsprechende Zahl für die USA beträgt 3,0 %, für Frankreich – 0,1 %. Das SIPRI-Jahrbuch 1974, S. 142, gibt folgende Zahlen an: Die Steigerungsrate der Militärausgaben von 1969–73 beträgt dieser Quelle zufolge: BRD 18,7 %, USA – 20,5 %, Großbritannien 11 %, Frankreich 3,6 %, Italien 31 %.

(12) Der Spiegel 21/1970

Daß es sich bei der Behauptung der SPD-Regierung, die Rüstungsanstrengungen wären geringer geworden, um demagogische Schönfärberei handelt, läßt sich weiterhin daran erkennen, vergleicht man einmal, wie diese Sozialdemokraten im Bundestag der Opposition gegenübertreten, wenn ihnen vorgeworfen wird, zu wenig Geld für die Rüstung ausgegeben zu haben. So trumpften sie im Bundestag mit folgender Bemerkung auf: "Die Sozialdemokratische Partei hat, seit sie mit dem liberalen Koalitionspartner in der Regierungsverantwortung ist, Verteidigungshaushalte um Zuwachsraten erhöht, wie sie in der Vergangenheit kaum dagewesen sind. Das muß man auch einmal sagen. Sie wissen ganz genau, daß es im Jahre 1971 14,4 % und im nächsten Jahr 11 % waren. Dem steht gegenüber, daß Sie in Ihrer Verantwortung und auf Ihre Kasse schauend in den Jahren von 64 bis 69 den Verteidigungshaushalt zwischen 18,8 und mageren 19,3 Milliarden im Jahre 1969 stagnieren ließen." (13) So brüsten sich die Sozialdemokraten damit, mehr für die militärische Wiedererstarkung der westdeutschen Imperialisten getan zu haben als jemals eine CDU/CSU-Regierung vor ihnen. Eben dies belegt, daß die westdeutsche Bourgeoisie Mitte der 60er Jahre formulierte Aufgabe, man müsse nun auch militärisch die der ökonomischen Stärke entsprechende Macht erhalten, bei den Sozialdemokraten in guten Händen wissen kann. Diese haben ihre Aufgabe der forcierten Aufrüstung wahrgenommen.

a) Die Entwicklung der Militärausgaben unter der SPD/FDP-Regierung

Wie haben sich die Militärausgaben nun im einzelnen entwickelt, und hat die sozialliberale Koalition dem Willen der Imperialisten nach verstärkter Aufrüstung Geltung verschafft?

Betrachtet man den Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums, den Einzelplan 14, so ergibt sich folgendes Bild:

Die Ausgaben betrugen:
1970: 19,9 Mrd. DM; 1971: 22,3 Mrd. DM 1972: 25,3 Mrd. DM; 1973: 26,4 Mrd. DM; 1974: 27,6 Mrd. DM; 1975: 29,9 Mrd. DM und für 1976 sind knapp über 30 Mrd. DM eingeplant. (14)

Der westdeutsche Militärapparat, allein soweit es die Ausgaben des Bundesverteidigungsministeriums betrifft, hat also allein in der ersten Hälfte der 70er Jahre um rund 50 % zugenommen.

Daß aber die Zahlen des Verteidigungsetats nicht die wirkliche Höhe der Militärausgaben betreffen, wurde bereits erwähnt. Ebenfalls, daß zur Verschleierung der wirklichen Militärausgaben zahlreiche Haushaltsmanipulationen vorgenommen werden.

Dazu einige Beispiele. Bis 1966 wurden im Einzelplan 14, dem Verteidigungshaushalt, die Ausgaben für die Unterstützung ausländischer Armeen ausgewiesen. Seit 1966 findet man diese Ausgaben nicht mehr an dieser Stelle, sondern im Haushalt des Auswärtigen Amtes (Einzeletat 05) verrechnet. Bis 1974 wurden die Kosten für die Versorgung ausgeschiedener Bundeswehrangehöriger im Verteidigungshaushalt berechnet. 1974 wurden sie aus diesem herausgenommen und dem Einzelplan 33, der die Versorgung ausgeschiedener Richter und Beamten regelt, zugewiesen. Charakterisiert hat das Rüstungsblatt "Wehrdienst" diese Haushaltsmanipulation folgendermaßen: "Die Verlagerung der Ausgaben für Soldatenversorgung in den Einzelplan 33 ist ein Trick. Die Verlagerung der Mittel für Phantom und EDIP (European Defence Improvement Programme) aus dem Einzelplan 14 ist ein Trick. Die Stichtagsverlagerung für Veranschlagung der Personalkosten ist ein Trick. Die Anrechnung der Bekleidungskäufe als Investitionen ist ein Trick." (15)

Zeigt sich so allein an der Betrachtung des Haushaltes des Verteidigungsministeriums, welche Aufrüstungsanstrengungen die SPD-Regierung unternommen hat, so wird das wirkliche Ausmaß dieser Anstrengungen noch deutlicher, nimmt man die außerhalb des Verteidigungsetats liegenden Aufrüstungskosten hinzu.

Hierbei besteht ein erster Ansatzpunkt in der Untersuchung der Kosten, die die imperialistischen NATO-Länder im gegenseitigen Verkehr als "Verteidigungskosten" berechnen. Diese werden nach den sogenannten NATO-Kriterien berechnet.

Der Unterschied zwischen den im Bundeshaushalt ausgewiesenen Aufrüstungskosten und den nach NATO-Kriterien berechneten besteht in folgendem: Im Bundeshaushaltsplan sollen der Arbeiterklasse und dem Volk gegenüber die Aufrüstungskosten so klein wie möglich gehalten werden. Die imperialistischen NATO-Länder dagegen rechnen sich im Verkehr untereinander möglichst viel als Militärausgaben an, weil sie entsprechend den Aufrüstungskosten auch ihr Gewicht in den NATO-Gremien zu verstärken suchen.

Nach den NATO-Kriterien setzen sich die Militärausgaben der BRD nach offizieller Angabe des Verteidigungsweißbuches 73/74 folgendermaßen zusammen: 1. Verteidigungshaushalt (Haushaltstitel 14), 2. Militärruhegehälter (Einzelplan 33), 3. Stationierungsstreitkräfte (Einzelplan 35), 4. Verteidigungshilfe für andere Länder (Einzelplan 05), 5. Personalverstärkungsmittel und Devisenausgleich (Einzelplan 60), 6. Wehrbeauftragter (Einzelplan 02), 7. Bundesgrenzschutz (Einzelplan 06). Darüberhinaus berechnet die Bundesregierung gegenüber der NATO auch die Kosten der Berlinhilfe als Teil der Militärausgaben. (16)

Betrachtet man die Aufrüstungskosten des westdeutschen Imperialismus nach NATO-Kriterien, einschließlich der Berlinhilfe, so zeigt sich genauer das Ausmaß dieser Aufrüstungsanstrengungen. Es ergibt sich hier für die Entwicklung der Militärausgaben in den 70er Jahren folgendes Bild (in Milliarden DM): (17)

(13) Protokolle des Deutschen Bundestages, 44. Sitzung, 7. Legislaturperiode
(14) Quelle: Haushaltspläne des Bundes 1970ff.
(15) Wehrdienst Nr. 43
(16) In der NATO werden die Kosten der Berlin-Hilfe aber nur bedingt als "Verteidigungsausgaben" anerkannt. Sie werden deshalb zusätzlich zu den Ausgaben nach NATO-Kriterien angegeben. Die NATO-Kriterien selbst sollen es ermöglichen, die Militärausgaben der Mitgliedsländer angesichts verschiedener Techniken der Haushaltspläne zu vergleichen.
(17) Verteidigungsweißbuch 73/74. Die Zahlen für 1971 und 1972 sind die Ist-Zahlen, Zahlen für 1973 und 1974 die Soll-Zahlen. Zahlen für 1974 nach dem Bundeshaushaltsplan 1974.

	1970	1971	1972	1973	1974
Ausgb. nach Verteidigs.-Haushalt (18)	19,9	22,3	25,3	26,4	27,6
nach NATO-Kriterien	22,6	25,0	28,7	31,6	–
nach NATO-Kriterien und Berlinhilfe	25,8	30,3	34,6	38,2	41,0

An diesen Zahlen kann man ermessen, was von der Behauptung der Bundesregierung zu halten ist, daß die Militärausgaben stagnierten, und in welchem Maße die westdeutschen Imperialisten die militärische Aufrüstung vorantreiben.

Dabei sind in den oben erwähnten Zahlen noch nicht einmal alle für die Aufrüstung wichtigen Ausgaben erfaßt. Denn hinzu kommen noch Teile des Forschungs- und Wissenschaftsetats, über den die Entwicklung militärischer oder indirekt militärisch bedeutender Technologien finanziert wird. Weiter müssen noch hinzugerechnet werden die über das Wirtschafts- und Finanzministerium laufenden Subventionen und Vergünstigungen an den Teil der Kapitalistenklasse, der die militärischen Ausrüstungsgegenstände für die BRD-Imperialisten produziert. Hinzu kommen noch Kosten der "zivilen Verteidigung" und die Ausgaben für die diversen Nachrichtendienste. Rechnet man all dies zusammen, so kann man davon ausgehen, daß der westdeutsche Imperialismus im Jahre 1974 rund 45 Milliarden DM für seine Aufrüstungsanstrengungen ausgegeben hat. Ein riesiger Teil des von der Arbeiterklasse geschaffenen Reichtums, zu nichts anderem als deren Unterdrückung bestimmt, zur Unterdrückung der Völker der Dritten Welt und zur Verstärkung der eigenen Position im imperialistischen Lager.

b) Die Entwicklung einer eigenen Waffenschmiede

Zu den Aufrüstungsanstrengungen der westdeutschen Imperialisten gehört auch, daß zielstrebig versucht wurde, eine eigene Waffenschmiede aufzubauen. In diesem Bereich unterlagen die westdeutschen Imperialisten nach 1945 einigen Beschränkungen, die sie zum großen Teil erfolgreich aufheben konnten.

War der westdeutsche Imperialismus anfangs für seine militärische Ausrüstung von den anderen imperialistischen Staaten, vor allem den USA, abhängig, so steht er auch in diesem Bereich mittlerweile in fast allen Bereichen auf eigenen Beinen.

Mußte Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre der überwiegende Teil der Waffen aus dem Ausland importiert werden und wurde nur ein geringer Teil in der BRD selbst produziert, so hat sich dieses Verhältnis mittlerweile gerade herumgedreht.

Von den Gesamtrüstungsausgaben (Materialbeschaffung, Erhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung) der Jahre 1955–69 entfielen 38,7 % auf Auslandsaufträge. Bezüglich der Ausgaben für die Beschaffung von Waffen und Material waren es 44,4 %. Dabei hat sich das Verhältnis folgendermaßen verändert:

Rüstungsausgaben für Anschaffungen aus dem

	Ausland	Inland
1959	59,0 %	41,0 %
1969	31,0 %	69,0 %
1972	18,6 %	81,4 %

Über 80 % seiner Waffen und Geräte stellt der BRD-Imperialismus inzwischen selbst her. Daß die westdeutschen Kapitalisten beim Aufbau einer Waffenschmiede zielstrebig ihren Staat einsetzten, zeigt sich beispielhaft an folgenden Tatsachen: Dem Messerschmitt-Blohm-Bölkow Konzern wurden in München/Ottobrunn rund 80 % aller Gebäude und Gelände vom Staat zur Verfügung gestellt. Für diese Gebäude und Grundstücke, die sie zu einem extrem niedrigen Pachtzins erhalten, müssen sie also kaum Kosten aufwenden. Auch die sonstigen Investitionen, die MBB vornahm, wurden zu rund 50 % durch den Staat finanziert. (19) Damit solche Verwendung des Staatsapparates für die Kapitalisten nicht allzu deutlich wird, wurde für diese Geschäfte eigens eine staatliche Investitionsgesellschaft, die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG) und die Industrieverwaltung GmbH (IAG) gegründet. Diese beiden staatlichen Gesellschaften haben die Aufgabe, solche Industrieanlagen und Grundstücke den Kapitalisten zur Verfügung zu stellen, "deren Anschaffung für den jeweils beteiligten Betrieb unwirtschaftlich wäre", wie der ehemalige Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Mommsen, feststellte. (20)

Aber die Kapitalisten haben den Staat, der ihnen in diesem Bereich als Käufer gegenübertritt, noch effektiver eingespannt: Damit sie für ihre Produktion keine teuren Kredite aufnehmen müssen, lassen sie sich einen großen Teil ihrer Ausgaben vom Staat vorfinanzieren. Dazu einige Beispiele. Kraus-Maffei z. B. erhielt 1969 rund die Hälfte seines Umsatzes als staatliche Vorauszahlungen vorgeschossen. MBB erhielt im gleichen Jahr bei einem Umsatz von 850 Millionen DM staatliche Vorauszahlungen und zinslose Darlehen von 379,6 Millionen DM. (21) Bekannt ist auch, daß gerade die SPD/FDP-Regierung die Konzentration vor allem in der Luft- und Raumfahrtindustrie scharf gefördert hat. (22) Mit diesen Methoden hat sie dem Wunsch der Kapitalistenklasse nach einem starken Rüstungsbereich entsprochen. In dem Maße, wie es den westdeutschen Imperialisten gelang, ihre eigene Waffenschmiede aufzubauen, gingen sie auch wieder zielstrebig daran, über den Waffenexport Einfluß auf andere Länder zu nehmen. Daß gerade gegenwärtig die Debatte über die Ausdehnung der Rüstungsexporte in vollen Schwung gekommen ist (23), belegt dies deutlich. Nach außen hin behauptet hier die Bundesregierung zwar, sie liefere keine Waffen

(18) Eigene Zusammenstellung nach Verteidigungsweißbuch 1970 und Weißbuch 73/74
(19) DWI Forschungshefte 3/71
(20) Berichte des Instituts für Internationale Politik und Wissenschaft 1/72. Im folgenden zit. als IPW-Hefte.
(21) a.a.O. In der Bilanz dieser Unternehmen drückt sich dies in einem im Verhältnis zum übrigen Industriekapital extrem niedrigen Eigenkapitalanteil aus.
(22) Dies gilt aber nicht nur für die Luft- und Raumfahrtindustrie, sondern ebenso für die Werftindustrie. Vgl. dazu Grosser G., 1971, in: Barnet, die Ökonomie des Todes: "Die Eigentümlichkeit der deutschen Rüstungsindustrie ist schließlich die Besitzkonzentration der entscheidenden Rüstungsfirmen auf wenige Familienclans oder auf Einzelpersonen." S. 137
(23) vgl. dazu "Der Spiegel" 38/75

in Nicht-NATO-Länder (mit Ausnahme Japans, Australiens, Neuseelands, der Schweiz und Schwedens), doch ist dies pure Augenwischerei. Selbst zugestanden hat dies der Kanzler Schmidt, der, vor Offizieren der Bundeswehr darauf angesprochen, ob man die Exportbeschränkungen für Waffen nicht lockern könnte, antwortete: "Es ist denkbar, es ist im Einzelfall schon geschehen." (24) Dieses Zugeständnis der Augenwischerei nahm der Kanzler aber insofern sofort wieder zurück, als er ein Tonband, auf dem diese Aussage aufgenommen worden war, sofort wieder löschen ließ. (25)

c) Die Verstärkung des Mobilisierungspotentials der Bundeswehr unter der SPD/FDP-Regierung

Zeigen die bisherigen Fakten, daß die SPD/FDP-Regierung eine Politik der forcierten Aufrüstung und Schaffung der dafür notwendigen Industrieabteilungen betrieben hat, so hat sie auch Maßnahmen getroffen, mit deren Hilfe die Bundeswehr personell verstärkt werden soll, ohne offiziell die Zahl von einer halben Million Soldaten zu überschreiten. Diese Maßnahmen seien hier nur kurz erwähnt. So heißt es z. B. im Weißbuch 73/74: "In der Bundeswehr sind 30 000 Dienstposten für Unteroffiziere vorgesehen. Tatsächlich ist die Zahl der Berufsunteroffiziere seit September 1971 um 3 200 auf 32 210 gestiegen." Die 1969 eingeführte Möglichkeit für Wehrpflichtige, nach 12 Monaten Unteroffizier zu werden, bewirkte, daß 1972 bereits 2 700 Unteroffiziere aus den Reihen der Wehrpflichtigen kamen. Gleichzeitig vergrößerte sich von 1971–73 die Zahl der Berufssoldaten um 9,9 %, während sich der Gesamtpersonalbestand der Bundeswehr nur um 1,7 % erhöhte. (26) Auch bezüglich der Offiziere erhöhten sich die Zahlen von 1971–73 rapide. Um 6,8 % bei den Berufssoldaten, um 55,8 % bei den auf 2 Jahre verpflichteten Zeitsoldaten.

An diesen Zahlen zeigt sich, daß die Bundeswehr so umstrukturiert wurde, daß sie einen höheren Kaderstamm hat, der es ihr erlauben soll, im Kriegsfall eine größere Zahl von Mannschaften zu mobilisieren, als es bislang der Fall war. "Kaderung verringert die Zahl der ständig im Dienst befindlichen Soldaten. Aber die Verfügungsbereitschaft sichert jene Präsenz der Kadertruppenteile, die in NATO-Bereitschaftsnormen festgelegt ist", heißt es dazu im Verteidigungsweißbuch 73/74. In einem "Spiegel"-Interview erklärte Minister Leber dazu: "Intern wird die Bundeswehr dadurch kampfkräftiger, abwehrfähiger." (27)

Wurde so unter der sozialliberalen Koalition die Struktur der Bundeswehr geändert mit dem Ziel, ein höheres Mobilisierungspotential zu schaffen, so ist gegenwärtig offensichtlich bereits im Gespräch, den Personalbestand der Bundeswehr auf 600 000 auszubauen. "Über alle diese Dinge sind wir im Gespräch", erklärte Leber im selben "Spiegel"-Interview dazu. Daß alle diese Maßnahmen des westdeutschen Imperialismus zu Auseinandersetzungen mit seinen westeuropäischen Mitkonkurrenten führen, liegt auf der Hand und begründet zu einem Teil, warum die Bundesregierung in diesem Bereich ihrer Politik nur langsam voranschreitet. So erklärte Minister Leber, angesprochen auf die mögliche Vergrößerung der Bundeswehr auf 600 000, im "Spiegel": "Aber wenn die Deutschen ihre Armee vergrößern würden und die anderen würden reduzieren, dann würden mit Sicherheit innereuropäische Probleme entstehen wegen des Übergewichts, das eine deutsche Armee im Reigen der westeuropäischen militärischen Kräfte haben würde. Davor muß ich dieses Europa bewahren." (28)

4. Die NATO und die westeuropäische Integration als Mittel im Kampf um die Vorherrschaft unter den westeuropäischen Kapitalisten

Bei ihrem Weg zur dominierenden politischen und ökonomischen Stellung unter den westeuropäischen Ländern haben die westdeutsche Kapitalistenklasse und ihr Staat in äußerst geschickter Weise die NATO und die Zusammenarbeit unter den westeuropäischen Ländern für ihre Ziele einzusetzen gewußt.

Ein Paradebeispiel dafür stellt das Projekt des Kampfflugzeuges MRCA dar. Die Taktik des westdeutschen Imperialismus besteht hierbei darin, die westeuropäische Zusammenarbeit zu fördern im Vertrauen darauf, in dieser Zusammenarbeit die führende Rolle zu erhalten. Mit dem Projekt MRCA gelang den westdeutschen Imperialisten in verschiedener Weise ein großer Schlag. Erstens wollen sie damit aus der Abhängigkeit der USA im Bereich der Kampfflugzeuge kommen und auch bei dieser Waffengattung eine relative Selbständigkeit erhalten. (29) Deswegen waren die westdeutschen Imperialisten auch die heftigsten Verfechter dieses Projektes unter den westeuropäischen Ländern. Zweitens gelingt es ihnen, im Rahmen der westeuropäischen Kooperation für den BRD-Imperialismus noch geltende Rüstungsbeschränkungen zu unterlaufen. So ist der BRD bis heute der Bau strategischer Bomber verboten. (30) Das Mehrzweckflugzeug MRCA, das auch als Atombombenträger mit weitem Aktionsradius eingesetzt werden kann, stellt so praktisch eine Waffe dar, die die Aufgabe eines Kampfbombers übernehmen kann.

Gelungen ist es den westdeutschen Imperialisten außerdem weitgehend, in diesem westeuropäischen Projekt die führende Rolle zu erhalten. An dem Projekt MRCA ist der westdeutsche Imperialismus zu 42,5 %, der englische mit 42,5 % und Italien mit 15 % beteiligt. Gebildet wurde für dieses Projekt die Gesellschaft Panavia Aircraft GmbH mit Sitz in München. Weiterhin wurde sie als Gesellschaft des deutschen Rechts und mit dem westdeutschen Flugzeugkapitalisten Ludwig Bölkow als Vorstandsvorsitzendem gebildet. Vertragsmäßig soll dabei Messerschmitt-Bölkow-Blohm folgende Aufgaben wahrnehmen: Messerschmitt-Bölkow-Blohm entwickelt und baut nicht nur das Rumpfmittelstück für alle Flugzeuge, sondern ist auch verant-

(24) ebd.
(25) ebd.
(26) Weißbuch 73/74
(27) Spiegel a.a.O.
(28) ebd.
(29) Das zweite Projekt in diesem Bereich stellt die westdeutsch-französische Produktion des Alpha-Jet, ebenfalls ein Kampfflugzeug, dar.
(30) Die offizielle Zweckbezeichnung des MRCA lautet folgendermaßen: "Minimale Start- und Landestrecken, großes Geschwindigkeitsspektrum, ausgezeichnete Manövrierfähigkeit, Einsatzmöglichkeit in geringster Höhe und bei jedem Wetter, Zuladungsfähigkeit für schwerste konventionelle Defensivwaffen, z. B. Streu- und Flächenwaffen für den Einsatz bei der deutschen Luftwaffe" MABB Statusbericht zur MRCA, Frühjahr 1974, zit. nach Grossner/Schierholz a.a.O., S. 9

wortlich für Systeme des Flugzeugs. Zu diesen Systemen gehören die Flugsteuersysteme, die Waffenkontrollsysteme und weiterhin die Integration der Avionik ins Flugzeug. Sicher sagen kann man, daß mit dieser Verantwortung von MBB für die Systeme der technologisch entscheidende Flugzeuganteil an die westdeutschen Kapitalisten gefallen ist. Aber auch an Entwicklung und Produktion des Triebwerks sind die westdeutschen Kapitalisten über die Motoren und Turbinen Union (MTU), gemeinsam mit Rolls Royce und Fiat über die eigens dafür gegründete Gesellschaft Turbo-Union Ltd. mit Sitz in London beteiligt. (31)

Ein weiteres Beispiel für diese Taktik der BRD, über die westeuropäische Zusammenarbeit ihren Einfluß in Westeuropa zu verstärken, stellt die im Rahmen der NATO 1969 gebildete Euro-Group dar, die eine engere Zusammenarbeit der europäischen Länder in der NATO ermöglichen soll. Das bedeutendste Projekt der Euro-Group war bislang das European Defence Improvement Programme (EDIP) (32), das von 1971–75 für die europäischen NATO-Staaten (ohne Frankreich, Island und Portugal) Ausgaben von 3,3 Mrd. DM vorsah. Knapp die Hälfte davon, 1,8 Mrd. DM, übernahm die BRD (33), worin sich ihre dominierende Stellung widerspiegelt. Daß sie diese Stellung so bald als möglich zum Anlaß nimmt, ihren Einfluß in der NATO zu vergrößern, um ihre Stellung in Westeuropa zu verstärken, wobei sie auch vor offen putschistischen Mitteln nicht mehr zurückscheut, ist inzwischen bekanntgeworden. Belegen läßt es sich anhand der Auseinandersetzung um den Oberbefehl über das NATO-Kommando "Alliierte Seestreitkräfte Ostseezugänge". Routinemäßig wird hier der Oberbefehl alle drei Jahre einem dänischen bzw. westdeutschen Offizier übertragen. 1974 wollte das Bundesverteidigungsministerium dieses Rotationsprinzip mit dem Hinweis darauf, inzwischen seien ja die Seestreitkräfte der BRD stärker als die der Dänen, abschaffen. Gescheitert ist dieser Putschversuch am Widerstand der Dänen. (34)

5. Die Vorherrschaft in Westeuropa benutzt der BRD-Imperialismus, um seine Position gegenüber der Supermacht USA auszubauen

Die Stärkung seiner Stellung in Westeuropa und die westeuropäische Zusammenarbeit nutzt der BRD-Imperialismus gleichzeitig dazu aus, um seine Position gegenüber den USA auszubauen. Der Hauptseite nach dominiert hier gegenwärtig noch die Zusammenarbeit, aber mit der allgemeinen Verschärfung der Konkurrenz der imperialistischen Staaten untereinander durch die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft muß der BRD-Imperialismus darangehen, die Voraussetzungen für die Konkurrenz mit den USA zu schaffen. Beispielhaft läßt sich dies wiederum am Projekt MRCA belegen. So war eine Begründung für die MRCA-Entwicklung, daß mit diesem Kampfflugzeug dazu beigetragen werden könnte, die "technologische Lücke" zwischen den USA und Westeuropa zu schließen. "Dabei sei das Volumen dieses Auftrages noch gar nicht das Entscheidende; vor allem komme es jetzt darauf an, die Kapazitäten zu schaffen, mit 'Spitzentechnologien' international wettbewerbsfähige Kampfflugzeuge bauen zu können – und wenn jetzt der Anschluß verpaßt sei, so sei die Chance zur Konkurrenzfähigkeit ein für allemal vertan." (35) Konsequenterweise wurden so alle Versuche der USA, sich am MRCA-Projekt zu beteiligen, abgebogen. So stellte die Rüstungszeitschrift "Wehr und Wirtschaft" fest, daß das MRCA-Projekt hauptsächlich dazu dient, "das Quasi-Monopol der amerikanischen Rüstungsindustrie am europäischen – wenn nicht am Weltmarkt zu brechen". (36)

Gelungen ist dies der BRD mittlerweile auch im Bereich des Panzerbaus (Leopard) und der Herstellung von U-Booten bis zu tausend Tonnen, mit denen sie dicke Geschäfte auf dem Weltmarkt macht. (37) Dazu heißt es im "Spiegel": "US-Verteidigungsminister James Schlesinger war von den Leistungen des Nachfolge-Modells Leopard 2 so angetan, daß er spontan anordnete, zum erstenmal einen deutschen Panzer gemeinsam mit den amerikanischen Prototypen in den USA einem Vergleichstest zu unterziehen." (38)

Gelungen ist es der BRD mittlerweile auch, in den amerikanischen Rüstungsmarkt einzudringen. So jubelte die "Welt" am 11.1.1975: "Die amerikanischen Streitkräfte werden zum erstenmal ein in Deutschland mitentwickeltes Waffensystem einführen", was sich auf die Lenkrakete Roland II bezog, die die BRD gemeinsam mit Frankreich entwickelt hat und produziert.

Ein weiteres Beispiel für diese Taktik des BRD-Imperialismus stellt die Euro-Group wiederum dar. So bemerkte der Kommentator der "Frankfurter Rundschau" am 5.12.1973 anläßlich der Euro-Group Konferenz: "Es zeigt sich in vorsichtigen Formulierungen schon das Bestreben, mit den künftigen Ergebnissen gemeinsamer Waffenentwicklung auch gegen die USA auf dem Weltmarkt zu konkurrieren." Hervorgehoben wurde diese Seite auch von "Wehr und Wirtschaft": "Kurz, die europäische Luftfahrtindustrie weiß, daß sie nur als Gemeinschaft der überwältigenden amerikanischen Konkurrenz gewachsen sein wird, um zu überleben. Der Traum einer großen grenzüberschreitenden Fusion, nämlich 'die' europäische Aerospace-Union, ist derzeit fern jeglicher Realität, solange noch der nationale und individuelle Egoismus dominieren. Insofern stellen Gebilde wie Airbus-Industrie und Panavia

(31) vgl. Grossner/Schierholz
(32) Spiegel 11/70
(33) ebd.
(34) Antimilitaristische Informationen 8/9 1974
(35) Wehr und Wirtschaft 2/1970
(36) So Grossner/Schierholz, Das Projekt MRCA, Köln 1974, S. 12f.
(37) Wehr und Wirtschaft 2/1970. Insgesamt sind aber die Rüstungsexporte der westdeutschen Imperialisten im Verhältnis zu denen ihrer Mitkonkurrenten noch äußerst gering. Nach einer vom "Spiegel" angeführten Pentagon-Quelle betrugen sie 1974 0,1 Mrd. Dollar. Zum Vergleich: USA 8,3, UdSSR 5,5, Frankreich 3,0, England 1,5, Italien 0,24. Der Spiegel 38/75. Größer wird dieser Betrag allerdings, insofern er nur die offiziell genehmigten Rüstungsexporte ausweist. Dazuzurechnen wären einmal die über den Grauen Markt gelieferten Waffen (z. B. Bundesnachrichtendienst und private Waffenhändlerfirmen). Insbesondere aber Waffen, die in Gemeinschaftsproduktion im Ausland hergestellt werden. Entscheidend ist jedoch, daß die BRD-Kapitalisten gerade gegenwärtig dabei sind, auch auf diesem Gebiet nach vorne zu stoßen. Kennzeichnend dafür ist nicht nur die Titelgeschichte des "Spiegel" 38/75, sondern ein eigens dafür Ende September geplantes Gespräch der zuständigen Regierungsgremien. Vgl. Süddeutsche Zeitung, 20.9.
(38) Spiegel 38/75

oder Alpha Jet (39) jedenfalls gute Ansätze für eine verbesserte, internationale Wettbewerbsfähigkeit der Europäer dar." (40)

Der "Junior Partner" der USA nutzt so zielstrebig die durch ihn dominierte westeuropäische Zusammenarbeit aus, um die Voraussetzungen für eine schärfere Konkurrenz mit den USA schaffen zu können.

6. Militärische Maßnahmen des BRD-Imperialismus zur Gewinnung neokolonialer Einflußsphären

Im Schatten der beiden Supermächte und gegenwärtig noch protegiert durch die Supermacht USA hat sich der BRD-Imperialismus zur führenden Macht unter den westeuropäischen Ländern aufgeschwungen. Damit begnügt er sich freilich nicht. Entsprechend seiner überragenden Bedeutung auf dem Weltmarkt und relativ zurück gegenüber seinen Mitkonkurrenten bezüglich neokolonialer Einflußsphären (41), versucht er auch in der Dritten Welt Fuß zu fassen. Verschärft stellt sich ihm dieses Problem gegenwärtig, wo durch das Streben der Völker nach Revolution und der Staaten nach Unabhängigkeit es für die Imperialisten immer schwieriger wird, die Reichtümer der Völker der Dritten Welt auszuplündern. Verschärft wird dieses Problem auch dadurch, daß sich die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ständig verschärft, womit die westdeutschen Kapitalisten gezwungen werden, ihre Konkurrenzsituation über die Verstärkung ihres Einflusses in der Dritten Welt zu verbessern. Dabei können sie freilich nicht mehr auf die "Kanonenbootpolitik" wie eingangs des 20. Jahrhunderts zurückgreifen und haben sich daher andere Mittel ersonnen. (42)

Das zentrale Instrument, mit dem sie versuchen, ihren Einfluß in Ländern der Dritten Welt militärisch abzusichern und zu erweitern, stellt hierbei die Militärhilfe dar. (43) Offiziell handelt es sich hierbei um die sogenannte "NATO-Hilfe", bzw. um Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe.

Freilich haben die Imperialisten, die jahrhundertelang die Völker der Dritten Welt ausgeplündert haben, diesen noch nie eine "Hilfe" gewährt, für die sie nicht einen hohen Preis verlangt haben. Ganz genau so ist es bei der Militärhilfe, die nichts anderes als ein imperialistisches Instrument, Einflußsphären zu sichern und zu erweitern, darstellt.

Im Weißbuch 1970 wird als Zweck der Militärhilfe folgendes angegeben: "Die Ausrüstungshilfe soll zur inneren Stabilisierung der Entwicklungsländer und zur Verbesserung ihrer Nachrichten- und Verkehrsinfrastruktur beitragen." Das klingt harmlos, aber man kann sich leicht denken, welche Sorte Entwicklung die Imperialisten hier zu stabilisieren wünschen. Der Bundesregierung liegt die Verheimlichung dieser Sorte imperialistischer "Hilfe" derart am Herz, daß man auch bereits im Weißbuch 73/74 die Militärhilfe nicht einmal mehr im Stichwortverzeichnis findet.

Neben der im Weißbuch beschriebenen Ausrüstungshilfe existiert noch die Ausbildungshilfe, die sich auf die Ausbildung ausländischer Soldaten in der BRD bzw. in ihrem Heimatland durch Bundeswehroffiziere bezieht.

Daß es sich hierbei um eine zielgerichtete Politik handelt, wird deutlich, betrachtet man, was das Bundesverteidigungsministerium zur Ausbildungshilfe zu sagen weiß: "Das Ziel dieser Ausbildungshilfe ist es, bei relativem geringem Kostenaufwand eine langfristige Wirkung zu erreichen." (44) Erreicht werden soll diese Wirkung, indem die "Hilfe" einerseits nur gegen "politisches Wohlverhalten" gegenüber den "Interessen der BRD" vergeben wird. Andererseits erhofft man sich die langfristige Wirkung davon, "daß die enge Zusammenarbeit deutscher und afrikanischer Soldaten eine Kameradie herbeiführt, die angesichts der politischen Bedeutung der Armeen in den meisten afrikanischen Staaten ins Gewicht fallen kann", schreibt hierzu der Herausgeber des "Europa-Archivs", W. Agner, einer über den Bundeshaushalt subventionierten Zeitschrift. (45) Es setzen so die westdeutschen Imperialisten darauf, daß sie über ihren Einfluß auf die Armeen in das politische Leben der Völker der Dritten Welt eingreifen können und daß über die Armeen gesichert wird, daß die Imperialisten Zugang zu den Reichtümern dieser Länder erhalten.

In welchem Ausmaß wird diese "Militärhilfe" durch die Bundesregierung betrieben? Betrachtet man zunächst wieder die im Haushalt ausgewiesenen Zahlen, so erscheint ihr Ausmaß als äußerst gering. Die im Haushaltsplan 1974 ausgewiesenen Verpflichtungen, die die BRD bezüglich der Ausrüstungshilfe für die Jahre 1974 und folgende eingegangen war, betragen 67,3 Millionen DM. Noch geringer erscheint der für die militärische Ausbildung von Ausländern in der BRD im Haushalt 1974 ausgewiesene Betrag von 900 000 DM. (46)

Haftendorn gibt für die Zeit von 1960–68 einen Gesamtbetrag der Militärhilfe (NATO-Verteidigungshilfe und

(39) entfällt

(40) Wehr und Wirtschaft 4/73; dazu auch: R. Rilling, 1970, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, S. 145ff.; derselbe, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/72.

(41) Dazu Deppe a.a.O., S. 198, "Die Ursachen dafür sind darin zu suchen, daß dem imperialistischen Deutschland schon vor 1914 jene traditionelle koloniale Basis für Direktinvestitionen fehlte, über die z. B. Großbritannien und Frankreich noch bis in die jüngste Zeit verfügten. Noch schwerwiegender dürfte allerdings die Enteignung des auf 20 Milliarden RM geschätzten deutschen Auslandsvermögens nach der erneuten Niederlage des deutschen Imperialismus im 2. Weltkrieg ins Gewicht gefallen sein."

(42) Daß dieser Verzicht auf eine solche Politik allerdings nur relativ ist, haben in der vergangenen Zeit die Drohungen der NATO gegenüber den ölproduzierenden Ländern gezeigt.

(43) Literatur dazu: Helga Haftendorn, 1971, Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Albrecht/Sommer, 1972, Deutsche Waffen für die Dritte Welt; Albrecht, Der Handel mit Waffen, 1971 Der imperialistische Charakter der "Militärhilfe" zeigt sich auch daran, daß sie fast stets an Länder erteilt wird, die gleichzeitig Entwicklungshilfe erhalten. Einzige Ausnahme in Afrika war Libyen. Militärhilfe erhielten bislang folgende Länder: Äthiopien, Ghana, Griechenland, Guinea, Indien, Iran, Israel, Jordanien, Kenia, Madagaskar, Mali, Marokko, Niger, Nigeria, Somalia, Sudan, Tansania, Togo, Tschad, Türkei, Tunesien. Haftendorn a.a.O., S. 133. Hinzu kommt, wie jetzt bekannt wurde, Chile.

(44) Sommer a.a.O., S. 69

(45) a.a.O. Sommer führt auch noch folgendes Zitat der FAZ an: "Auch ein noch so perfekt formuliertes Kapitalschutzabkommen wird kaum mehr als ein Stück Papier sein. Die Mehrzahl der Verantwortlichen in den Entwicklungsländern weiß genau, wie wichtig die ständige Zusammenarbeit mit den erfahrenen Industrienationen ist; deshalb sollte es nicht so sehr darum gehen, von diesen bedrängten Regierungen Sicherheiten zu verlangen, sondern vielmehr darum, ihnen Schützenhilfe gegen ihre fanatischen Kontrahenten im eigenen Land zu geben." S. 105f.

(46) Bundeshaushaltsplan 1974

Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe) von 785,5 Millionen DM an, was einem durchschnittlichen Jahresbetrag von unter 100 Millionen DM entsprechen würde. (47)

In der entsprechenden Größenordnung zwischen 90 und 100 Millionen DM befindet sich auch die durch die SPD-Regierung in der ersten Hälfte der 70er Jahre im Bundeshaushalt ausgewiesene Militärhilfe. (48) Um die Bedeutung dieser "Militärhilfe" erfassen zu können, lohnt es sich, betrachtet man, in welchen Gebieten und Regionen der BRD-Imperialismus mit dieser "Hilfe" Fuß zu fassen hofft. Dazu muß man die Militärhilfe nach Empfängerländern aufschlüsseln; nicht erfaßt werden können dadurch allerdings Beträge, die im Bundeshaushaltsplan gar nicht ausgewiesen sind.

7. Afrika ist der Schwerpunkt der Militärhilfe

Die im Haushaltsplan 1974 ausgewiesenen Verpflichtungen von 67,3 Millionen DM für Ausrüstungshilfe verteilen sich wie folgt: 10 Millionen, und damit der größte Einzelbetrag, gehen an den Iran. An dieser Militärhilfe, die auf einen Beschluß der SPD-Regierung im Herbst 1973 zurückgeht, drückt sich aus, welche Bedeutung die BRD den Reichtümern des Iran, seinen Erdölvorkommen und Arbeitskräften beimißt. Die vielfältigen Geschäfte der westdeutschen Kapitalisten mit dem Iran belegen dies noch einmal. (49)

Abgesehen von einem Betrag von 300 000 DM für Malaysia geht der gesamte Rest der Ausrüstungshilfe von 51 Millionen DM an elf afrikanische Länder. Wie für die Ausrüstungshilfe, so gilt dies auch für die Ausbildungshilfe, die ebenfalls ihren Schwerpunkt in Afrika hat.

Dieser Schwerpunkt der westdeutschen Militärhilfe drückt zweierlei aus: erstens die Anerkennung insbesondere Lateinamerikas als unbestrittenes Einflußgebiet des US-Imperialismus (50), zweitens den Versuch der westdeutschen Imperialisten, sich Einflußsphären auf dem afrikanischen Kontinent zu sichern.

Deutlich wird dies, betrachtet man kurz diese Militärhilfe im Zusammenhang der strategischen Bedeutung, die die BRD-Imperialisten Afrika beimessen. Dazu stellte der Deutsche Afrika Verein, ein über den Haushalt des Bundesaußenministeriums (Titel 0502, ausgewiesener Betrag 1974 453 000 DM) finanzierter Verein bereits Ende der sechziger Jahre fest: "Als Wirtschaftspartner der Welt hat Afrika seit dem Zweiten Weltkrieg an Bedeutung gewonnen, wenngleich sein pronzentualer Anteil auch heute noch gering ist . . . Diese vergleichsweise geringe prozentuale Beteiligung Afrikas am Welthandel entspricht nicht der tatsächlichen Bedeutung, die der Kontinent bereits erlangt hat, vor allem aber in Zukunft erlangen wird. Schon heute hat Afrika bei einer ganzen Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse an Produktion und Ausfuhr einen großen Anteil . . . auf einem anderen Gebiet schickt Afrika sich gerade erst an, einer der wichtigsten Wirtschaftspartner der Welt zu werden: bei der Produktion von Mineralien. Zahlreiche Lagerstätten von zum Teil großem Ausmaß sind bekannt." (51) Dieses Zitat zeigt, daß die westdeutschen Kapitalisten u.a. nach den Rohstoffen Afrikas gieren und daß eine Methode, mit der sie hoffen, Zugriff zu erlangen, die Militärhilfe ist.

Zu dieser Bedeutung, die der westdeutsche Imperialismus Afrika beimißt, gehört auch, daß er direkt und indirekt die kolonialistischen Unterdrücker Afrikas unterstützte und unterstützt und dem Streben der Völker Afrikas nach Revolution und Unabhängigkeit entgegentritt, wo immer für ihn möglich.

Bekannt in diesem Zusammenhang ist, daß die BRD-Regierung jenes NATO-Land war, das am eifrigsten durch Waffenlieferungen die portugiesischen Kolonialisten bei ihrem Krieg gegen die Völker von Guinea-Bissau, Angola und Mozambique unterstützte. Dabei wurde diese Unterstützung teils offen über die Bundesrepublik, teils über den grauen Waffenmarkt (52), teils über ausländische Rüstungsfirmen mit deutscher Beteiligung bereitgestellt (53).

"Wichtig, weil in ihrer Struktur vielleicht zukünftige

(47) Haftendorn a.a.O., S. 137

(48) a.a.O.

(49) Dazu gehört auch ein bislang nicht zustandegekommenes Panzergeschäft mit dem Iran. Vgl. Spiegel 38/75

(50) Obzwar offiziell – ausgenommen jetzt Chile – über Militärhilfe der BRD in Südamerika nichts bekanntgegeben wird, ist die BRD allerdings nachweislich dabei, sich Südamerika als Absatzmarkt für Waffen zu erschließen. So wurden die Boden-Luft-Raketen Roland I/II und Cobra 2000 an Brasilien geliefert sowie der Schützenpanzer Marder, an Argentinien wurden U-Boote des Typs 205 und 209 geliefert sowie Schnellboote. An Columbien wie Peru wurden U-Boote des Typs 209 geliefert, an Venezuela wurden U-Boote mit 2 200 BRT geliefert. (Quelle: SIPRI-Jahrbuch 1974) Gleichwohl behalten sich die USA den lateinamerikanischen Markt vor, wozu im amerikanischen Außenhilfegesetz mit dem sogenannten "Symington-Amendment" – Sektion 620 – im Foreign Assistance Act die rechtliche Handhabe geschaffen wurde. Dieser Zusatz sieht vor, daß einem Entwicklungsland die Militär- bzw. Entwicklungshilfe gekürzt werden kann, " . . . wenn der in Frage kommende militärische Beschaffungsvorgang – des Entwicklungslandes im Ausland – nicht auf angemessene Bedürfnisse hin erfolgt". Entsprechend gab es Auseinandersetzungen, als Frankreich Ende der 60er Jahre mit dem Kampfflugzeug Mirage auf dem lateinamerikanischen Rüstungsmarkt einzudringen begann. Albrecht führt dazu ein Beispiel an: "Als Peru im Oktober 1967, des vergeblichen Antichambrierens bei den Amerikanern um neue Flugzeuge müde, zwölf französische Jäger Dessault Mirage 5 kaufte, wurde das Anlaufen aller neuen amerikanischen Entwicklungshilfeobjekte gestoppt und im Senat die Kürzung der laufenden Hilfeleistungen um den Betrag der Kaufsumme für das französische Gerät beschlossen." Albrecht, Der Handel mit Waffen, 1971, S. 133

(51) zit. nach Sommer a.a.O., S. 68

(52) Über die sogenannten "Grauen Märkte" vollzieht sich besonders der Handel mit Altgerät und in die Entwicklungsländer. Der Graue Waffenmarkt wird hierbei fast ausschließlich von privaten Waffenhändlern beherrscht, die ausgemusterte Waffen aufkaufen und sie über die verschiedensten Schleichwege exportieren. Dazu Albrecht, a.a.O., Seite 115 ff.: "Besonders groß dürfte der Umfang des Grauen Marktes in der BRD sein, da diese unter den imperialistischen Ländern vor allem auf dem Gebiet des Altgerätehandels eine hervorragende Rolle spielt. "Nach amtlichen Angabe sondert die Bundeswehr alljährlich Überschußmaterial im ursprünglichen Beschaffungswert von 700 bis 800 Mill. DM aus. Davon wurden – gemessen am Erlös – ziemlich genau 75 Prozent exportiert. Die Exporterlöse betrugen 1965–68 293 Mill. DM, was einem Anteil von etwa einem Drittel der sonstigen Rüstungsexporterlöse entspricht." Albrecht, a.a.O., S. 152

(53) Auf diese Art und Weise können die Kapitalisten leicht die Exportbeschränkungen in diesem Bereich unterlaufen. Der Spiegel 38/75 führt dazu ein Beispiel an: "Die Marketing Strategen der deutschen Rüstungsindustrie verfielen auf den Gedanken 'das Problem an der Gürtellinie zu durchschneiden' und einen Panzer anzubieten, 'der zwar nicht Leopard heißt, aber genauso gut ist'. Nur das Fahrgestell mit Motor und Getriebe soll in der Bundesrepublik produziert werden, der Turm mit Geschütz und Elektronik in Italien, wo es keinerlei Exportrestriktionen gibt." Weiterhin: "Gewehr- und Munitionsfabriken aus der Bundesrepublik produzieren

Entwicklungen repräsentierend, ist die fortgesetzte deutsch-spanische Koproduktion von kleineren Kriegsschiffen für die portugiesische Marine: So z.B. die Korvette 'Joao Roby' (1 400 Bruttoregistertonnen), die am 3. Juni 1973 in Spanien für portugiesische Rechnung vom Stapel lief", heißt es dazu im Anti-Weißbuch "Studiengruppe Militärpolitik" (54). So wie die westdeutschen Imperialisten auf der einen Seite den portugiesischen Kolonialkrieg unterstützten, so zählen sie andererseits zu den engsten Freunden des südafrikanischen Rassistenregimes. Südafrika ist der wichtigste Handelspartner der BRD in Übersee. Über ein Drittel des gesamten Handels mit Afrika wickelt die BRD mit Südafrika ab. Der Wert der Direktinvestitionen, die die BRD-Imperialisten in Südafrika haben, hat sich von 1963 bis 1969 verdoppelt und dürfte sich seitdem gut verdreifacht haben. Auch mit Waffen hat die BRD das südafrikanische Rassistenregime versorgt; so z.B. mit Transportern für Panzer (55). Neben der direkten Waffenlieferung an Südafrika wenden die westdeutschen Imperialisten hierbei besonders die Methoden indirekter Waffenlieferungen über die Produktion der Waffen durch Tochtergesellschaften westdeutscher Konzerne in Südafrika an. (56) Ist die Militärpolitik der SPD-Regierung so der einen Seite nach durch eine forcierte militärische Aufrüstung gekennzeichnet, so zeigt sich hier, daß sie auch zielbewußt eingesetzt wird gegen die Völker der Dritten Welt und für die Ausplünderungsinteressen der westdeutschen Imperialisten.

8. Die militärische Aufrüstung der BRD ist Teil ihrer imperialistischen Politik

Aus dem angeführten Material zeichnet sich als militärpolitische Linie der westdeutschen Kapitalisten und der SPD-Regierung ab, daß sie zielstrebig daran gehen, zur führenden westeuropäischen Macht auch im militärischen Bereich zu werden und daß sie große Anstrengungen unternehmen, um sich Einflußgebiete in der Dritten Welt zu sichern.

So haben sie in den 70er Jahren die Aufrüstung gewaltig forciert und sich auch im Bereich der Rüstungsproduktion weitgehend endgültig auf eigene Beine gestellt. Der Umschlagpunkt dieser Entwicklung wird dadurch charakterisiert, daß sie sich inzwischen anschicken, wieder zu einem wichtigen Waffenlieferanten auf dem Weltmarkt zu werden. Unter dem Schutz der Supermacht USA und indem sie zielstrebig die westeuropäische Zusammenarbeit ausnützten, gelang es ihnen, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und militärisch ihre Lage im Kampf um die führende Macht in Westeuropa entscheidend zu verbessern.

Gleichzeitig haben sie systematisch versucht, vermittels der "Militärhilfe" sich neokoloniale Einflußgebiete zu sichern – ein Unternehmen, das erst noch an seinem Anfang steht.

Zwanzig Jahre nach seiner Niederlage und knapp zehn Jahre, nachdem er heftig Klage darüber führte, politisch ein Zwerg zu sein, ist es dem BRD-Imperialismus gelungen, auch politisch und militärisch unter den imperialistischen Ländern zweiten Ranges eine führende Rolle zu spielen. Freilich ist dieser Anspruch auf die führende Rolle unter den westeuropäischen Ländern nicht unangefochten. Mit der Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt und dem Kampf um die Einflußsphären in der Dritten Welt wird sich auch die politische Auseinandersetzung unter den westeuropäischen Ländern verschärfen.

Verschärfen wird sich auch die Konkurrenz der BRD-Imperialisten mit den USA. Denn ihre gestiegene politische und militärische Bedeutung werden sie gegenüber der Supermacht USA ausspielen, um so ihre eigene Bewegungsfreiheit als "Juniorpartner" zu erweitern, wobei sie vor allem zur Ausdehnung ihres Einflußgebietes in Osteuropa auf den Schutz der USA angewiesen bleiben. Als imperialistisches Land zweiten Ranges werden sie diese Konkurrenz mit den USA vorerst nur soweit verschärfen, daß damit die Hauptseite in den Beziehungen zu dieser Supermacht, die der Zusammenarbeit, nicht ernsthaft gefährdet wird.

Karl Liebknecht hat über den deutschen Imperialismus, der den Ersten Weltkrieg anzettelte, gesagt: "Dem Proletariat steht er (der Militarismus) als ein bis an die Zähne bewaffneter Räuber gegenüber, dessen Ultimatum nicht lautet: La bourse ou la vie – Geld oder Leben! Sondern die Räubermoral übertrumpfend: La bourse et la vie – Geld und Leben!" Dies gilt heute erst recht.

Die systematische Aufrüstungspolitik der BRD in den letzten Jahren zeigt, daß sich ihre herrschende Klasse keineswegs mit einer untergeordneten Rolle bescheiden will. Wenngleich die westdeutsche Bourgeoisie heute kaum zu einem selbständigen imperialistischen Krieg gegen den Willen der Supermächte in der Lage ist, so betreibt sie doch eine eindeutige aggressive imperialistische Politik. Zwei Weltkriege haben ihre Vorgänger bereits angezettelt und den Völkern riesige Blutopfer abverlangt und es gibt für die westdeutsche Arbeiterklasse und das Volk keinerlei Grund, mit der sie beherrschenden imperialistischen Bourgeoisie Frieden zu schließen.

e.r.

auch in Algerien, Burma, Ghana, Indonesien, Nigeria, im Sudan und Thailand." Weitere Beispiele dafür sind die Tochterniederlassungen der MBB in Spanien.
(54) Albrecht u.a. 1974, Antiweißbuch zum Verteidigungsweißbuch, S. 126
(55) Wehrdienst, 29.4.1974
(56) IPW-Hefte 1/74

REVOLUTIONÄRE BÜCHEREI

Hundert Bücher zum Studium des wissenschaftlichen Sozialismus, der Arbeiterbewegung und des Kampfes der unterdrückten Völker

Neue Ausgabe 1975/76 unseres Katalogs Wird auf Wunsch kostenlos zugeschickt

BUCHVERTRIEB Hager GmbH MANNHEIM

6800 Mannheim
Sandhofer Straße 29, Postfach 5129

Putsch in Bangla Desh und das Ringen der beiden Supermächte um Einflußsphären

Ein Putsch beseitigte in der Nacht vom 14. zum 15. August 1975 das Regime von Mudjibur Rahman in Bangla Desh. Die putschenden Armeeoffiziere töteten den Präsidenten und führende Anhänger. Die Geheimpolizei des alten Regimes hatte sich geweigert, ihnen zu Hilfe zu kommen; die Bürgerkriegstruppe von Mudjibur Rahmans Awami-Liga, die "Rakkhi Bahini", leisteten nur vereinzelten Widerstand.

Das Regime von Mudjibur Rahman hat keine seiner Versprechungen gehalten!

Bekämpfung der Korruption und Unabhängigkeit des Landes, das sind die Losungen, mit denen die Putschisten das Volk hinter sich zu bringen versuchen. Diese Losungen sind nicht neu; sie gehören zu denen, die Mudjibur Rahman selbst lange Zeit propagiert hat.

Die Putschisten konnten mit den Losungen des alten Regimes auftreten, weil sich vom alten Regime niemand mehr ihre Erfüllung erhoffte – es hatte seine Glaubwürdigkeit vollständig verloren.

Das nationale Interesse hatte die Awami-Liga bei der Entstehung von Bangla Desh 1971 beschworen. Aber das Land hat noch nicht einmal Schritte auf eine größere Unabhängigkeit hin gemacht, im Gegenteil haben sich die ausländischen Einflüsse insgesamt seitdem verfestigt. Die Unabhängigkeit Bangla-Deshs hat durch die Machtübernahme der Awami-Liga nicht nur nicht das Ende der Ausplünderung durch den US-Imperialismus gebracht, sondern das Land auch noch dem Sozialimperialismus ausgeliefert.

Demokratie für das Volk hatte die Awami-Liga bei der Entstehung des Staates versprochen. Was sie aber tat, war, dem Volk weiterhin schrittweise jede noch vorhandene Möglichkeit der Bildung und Entfaltung seines Willens zu nehmen. Das Schauspiel parlamentarischer Regierungsformen konnte die Willkür und den Terror des Regimes immer schon kaum verdecken. Dies zeigt das Beispiel des Wahlkampfes in Chittagong bei den Wahlen vom März 1973. Der bekannte Gewerkschaftsführer A.T.M. Nazimuddin kandidierte dort gegen Minister Siddigui von der Awami-Liga. Kurz vor den Wahlen kamen Schlägerbanden der Awami-Liga in den Wahlkreis und ermordeten Hunderte von Arbeitern mit ihren Frauen und Kindern. Daraufhin flohen Tausende von Arbeitern mit ihren Familien aufs Land. (1) Die Awami-Liga konnte die "Wahl" gewinnen. Schließlich wurde auch der letzte demokratische Schein im März 1975 ganz fallengelassen und die offene Diktatur mit dem Verbot jeglicher politischer Betätigung außerhalb der Awami-Liga errichtet.

Die Verstaatlichungen, über die die Awami-Liga den Sozialismus einführen wollte (2), erstreckten sich nur auf das pakistanische und bengalische Großkapital, nicht aber auf die ausländischen Banken, Teeplantagen usw. (3) In die Fabriken zogen nur neue Herren ein, nämlich die Führer der Awami-Liga, so daß die Verstaatlichungen im Volk bald als "Awamisierung" bezeichnet wurden.

Seit mindestens einem Jahr führt die Awami-Liga Kampagnen gegen die Korruption durch, dabei konnte aber jeder sehen, daß die Führer der Awami-Liga selbst die größten Spekulanten und Schieber waren. Der bekannte von ihnen war der Chef des Roten Kreuzes von Bangla Desh und Führer der Awami-Liga von Dacca, der dafür sorgte, daß die ausländischen Hilfsgüter zu etwa 90 Prozent auf dem Schwarzmarkt landeten. (4)

Den Säkularismus hatte die Awami-Liga proklamiert, in ihrer Praxis schürte sie aber die religiöse Spaltung des Volkes in Hindus und Moslems. Bei der Durga Puja z.B., einem hinduistischen Fest, 1972 in Chittagong provozierten Führer der Awami-Liga eine Auseinandersetzung mit blutigen Kämpfen zwischen Hindus und Moslems. (5)

Sozialismus hatte die Awami-Liga auf ihre Fahnen geschrieben, ihre Verheißung für eine bessere Zukunft durch Mudjibur Rahman im Slogan "Goldenes Bengalen" zusammengefaßt. Die Lage des Volkes hat sich aber seit der Entstehung von Bangla Desh nicht verbessert, sondern verschlechtert, und das Volk ist der Erringung der Macht im eigenen Land keinen Schritt näher gekommen.

Die Lage des Volkes

1971 wurde Bangla Desh als das drittärmste, heute wird es als das ärmste Land der Welt bezeichnet. (6)

Seit seiner Gründung befindet sich Bangla Desh in einer permanenten Krise. Zur Lage des 75 Millionen zählenden Volkes stellte die Planungskommission von Bangla Desh 1972 fest: "Nirgendwo sonst gibt es auf so kleinem Raum bei so vielen Menschen soviel Armut." (7) 80 Prozent der Bevölkerung leben auf dem Land. Der größte Teil des Landes ist in den Händen einer kleinen Zahl von Großgrundbesitzern. Bei ihnen müssen 26 Prozent der in der Landwirtschaft Beschäftigten arbeiten, weil sie selbst kein Land

(1) Bangla Desh Liberation (später: Bangla Desh Liberation Front), Sheffield, o.D. (Ende 1973), S. 7
(2) Stuttgarter Zeitung, 13.12.1971
(3) Barbara Böttger, 700 Millionen ohne Zukunft? rororo aktuell 1603, S. 173
(4) ebd., S. 172, vgl. KVZ 24/74
(5) Bangla Desh Liberation, S. 7
(6) Süddeutsche Zeitung, 5.9.1974
(7) frontier, Wochenzeitung, Kalkutta (englisch), 26.5.1973; Süddeutsche Zeitung 5.9.1974

besitzen. Hinzu kommen über drei Millionen Bauern, die so wenig Land besitzen, daß sie sich zeitweise bei den Großgrundbesitzern verdingen müssen, um leben zu können. Weitere vier Millionen Familien umfaßt die Schicht der armen Bauern, die sich mit einem Besitz unter 5 Morgen gerade noch am Leben halten können.

Die armen Bauern leiden hauptsächlich unter der steigenden Verschuldung gegenüber den Geldverleihern und der Beherrschung der Märkte durch die Großgrundbesitzer.

Die landlosen Arbeiter verdienen pro Tag normalerweise 5 Taka (nach offiziellem Kurs 1,65 DM). Ein Kilo Reis kostet aber schon 10 Taka. Selbst wenn sie also Arbeit gefunden haben, nagen sie noch am Hungertuch. Allerdings finden die meisten nur in der Erntezeit, insgesamt also 6 Monate im Jahr, Arbeit; in der restlichen Zeit sind sie aufs Betteln angewiesen. (7 a)

Die Regierung hatte versprochen, den Großgrundbesitz auf etwa 8 Hektar zu begrenzen. (8) Die entsprechenden Gesetze wurden aber nie durchgesetzt. Die Großgrundbesitzer hatten vielfältige Möglichkeiten, die Bestimmungen zu umgehen oder durch Bestechung der Beamten ihre Anwendung zu verhindern. In der letzten Zeit hat die Regierung darüberhinaus den Großgrundbesitzern zugesichert, ihr Eigentum werde nicht angerührt. In besonders feierlicher Form ist diese Zusicherung noch einmal erfolgt in der Rede vom 26. März 1975, in der Mudjibur Rahman das Programm der neuen, diktatorischen Regierung verkündete. (9)

Besonders verheerend für die armen Bauern im Delta des Brahmaputra wirkte es sich aus, daß die Regierung keinerlei Maßnahmen zur Flußregulierung und allgemeinen Bewässerung ergriff. Das Fehlen der Flußregulierung führte zu großen Überflutungskatastrophen. (10) In den Dürrezeiten konnten die Großgrundbesitzer Kredite aufnehmen, die von den USA bereitgestellt wurden, und damit Pumpen und Dünger einkaufen. Die armen Bauern, denen diese Kredite versagt blieben, gerieten in Not und wurden in die Arme der Geldverleiher getrieben. Allein in der Dürrezeit von 1974 mußten 100 000 Bauern ihr Land aufgeben. (11)

Obwohl es im Frühjahr 1975 keine größere Dürre gab, blieb die Hungersnot in Gebieten wie Comilla Mymensingh und Rangpur bestehen. Im Dezember 1974 untersuchte eine Gruppe von Wissenschaftlern der US-amerikanischen John-Hopkins-Universität die Ernährungslage in Rowmari Thana, Distrikt Rangpur. Sie stellte fest, daß sich trotz einer guten Ernte die Ernährungslage nicht verbessert hatte und die Masse der Bevölkerung unter mäßiger bis schwerer Unterernährung litt. (12)

Die arbeitslosen Bauern ziehen in die Städte und vergrößern dort das Heer der verelendeten Slumbevölkerung. Die Arbeitslosigkeit in den Städten wird auf ein Drittel aller Arbeitsfähigen geschätzt. (13) Das Arbeitslosenheer rekrutiert sich nicht nur aus der Landbevölkerung, sondern auch aus entlassenen Fabrikarbeitern, die durch Produktionsstockungen, Bankrotte usw. wieder auf die Straße flogen. So hat allein in der Stadt Dinajpur eine Jutefabrik 34 000 Arbeiter entlassen. (14) Transportmittel und Fischereischiffe liegen brach, weil die Unternehmer nicht bereit sind, die gestiegenen Ölpreise zu zahlen. Sie entlassen ihre Arbeiter und investieren in anderen Bereichen.

Die Slumbewohner der Städte erhalten von der Regierung aus den internationalen Hilfslieferungen zu einem geringen Teil Nahrungsmittel, die über öffentliche Küchen verteilt werden. (15) Seit der "zweiten Revolution", d.h. der Abschaffung der Reste von Parlamentarismus Anfang 1975, führt die Regierung die "Säuberung der Städte" durch. Darüber schreibt die "Süddeutsche Zeitung" (16): "... wurden alle auf öffentlichem Gelände entstandenen Slums abgerissen und deren Bewohner mitsamt ihren Hütten in drei Lager etwa zwanzig Kilometer von Dacca entfernt transportiert. Das größte dieser Lager ... beherbergt mehr als 5 000 Familien mit rund 30 000 Menschen. Auf einer flachen, lehmigen Steppe wurden die alten Hütten aus Blech, Brettern und Säcken wieder errichtet. Es gibt keine Schulen. 80 Pumpen sorgen für Trinkwasser." Dabei verschweigt die "Süddeutsche Zeitung", daß die Slum-Bewohner gewaltsam aus der Stadt getrieben wurden. (17)

Arbeiter, Bauern und Kleinbürgertum leiden unter der enormen Inflation, die nach Auskunft des bengalischen Vertreters auf dem 23. Weltkongreß des Metallarbeiterverbandes in den letzten Jahren 700 bis 900 Prozent betragen hat. (18) Der Reis, der heute 10 Taka pro Kilo kostet (etwa 3,30 DM), war 1972 noch für 2 Taka zu haben. (19)

Schon vor der Unabhängigkeit von Bangla Desh (Ostbengalen) war das Volk arm. Während im benachbarten Westbengalen das Existenzminimum bei 170–200 Rupien im Monat lag, wurden hier Mindestlöhne von 3 Rupien pro Tag gezahlt. In Ostbengalen waren aber die Löhne noch 35–30 % niedriger. (20) Den enormen Preissteigerungen steht seitdem nur eine Verdoppelung der Löhne gegenüber. (21)

Ursachen des Elends

Die britischen Kolonialisten haben Ostbengalen zu einem Juteanbaugebiet gemacht, der Juteanbau hat dabei den Anbau von Nahrungsmitteln so weit verdrängt, daß sich das Land mit den herkömmlichen Produktionsformen nicht mehr selbst ernähren konnte. Lebensmittel wie Reis mußten eingeführt werden; dabei bestehen die Exporte, mit denen diese Importe bezahlt werden, bis heute zu 90 % aus Jute und Juteprodukten. Das Ende der Kolonialherrschaft Großbritanniens 1947 hat also an der Abhängigkeit von der aufgezwungenen Monokultur nichts geändert.

Seit der britischen Kolonialzeit befinden sich die meisten Verarbeitungsanlagen nicht in Ost-, sondern in Westbengalen, das heute zu Indien gehört. Die Briten waren es auch, die die Auseinandersetzungen zwischen Hindus und

(7a) Neue Zürcher Zeitung, 28.2.1975
(8) frontier, 31.5.1975
(9) ebd.
(10) vgl. KVZ 24/74
(11) frontier, 18.1.1975
(12) frontier, 31.5.1975
(13) Handelsblatt, 10.4.1975
(14) Neue Zürcher Zeitung, 28.2.1975
(15) Neue Zürcher Zeitung, 28.2.1975
(16) Süddeutsche Zeitung, 15.2.1975
(17) frontier, 1.1.1975
(18) Bangla Desh Liberation Front, unregelm. Zeitschrift, Sheffield, Nr. 2, S. 18
(19) Neue Zürcher Zeitung, 28.2.1975
(20) Entwicklungspolitische Korrespondenz 6/71
(21) Süddeutsche Zeitung, 5.9.1975

Moslems schürten und so 1947 die Entstehung eines einheitlichen Staates aus ihrem indischen Kolonialreich verhinderten: Die Juteanbaugebiete Ostbengalens kamen zum islamischen Pakistan und wurden so von den Verarbeitungsanlagen in Westbengalen getrennt.

Da der Reichtum Ostbengalens weitgehend nach Kalkutta in Westbengalen geflossen war, hatte sich dort keine starke eigenständige Bourgeoisie entwickeln können.

Nachdem die Briten sich zurückgezogen hatten, geriet die schwache einheimische Bourgeoisie rasch in neue Abhängigkeit unter der Hegemonie der US-Imperialisten. Dabei stützte sich der US-Imperialismus auf die westpakistanische Bourgeoisie. Diese erhielt bis 1969 3 Millionen Dollar als "Hilfe" aus den USA, die mit einer Vielzahl von anderen Mitteln der Beeinflussung darauf abzielte, die westpakistanischen Privatunternehmen zu stärken und zu unterwerfen. (22) Die industrielle Entwicklung Westpakistans ging zirka dreimal so schnell voran wie die Ostpakistans (Ostbengalens).

In Ostbengalen wiederum waren zirka 80 % der Industrie in den Händen der Westpakistanis, was die Kontrolle von Juteproduktion und -verarbeitung einschloß.

Westpakistanis kontrollierten Armee und Staatsapparat, die staatlichen Einrichtungen ließen sie verkommen.

Gegen die Vorherrschaft der westpakistanischen Bourgeoisie entwickelte sich in den fünfziger Jahren in der ostbengalischen Bourgeoisie die Bewegung zur Gleichberechtigung der bengalischen Sprache gegenüber dem westpakistanischen Urdu. Führend in dieser Bewegung war die Awami-Liga, sie vertrat die Interessen der bengalischen Händler-Bourgeoisie, die der westpakistanischen Bourgeoisie die Zwischenhändlerprofite, insbesondere im "Jutehandel", und den Staatsapparat als Instrument der Bereicherung streitig machen wollte.

Indem sie als Ursache für das soziale Elend den Einfluß Westpakistans in Ostbengalen hinstellte – und dieser tatsächlich drückend war –, konnte sie die allgemeine soziale Unzufriedenheit im Volk nutzen im Kampf um die Staatsmacht gegen Westpakistan.

Während der sechziger Jahre herrschte in Pakistan eine Militärdiktatur, deren Ende das Volk 1969 durch große Streiks und Demonstrationen erzwang. 1970 fanden wieder parlamentarische Wahlen statt, bei denen (nach dem Mehrheitswahlrecht) die Awami-Liga fast alle ostbengalischen Sitze errang. Das Programm der Awami-Liga verlangte hauptsächlich eine relative Autonomie für Ostbengalen, insbesondere in Fragen der Wirtschafts- und Militärpolitik. Daneben enthielt das Programm unklare Versprechungen über Verstaatlichungen ausländischer Unternehmen (23) und eine Landreform.

Auf dieser Basis war es der Awami-Liga bereits gelungen, Teile des Volkes zu mobilisieren, als fortschrittliche Organisationen, wie die National Awami Party von Maulana Bhasani, erst begannen, eine Position zur bengalischen Frage zu entwickeln.

Das brutale Eingreifen der pakistanischen Armee im März 1971 hinderte die Awami-Liga daran, die Früchte ihres Wahlsieges zu ernten. Während die Führer der Awami-Liga vor den Angriffen der Armee ins indische Exil flohen, war das Volk, welches sie in diese Auseinandersetzung geführt hatten, den Angriffen weitgehend unvorbereitet ausgesetzt. Trotzdem konnte die pakistanische Armee zwar einen Sieg über die Autonomiebewegung erringen, das Land aber nicht völlig unter Kontrolle bringen.

Diese Schwächung des pakistanischen Staatsapparates begünstigte die Entfaltung verschiedenster Kräfte: Einerseits entwickelte sich in Ostbengalen ein Widerstand aus dem Volk heraus, der von den geflohenen Führern der Awami-Liga unabhängig war und in dem unter anderem kleinere marxistisch-leninistische Gruppen und die NAP von Bhasani eine Rolle spielten.

Vorbereitung der indischen Invasion

Andererseits sahen die Sowjetunion und Indien Möglichkeiten, einzugreifen und Vorteile aus der Situation zu ziehen.

Die USA hatten Pakistan politisch, militärisch und ökonomisch weitgehend durchdringen und in ihr Paktsystem Cento/Seato einbeziehen können. Solange Westpakistan fest im Griff des US-Imperialismus war, hatte die Sowjetunion keine Möglichkeiten, das Land zu einem eigenen Stützpunkt auch im Hinblick auf die Beherrschung des Indischen Ozeans zu machen. Anders in Indien, wo die indische Bourgeoisie gegenüber dem großen wirtschaftlichen Einfluß des US-Imperialismus sich politisch größere Unabhängigkeit zu schaffen suchte durch politische und militärische Anlehnung an die Sowjetunion. Diese hat seit 1956 ihren wirtschaftlichen Einfluß in Indien ständig ausgebaut. (24) Die Rivalität der indischen herrschenden Klasse mit dem vom US-Imperialismus dominierten Pakistan ausnutzend und schürend gelang es der Sowjetunion, sich eine starke militärische und politische Position in Indien zu entwickeln. Eine Loslösung Ostbengalens von Pakistan und seine Bindung an Indien war deshalb im Interesse der Ausdehnung des sozialimperialistischen Hegemoniestrebens in Südasien. Die engen Beziehungen zwischen Ost- und Westbengalen gaben eine gute Grundlage, die Widersprüche zwischen den Bourgeoisien in West- und Ostpakistan zu schüren.

Indien konnte als ausführender Arm des sowjetischen Hegemoniestrebens fungieren, weil dessen Bourgeoisie selber wirtschaftliches, militärisches und politisches Interesse an der Kontrolle über Ostpakistan/Westbengalen hat.

Die Loslösung Ostbengalens von Pakistan und ökonomische Eingliederung nach Indien bedeutete für Indien die Chance, der westbengalischen Industrie, die sich seit Jahren in einer Krise befand, zu einem neuen Aufschwung zu verhelfen; dies mußte insbesondere für die Juteindustrie gelten, die seit 1947 von einem großen Teil ihres Rohstoffgebietes getrennt war.

Militärisch und politisch hatte die Existenz des pakistanischen Ostbengalen für Indien die größten Schwierigkeiten gebracht. Bei den verschiedenen Kriegen gegen Pakistan war Indien gezwungen gewesen, an zwei Fronten Krieg zu führen. 1962, beim Angriff Indiens auf die Volksrepublik China, beschleunigte das Fehlen eines Hinterlands im nordöstlichen Zipfel Indiens den Zusammenbruch der dort stehenden Truppen. Das pakistanische Ostbengalen wiederum hatte sowohl den westbengalischen

(22) Feroz Ahmed, Structural Matrix of the Struggle in Bangla Desh, in: Imperialism and Revolution, Monthly Review Press, 1973
(23) Unsere Zeit, 18.12.1971
(24) s. dazu ausführlich: Revisionismus und Sozialimperialismus am Beispiel ihrer Rolle in Indien, Neues Rotes Forum 4–5/1972

Revolutionären als auch den gegen die Beherrschung durch Indien für einen eigenen Staat kämpfenden aufständischen Stämmen der Nagas und Mizos als Hinterland gedient.

Während in dieser Situation die Schwäche der pakistanischen Armee in Ostbengalen und die Abscheu vor der Brutalität ihres Vorgehens in Bengalen wie im Ausland eine einmalige militärische und politische Chance für Indien und die Sowjetunion schaffte, wurde diese Chance gleichzeitig dadurch bedroht, daß sich in Ostbengalen ein selbständiger Widerstand entwickelte.

Im Sommer 1971 rüstete die Sowjetunion Indien nochmal enorm auf und stärkte ihm durch einen Freundschaftsvertrag demonstrativ den Rücken. (25) Auf einer Reise nach Westeuropa und in die USA erkundete Indira Gandhi die Gefahr, ob die westlichen imperialistischen Mächte zugunsten Pakistans militärisch eingreifen würden. Sie war insofern nicht groß, als diese ihre wirtschaftlichen Interessen in Indien nicht verlieren und ihren politischen Einfluß nicht gefährden wollten.

Im Dezember 1971 fand die indische Invasion statt und es dauerte nur zwei Wochen, bis die pakistanische Armee geschlagen war. Im Gefolge der indischen Armee kamen die Führer der Awami-Liga nach Dacca zurück. Das Exil hatte sie auf vielfältige Weise mit der indischen Bourgeoisie verbunden. Sie übernahmen den angeschlagenen Staatsapparat und waren nach dem Abzug der indischen Armee formell die Herren im eigenen Haus. Jedoch zeigen die Maßnahmen der Awami-Regierung den starken Einfluß, den sich Indien und die Sowjetunion durch die Invasion für den neuen Staat Bangla Desh gesichert hatten.

Maßnahmen der neuen Awami-Regierung

Sofort mit der indischen Invasion nahm die Awami-Liga den Kampf gegen alle auf, die sich ihr nicht unterwarfen, das heißt insbesondere die in den ländlichen Gebieten arbeitenden marxistisch-leninistischen Gruppen. Die Befreiung wurde für beendet erklärt. Ähnlich konzentrierte sich die Awami-Liga-Führung auf die Ausschaltung derjenigen Gruppen von Freiheitskämpfern, die sich im Moment zwar ihrer politischen Führung unterwarfen, jedoch organisatorisch nicht von ihr kontrolliert wurden. Das wichtigste Mittel war dabei der Versuch der Entwaffnung des Volkes durch den Aufruf zum Abgeben der Waffen und das Verbot des Waffenbesitzes (mit einer Strafandrohung von zehn Jahren Zwangsarbeit).

85 % der Industrie, das heißt das gesamte bengalische und vor allem pakistanische Industriekapital, wurden verstaatlicht. Die Direktionsposten der staatlichen Unternehmen besetzte die Awami-Liga. Ausländisches Kapital wurde nicht verstaatlicht, private Neuinvestitionen wurden jedoch nur in Verbindung mit bengalischen Staatsunternehmen zugelassen.

Diese Maßnahmen richteten sich gegen den Einfluß der westlichen imperialistischen Mächte unter Führung des US-Imperialismus, für die direkte Privatinvestitionen das wichtigste Mittel der ökonomischen Einflußnahme in einem Land sind. Sie änderte natürlich nichts daran, daß auch die westlichen imperialistischen Mächte das Land weiter über den Weltmarkt ausplünderten. Westliche Monopole waren weiterhin Abnehmer der bengalischen Jute und gaben dem neuen Staat auch bald Kredite.

Indien und die Sowjetunion nützten den verminderten US-Einfluß und die Fortsetzung der Unterdrückung des Volkes, um sich in den Prozeß der Ausplünderung des Landes einzuschalten.

Der Krieg hatte in Bangla Desh zu großen Zerstörungen geführt, insbesondere bei den Tansportmitteln. Indische Unternehmen hatten schon die Zeit der Anwesenheit der indischen Truppen zum Eindringen in den bengalischen Markt benutzt.

Die Direktoren von der Awami-Liga waren nicht in der Lage, die staatlichen Industrien zu entwickeln. Sie benutzten ihre Posten zwar in großem Ausmaß zur persönlichen Bereicherung, waren aber durch die fehlende Konkurrenz nicht zur Akkumulation gezwungen. (26) Der Parasitismus erfuhr damit nur eine neue Steigerung.

Die Juteindustrie arbeitete nach Mitteilung der Regierung 1974/75 mit 25 % Verlust, ihre Verschuldung an die Banken belief sich auf eine Milliarde Taka, woraus sich eine Zinsbelastung von jährlich 80 Millionen Taka (offiziell 26 Millionen DM) ergab. (27)

Diese Krise der bengalischen Industrie trug erheblich zum Wertverlust des Taka bei: Er wurde offiziell gleich einer indischen Rupie gehandelt, auf dem Schwarzmarkt jedoch gleich einer halben Rupie. Diese Lage führte dazu, daß sich ganze Teile der bengalischen Bourgeoisie an die indische Bourgeoisie verkauften. Jeder Artikel, den sie nach Indien schmuggelten und dort verkauften, brachte die in Bangla Desh auf dem Schwarzmarkt wertvolle indische Währung ein. (28) Der Schmuggel fand hauptsächlich mit bengalischer Jute statt und belief sich nach Schätzungen auf 1 bis 2,6 Millionen Ballen bei einer Produktion von zirka 8 Millionen Ballen. (29) Dadurch konnte sich die indische Bourgeoisie als Zwischenhändler in den Verkauf der bengalischen Jute auf dem Weltmarkt einschalten; sie wurde erstmals seit langer Zeit Exporteur von Rohjute.

Die Abnehmer der Rohjute, die über die niedrigen Weltmarktpreise die Ausbeutung der Rohstoffländer betrieben, blieben weitgehend dieselben. Sie kauften die Jute eben statt wie früher über Westpakistan jetzt über Indien. Etwas allerdings hatte sich geändert: Die Sowjetunion trat in größerem Umfang als Abnehmer und Profiteur beim Jutegeschäft auf. Auf der Jute-Börse von Kalkutta war die Sowjetunion 1973/74 einer der wichtigsten Käufer. Die Einkäufe waren für die Sowjetunion besonders günstig, weil sie im Rahmen der indisch-sowjetischen Handelsbeziehungen unter von der Sowjetunion diktierten Bedingungen abgerechnet werden. (30)

Der Schmuggel der Jute nach Indien beraubte den bengalischen Staat um riesige Steuerbeträge. Der Staat mußte daher große Auslandskredite aufnehmen, wobei zunächst die Sowjetunion und Indien als die Hauptkreditgeber auftraten (31), was die Abhängigkeit weiter festigte. Der hieraus resultierende ökonomische Einfluß der Sowjetunion

(25) ebd.
(26) Bangla Desh, Die Internationalisierung der Konterrevolution, Monthly Review, dt. Ausgabe Nr. 1, S. 46,52
(27) frontier, 24.5.1975
(28) Süddeutsche Zeitung, 5.9.1975, Bangla Desh Liberation Front 3,18
(29) Monthly Review S. 52
(30) s. (24), S. 67/68; vgl. frontier, 15.6.1974
(31) Handelsblatt, 7.5.1975

schlug sich auch militärisch und politisch nieder: Kurz nach dem Krieg von 1971 kam die sowjetische Flotte in den Hafen von Chittagong – angeblich, um dort versenkte Handelsschiffe zu bergen. Nach drei Jahren ist sie immer noch da und benutzt den Hafen als Basis für ihre Flotte im Indischen Ozean. (32)

Bengalische Offiziere wurden zur Ausbildung in die Sowjetunion geschickt.

In ihrer Propaganda hat die Awami-Liga die enge ökonomische Bindung an Indien anfangs nicht einmal verheimlicht. Sie entwickelte vielmehr die Theorie der "ergänzenden Wirtschaftsentwicklung", wonach Indien und Bangla Desh sich in Ergänzung zueinander entwickeln sollten. (33) Damit sollte gerechtfertigt werden, daß Bangla Desh nicht versuchte, sich auf die eigenen Füße zu stellen.

Die Theorie der "ergänzenden Wirtschaftsentwicklung" erscheint als eine Spielart der Theorie der "internationalen sozialistischen Arbeitsteilung". Diese Theorie ist der Begriff der sowjetischen Sozialimperialisten dafür, daß sie sich das Recht nehmen, andere Länder zu beherrschen. Sie ist nichts anderes als die revisionistische Spielart der Theorie vom "komparativen Kostenvorteil", mit der schon immer die imperialistische Ausplünderung über den Weltmarkt gerechtfertigt wird. In diesem Zusammenhang ist wichtig, daß die indische Planung nach den Prinzipien der "internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" mit der sowjetischen Planung koordiniert wird. Eine "ergänzende Entwicklung" von Indien und Banlga Desh bedeutet daher die Erweiterung dieser sowjetischen Einflußnahme auf Indien um Bangla Desh.

Die Einordnung des Regimes von Bangla Desh in den Einflußbereich der Sowjetunion brachte es mit sich, daß die revisionistischen Parteien – auf der ganzen Welt und in Bangla Desh selbst – das Regime von Mudjibur Rahman politisch unterstützten. In der BRD war es die DKP, die jeden Schritt des Regimes mit großem Jubel begrüßte. Neben jedem Schritt der Unterwerfung unter die Sowjetunion – etwa durch Kreditaufnahmen und andere Vertragsabschlüsse – war es hauptsächlich der Abbau demokratischer Rechte in Bangla Desh und die bewaffnete Unterdrückung von Revolutionären, die den Beifall der DKP auslösten. (34)

Dabei taten die Revisionisten alles, um die Awami-Liga als antiimperialistisch, demokratisch und fortschrittlich hinzustellen. So berichtete die "UZ" vom 18.12.1971 davon, daß die Awami-Liga das ausländische Kapital verstaatlichen wolle. Daß dies nie geschah, erwähnte die "UZ" dann später niemals. Karl Unger feierte die Awami-Liga in zwei Artikeln in den Zeitschriften "Sozialistische Politik" und "Antiimperialistisches Informationsbulletin". (34a) Dabei strich er unter anderem heraus, daß die Awami-Liga eine antiimperialistische Außenpolitik verfolge, daß sie für kostenlosen Schulunterricht, das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und das Streikrecht eintrete. Was aus all dem wirklich geworden ist, erfährt man bei den Revisionisten nicht. Im "Jahrbuch Asien, Afrika, Lateinamerika 1973" aus Berlin/DDR erfährt man etwas anderes: Die "Linksextremisten" in Bangla Desh würden versuchen, die Lage in Bangla Desh "mit Gewalt zu ihren Gunsten" zu verändern. (34b) Um ihren Einfluß zu sichern, treten die Sozialimperialisten und ihr Anhang direkt gegen die Revolution auf.

Die Außenpolitik des Landes ist das einzige, was im "Nachruf" der "UZ" vom 26.8.1975 auf Mudjibur Rahman noch auftaucht, seine Politik wird als eine der "nationalen Unabhängigkeit" bezeichnet und die Hoffnung ausgedrückt, seine Nachfolger würden die Politik der "Zusammenarbeit mit den Nachbarn" – womit nur Indien und die Sozialimperialisten gemeint sein können – fortsetzen.

In Bangla Desh unterstützten die revisionistische KP und die ihr nahestehende, von Mustaffar Ahmend geführte Fraktion der National Awami Party die Politik der Awami-Liga, ohne sich dabei dadurch stören zu lassen, daß die Awami-Liga das Land nicht nur an Indien und die Sowjetunion, sondern auch an die USA verkaufte. Trotz dieser Unterstützung gelang es den Revisionisten zunächst nicht, die ersehnten Posten im Staatsapparat zu erhalten. Das änderte sich erst, als die Awami-Liga immer mehr Unterstützung im Volk verlor und nach Möglichkeiten suchte, ihren politischen Halt zu vergrößern.

Zunehmender Widerstand im Volk

Ausplünderung und Elend wurden vom bengalischen Volk nicht widerstandslos hingenommen.

Der Kampf der Bauern um Land und Ernte gegen die feudalen Großgrundbesitzer hat in Ostbengalen eine lange Tradition. Viele Bauern hatten die pakistanische Armee bekämpft, weil sie ein Instrument zum Schutz der Großgrundbesitzer war, und die Awami-Liga unterstützt, weil sie sich von ihr eine Besserung ihrer Lage erhofften. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht, die Führer der Awami-Liga waren oft selbst bekannte Spekulanten, die sich an der Ausbeutung der Bauern beteiligten. (35) Der Kampf der Bauern hat viele verschiedene Formen angenommen. Im Februar dieses Jahres zum Beispiel zogen 1 000 Bauern im Bezirk Jessore in einer bewaffneten Demonstration zu den Lagern zweier Großgrundbesitzer. Dort nahmen sie sich die gehorteten Vorräte an Reis und Jute zurück, die ihnen vorher von den Großgrundbesitzern abgepreßt worden waren. Dies war nur die jüngste in einer Reihe solcher Aktionen, aber bisher die größte. (36)

Im Kampf der Bauern ist es bisher nicht gelungen, kampfstarke Organisationen aufzubauen; die relativ große Bauernvereinigung ist unter kleinbürgerlicher Führung. (37)

Allerdings ist es örtlich und regional verschiedenen Organisationen mit revolutionärem Programm gelungen, großen Einfluß in der Bauernschaft zu erringen. So wird berichtet, daß in der Gegend von Kushita die Rakkhi Bahini, die Bürgerkriegstruppe der Awami-Liga, nur tagsüber die Gewalt ausüben kann. Nachts ist sie nicht in der Lage, die Großgrundbesitzer und Bürokraten vor den Bauern zu schützen. (38) Wie sich das auswirkt, zeigt ein Bericht aus Meharpur: Dort attackierten Revolutionäre einen Polizei-

(32) Bangla Desh Liberation Front 1,24; frontier, 9.2.1974
(33) frontier, 24.5.1975
(34) s. UZ, 10.5.1974; KVZ 12/1974; UZ, 17.1.1975; KVZ 4/1975 (s. zuletzt Antiimperialistisches Informationsbulletin 9/1975, S. 22f.)
(34a) SoPo Nr. 16, Februar 1972, S. 17,29, Antiimperialistisches Informationsbulletin 1/1972, S. 3
(34b) Jahrbuch, Berlin/DDR 1974, S. 120
(35) B. Böttger, S. 174
(36) frontier, 17.5.1975
(37) Bangla Desh Liberation Front 2,21
(38) frontier, 17.5.1975



posten, um sich Waffen zu beschaffen. Der Chef des Polizeipostens bat um Gnade und Mitleid, weil er Repressalien seiner Vorgesetzten für den Fall fürchtete, daß er die Waffen herausgab. Daraufhin wurde ihm Gelegenheit gegeben, den nächsten Posten der Rakkhi Bahini anzurufen und um Hilfe zu bitten. Die Rakkhi Bahini, die normalerweise vor keiner Brutalität zurückschrecken, fürchteten sich zu kommen, weil es Nacht war. Daraufhin gab der Polizeioffizier die Waffen heraus. (39)

Der Vorsitzende der Awami-Liga von Ullah Para war ein Großgrundbesitzer, der die von ihm abhängigen Bauern besonders stark ausbeutete und unterdrückte, und ein Spekulant, der den Schwarzen Markt beherrschte. In demselben Bezirk hatte sich ein revolutionäres Bauernkomitee gebildet, welches beschloß, ihn zu töten und diesen Beschluß auch durchführte. (40)

Die Industriearbeiterschaft von Bangla Desh umfaßt nur 2 % der Bevölkerung. (41) Ihre Kampfkraft ist durch die Krise der Industrie und die zahlreichen Entlassungen geschwächt.

Trotzdem ist es der Awami-Liga nicht gelungen, die Arbeiterklasse durch Spaltung erheblich zu schwächen. Zwar gibt es in Bangla Desh sieben verschiedene nationale Gewerkschaftsverbände, aber der einzige, der der Awami-Liga untersteht, hat nur geringen Einfluß. Es handelt sich dabei um als Gewerkschaften deklarierte Organisationen in der Arbeiterschaft, die sich im wesentlichen nicht auf Arbeiter stützen, sondern auf Schlägerbanden, die in den verstaatlichten Fabriken formell als Arbeiter beschäftigt werden, in Wirklichkeit aber nur die Aufgabe haben, für die staatliche Betriebsleitung die Disziplin unter den Arbeitern zu sichern. Diese Banden, "Lal Bahini" genannt, machen zahlenmäßig in der Juteindustrie 15 % der Arbeiter aus. (42)

Daneben konnte sich das Regime nur noch auf die von der revisionistischen KP geführte Gewerkschaft stützen, die aber auch nur geringen Einfluß hat.

Der Gewerkschaftsverband mit dem größten Einfluß steht in scharfem Widerspruch zum Regime, führend arbeiten in ihm Mitglieder marxistisch-leninistischer Organisationen. (43) Dieser Gewerkschaftsverband (JSF) hat als erster den Kampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des Regimes aufgenommen. Die zunehmende Unterdrückung hat mittlerweile dazu geführt, daß auch die vier restlichen Gewerkschaftsorganisationen über ihre vorher bloß verbale Ablehnung des Regimes hinausgegangen sind und sich mit der JSF in einer gemeinsamen Front zur Verteidigung der Rechte der Arbeiterklasse zusammengeschlossen haben. (44)

Auf den ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse hat das Regime zunächst so reagiert, daß es durch das Präsidentendekret Nr. 9 jeden Kündigungsschutz für die Arbeiter beseitigte. Führende Gewerkschafter der JSF wurden entlassen (45), auf Streiks reagierte das Regime mit Massenentlassungen – zum Beispiel mit 400 Entlassungen in der Streichholzfabrik von Dacca (46) im Jahre 1972. Die "Bangladesh Time" berichtete am 18.1.1975, daß in den letzten fünf Monaten allein 5 000 Arbeiter entlassen worden waren. (47)

Da die Entlassungen die Arbeiter nicht vom Kampf abhielten, untersagte die Regierung 1974 alle Streiks im verstaatlichten Bereich der Industrie (das heißt 85 %). (48) Trotzdem setzte die Metall-Branchengewerkschaft der JSF einen eintägigen Streik durch (am 14.2.1974).

Schon früher hatte die Regierung ihre Truppen und Schlägerbanden eingesetzt, um streikende Arbeiter zu töten; zum Beispiel waren im Februar 1973 200 Arbeiter der "RR Jute Mills" in Chittagong von den Rakkhi Bahini erschossen worden. (49) Jetzt wurden die Rakkhi Bahini und die Lal Bahini verstärkt eingesetzt, um das Streikverbot durchzusetzen; dabei wurden zwei Führer der JSF ermordet. (50) Durch diese Politik gelang es dem Regime, einen für den 6.6.1974 von der JSF ausgerufenen Generalstreik zu verhindern. (51)

Dies hat die Frage der politischen Opposition und der revolutionären Führung in ihr noch einmal mit besonderer Schärfe gestellt. Der politische Widerstand gegen das Regime ist jedoch tief gespalten.

Die marxistisch-leninistischen Gruppen arbeiten seit Jahren in der Illegalität. Es handelt sich um fünf Gruppen, die lokal und regional in den Massenkämpfen verankert sind. Sie repräsentieren die fortgeschrittensten Teile der Arbeiter und Bauern, haben sich aber insgesamt noch nicht an die Spitze der Bewegung gegen das Regime der Awami-Liga setzen können.

Daneben besteht eine Reihe von kleinbürgerlichen Organisationen, von denen einige versucht haben, das Regime

(39) Bangla Desh Liberation Front 4,11
(40) Bangla Desh Liberation Front 4,12
(41) Bangla Desh Liberation Front 2,22
(42) B. Böttger, S. 176, 248; Bangla Desh Liberation Front 2,21; frontier, 14.12.1974, dort wird die Förderung der Awami-Liga-Gewerkschaft durch den CIA beschrieben
(43) Bangla Desh Liberation Front 2,21
(44) frontier, 18.1.1975
(45) Bangla Desh Liberation Front 2,18
(46) Bangla Desh Liberation Front 4,14
(47) zit. nach Bangla Desh Liberation Front 4,16
(48) Bangla Desh Liberation Front 2,19
(49) Bangla Desh Liberation Front 4,14
(50) Bangla Desh Liberation Front 2,51
(51) Bangla Desh Liberation Front 2,19

von Mudjibur Rahman mit friedlichen Mitteln zu stürzen. Nach brutalen Angriffen des Regimes auf ihre Demonstrationen haben auch sie gegen das Regime zu den Waffen gegriffen. (52)

1972 hat sich eine neue Organisation, die JSD, von der Awami-Liga abgespalten. In ihr haben sich fast die ganze Studentenorganisation der Awami-Liga sowie ein paar ihrer Führer zusammengeschlossen, die früh und mutig für die Unabhängigkeit Ostbengalens eingetreten waren. Ihre Abspaltung war ein wesentlicher Schritt bei der Isolation des Regimes.

Obwohl also keine einheitliche Opposition dem Regime gegenüberstand und sich eine revolutionäre Führung der Kräfte des Volkes erst langsam heranbildet, gelang es am 16.12.1974, dem Unabhängigkeitstag, einen großen gemeinsamen Aktionstag gegen das Regime auszurufen. Sämtliche oppositionellen Organisationen unterstützten den Aktionstag. An diesem Aktionstag wurde aufgerufen zu Versammlungen, zur Schließung von Geschäften und hauptsächlich zu einem Generalstreik. Der Streik setzte sich durch und durchbrach so das Streikverbot, hinter das sich das Regime mit seiner ganzen Macht gestellt hat. (53) Auf der Grundlage dieses Sieges vom 16.12.1974 schlossen sich verschiedene Oppositionsgruppen zur JAGMU, der "National Peoples Liberation Union" zusammen, unter ihnen auch marxistisch-leninistische Gruppen, um die Massenbewegung mit dem Ziel des Sturzes des Regimes fortzuführen. (53a)

Daraufhin rief das Regime am 28.12.1974 den Notstand aus. Innerhalb von wenigen Tagen wurden zahlreiche Führer von Oppositionsparteien getötet oder inhaftiert. (54)

Innerhalb von zweieinhalb Monaten folgten weitere Schritte des Regimes: Gesetze wurden erlassen, um den Terror der Rakkhi Bahini zu legalisieren; dies betraf insbesondere das Recht zur willkürlichen Haussuchung und Verhaftung. Die Rakkhi Bahini wurden vergrößert mit dem Ziel von etwa 100 000 Mitgliedern, sie sollten bessere Waffen, einschließlich einer Luftwaffe, erhalten. (55)

Seitdem haben die Rakkhi Bahini allein im Gebiet von Mymensingh, wo eine Oppositionsgruppe sehr stark war, 1 500 Menschen ermordet. (56) Die politischen Gefangenen werden auf 30 000 geschätzt.

Am 24.2.1975 wurden alle politischen Parteien verboten mit Ausnahme der Awami-Liga, diese wurde umgewandelt dadurch, daß die revisionistische KP und die ihr nahestehende Fraktion der NAP in sie aufgenommen wurden. Dieser Schritt kam nicht überraschend, da sich die drei Organisationen bereits am 3.9.1973 auf örtlicher Ebene zu gemeinsamen Kommissionen zusammengeschlossen hatten, deren erklärtes Hauptziel es war, "Ruhe und Ordnung" aufrechtzuerhalten. (57) Dementsprechend arbeiteten die Organisationen auch militärisch zusammen, um gemeinsam gegen das Volk vorzugehen.

Gleichzeitig wurde der Parlamentarismus endgültig abgeschafft zugunsten einer verfassungsmäßig errichteten Diktatur des Präsidenten Mudjibur Rahman. Die neue Verfassung sah dann auch endgültig die Beseitigung wesentlicher Rechte des Volkes und die Verewigung des Ausnahmezustandes vor.

Die Rivalität der Supermächte

Die Politik des Regimes verschärfte auch die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse, so daß dem Regime in seinem Inneren die Gegner erwuchsen, die es jetzt durch den Putsch vom 15. August beseitigten.

Die Entstehung von Bangla Desh hatte eine Schwächung der Position der USA und ihrer Verbündeten in Südasien mit sich gebracht. Zwar war das westliche Kapital nicht enteignet worden, es konnte sich aber durch das festgelegte Staatsmonopol nicht entfalten. Außerdem war politisch und militärisch viel Boden an die Sowjetunion verlorengegangen.

Der erste Schritt für die westlichen Mächte war die "Katastrophenhilfe". Zirka 90 % der Lieferungen landeten auf dem Schwarzen Markt und stellten dadurch ein riesiges Schmiergeld an die herrschende Klasse dar. (58) Geliefert wurden alle Sorten überschüssiger Waren von Weizen bis PKWs. Zirka 90 westliche Hilfsorganisationen waren in Bangla Desh tätig (59) und bildeten eine Basis für die Aktivitäten der imperialistischen Agenten.

Einen weiteren Schritt stellten Kredite dar. Durch sie wurden die USA und die BRD bald als Gläubiger von Bangla Desh ebenso stark wie Indien und die Sowjetunion (60), die BRD mit Krediten von einer halben Milliarde DM. (Dabei kann Indien wegen seiner eigenen Verschuldung nicht in eine Reihe mit den anderen Gläubigern gestellt werden, diese Verschuldung besteht ebenfalls gleichmäßig gegenüber den USA und der Sowjetunion).

Das eigentliche Ziel für die westlichen Imperialisten mußte es aber sein, privaten Direktinvestitionen wieder größeren Spielraum zu ermöglichen. Zu diesem Schritt waren "Hilfe" und Kredite nur die Vorbereitung. Diese Vorbereitung war aber wichtig, weil es darum ging, im Lande selbst eine Stütze zu gewinnen. "Hilfe" und Kredite hatten den Zweck, Teile der bengalischen herrschenden Klasse für eine engere Zusammenarbeit mit den USA zu interessieren, insbesondere, sie als "Partner" für private Investitionen im Land zu gewinnen. Sie schafften ihnen das Geldkapital für Beteiligungen an ausländischen Investitionen.

Verbindungen zwischen den USA und ihren Verbündeten und Teilen der Awami-Liga hatten seit den fünfziger Jahren nicht aufgehört zu existieren: schließlich war die Awami-Liga früher eine ausgesprochen pro-amerikanische Partei gewesen und hatte den Beitritt Pakistans zur Seato befürwortet. (62) Erst die Wendung der Awami-Liga gegen Pakistan hatte diese Bindungen geschwächt, da die USA nicht offen sowohl hinter Pakistan als auch hinter der Autonomiebewegung stehen konnten. Trotzdem hatten einige Awami-Liga-Führer, insbesondere der jetzt durch den Putsch an die Macht gekommene Handelsminister

(52) frontier, 18.1.1975
(53) ebd.
(53a) Bangla Desh Liberation Front 4,3
(54) frontier, 17.5.1975
(55) Neue Zürcher Zeitung, 24.2.1975
(56) frontier, 17.5.1975
(57) Jahrbuch (s. (34b)), S. 121
(58) s. KVZ 24/1974
(59) frontier, 9.2.1975
(60) Handelsblatt, 7.5.1975
(61) frontier, 31.5.1975
(62) frontier, 9.2.1975

K.M. Ahmed, auch 1971 die Kontakte zu den USA aufrechterhalten.

Die Basis für eine Verstärkung des amerikanischen Einflusses wuchs nun mit der Unzufriedenheit innerhalb der herrschenden Klasse mit der Politik des Regimes.

Diese Unzufriedenheit hatte einen Grund darin, daß sich das Regime von Mudjibur Rahman immer mehr vom Volk isolierte, daß es also im Interesse der Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie war, es durch ein anderes Regime zu ersetzen, um die selbständige Entwicklung des Kampfes des Volkes aufzuhalten.

Mehr Freiheiten für das private Kapital

Die wesentlichen Punkte der Unzufriedenheit bestimmter Teile der herrschenden Klasse bezogen sich aber auf die besonderen Inhalte der Politik des Regimes: die Abhängigkeit von Indien und der Sowjetunion und die Einschränkung des Spielraums des Privatkapitals.

Wie oben gezeigt wurde, fungierte Indien nach seiner "Ablösung" Westpakistans als neuer Zwischenhändler der bengalischen Rohstoffe, dessen Besonderheit es war, anders als Westpakistan nicht nur die Ausplünderung durch die USA und ihre Verbündeten, sondern daneben auch die Ausplünderung durch die Sowjetunion zu vermitteln. Für die herrschende Klasse von Bangla Desh mußte es ein verlockendes Angebot sein, Volk und Produkte des Landes zukünftig nicht mehr über andere parasitierende Zwischenhändler (Westpakistan oder Indien), sondern direkt an die imperialistischen Monopole verschachern zu können.

Daraus ergab sich dann auch die Chance, das Geld, welches bisher in Bangla Desh hauptsächlich durch Wucher, Spekulation und Korruption zu verdienen war und was viele auch reichlich verdient hatten, zukünftig als Juniorpartner ausländischer Monopole profitabel zu investieren. (63)

Dafür mußte auch der Spielraum für Privatinvestitionen gelockert werden.

Im Sommer 1974 begann sich das Kräfteverhältnis rapid zugunsten des westlichen Einflusses zu verschieben. Ein Anstoß hierfür war die weltweite Steigerung der Ölpreise, mit denen auch die Preise für synthetische Fasern – die Konkurrenz der Jute – in die Höhe gingen. Dadurch stieg auf dem Weltmarkt die Nachfrage nach Juta – ohne daß Bangla Desh, der Hauptlieferant von Jute, dieser Nachfrage entsprechend viel hätte liefern können. (64) Die Ernte war statistisch sogar um eine Million Ballen (auf sechs Millionen) gesunken. Gleichzeitig war es aber in Indien zu einer "Wunderernte" gekommen, Indien exportierte eine Million Ballen Jute. (65) Wegen dieses "indischen Jutewunders" glaubte niemand dem pro-indischen Juteminister Tadjuddin Ahmed, der sagte, die bengalischen Schwierigkeiten seien technische; vielmehr wußte jeder, daß die Schwierigkeiten auf den Juteschmuggel nach Indien zurückzuführen waren.

Der Juteminister mußte abgelöst werden; sein Nachfolger veränderte die Jutepolitik ein wenig (66), im Frühjahr und im Herbst 1974 fanden erstmals halbherzige Grenzkontrollen gegen den Schmuggel statt. (66a)

Zur entscheidenden Konzession wurde Mudjibur Rahman im Juli 1975 gezwungen: Unter völliger Abkehr von der bisherigen Politik wurde die Kapitalobergrenze von bisher 3,5 Millionen Taka für private Unternehmen (inländische und ausländische) auf das Fünffache erhöht und ihnen 15 Jahre Schutz gegen Verstaatlichungen zugesichert. (67)

Die Konzessionen gingen weiter: Im September 1974 verkaufte die Regierung die Ölbohrrechte vor der Küste an ein westliches Firmenkonsortium unter US-Führung. (68) Gleichzeitig besuchte der Außenminister Westeuropa und warb um Investitionen. Im Oktober mußte Bangla Desh – nach früherem Widerstand – die Bildung eines "aid consortium" bei der Weltbank hinnehmen, das heißt eines Gremiums, in dem die westlichen Gläubigerländer ihre Politik gegenüber dem Land koordinieren. (69) Im Januar 1975 wurde ein Investitionsabkommen mit den USA geschlossen. (70) Bis April 1975 ließen sich dann auch drei Firmen aus der BRD, Siemens, Hoechst und KHD, in Bangla Desh nieder. (71)

Im April 1975 zog die Regierung sämtliche 1 000-Taka-Scheine ein (mit drei Tagen Vorwarnung). Damit sollen 700 bis 800 Millionen Taka in den Händen von inländischen und ausländischen Spekulanten wertlos geworden sein. (72)

Diese Konzessionen unterwarfen das Regime noch nicht völlig derjenigen Strömung, die für mehr Spielraum für das inländische und ausländische Privatkapital eintrat. Die Politik von Mudjibur Rahman zeigt, daß er an der Unterwerfung unter die Sowjetunion und Indien festhalten wollte, in einer Weise, die mit dem wachsenden westlichen Einfluß unvereinbar war.

Die zwei Offiziere, die ihn am 15. August töteten, hatten das am eigenen Leib gespürt. Der eine war gemaßregelt worden, weil er bei der Verfolgung von Juteschmugglern Freunde des Präsidenten und führende Awami-Liga-Politiker aufgespürt hatte und zur Verantwortung ziehen wollte. Dem anderen passierte dasselbe, weil er zur Ausbildung nicht in die Sowjetunion wollte. Auch hatten sie als Armeeoffiziere zusehen müssen, wie mit indischem Geld und indischer Ausbildung die Rakkhi Bahini zu einer stärkeren Truppe als die Armee herangezogen wurde. (73)

Weiterhin unternahm die Regierung nie etwas, um die sich in Chittagong ausbreitende sowjetische Flotte loszuwerden. Indien erhielt von der Regierung ein Recht, die Grenze von Bangla Desh bei der Verfolgung von Aufständischen zu überschreiten. In Kalkutta fanden Polizeikonferenzen statt, die sich mit der Bekämpfung von Aufständischen im Bereich des östlichen Indien beschäftigten und an denen der Polizeichef von Dacca neben den Polizeichefs indischer Nachbarprovinzen teilnahm. (74) Beim Konflikt um das Wasser des Brahmaputra, welches Indien oberhalb von Bangla Desh mit dem Farakka-Damm stauen will, machte die Regierung von Bangla Desh wichtige Konzessionen. (75)

(63) B. Böttger, S. 189
(64) International Herald Tribune, 10.12.1973
(65) Monthly Review, S. 46
(66) ebd., S. 52
(66a) frontier, 24.5.1975
(67) B. Böttger, S. 189; Handelsblatt, 10.4.1975
(68) frontier, 14.12.1974
(69) ebd.
(70) frontier, 24.5.1975
(71) Handelsblatt, 10.4.1975
(72) frontier, 24.5.1975
(73) Neue Zürcher Zeitung, 24.2.1975
(74) Monthly Review, S. 43
(75) frontier, 24.5.1975

Schließlich nahm Mudjibur Rahman im Februar noch die direkten Vertreter des indischen und sowjetischen Einflusses, die Revisionisten, in die Awami-Liga auf. Dadurch hatte er sie zwar an die bisher schon erfolgten Konzessionen gegenüber den USA gebunden, er hatte sie gezwungen, seine Konzessionspolitik mitzutragen. Andererseits strebten die Revisionisten danach, diesen Prozeß rückgängig zu machen und ihre Stellung in der Awami-Liga dazu zu benutzen, den Einfluß des US-Imperialismus zugunsten des Sozialimperialismus zurückzudrängen.

Die wenigen Konzessionen gegenüber den westlichen imperialistischen Mächten konnten diesen also nicht ausreichen. Sie mußten reinen Tisch machen, wenn sie ihre Interessen sichern wollten – und sie konnten reinen Tisch machen, weil das Regime sich sehr weitgehend isoliert hatte und ohne besondere Stützen dastand.

So konnte es zu dem Putsch kommen, der den Kräften, die für eine ungehinderte Entfaltung des privaten Kapitals und den ungehinderten Zugang des US-Imperialismus eintreten, wesentlich größeren Einfluß und der den Teil der alten Führungsclique, der sich größere Bereicherung durch den Juteschmuggel nach Indien und unter dem Schutz des Sozialimperialismus versprach, ins Gefängnis brachte.

Für das bengalische Volk wird sich durch diesen Wechsel in der Szene der Ausplünderer und Zwischenhändler nichts ändern. Es hat durch die Erschütterung des Regimes nur etwas mehr Raum gewonnen für den Kampf um die Änderung, die es braucht – die antiimperialistische und antifeudale Revolution.

BN, D.A. (Südasienarbeitskreis Heidelberg)

KBW
Kommunistischer Bund Westdeutschland

kommunistische volkszeitung
ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier
Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 58 Mannheim, Sandhofer Str. 29
Vertrieb über: Buchvertrieb Mannheim, Hager GmbH, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29
Die Kommunistische Volkszeitung erscheint wöchentlich.
Erscheinungstag: Donnerstag
Einzelpreis: 0,50 DM
Jahresabonnement: 36,00 DM
Halbjahresabonnement: 18,00 DM
Vierteljahresabonnement: 9,00 DM
Die Bezahlung erfolgt nach Erhalt der ersten Zeitung.
Konten: Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 18 90 905, oder PSchA Karlsruhe, Konto Nr. 95837-753

Joscha Schmierer
Sozialfaschismusthese und politische Programmatik der KPD 1928–1933
Neudruck aus Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1, März 1975
40 Seiten *DM 1,50*
Best.Nr.: 10612

In Zusammenhang mit der Programmdebatte in der Gruppe Rote Fahne (KPD) ist die Auseinandersetzung um die "Sozialfaschismus-These" der KPD zwischen 1929 und 1933 aufs neue entflammt. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung wurden auf einer von ehemaligen Mitgliedern der Gruppe Rote Fahne organisierten Debatte im Januar 1975 die hier abgedruckten Thesen vorgetragen.
Die Sozialfaschismus-These ist nur eine von mehreren wichtigen Abweichungen Marxismus-Leninismus, die die Politik der Komintern und insbesondere die der KPD nach dem VI. Weltkongreß der Komintern 1928 kennzeichneten und insofern mitverantwortlich sind für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber der Kapitalistenklasse und dem Faschismus.
Diese Fehler lassen sich zusammenfassen in zwei Hauptfehlern: Fehleinschätzung der Klassenkampfsituation und Rückfall in den imperialistischen Ökonomismus. Dies ergibt sich aus der konkreten Untersuchung der konkreten Situation und dem Aufspüren der Fehler in der Partei selbst. Nur so können die geschichtlichen Lehren aus Niederlagen der Arbeiterklasse gezogen werden.



zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH, 6800 Mannheim, Sandhofer Straße 29, Postfach 5129

Zur Außenpolitik, Militärdoktrin und Flottenpolitik des russischen Sozialimperialismus

Diskussionsbeitrag

In seiner Polemik gegen die Artikel in der Kommunistischen Volkszeitung, in denen die imperialistische Flottenpolitik der UdSSR dargestellt worden war, hat der Kommunistische Bund (Nord) (1) die Frage nach den Zielen der Außenpolitik der KPdSU, nach der Militär- und Flottendoktrin der UdSSR sowie den Konflikt zwischen den beiden imperialistischen Supermächten und der Masse der kleineren Länder, vor allem der Dritten Welt, wie er sich anläßlich der UNO-Seerechtskonferenz zeigte, zu umgehen und die Auseinandersetzung auf untergeordnete Fragen abzulenken versucht. Der folgende Aufsatz hat den Zweck, die vom KB (Nord) umgangenen Fragen ausführlicher zu untersuchen (2). Im Verlauf der Untersuchung wird sich zeigen, daß der KB (Nord) auch in den von ihm in den Vordergrund gerückten Fragen mit gezinkten Karten zu spielen versucht.

Ziele und Mittel der Außenpolitik der UdSSR

Die Außenpolitik der UdSSR ist, wie die innere Politik, konzentrierter Ausdruck der Ökonomie. In dieser ist, nachdem die neue Bourgeoisie die Macht ergriffen hat, der Kapitalismus restauriert worden, und zwar in seiner imperialistischen Form.

"Der Imperialismus ist die Quelle des Krieges in der heutigen Zeit, er ist Monopolkapitalismus und gekennzeichnet durch Profitmaximierung und Welthegemonie. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die imperialistischen Staaten die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in den eigenen Ländern intensivieren, die Ausplünderung ihrer Kolonien und Halbkolonien forcieren, müssen einen heftigen Kampf untereinander um die Neuaufteilung der Märkte, Kolonien und Einflußsphären führen. Dadurch müssen sich die dem Imperialismus innewohnenden, verschiedenen Grundwidersprüche immer mehr zuspitzen, was unvermeidlich zu einem Krieg führt. Gegenwärtig wird die Rivalität zwischen den beiden Supermächten, dem sowjetischen Sozialimperialismus und dem amerikanischen Imperialismus, um die Welthegemonie schärfer denn je und gefährdet die Unabhängigkeit und Sicherheit anderer Länder." (3)

Zur Erhärtung dieser Aussagen ist es zweckmäßig, den *Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU* an den 21. Parteitag 1971 (4), das bis heute maßgebende Dokument der Außenpolitik der UdSSR, mit wesentlichen Schritten der UdSSR in den letzten Jahren in Zusammenhang zu bringen.

In bezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu den im unmittelbaren Einflußbereich der UdSSR liegenden Ländern (4 a) führte der Rechenschaftsbericht für den Zeitraum von 1966 bis 1971 folgende Gesichtspunkte an:

- Mit "Hilfe" der UdSSR sind in diesen Ländern mehr als 300 Betriebe gebaut worden.
- Die Warenexporte der UdSSR in diese Länder wurden fortgesetzt; die Rohstofflieferungen der UdSSR machten 70 Prozent des Bedarfs der belieferten Länder aus.
- Die UdSSR hat sich 54 Chemiebetriebe liefern lassen; 38 Prozent der sowjetischen Schiffstonnage und zahlreiche Massenbedarfsgüter wurden von den abhängigen Ländern geliefert.
- Die abhängigen Länder wurden herangezogen bei der Finanzierung der Roh- und Brennstoffindustrien und der Erweiterung der Kapazitäten der Metall-, Mineraldünger- und Zellstoffproduktion der UdSSR. (5)

Einerseits sind die anderen RGW-Länder vor allem von den Rohstoffen der UdSSR abhängig und die UdSSR nützt ihre Überlegenheit, um erhöhte Preise zu fordern (6); andererseits verkündet Breschnew, daß die anderen Länder durch "Koordination der Volkswirtschaftspläne" noch mehr auf die Produktion einzelner Waren für die UdSSR spezialisiert werden sollen. (8) Die UdSSR öffnet diese Länder für ihren Kapitalexport.

(1) "Arbeiterkampf" Nr. 63/1975, 65/1975

(2) vgl. auch schon den Artikel in der KVZ 25/75: "Die Sowjetunion betreibt eine imperialistische Flottenpolitik"

(3) Massenkritikgruppe der militärisch-politischen Akademie, "An der marxistischen Auffassung vom Krieg festhalten und Lin Biaos revisionistische Auffassung vom Krieg kritisieren", in: Peking Rundschau 8/75, S. 6

(4) Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU, Referent: L.I. Breschnew, Moskau und Berlin 1974. Es ist im folgenden nicht möglich, alle außenpolitischen Gesichtspunkte des Rechenschaftsberichtes darzustellen; so bleibt z. B. die Frage der Haltung der UdSSR zur Volksrepublik China und die sogenannten Abrüstungsvorschläge der UdSSR unerwähnt. Es geht hier im wesentlichen darum, einige Grundzüge herauszuarbeiten, diese mit einigen inzwischen anderweitig untersuchten Tatsachen in Verbindung zu bringen und auf einige Punkte hinzuweisen, die bisher noch nicht genügend Aufmerksamkeit gefunden haben.

(4a) DDR, Polen, CSSR, Ungarn, Bulgarien, Mongolische Volksrepublik

(5) Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, a.a.O., Seite 12 f.; vgl. hierzu und zum folgenden auch Dickhut, Willi, Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, Stuttgart 1974, S. 181ff.

(6) vgl. "Wirtschaftliche Abhängigkeit von der UdSSR", KVZ 17/75

(7) entfällt (von der Redaktion gekürzt. Red.)

(8) Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU, a.a.O., S. 14

Die dem entsprechende Geschäftsgrundlage für die Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen der UdSSR zu den von ihr unmittelbar abhängigen Ländern wird noch einmal klipp und klar anläßlich des Überfalls auf die CSSR benannt:

"Unter Berücksichtigung eines Ersuchens von Partei- und Staatsfunktionären, von Kommunisten und Werktätigen der Tschechoslowakei und angesichts der Gefahren, die für die Errungenschaften des Sozialismus in diesem Lande entstanden waren, haben wir damals gemeinsam mit den sozialistischen Bruderländern den Entschluß gefaßt, der Tschechoslowakei zur Verteidigung des Sozialismus internationalistische Hilfe zu leisten. Unter den außergewöhnlichen Bedingungen, die von den Kräften des Imperialismus und der Konterrevolution geschaffen worden waren, zwangen uns dazu unsere Klassenpflicht, die Treue zum sozialistischen Internationalismus, **die Sorge um die Interessen unserer Staaten,** um das Schicksal des Sozialismus und des Friedens in Europa." (9)

Mit dürren Worten: Wenn "die Interessen unserer Staaten" es erfordern und ein "Ersuchen von Partei- und Staatsfunktionären" vorliegt, behält sich die UdSSR das Recht vor, in diesen von ihr abhängigen Ländern militärisch zu intervenieren, die Regierungen auszuwechseln usw., eine politische Doktrin, die, bemäntelt mit den Theorien der "begrenzten Souveränität" und der "internationalen Diktatur" (10), unmittelbar auch gegen Jugoslawien, Rumänien, Albanien oder die Volksrepublik China angewandt werden kann.

Es versteht sich von selbst, daß die Führer der UdSSR gegenüber der Arbeiterklasse im eigenen Land und in den von der UdSSR unmittelbar abhängigen Ländern die Konterrevolution auf der ganzen Linie vertreten. In bezug auf die militärische Niederschlagung der Streiks der polnischen Arbeiterklasse am Jahreswechsel 1970/71 betont Breschnew: "Mit großer Genugtuung stellen wir fest, daß im brüderlichen Polen die dort entstandenen Schwierigkeiten überwunden sind." (11)

Die UdSSR, in ihrem unmittelbaren Einflußbereich und in denjenigen Ländern, in denen sie wirtschaftlich Fuß gefaßt hat, eine konterrevolutionäre Macht, tritt als Vertreterin des Umsturzes auf, wo es gilt, konkurrierende imperialistische Staaten zu verdrängen oder den eigenen Einflußbereich auszudehnen. Das kann in der Form der Unterstützung des militärischen Überfalls und der Vernichtung selbständiger Staaten geschehen, wie bei der Unterstützung Indiens bei seinem Versuch, Nachbarstaaten wie Pakisten zu zerstückeln oder, wie im Falle der kleinen Himalaya-Staaten, zu annektieren; das kann aber auch geschehen in der Form der Unterstützung revolutionärer Bewegungen. Der Zweck ist aber in beiden Fällen der gleiche, nämlich der Versuch, den eigenen Einfluß auszudehnen, aus der Unterstützung Ansprüche für sich selbst abzuleiten. In bezug auf Vietnam führte Breschnew in dem Rechenschaftsbericht folgendes aus: "Die aktive und konsequente Unterstützung durch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder ist für den Kampf der Völker Vietnams und der anderen Länder Indochinas **lebenswichtig.**" (15) Es ist bemerkenswert, daß Breschnew diesen und keinen anderen Aspekt des Befreiungskrieges des vietnamesischen Volkes hervorhob. Die Führung der Demokratischen Republik Vietnam und die Provisorische Revolutionsregierung haben in das Zentrum ihrer Darlegungen über den Befreiungskrieg immer einen ganz anderen Gesichtspunkt gestellt: nämlich, daß ein kleines Volk, wenn es geeint ist, den mächtigen US-Imperialismus schlagen kann. An der Aufnahme und Unterstützung dieser für alle unterdrückten und ausgebeuteten Nationen ungeheuer wichtigen Aussage hat Breschnew keinerlei Interesse, im Gegenteil, er widerspricht ihr mit seinen Ausführungen ausdrücklich, indem er betont, daß für den Befreiungskrieg die Unterstützung der UdSSR "lebensnotwendig" sei. Man kann und muß aus dieser Aussage die kaum verhüllte Ankündigung herauslesen, daß die UdSSR aus dieser "lebenswichtigen Hilfe" Ansprüche ableiten werde. (16)

Bei diesen Versuchen, Einflußsphären zu sichern und auszudehnen, muß es notwendig zum Zusammenprall mit den anderen imperialistischen Ländern kommen. Besonders breiten Raum in Breschnews Rechenschaftsbericht nehmen deshalb die inneren Schwierigkeiten der Konkurrenten, das Wettrüsten und der Versuch, den eigenen Einflußbereich gegenüber den Konkurrenten abzusichern, ein.

Diese Politik, die zum Ziel hat, der UdSSR die Oberherrschaft über eine Reihe von Halbkolonien im nächsten Umkreis zu sichern, in die Länder der Dritten Welt einzudringen, um sie zu unterwerfen, sowie mit den anderen imperialistischen Ländern, vor allem der anderen Supermacht, um die Weltherrschaft zu ringen, dies muß sich natürlich in der Militärpolitik niederschlagen.

Die neue Militärdoktrin der UdSSR

Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln, und er ist die Fortsetzung der Politik bestimmter Klassen mit bestimmten, diesen Klassen eigentümlichen Mitteln. Ein Staat, in dem die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hat, verfolgt den politischen Zweck, die soziale Revolution im eigenen Land durchzuführen und den Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern sowie der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus zu unterstützen. Wenn sich die zur Herrschaft gelangte Arbeiterklasse militärischer Mittel bedient, dann zur Erreichung dieser Zwecke.

Was sind nun die Aussagen der Führer der UdSSR über den Zweck, den Charakter und Verlauf, die Mittel und Bedingungen kriegerischer Auseinandersetzungen?

Wenn es richtig ist, daß die Zwecke der Politik der Führer der UdSSR die Ausweitung ihres Einflußbereiches, die Verdrängung und Vernichtung imperialistischer Konkurrenten, insbesondere der USA, und die Erlangung der Weltherrschaft zwecks unbeschränkter Ausbeutung der Arbeiterklasse und Ausplünderung der unterworfenen Länder sind, muß sich dies in der Militärdoktrin unmittelbar ausdrücken und tut dies tatsächlich.

Zum Zweck der Rüstung der UdSSR führt *Gretschko*, Kriegsminister der UdSSR, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Marschall der Sowjetunion, in einem

(9) ebd., S. 19, Hervorhebungen von mir, wie bei allen folgenden Zitaten auch, wenn nicht anders angegeben.

(10) Belege aus sowjetischen Quellen bei Dickhut, a.a.O., S. 231ff.

(11) Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU, a.a.O., S. 15

(12), (13), (14) entfallen

(15) ebd., S. 11f.

(16) zur Haltung der Demokratischen Republik Vietnam vgl. weiter unten

Grundsatzartikel, der im Frühjahr dieses Jahres in der "Prawda" veröffentlicht wurde, aus: "Sie (die Militärtheoretiker der UdSSR) erarbeiteten eine einheitliche sowjetische Militärdoktrin, die die Stellung des sozialistischen Staates, seiner Streitkräfte zu Fragen der Vorbereitung und Führung eines Krieges zur *Verteidigung der Interessen der Sowjetunion* zum Ausdruck bringt." (23)

In dieser zentralen Formulierung des Prawda-Artikels legt Gretschko offensichtlich keinerlei Wert mehr auf die Bemäntelung des Zwecks der Rüstung: Kriege zu führen zur Verteidigung der Interessen der UdSSR. Es ist derselbe Begriff der "Interessen", dessen sich noch jedes imperialistische Land bedient hat und bedient, so z.B. die USA bei ihren Interventionsdrohungen gegen die ölproduzierenden Länder im Jahre 1973 und die UdSSR selbst zur Begründung des Überfalls auf die CSSR.

Abgesehen von dieser prinzipiellen Aussage über den Zweck eines künftigen Krieges finden sich kaum offene Darlegungen der Kriegsziele eines künftigen Krieges. Vielmehr wird diese Frage implizit beantwortet, indem eine Theorie der grundsätzlichen Umwälzung der Kriegstechnik und der Bedingungen eines künftigen Krieges durch die Entwicklung der Atom- und Raketenwaffe entfaltet wird. (24)

In der bisher umfassendsten Darstellung der revisionistischen Militärdoktrin, *Sokolowskis* "Militär-Strategie" (25), die die bis heute gültigen Grundlagen zusammenfaßt, heißt es über die Umstände, die für die UdSSR einen Krieg notwendig machen:

"Zudem ist in letzter Zeit (in den sechziger Jahren) die Gefahr des Ausbruchs eines Weltkrieges größer geworden. Der Krieg gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager insgesamt kann von den imperialistischen Kräften sowohl durch einen direkten Überfall auf die UdSSR oder andere sozialistische Länder entfacht werden **als auch infolge irgendeines aggressiven, lokalen Krieges gegen ein nichtsozialistisches Land, wenn dieser Konflikt die grundlegenden Interessen der sozialistischen Staaten berührt** und den Frieden auf dem Erdball gefährdet." (26)

Über die Wahrscheinlichkeit, daß die USA und die UdSSR einen lokalen Konflikt zum Anlaß einer weltweiten Auseinandersetzung benutzen, folgende Aussage: "Besondere Beachtung verdient, daß sich beim gegenwärtigen Stand der internationalen Beziehungen und beim derzeitigen Entwicklungsstand der Kriegstechnik jede militärische Auseinandersetzung **zwangsläufig** zu einem allgemeinen Kernwaffenkrieg ausweiten wird, wenn Kernwaffenmächte in diesen Konflikt hineingezogen werden." (27) Diese Aussage ist sachlich falsch (die Kernwaffenmacht USA war in den Koreakrieg "hineingezogen" worden, ohne dann Kernwaffen einzusetzen; Korea steht nur als eines für zahlreiche Beispiele) und verfolgt offenkundig den Zweck, die Möglichkeit anzudeuten, jeden Konflikt in der Welt zum Anlaß nehmen zu können, die weltweite Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus aufzunehmen.

Die Behauptung der Allmacht der Atomraketen

Zum Charakter eines künftigen Weltkrieges wird in der "Militär-Strategie" ausgeführt:

"Der Krieg zwischen dem Lager des Sozialismus und dem des Imperialismus wird, falls es einem Aggressor gelingen sollte, ihn zu entfesseln, das extremste Mittel zur Lösung einer historischen Frage sein – der bewaffnete Kampf zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Die sowjetische militärische Strategie hat den Grundsatz klar ausgesprochen, daß der ausgeprägte Klassencharakter eines solchen Krieges die äußerste Entschlossenheit in der politischen und militärischen Zielsetzung der kämpfenden Parteien bewirkt. Außerdem verleiht der umfassende Einsatz von Massenvernichtungsmitteln der Auseinandersetzung das Gepräge eines Krieges, der dem Ausmaß der Zerstörung und Vernichtung nach in der Geschichte der Menschheit einzig dasteht. Auf einem so schweren, die Anspannung aller Kräfte erfordernden und außerordentlich erbitterten Krieg müssen unsere Streitkräfte vorbereitet sein." (28)

Und: "Wir sind daher zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die Streitkräfte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder sich vor allem auf eine Kriegführung unter Masseneinsatz von Kernwaffen durch beide kriegführende Parteien vorbereiten müssen. Die richtige, streng wissenschaftliche Lösung aller theoretischen und praktischen Fragen, die mit der Vorbereitung und Führung eines solchen Krieges zusammenhängen, muß folglich als Hauptaufgabe der theoretischen Strategie und der strategischen Führung betrachtet werden. In den letzten zehn Jahren setzte neben der Herstellung von Kernwaffen eine rasche Entwicklung von Kampfraketen verschiedener Funktion und Verwendungsart ein, vor allem von Raketen, die zur Vernichtung von Boden- und Luftzielen dienen. Gegen Ende der fünfziger Jahre begann die massenweise Ausrüstung der sowjetischen Streitkräfte mit Raketenwaffen. Die rasche Entwicklung der Raketenwaffen ist auf ihre außerordentlich günstigen Eigenschaften zurückzuführen. Sie besitzen eine unbegrenzte Reichweite, enorme Geschwindigkeit und Flughöhe und große Treffsicherheit; sie können sehr beweglich eingesetzt werden und sind in der Lage, nukleare Gefechtsköpfe von beliebiger Sprengkraft

(17), (18), (19), (20), (21), (22) entfallen

(23) wiedergegeben nach "Neues Deutschland" vom 20.2.1975

(24) die bei der Revision der proletarischen Militärdoktrin durch die neue Bourgeoisie eine ähnliche Rolle spielt wie die Theorie der wissenschaftlich-technischen Revolution bei der Revision der politischen Grundanschauungen des Kommunismus.

(25) Wojennaja Strategija, Pod redakzijei Marschalla Sowjetskowo Sojusa Sokolowski W.D., Wojennoje Isdatelstwo Ministerstwa Oborony SSSR, Moskwa 1963, deutsche Ausgabe: Militär-Strategie, hrsg. unter der Redaktion von Marschall der Sowjetunion W.D. Sokolowski, erschienen im Militärverlag des Verteidigungsministeriums der UdSSR. Deutsche Übersetzung aus dem Russischen nach der zweiten verbesserten und ergänzten Auflage, Köln 1965, Zur Bedeutung des Buches vergleiche die Einleitung zur deutschen Ausgabe, v.a. S. 19f.; Dahm, Helmut, Abschreckung oder Volkskrieg, Strategische Machtplanung der Sowjetunion und Chinas im internationalen Kräfteverhältnis, Freiburg 1968, S. 21–142; Thomas W. Wolfe, The RAND Corporation, Soviet Strategy at the Crossroads, Cambridge/Massachusetts 1964, deutsche Ausgabe: Sowjetische Militärstrategie, Köln und Opladen 1967. Die Militärstrategie der UdSSR beruht bis heute, wie die im weiteren Verlauf herangezogenen Grundsatzartikel und Aufsätze zeigen, in allen wesentlichen Punkten auf Sokolowskis Werk; eine kurze Zusammenfassung der gesamten Doktrin ist greifbar in der mit einem Vorwort des Verfassers aus dem Jahre 1969 versehenen Arbeit von W.I. Samkowoj, Krieg und Koexistenz in sowjetischer Sicht, Pfullingen 1969.

(26) Sokolowski, a.a.O., S. 267

(27) ebd., S. 277

(28) ebd., S. 268

zu befördern. Daraus ergeben sich beim Einsatz von Raketen Möglichkeiten, die sich sonst bei keinem anderen Kampfmittel bieten – es ist möglich, Überraschungsschläge zu führen sowie eine große Anzahl von Objekten in großer Tiefe und an der Front gleichzeitig schnell und sicher zu bekämpfen. Aufgrund der genannten Eigenschaften nehmen die Raketen unter allen anderen Kampfmitteln den ersten Platz ein. Die Entwicklung von Raketenwaffen zwang dazu, die Funktion der Bomberflugzeuge und der Artillerie, die im letzten Kriege als Hauptvernichtungsmittel galten, ernsthaft zu überprüfen. Besonders stark wird der Charakter des Krieges insgesamt durch den Einsatz strategischer Waffen, insbesondere interkontinentaler und Raumraketen, beeinflußt werden. Ihre quantitative und qualitative Entwicklung hat in der Sowjetunion einen Stand erreicht, der die Möglichkeit bietet, die erforderliche Anzahl von Objekten des Aggressors in den entlegensten Gebieten der Erde gleichzeitig zu bekämpfen und durch massierte Raketenschläge ganze Länder auszuschalten." (29)

Der überraschende Atomraketenangriff wird also nach Meinung der "Militär-Strategie" die wichtigste Form der militärischen Auseinandersetzung im kommenden Weltkrieg sein.

Der "vorweggenommene Gegenschlag"

Über die weiteren Ziele in einem Weltkrieg mit dem US-Imperialismus heißt es in der "Militär-Strategie":

"Zur Erreichung der entscheidenden politischen und militärischen Ziele, die zu verfolgen die Koalition der sozialistischen Länder im zukünftigen Krieg gezwungen sein wird, ist es noch keineswegs ausreichend, die nuklearen Angriffsmittel des Feindes und seine Hauptkräfte durch nukleare Raketenschläge zu vernichten und sein Hinterland zu desorganisieren. Für den Endsieg in diesem klar ausgeprägten Klassenkrieg wird es erforderlich sein, die völlige Vernichtung der feindlichen Streitkräfte herbeizuführen, dem Gegner strategische Aufmarschgebiete wegzunehmen, Militärstützpunkte zu beseitigen und strategisch wichtige Gebiete zu besetzen." (32)

Die Frage, ob die UdSSR als erste Kernwaffen einsetzen wird, läßt die "Militär-Strategie" wie auch alle anderen Verlautbarungen der Führung der UdSSR offen. Zwar wird der US-Imperialismus wortreich angeprangert, weil seine Führer wiederholt betont haben, daß sie gegebenenfalls als erste Atomwaffen einsetzen werden; eine Erklärung jedoch, die UdSSR werde sie **nicht** als erste einsetzen, wird jedoch nicht abgegeben. (33)

Stattdessen heißt es in der "Militär-Strategie":

"Es ist anzunehmen, daß unser atomarer Gegenschlag die atomaren Angriffsmittel des Gegners in erheblichem Maße schwächen wird. Die Möglichkeit darf jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß der Gegner trotzdem eine bestimmte Anzahl von Flugzeugen und Raketen einsetzt, um Schläge gegen unsere Objekte zu führen. Aus diesem Grunde ist es unbedingt erforderlich, daß die Frühwarnung und -erfassung gewährleistet ist und beim Einsatz der Kräfte und Mittel der Luftverteidigung ein hoher Grad an Aktivität und Wirksamkeit erreicht wird." (34)

Es wird hier über die Möglichkeit gesprochen, daß eine bestimmte Anzahl der Nuklearwaffen des US-Imperialismus noch zum Einsatz kommen könnte, **nachdem** ein nuklearer Schlag der UdSSR gegen den US-Imperialismus erfolgt ist. Dennoch ist am Anfang von einem "Gegenschlag" die Rede, der voraussetzen würde, daß die USA die UdSSR mit Nuklearwaffen **schon angegriffen haben.** Die westdeutschen Herausgeber der "Militär-Strategie" bemerken deshalb in einer Anmerkung zu diesem Widerspruch, daß es sich hier wohl um den sogenannten "vorweggenommenen Gegenschlag" handelt. (35)

Eindeutig jedenfalls ist die Absage an jegliche Verteidigungsstrategie:

"Die strategische Verteidigung mit anschließender Gegenoffensive ist nicht in der Lage, unter den heutigen Verhältnissen die Durchsetzung entscheidender Kriegsziele zu gewährleisten." (36)

"Was die strategische Verteidigung und die Defensivstrategie betrifft, so müssen sie als äußerst gefährlich für unser Land entschieden abgelehnt werden." (37)

Zusammenfassend läßt sich zu den Grundzügen der sozialimperialistischen Militärdoktrin folgendes feststellen:

1. Der Ausbruch eines neuen Weltkrieges wird nicht für zwangsläufig erklärt, es wird jedoch betont, daß die weltweite militärische Auseinandersetzung anläßlich jedes lokalen Konfliktes überall in der Welt aufgenommen werden kann, wenn es "die Interessen der UdSSR" verlangen.

2. Der Zweck eines künftigen Weltkrieges ist die Vernichtung des imperialistischen Konkurrenten, und zwar nicht nur durch seine militärische Niederschlagung, sondern auch durch die Vernichtung seiner Wirtschaft, seiner Bevölkerungszentren usw. Des weiteren geht es um die Wegnahme strategischer Aufmarschgebiete und die Besetzung militärisch wichtiger Gebiete, d.h. vor allem Westeuropas.

3. Die Hauptwaffe des kommenden Krieges ist die atomare Raketenwaffe, die in größtem Umfang gegen die Truppen, Flotten Raketenbasen und das Hinterland des Gegners eingesetzt wird.

4. Diese Waffe kann ihren Zweck nur erfüllen, wenn sie überraschend eingesetzt wird; eine verbindliche Erklärung, sie nicht als erster einzusetzen, wird deshalb nicht abgegeben.

5. Landstreitkräfte, vor allem in Form von gepanzerten und Luftlandeeinheiten, haben vor allem die Funktion, nach erfolgtem Atomraketeneinsatz die gegnerischen

(29) ebd., S. 275f.

(30), (31) entfallen

(32) ebd., S. 281

(33) Die seit dem angeblichen "Durchbruch" in Wladiwostok im November 1975 erfolglosen Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR, die den Zweck verfolgen, das Abkommen auszufüllen, das nichts anderes vorsieht als eine gigantische weitere Aufrüstung beider Mächte (vgl. KVZ vom 12.12.1974), wird von einer fast pausenlosen Kette von Großmanövern beider Mächte und ihres Anhangs, neuen Waffentestversuchen und vor allem einem Streit zwischen den USA und der UdSSR darüber begleitet, daß beide weiterhin bereit seien, als erste Kernwaffen einzusetzen. Das auf die entsprechenden Ankündigungen von Schlesinger, Luns und Leber veröffentlichte TASS-Kommunique enthält ein ungeheures Gezeter über die US- und NATO-Imperialisten, aber keineswegs eine Erklärung, die UdSSR werde einen solchen Schritt nicht unternehmen; vgl. den in der sowjetischen Zeitung "Freundschaft" am 1.7.1975 abgedruckten Text.

(34) Militär-Strategie, a.a.O., Seite 434

(35) ebd.

(36) ebd., S. 409

(37) ebd.

Landstreitkräfte auszuschalten, die Aufmarschgebiete wegzunehmen und strategisch wichtige Gebiete in Besitz zu nehmen.

Man erkennt unschwer, daß damit die Führer der UdSSR vollständig die Militärdoktrin des US-Imperialismus übernommen haben. Die Verwandtschaft dieser in ihren Grundzügen von beiden imperialistischen Supermächten vertretene Militärdoktrin mit der Militärdoktrin des Faschismus ist offenkundig:

a. Faschistische Militärtheoretiker wie der Italiener *Douhet* vertraten vor dem Zweiten Weltkrieg die Auffassung, Luftwaffenangriffe auf die Truppen und vor allem die lebenswichtigen Zentren des Hinterlandes des Gegners seien in Zukunft die wichtigste, kriegsentscheidende Kampfform. (38) Alle Aussagen über die angeblich kriegsentscheidende Bedeutung einer neuen Waffe, die damals über die Luftwaffe gemacht wurden, werden von den Militär-Theoretikern der beiden Supermächte auf die Atomwaffenrakete übertragen und wiederholt, besonders offen und deutlich von *W.I. Samkowoj*, der schreibt: "Ein massierter nuklearer Raketenschlag gegen jene Heimatgebiete kann den gesamten Verlauf und Ausgang des Krieges entscheiden, weil dort des Gegners menschliche und materielle Kraftquellen zu finden sind." (39)

b. Hinter der Ablehnung der strategischen Verteidigung mit anschließendem Gegenangriff, hinter der Doktrin von der Notwendigkeit des überraschenden und umfassenden Raketenschlages und hinter der Aussage, die ersten Stunden, ja Minuten des künftigen Krieges seien die entscheidende Phase, erkennt man unschwer Hitlers Doktrin vom "Blitzkrieg".
Wieder ist es *Samkowoj*, der die Identität der Auffassungen der Führer der UdSSR und der der USA in diesem Punkt besonders deutlich betont: "Die angeführten prinzipiellen Veränderungen im Verhältnis Angriff—Verteidigung haben auch das historisch gewordene Gleichgewicht zwischen diesen beiden Formen der Kriegführung zerstört. Da die Verteidigung nicht mehr zum Siege führen kann, ist **der Angriff als der einzig reale Weg anzusehen**, das Kriegs- und Wirtschaftspotential des Gegners zu zerschlagen. Der Begriff der Verteidigung im klassischen Sinn des Wortes ist im nuklearen Raketenkrieg ein Anachronismus — **und genau das ist der Standpunkt, den die militärischen Kreise der imperialistischen Großmächte vertreten.**" (40)

Einsätze in alle Teile der Welt und Vorbereitung eines Weltkrieges

Welche Konsequenzen hat die in ihren Grundzügen dargestellte Militärdoktrin der Führer der UdSSR?

Die **erste Konsequenz** ist, daß ein beträchtlicher Teil der Truppen in **ständiger Kriegsbereitschaft** gehalten wird: "Die Unterhaltung von Streitkräften in dieser Stärke (41) ist jedoch für jeden, selbst für den stärksten Staat, wirtschaftlich nicht tragbar. Daher werden in Friedenszeiten selbst in den mächtigsten Staaten nur (!) Streitkräfte unterhalten, die in der Lage sind, rechtzeitig einen Kernwaffenschlag zu führen, einen Überraschungsangriff aus der Luft abzuwehren sowie zügige Operationen zu Lande und zur See durchzuführen und dabei die Wucht der ersten Schläge unter Einsatz von mobilisierten Verbänden und Großverbänden rasch zu steigern. **Gegenwärtig wird die Auffassung vertreten, daß die in Friedenszeiten vorhandenen Streitkräfte imstande sein müssen, schon in den ersten Stunden des Krieges die strategische Initiative zu ergreifen und die Erreichung der strategischen Nahziele zu gewährleisten.** Diese Friedensstärke der Streitkräfte wird dadurch erreicht, daß die strategischen Kräfte und Mittel in der für die Erreichung der Kriegsziele erforderlichen Stärke, das System der Luftverteidigung und ein gewisser Teil der anderen Teilstreitkräfte – Land-, See- und Luftstreitkräfte – **in ständiger Bereitschaft gehalten werden.**" (42)

"Gegenwärtig kann die Zeit, innerhalb der die Gefechtsbereitschaft der Truppen hergestellt wird, nicht mehr nach Tagen und in einer Reihe von Fällen nicht einmal nach Stunden bemessen werden. Für viele Truppenteile und Verbände beträgt sie nur wenige Minuten. Dies trifft vor allem auf die Raketentruppen zu, die das Hauptmittel für massierte Kernwaffenschläge gegen den Aggressor sind. Ebenso gilt das für die Truppen der Luftverteidigung des Landes, die die Aufgabe haben, jeden Angriff des Feindes aus der Luft abzuwehren und die wichtigsten Gebiete und Objekte des Landes und der Streitkräfte gegen Kernwaffenschläge abzuschirmen. **In ständiger Gefechtsbereitschaft müssen sich die Truppen der grenznahen Militärbezirke, die Flotten und die Luftwaffe befinden.**" (43)

Die **zweite Konsequenz** ist, daß beide Hauptkonkurrenten, die USA wie die UdSSR, beständig bestrebt sein müssen, die rüstungstechnische Überlegenheit gegenüber dem Gegner zu erlangen und zu erhalten. Zwar finden sich gelegentlich Ausführungen in sowjetischen Quellen, die aussagen, daß möglicherweise eine Kräftegleichheit zwischen den USA und der UdSSR besteht. (44) Bei weitem überwiegend sind jedoch sowohl die Darlegungen über die Notwendigkeit der Überlegenheit der UdSSR als auch die Aussagen, die UdSSR sei auch tatsächlich den USA überlegen.

Von der absoluten Überlegenheit der UdSSR in bezug auf die interkontinentale Raketenwaffe ist in der "Militär-Strategie" die Rede. (45) Aber auch in bezug auf die Kernwaffen heißt es: "Im Hinblick darauf, daß die Wasserstoffwaffe in der Sowjetunion früher entwickelt wurde als in den USA, und insbesondere, daß die USA über keine thermonuklearen Sprengkörper von mehreren Dutzend Millionen Tonnen Sprengkraft verfügen, wie sie die UdSSR besitzt, betrachten wir unsere Überlegenheit über den westlichen Block auf dem Gebiet der Kernwaffen als unbestreitbar." (46)

Und als prinzipielle Zielsetzung wird festgehalten: "Eines der Hauptprobleme besteht darin, daß auf militärtechnischem Gebiet die qualitative und quantitative Überlegenheit über den wahrscheinlichen Aggressor gesichert

(38) ebd., S. 100
(39) ebd., Seite 42 f.
(40) ebd., S. 44
(41) die ausreichend wäre, die kriegerische Auseinandersetzung ohne jede Mobilmachung durchführen zu können.
(42) ebd., S. 452
(43) ebd., S. 288
(44) so z. B. Malinowskis Äußerung vom Beginn der 60er Jahre, zitiert bei Dahm, a.a.O., S. 27, und neuerdings Schachnasarow, Georgi, Internationales Kräfteverhältnis und friedliche Koexistenz, in: Sowjetunion heute 17/75, S. 25
(45) Militär-Strategie, a.a.O., S. 94
(46) ebd., S. 274

sein muß, wozu eine entsprechende militärische Grundlage und der Einsatz einer möglichst großen Anzahl wissenschaftlicher und technischer Kräfte bei der Lösung dieses Problems gesichert sein muß." (47)

Die Zielsetzungen und Feststellungen in bezug auf die Überlegenheit wurden von den Militärtheoretikern und von den Führern der UdSSR bis heute ständig wiederholt.

Samkowoj wiederholt sie 1969 in der deutschen Ausgabe seines Werkes in bezug auf die Hauptwaffe, die interkontinentale Raketenwaffe. (48)

1972 betont Generalleutnant *I.S. Mednikow*, Chef der Politischen Verwaltung der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, in einem Aufsatz in der "Einheit" erneut die "Überlegenheit der sowjetischen Streitkräfte". (49)

Gretschko spricht in seinem schon zitierten "Prawda"-Artikel vom Februar 1975 von der "Überlegenheit der sowjetischen Militärtheorie und -**praxis**". (50)

Paschuk, Erster Stellvertretender Generalstabschef des Warschauer Paktes, erläutert in einem Artikel vom 14. Mai 1975 erneut die Aufgabe der "Sicherung der militärtechnischen Überlegenheit der Armeen der sozialistischen Länder". (51)

Die **dritte Konsequenz** der außenpolitischen Ziele und der militärischen Doktrin betrifft die Gewichtung der verschiedenen Waffengattungen der UdSSR.

Hauptwaffe ist, wie wir gesehen haben, die strategische Raketentruppe. Innerhalb der anderen Waffengattungen (Landstreitkräfte, Luftwaffe, Seekriegsflotte, Luftverteidigungstruppen) bilden die jeweiligen atomaren Raketeneinheiten das Hauptkampfmittel (52), also die atomare Raketenartillerie, U-Boote mit Atomraketen, Raketenkreuzer, nukleare Raketen der Luftwaffe und der Luftabwehr. Erst dann folgen in ihrer Bedeutung für das Gesamtkonzept die Landstreitkräfte, bei denen Panzertruppen und Luftlandeeinheiten für die wichtigsten gehalten werden.

Die **vierte Konsequenz** ist, daß sich die UdSSR auf eine weltweite Ausdehnung der Auseinandersetzung mit den USA vorbereitet:

"Eine der charakteristischen Besonderheiten des zukünftigen Krieges wird seine gewaltige räumliche Ausdehnung sein. Die Entschlossenheit in der politischen und militärischen Zielsetzung der Gegner hat zur Folge, daß sich die Auseinandersetzung nicht auf den Bereich der Gefechtsberührung der Parteien beschränkt, sondern sich im Grunde auf das gesamte Territorium der Staaten erstreckt, die den kriegführenden Koalitionen angehören, da beide Parteien bestrebt sein werden, das feindliche Hinterland völlig zu desorganisieren. Der Masseneinsatz der Vernichtungsmittel, ihre hohe strategische Beweglichkeit und ihre große Reichweite ermöglichen die Bekämpfung des Gegners auf seinem gesamten Territorium einschließlich der entlegensten Gebiete. **Die gewaltige Ausdehnung dieser Territorien und die Besonderheiten der militärgeographischen Lage haben zur Folge, daß der Krieg fast alle Kontinente der Erde erfassen wird.** Er wird nicht nur zu Lande und in den weiten Räumen der Meere und Ozeane geführt werden, sondern auch auf den ungeheuer langen Verbindungswegen." (53)

Zum Vergleich: Die Auffassungen der Volksrepublik China über die Militärpolitik eines sozialistischen Landes

Bevor die Flottenpolitik des Sozialimperialismus dargestellt wird, kurz einen Blick auf das Verteidigungskonzept der Volksrepublik China. (54)

In den militärischen Überlegungen der Führer der KPdSU kommen die Massen, ihre revolutionäre Kraft im Kampf gegen den Imperialismus und ihr Wille zur Befreiung überhaupt nicht mehr vor; vielmehr können sie sich, für Imperialisten typisch, nur noch auf die Waffentechnik stützen. Demgegenüber hält die Volksrepublik China fest, daß es die Massen sind, die die Geschichte machen, und daß die Gesetze des Klassenkampfes auch im Kriege gelten. Es kommt darauf an, die Massen im gerechten Verteidigungskampf gegen den Imperialismus zusammenzuschließen und das weltweite Bündnis mit den revolutionären und fortschrittlichen Massen auch in den imperialistischen Ländern zu entwickeln, um die Imperialisten optimal zu isolieren und zu schlagen. Ausgezeichnete Beispiele dafür haben erneut die siegreichen Volkskriege in Vietnam, Laos und Kambodscha geliefert. (54a)

Nach Auffassung der Kommunistischen Partei Chinas liegt die Ursache der Kriege zwischen verschiedenen Staaten im Expansionsdrang der imperialistischen Länder, vor allem der Supermächte, die in ihrem Heißhunger nach Monopolprofiten die Weltherrschaft anstreben, um Einfluß-

(47) ebd., S. 294
(48) ebd., Seite 21
(49) Einheit 6/72, S. 744
(50) Neues Deutschland, 20.2.1975
(51) in der "Freundschaft" vom selben Tage. Angesichts dieser beständig wiederholten Erklärungen der Führer der UdSSR wirkt es schon einigermaßen kindisch, daß die "Arbeiterkampf"-Autoren Aussagen über die Überlegenheit des russischen Sozialimperialismus für "bürgerliche Lügen" halten.
(52) Militär-Strategie, a.a.O., S. 339f.
(53) ebd., S. 289
(54) zur außenpolitischen Zielsetzung und zur Rüstungsfrage vgl. Bericht des Zentralkomitees an den IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Peking 1969; Rede Tjiao Guan-Huas, Delegationsleiter der Volksrepublik China auf der Plenarsitzung der 27. Tagung der UNO-Vollversammlung, Peking 1972; Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Dokumente, Peking 1973; Dokumente der 1. Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, Peking 1975. Siehe dazu auch: Mao Tsetung, Ausgewählte Militärische Schriften, Peking 1969, und aus neuester Zeit: Kun Djün, Eine überlegene Streitmacht konzentrieren, um die feindlichen Truppenteile einzeln zu vernichten, Peking Rundschau 52/74, S. 5ff.; An der marxistischen Auffassung vom Krieg festhalten, a.a.O. Ich folge der zusammenfassenden Darstellung bei Lo Jui-ching, Gedenket des Sieges über den deutschen Faschismus! Führt den Kampf gegen den US-Imperialismus bis zum Ende! Peking 1965, abgedruckt bei: Dahm, a.a.O., Seite 266–292
(54 a) Für den Krieg gegen die französische Kolonialmacht führt dies z.B. Truong Chinh, einer der Führer des Befreiungskampfes und Mitglied des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams, so aus: "Wenn wir den Krieg verlängern, werden dank unseren Anstrengungen unsere Kräfte stärker werden und die feindlichen Kräfte werden geschwächt, ihre Moral wird sinken und ihre finanzielle Stärke nachlassen. Je länger wir kämpfen, um so einiger wird unser Volk und um so mehr wird uns die demokratische Bewegung der Welt unterstützen. Andererseits wird, während der Feind kämpft, ihm die Antikriegsbewegung und die demokratische Bewegung in Frankreich die Hände binden, die revolutionäre Bewegung in den französischen Kolonien wird ihn zwingen, seine Kräfte zu teilen, er wird in der Welt immer isolierter."

zonen kämpfen und miteinander in Konkurrenz liegen.

Die Strategie eines sozialistischen Landes gegen einen Angriff kann nur in der strategischen Verteidigung mit anschließendem Gegenangriff liegen. Zweck dieser Strategie ist es, auf Kosten des Raumes Zeit zu gewinnen, die Kräfte des Gegners zu schwächen und dann von der strategischen Defensive in die strategische Offensive überzugehen. Hauptziel dieser Strategie ist nicht, ein Territorium zu halten oder einzunehmen, sondern eine überlegene Streitmacht zu konzentrieren, um die feindlichen Kräfte einzeln zu vernichten, schließlich den Gegner zu vertreiben.

Den Theorien des kriegsentscheidenden Charakters der Waffen oder bestimmter Waffenarten (Luftwaffe und Panzertruppe im Zweiten Weltkrieg, strategische Raketentruppen in der Gegenwart) stellt die Kommunistische Partei Chinas den Gedanken entgegen, "daß der Sieg im Krieg nicht von der einen oder anderen neuen Waffe oder irgendeiner technischen Waffengattung abhängt. Er hängt von der engen Verbundenheit zwischen den Streitkräften und den Massen der Zivilbevölkerung ab. Er hängt ab von den gemeinsamen Anstrengungen des Volkes an der Front und im Hinterland sowie von der Koordinierung auf dem Schlachtfeld an der Front mit denen auf dem Schlachtfeld im feindlichen Hinterland. Schließlich hängt der Sieg von der engen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Armee-Einheiten und Waffengattungen ab. Von diesen sind die Bodenstreitkräfte, besonders die Infanterie, am wichtigsten. Ohne den heldenmütigen Kampf der Bodenstreitkräfte können keine neuen Waffen, wie wirksam sie auch sein mögen, den Ausgang der Schlachten entscheiden oder die politischen Ziele des Krieges erreichen . . . Das trifft für andere Kriege ebensosehr zu wie für den Antifaschistischen Krieg. Es galt vor dem Auftauchen der Atombombe und gilt seither und für die Zukunft. Es galt für ein so mächtiges sozialistisches Land wie die Sowjetunion. Es gilt stets für alle Länder, wo die unterdrückten Völker einen revolutionären Kampf führen." (55)

Als Beweis für die Tatsache, daß Atomwaffen allein keine kriegsentscheidende Rolle spielen, wird angeführt, daß der US-Imperialismus mit seinen zahlreichen Atomwaffen nicht in der Lage war, die Siege der Völker Chinas, Koreas, Vietnams, Kubas, Algeriens u.a. seit 1945 zu verhindern. In bezug auf die Bedingungen, unter denen die Volksrepublik China in einen Krieg eintritt, wird erklärt: "Wir werden nicht angreifen, wenn wir nicht angegriffen werden. Wenn wir aber angegriffen werden, dann werden wir ganz bestimmt einen Gegenangriff durchführen . . . Auf welcher Stufe immer die Vereinigten Staaten uns angreifen – wir werden ihnen auf der gleichen Stufe antworten." (56)

"Wir haben öffentlich verkündet, daß China zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erster Kernwaffen einsetzen wird. Das zeigt überzeugend, daß China nur deshalb Kernwaffen entwickelt, um sich zu verteidigen, das Kernmonopol zu brechen und so schließlich die Kernwaffen überhaupt zu vernichten." (57)

Die Flottenpolitik der UdSSR heute: Beherrschung der Weltmeere

Nach den Einschätzungen der "Militär-Strategie" (58) verfolgt die militärische Planung der US-Führung das Ziel, neben den interkontinentalen Raketen vor allem interkontinentale Bomber mit Kernwaffen, daneben auch Atom-U-Boote mit interkontinentalen Raketen und atomwaffenbestückte Flugzeuge auf den Flugzeugträgern einzusetzen; wobei festgestellt wird, daß die strategische Luftwaffe besonders verwundbar ist. Für am wenigsten verwundbar werden Raketen-U-Boote, in zweiter Linie getarnte unterirdische Abschußanlagen gehalten.

Aufgrund dieser Einschätzungen hat die UdSSR in ihrem Rüstungsprogramm neben der strategischen Raketentruppe vor allem den atombetriebenen U-Booten besondere Bedeutung beigemessen, die mit interkontinentalen (59) Nuklearraketen, dem "wichtigsten Kampfmittel der Kriegsmarine der UdSSR" (60) ausgerüstet sind. Der interkontinentalen Bomberflotte dagegen wurde ein weit geringerer Stellenwert zugemessen.

Die Seekriegsflotte der UdSSR hat folgende Aufgaben:
- Vernichtung der Flotte des Gegners, vor allem der Flugzeugträger und U-Boote des Gegners sowie Zerstörung seiner Flottenstützpunkte;
- Unterbrechung der Seeverbindungen des Gegners;
- Raketenschläge gegen das Territorium des Gegners;
- Unterstützung und Transport von Landstreitkräften. (61)

Die Ende der fünfziger Jahre in der UdSSR vorübergehend vertretene Ansicht, die großen Überwasserschiffe hätten ihre Bedeutung verloren, wurde im weiteren Verlauf revidiert; zwar ging die Rolle der Hauptangriffswaffe auf die Atom-U-Boote und die Seefliegerwaffe über, jedoch machten vor allem die der Militärdoktrin entsprechenden Erfordernisse der Bekämpfung gegnerischer U-Boote überall auf den Weltmeeren den Aufbau einer starken Flotte an Überwasserschiffen, vor allem von Hubschrauber- und Flugzeugträgern (62) sowie Raketenkreuzern und -zerstörern erforderlich. Auf die der Militärdoktrin entsprechende Notwendigkeit, starke Flottenverbände auf allen Weltmeeren kreuzen zu lassen, und zwar in ständiger Gefechtsbereitschaft, wurde schon hingewiesen. Es liegt auf der Hand, daß die Zahl der für die imperialistische Flottenpolitik erforderlichen Atom-U-Boote und anderer Kriegsschiffe beträchtlich ist, sollen sie doch diejenigen Aufgaben wahrnehmen, mit denen der US-Imperialismus zwei Waffengattungen, die strategische Bomberflotte und die Atom-U-Boote, betraut hat. Die ständige Gefechtsbereitschaft und das weltweite Operationsgebiet macht es deshalb für den Sozialimperialismus zu einer gebieterischen Notwendigkeit, Versorgung und Nachschub der Seekriegsflotte sicherzustellen. (63) Von ihrer imperialistischen

(55) ebd., S. 281f.
(56) ebd., S. 291; gleiche Erklärung Tschou En-lais auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas in bezug auf die UdSSR, vgl. Rechenschaftsbericht, in: Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, a.a.O., S. 32
(57) Tjiao Guan-Hua, a.a.O., S. 20
(58) Militär-Strategie, a.a.O., S. 125, 136ff., 151, 154
(59) Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Handbuch, Leipzig 1971, westdeutsche Ausgabe Düsseldorf (Brücken-Verlag) 1971, S. 65; zur Zeit der Abfassung der "Militär-Strategie" waren die U-Boote nur mit Mittelstreckenraketen ausgerüstet.
(60) ebd., S. 283
(61) ebd., S. 437ff.
(62) Bisher verfügt die UdSSR über zwei große Hubschrauberträger; der erste Flugzeugträger, die "Kiew", ist vor wenigen Wochen zur Erprobungsfahrt ins Schwarze Meer ausgelaufen (Neue Zürcher Zeitung, 6./7.7.1975).
(63) Der Kraftstoffverbrauch einer großen Flotte wird für eine

Zweckbestimmung her ist es deshalb vollkommen ausgeschlossen, daß die Seekriegsflotte sich nur in Küstennähe der UdSSR aufhält und sich bei der Versorgung nur auf Häfen der UdSSR stützt.

Über die Notwendigkeit, Stützpunkte und Stützpunktrechte zu erhalten, spricht die "Militär-Strategie", indem sie die Politik des Gegners, des US-Imperialismus, beschreibt, den hinsichtlich der Waffensysteme als auch der Einsatzmöglichkeit von Waffensystemen die UdSSR überholt zu haben behauptet.

Zunächst verweist die "Militär-Strategie" auf die zahlreichen völkerrechtlich als solche kenntlich gemachten Stützpunkte der USA, fährt dann jedoch fort: "Um die Widerstandsfähigkeit der Stützpunkte und Schiffsliegeplätze unter Berücksichtigung des möglichen Einsatzes von Kernwaffen sicherzustellen, wird auf die Auflockerung der Stützpunkte und der Lade- bzw. Entladeplätze großes Gewicht gelegt. Es ist vorgesehen, für diesen Zweck mittlere und kleine Häfen zu verwenden, von denen ein Teil entsprechend ausgebaut wird: Es werden Baggerarbeiten durchgeführt, Zufahrtsstraßen ausgebaut, Be- und Entladevorrichtungen, besonders transportable, geschaffen und geschützte Lagerhäuser gebaut; von den Anlegestellen werden unterirdische Rohrleitungen zu den Treibstofflagern und zu den Verbraucherobjekten verlegt. Für die Versorgung der Unterwasserstreitkräfte der Flotte sollen weitgehend schwimmende Stützpunkte eingesetzt werden." (64)

Die Tatsache, daß die UdSSR nicht wie der US-Imperialismus herkömmlich über ein weltweites Netz ausgebauter, völkerrechtlich kenntlich gemachter Stützpunkte verfügte, und die Überlegungen über die Gefährdung offener, großer Stützpunkte läßt die UdSSR offenkundig das Ziel verfolgen, sich ein Netz aufgelockerter Lade- und Entladeplätze in mittleren und kleineren Häfen zu verschaffen. Bei der Verfolgung dieses Zieles muß die UdSSR schon beträchtliche Erfolge erzielt haben, weil sie sonst unmöglich in der Lage wäre, die Flotte auf den Weltmeeren in ständiger Gefechtsbereitschaft zu halten. Auch wenn die UdSSR jedesmal, wenn Zeitungen aus Ländern der Dritten Welt oder westlicher imperialistischer Länder über die Versuche der UdSSR, weitere Stützpunktrechte eingeräumt zu bekommen, berichten, heftige Dementis drucken läßt, sind die Aussagen der Führer der UdSSR über das tatsächliche Operationsgebiet, die Stärke und die ständige Gefechtsbereitschaft der Seekriegsflotte gar nicht anders erklärbar als durch die Benutzung zahlreicher Häfen zu Stützpunktzwecken. (65)

Der "Arbeiterkampf" (Nr. 63/1975) drückt sich – in der Absicht, solchen "Dementis" Glaubwürdigkeit zu verleihen – so aus: "Tatsächlich verfügt die sowjetische Flotte selbst über einfache Anlaufmöglichkeiten in den Häfen einiger befreundeter Länder nur in sehr bescheidenem Maß." Was aber sollten Stützpunkte anderes sein als Anlaufmöglichkeiten? Die Kriegsflotte, die auf allen Weltmeeren kreuzt, wird also nicht über Stützpunkte versorgt, sondern über "einfache Anlaufmöglichkeiten". Der Sachverhalt imperialistischer Flottenpolitik läßt sich nicht leugnen, aber sie ist angeblich nur "bescheiden imperialistisch".

Die Aussagen der Führer der UdSSR sind seit dem Abschluß der "Umrüstung der Streitkräfte der UdSSR" (66), die nach dem Machtantritt der neuen Bourgeoisie durchgeführt wurde, eindeutig. 1965 erklärten *Sokolowski* und *Tscherednitschenko* in einem Aufsatz, die Gefechtsleistung der Flotte sei derart gesteigert worden, daß sie in der Lage sei, "auf allen Meeren gegen einen starken Gegner zu kämpfen". (67)

Der schon zitierte Generalleutnant *Mednikow* erklärte 1972: "In eine mächtige Waffe wurden die sowjetischen Seestreitkräfte verwandelt. Atom- und Diesel-Unterseeboote mit Raketenbewaffnung, raketentragende Überwasserschiffe und Düsenflugzeuge sind heute die Hauptkraft der Seestreitkräfte, die in der Lage sind, Kampfaufgaben **an jeder beliebigen Stelle der Weltmeere** zu lösen. Selbst die Presse der imperialistischen Länder ist des öfteren gezwungen, die Überlegenheit der sowjetischen Streitkräfte und die hohe Qualität der sowjetischen Militärtechnik anzuerkennen." (68)

1975 erklärt General *Jewgeni Iwanowski*, Mitglied des ZK der KPdSU und Oberkommandierender der UdSSR-Streitkräfte in Deutschland: "Zu einer furchteinflößenden Kraft hat sich die Seekriegsflotte entwickelt." (69)

Man wird also dem Urteil des schon zitierten Stellvertretenden Generalstabschefs des Warschauer Paktes, *Paschuk*, zustimmen müssen, wenn er sagt: "Den kräftigen Schritt der Sowjetmacht hört man in allen Ecken des Erdballs." (70)

Operation von der "Militär-Strategie" auf bis zu 150 000 Tonnen geschätzt, a.a.O., S. 461
(64) ebd., S. 154f.
(65) Über die Mitteilung der KVZ, eine Londoner Zeitung habe gemeldet, die UdSSR habe um Stützpunktrechte in Vietnam nachgesucht, hat sich der "Arbeiterkampf" entrüstet. Der gemeldete Versuch der UdSSR scheint mißlungen zu sein; darüberhinaus wurde indirekt bestätigt, daß die UdSSR einen solchen Versuch unternommen hat. Bei ihrem Bemühen, in die UNO aufgenommen zu werden, hat die Demokratische Republik Vietnam beantragt, in die Gruppe der blockfreien Länder aufgenommen zu werden. In ihrem Antragschreiben an den Vorsitzenden der Vierten Konferenz der blockfreien Staaten, Boumedienne, hat sie erklärt, daß sie es keinem Staat gestatten werde, auf ihrem Territorium Stützpunkte zu errichten (Süddeutsche Zeitung, 6.8.1975). Kaum wahrscheinlich, daß die USA, Frankreich oder Großbritannien um Stützpunkte in der Demokratischen Republik Vietnam nachgesucht haben. Das "Neue Deutschland" wußte aber am 31.7. sehr genau, warum es zwar über den Aufnahmeantrag berichtete, die Meldung über die Erklärung bezüglich der Stützpunkte jedoch unterdrückte.
(66) Als Zeitpunkt für den Abschluß der Umrüstung wird in sowjetischen Quellen der 22. Parteitag 1961 angegeben, vgl. Sokolowski und Tscherednitschenko, Einige Fragen des sowjetischen militärischen Aufbaus während der Nachkriegsperiode, in: Wojenno-istoritscheskij Schurnal 3/65, abgedruckt in deutscher Übersetzung in: Dahm, a.a.O., S. 215–245; die zitierte Angabe findet sich S. 239
(67) ebd., S. 243
(68) Einheit 6/72, S. 744
(69) Neues Deutschland, 21.2.1975
(70) in: "Kommunist Wooruschennych Sil", zit. nach Neue Zürcher Zeitung, 21./22.6.1975. Es erübrigt sich angesichts des Zwecks, den die Führung der UdSSR der Seekriegsflotte zuschreibt, und ihren eigenen Angaben über deren Stärke, auf die Zählspielchen des "Arbeiterkampf" und seine Erfindungen der "symbolischen" und "kaum manövrierfähigen" Flotte der UdSSR ausführlich einzugehen. Festzuhalten bleibt nur folgendes: 1. Das Zählspielchen kommt durch einen Trick zustande, indem die hochseegängigen Überwasserschiffe (also Kreuzer, Hochseezerstörer und Hubschrauberträger) und diejenigen Schiffe, die nur in Küstennähe operieren können, die in der KVZ-Statistik (in Nr. 25/75) getrennt waren, zusammengeworfen werden. An hochseegängigen Überwasserschiffen waren in der KVZ, fußend auf den Angaben des Londoner Instituts für Strategische Studien, 221 genannt worden. Das jüngst erschienene Marinehandbuch "Jane's Fighting Ships" rechnet nach Presseberichten mit 215 derartigen Schiffen (Neue Zürcher Zeitung, 21.8.1975). In einem TASS-Kom-

Die Flottenpolitik der UdSSR in der Zeit von 1917 bis 1956

Bei den Bemühungen des *"Arbeiterkampf"* und ähnlicher Leute, die UdSSR von der Kennzeichnung einer durch und durch imperialistischen Macht reinzuwaschen, spielt folgende Argumentationsweise eine bedeutende Rolle: Zwar wird eingeräumt, die Außenpolitik der UdSSR habe "imperialistische Züge" (71) angenommen, aber ihre Politik sei **"an sich"** nicht imperialistisch. Diese Argumentationsweise findet sich auch in den "Arbeiterkampf"-Artikeln in bezug auf die Flottenpolitik der UdSSR. Dort wird ausdrücklich erklärt, die Flottenpolitik der UdSSR sei "an sich" nicht imperialistisch (72): "Wenn die Sowjetunion noch ein sozialistischer Staat wäre, so wäre es für Kommunisten einfach **idiotisch**, wenn man die Sowjetunion auffordern würde, die Weltmeere den imperialistischen Flotten zu überlassen." (73)

Nun zeigt schon die Untersuchung der Militärpolitik etwa Chinas, Albaniens, Vietnams oder Koreas, daß sie offensichtlich auf der Weite der Weltmeere operierende Flotten für unzweckmäßige Mittel bei der Verteidigung der sozialistischen Revolution in ihren Ländern und bei der Unterstützung der um ihre Befreiung kämpfenden Völker halten. (74) Aber auch die UdSSR hat, solange sie ein sozialistisches Land war, diese Haltung eingenommen.

Rußland gehörte vor der Revolution 1917 zu den fünf größten imperialistischen Seemächten der Welt und ließ seine Flotten auf allen Weltmeeren kreuzen.

Um eine Vorstellung von der Größe der zaristischen Flotte zu geben, hier die Gesamtverluste des Zarismus im Krieg mit dem japanischen Imperialismus 1904/05: 14 Linienschiffe, drei Küstenpanzerschiffe, zwei Panzerkanonenboote, zwei große, elf kleine Kreuzer, 30 Torpedozerstörer und zwei Minenschiffe. (75) Der in der Seeschlacht von Tsushima 1905 vernichtete Flottenverband war größtenteils aus den europäischen Gewässern auslaufend um Afrika herum und durch den Indischen Ozean in ostasiatische Gewässer gelangt.

Was hat nun die siegreiche proletarische Revolution 1917 mit der Kriegsflotte gemacht? (76)

Die ihr verbliebenen Schiffe wurden in zwei Küstenverteidigungsflotten zusammengefaßt, die Baltische und die Schwarzmeerflotte. Die übrigen Verbände, wie z.B. die pazifischen Geschwader, wurden aufgelöst.

Am 18. Januar 1918 wurde von der proletarischen Staatsmacht die gesamte Schwarzmeerflotte versenkt, um sie nicht in die Hände der Deutschen fallen zu lassen.

Nach dem Bürgerkrieg faßte Frunse, Frontoberbefehlshaber des Bürgerkrieges und führender Militärschriftsteller der UdSSR, den nach Ansicht des "Arbeiterkampf" für einen Kommunisten "idiotischen" Standpunkt zusammen: "Da wir kein Verlangen haben, eine aggressive Politik zur See zu betreiben, werden wir uns aller Wahrscheinlichkeit nach, selbst unter den günstigsten Budgetbedingungen, auf ein Programm beschränken, das den Bau kleinerer Schiffe für Verteidigungszwecke vorsieht." (77)

An diese Richtlinie hat sich die UdSSR bis 1956 gehalten. Der Flottenaufbau beschränkte sich auf die Baltische Flotte zur Verteidigung insbesondere Leningrads (78) und auf zahlreiche Flußflottillen.

Angesichts der imperialistischen Kriegsdrohungen sah sich die UdSSR nach 1930 gezwungen, die Stärke ihrer Flotte beträchtlich zu erhöhen. Der einzige Zweck blieb jedoch die Verteidigung der eigenen Küsten. 1932 erfolgte der Aufbau der Pazifischen Flotte und 1933 der Nordflotte.

Obwohl die imperialistischen Mächte eine fieberhafte Flottenrüstung betrieben, unternahm die UdSSR keinen Versuch, eine aggressive Politik auf den Weltmeeren aufzunehmen. Die 1939 in Dienst gestellten 112 neuen Kriegsschiffe (1940: 168, 1941: 500) dienten weiterhin ausschließlich der Küstenverteidigung. Bewegungen auf hoher See hat diese Flotte im Zweiten Weltkrieg nicht ausgeführt. Den kriegsentscheidenden Sieg über die deutsche Ostfront hat die sozialistische UdSSR trotz anfänglicher waffentechnischer Überlegenheit des deutschen Faschismus, trotz starker faschistischer Flotten mit den Landstreitkräften erkämpft. (79) Die Flotte reichte für ihren Zweck: die Verteidigung der sozialistischen Revolution in

mentar zur Veröffentlichung des Werkes werden die Zahlenangaben nicht dementiert, sondern nur der Behauptung widersprochen, diese Schiffe stellten eine Bedrohung dar (Neue Zürcher Zeitung, 22.8.1975). Schließlich sei den "Arbeiterkampf"-Autoren mitgeteilt, daß die von ihnen in Zweifel gezogenen Zahlenangaben des Londoner Instituts von sowjetischen Quellen selbst ausführlich benutzt werden – vgl. die "Militär-Strategie" S. 137, 139, 149ff., 154ff. –, ohne daß auch nur ein einziges Mal behauptet wird, die Zahlen seien in bezug auf die UdSSR nicht zutreffend. Der "Arbeiterkampf" selbst führt seine ganze Entrüstung über die Benutzung westlicher Zahlenangaben, auch dort, wo sie aller Wahrscheinlichkeit nach richtig sind, ad absurdum, indem er in seinem Artikel über die KSZE "Die Kriegsgefahr nimmt weiter zu!" in Nr. 66 vom September 1975 in bezug auf die SALT-Angaben **ohne Quellenangabe** die Mitteilungen der **US-Regierung** wiedergibt (vgl. zur Herkunft der Angaben aus dieser Quelle Neue Zürcher Zeitung vom 28.11.1974).

(71) "Arbeiterkampf" Nr. 65/1975, Seite 17, Hervorhebung im Original

(72) ebd.

(73) ebd., im Original fett

(74) Wenn der "Arbeiterkampf" der Meinung ist, diese Haltung sei "idiotisch", und für sich selbst als den Ratgebenden in Anspruch nimmt, vom kommunistischen Standpunkt aus zu sprechen, dann müßte der "Arbeiterkampf" **sofort** einen großen Grundsatzartikel veröffentlichen, in dem die Politik der Volksrepublik China, Vietnams, Koreas und Albaniens schärfster Kritik unterzogen wird, weil sie als sozialistische Länder die Weltmeere den Imperialisten freiwillig überlassen. Wenn die Haltung dieser Länder **idiotisch** ist, ist sie für das internationale Proletariat und die um ihre Freiheit kämpfenden Völker **gefährlich**, und es wäre die Pflicht jedes Kommunisten, diese angebliche Preisgabe der Weltmeere aufs Schärfste anzuprangern. Daß nicht Zurückhaltung in der Kritik an der Volksrepublik China der Grund sein kann, warum der "Arbeiterkampf" diese Kritik noch nicht veröffentlicht hat, kann man an seinen zahlreichen "Kritiken" an der Politik der Volksrepublik China wohl erkennen.
In dieser wie in anderen Fragen beweist der "Arbeiterkampf" erneut seine hochgradige Prinzipienlosigkeit: heute so, morgen so. Wenn ein angeblich sozialistisches Land nach Beherrschung der Weltmeere strebt, so mag es dies tun. Wenn es die Weltmeere den Imperialisten überläßt, so soll auch dies recht sein. Man erkennt leicht, daß solche Haltung lebensgefährlich ist.

(75) Angaben nach Meyers Konversationslexikon von 1907

(76) Ich folge hierbei mit Ausnahme derjenigen Zitate und Informationen, deren Herkunft ausdrücklich kenntlich gemacht sind, den Angaben aus dem Werk "Die UdSSR, Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken". Einzelausgabe des 50. Bandes der 2. Auflage, Moskau o.J., deutsche Ausgabe, Leipzig 1959, Seite 255 ff. und 522 ff.

(77) M.W. Frunse, Ausgewählte Schriften, Moskau 1951 (russisch), deutsche Ausgabe Berlin 1955, Seite 281

(78) Ebenda, Seite 439

(79) "Militär-Strategie", Seite 238 ff.

der UdSSR gegen die Angriffe des Imperialismus. Erst der Machtantritt der neuen Bourgeoisie und die Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre erfolgte Umrüstung der sowjetischen Streitkräfte brachten einen grundlegenden Wandel in der Flottenpolitik.

Auch in der Seerechtsfrage: Gegen die Hoheitsrechte der kleinen Staaten, für die Fortsetzung imperialistischer Kanonenbootpolitik

Dem entsprach auch ein grundlegender Wandel in der Haltung der UdSSR zur Seerechtsfrage.

Bei dieser Frage (80) ging und geht es darum, daß die Anrainerstaaten der Meerengen seit längerer Zeit das Recht fordern, daß die Durchfahrt von Kriegsschiffen anderer Länder durch die Meerengen von ihrer Genehmigung abhängig gemacht wird. Der US-Imperialismus widersetzte sich dem, um das ungehinderte Manövrieren seiner Flotten im Mittelmeer, im Schwarzen Meer, in der Ostsee, im Indischen Ozean usw. zu gewährleisten.

Noch 1958 unterstützte die UdSSR die Haltung der Anrainerstaaten. (81) Mit dem Aufbau der imperialistischen Seekriegsflotte veränderte sich diese Haltung der UdSSR in ihr genaues Gegenteil. Und nicht nur das. Die USA verfügen an ihren eigenen Küsten über zahlreiche große Häfen mit ungehindertem Zugang zur hohen See, sowohl zum Atlantik als auch zum Pazifik und damit zum Indischen Ozean. Die UdSSR jedoch verfügt nur über zwei ganzjährig nutzbare Häfen mit unmittelbarem Zugang zur hohen See, die auch noch beide geogrpahisch recht ungünstig liegen: Murmansk am Nordmeer und Wladiwostok am nördlichen Pazifischen Ozean.

Die Ostseehäfen und die Schwarzmeerhäfen sind durch Meerengen von der hohen See getrennt.

Die UdSSR ist deshalb und weil sie auf den Aufbau einer starken interkontinentalen Bomberflotte verzichtet hat und stattdessen vor allem die Atom-U-Bootflotte ausbaut, bei der Durchsetzung ihrer imperialistischen Politik in einem viel höheren Maß als der US-Imperialismus darauf angewiesen, ihren Standpunkt in der Seerechtsfrage durchzusetzen: Ihre Kriegsflotten sollen das Recht behalten, ohne Genehmigung der Anrainerstaaten durch sämtliche Meerengen zu fahren, also etwa den Bosporus, durch die Meerenge bei Gibraltar, durch die Ostseeausgänge, durch die Straßen von Aden und Malakka, um einige der wichtigsten zu nennen. Daß die Führung der UdSSR in der Verfolgung ihrer durch und durch imperialistischen Politik damit auch dem US-Imperialismus die heißen Kartoffeln aus dem Feuer holt, schert sie nicht. Schwerlich kann man dies als eine "Politik mit imperialistischen Zügen" beschönigen. Indem die UdSSR sich das Recht zu bewahren versucht, überall herumzukreuzen, arbeitet sie mit dem US-Imperialismus direkt zusammen. Daß der US-Imperialismus immer noch die Möglichkeit hat, seine Flotten im Mittelmeer, im Schwarzen Meer, in der Ostsee kreuzen zu lassen, ist nicht zuletzt auf die Zusammenarbeit des russischen Sozialimperialismus zurückzuführen.

Hinzu kommt ein weiterer Punkt, der die Interessen der meisten kleinen Länder, vor allem der Dritten Welt, gegen die Politik der beiden Supermächte mächtig zusammenschließt: die Forderung nach Ausweitung der Hoheitsgewässer. Bisher erstrecken sich die Hoheitsgewässer auf drei Seemeilen vor der Küste. Seit einer Reihe von Jahren erstreben zahlreiche kleinere Länder, vor allem der Dritten Welt, die Ausweitung auf zwölf Seemeilen. Das ist, neben dem Schutz von maritimen Wirtschaftszonen (bis zu 200 Meilen) vor der Ausplünderung durch die Fischereiflotten und Ölmonopole der imperialistischen Länder, der zweite zentrale Punkt der UNO-Seerechtskonferenz, die seit einigen Jahren in unregelmäßigen Abständen tagt. Wenn die kleineren Länder, vor allem der Dritten Welt, in diesem Punkt ihre berechtigten Interessen durchsetzten, würde die Zahl der Meerengen, die innerhalb der Hoheitsgewässer von Anrainerstaaten liegen, von etwa einem Dutzend auf 116 anwachsen. (82)

Man kann sich vorstellen, daß diese Aussicht: beträchtliche Erhöhung der Zahl der Meerengen und Genehmigungspflicht der Anrainerstaaten, den beiden Supermächten, aber auch den anderen imperialistischen Ländern den Schlaf raubt. Am härtesten getroffen würde jedoch ohne Zweifel aufgrund der oben geschilderten Umstände der russische Sozialimperialismus.

Und er ist es auch, der inzwischen eine offene Kriegsdrohung gegen die Anrainerstaaten von Meerengen ausgesprochen hat, nachdem die Verzögerungstaktik und die Verfahrenstricks auf der Seerechtskonferenz nichts gegen die prinzipielle Haltung der überwiegenden Mehrheit der Konferenzteilnehmer hat ausrichten können:

"In Caracas hatten die Vertreter einiger Entwicklungsländer vorgeschlagen, eine sogenannte friedliche Durchfahrt für Kriegsschiffe durch alle Wasserstraßen, die von der internationalen Schiffahrt genutzt werden, aber mit Territorialgewässern identisch sind, zu vereinbaren. Die sogenannte friedliche Durchfahrt würde es den Küstenstaaten aufgrund einseitiger Akte und Regeln gestatten, anderen Staaten diese oder jene Beschränkung für die Durchfahrt verschiedener Schiffe, einschließlich der Kriegsschiffe, aufzuerlegen. Auf die internationalen Wasserstraßen angewendet, könnte eine solche Regelung zur Kontrolle einiger weniger Staaten über jene wichtigen Wasserstraßen führen, die als Schlüsselpunkte der internationalen Schiffahrt und Verkehrsverbindungen dienen. Die Kommunikation zwischen Ländern und Kontinenten könnte auf diese Weise in die Abhängigkeit von Willkürakten einzelner Staaten geraten. Dies könnte zu **gefährlichen internationalen Konflikten** führen und die Entwicklung einer auf Gleichberechtigung beruhenden Zusammenarbeit stören." (83)

Dieser Wortschwall heißt nichts anderes als: Die imperialistischen Seemächte sollen weiterhin das Recht behalten, jederzeit in ständiger Gefechtsbereitschaft befindliche Seekriegsflotten mit Nuklearwaffen, Flugzeugträgern, Landungstruppen usw. ohne Ankündigung und Genehmigung durch alle Meerengen patrouillieren zu lassen. Wenn den imperialistischen Ländern dieses Recht streitig gemacht wird, "führt dies" zu "gefährlichen internationalen Konflikten". Da diese Konflikte kaum darin bestehen könnten, daß die kleinen Länder die Territorien der Super-

(80) Vgl. "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 12. Mai 1975, 10. Mai 1975; "Neue Zürcher Zeitung", 10./11. Mai 1975; "Neues Deutschland", 16. Mai 1975

(81) Dickhut, a.a.O., Seite 238

(82) "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 15. März 1975

(83) Die sowjetische Zeitschrift "Neue Zeit" Nr. 12/1975, zitiert nach: "Sowjetunion heute" Nr. 10/1975

mächte überfallen, kann diese Ankündigung gar nichts anderes heißen, als daß dann die imperialistischen Mächte, vor allem die Supermächte, die kleinen Länder **militärisch zwingen**, die Meerengen freizugeben. Die dazu erforderlichen militärischen Mittel liegen bereit: Sie bestehen in eben den genannten Flotten mit ihren Flugzeugträgern, Landungstruppen usw. (84)

Aller Voraussicht nach wird die Seerechtskonferenz mit großer Mehrheit die von den Supermächten und ihrem Anhang so heftig bekämpfte Regelung beschließen; und aller Voraussicht nach werden diese dann erklären, daß sie sich nicht an den Beschluß halten werden. Die Stellungnahme der UdSSR ist dabei die öffentliche Ankündigung, daß diese Supermacht, bisher immer bemüht, ihre Erpressungen der Länder der Dritten Welt hinter den Kulissen zu organisieren, um ihre fortschrittliche Fassade aufrechtzuerhalten, in diesem Fall aus den Kulissen hervortreten wird und sich offen Schulter an Schulter mit dem US-Imperialismus gegen Länder der Dritten Welt richten wird.

Die Verharmlosung der imperialistischen Politik der UdSSR ist Schützenhilfe für imperialistische Aggressionspolitik

Was war der Zweck der Polemik des "Arbeiterkampf" gegen die KVZ? Der Zweck war offenkundig, über die UdSSR, ihre durch und durch imperialistische Politik, ihre durch und durch imperialistische Militärdoktrin, ihre durch und durch imperialistische Flottenpolitik, über die durch und durch imperialistischen Mittel, mit denen diese Politik durchgesetzt wird, Unklarheiten zu verbreiten. Der Zweck war offenkundig, den Lesern des "Arbeiterkampf" vorzutäuschen, die Politik der UdSSR sei "vernünftiger", "friedliebender", "fortschrittlicher" als der US-Imperialismus und "im Prinzip" akzeptabel.

Dabei ist es nicht um einen Streit gegangen, bei dem die Tragweite dieses oder jenes Ereignisses, die mehr oder weniger große Stichhaltigkeit einer statistischen Angabe, kurz: das Vorliegen oder Nichtvorliegen einer möglichen Fehlerquelle – zur Debatte stand. Es ist bei diesem Streit vielmehr darum gegangen, daß der "Arbeiterkampf" bei einem der wesentlichen Kennzeichen der imperialistischen Außenpolitik der UdSSR, der Flottenpolitik, vorzutäuschen versucht hat, die Verhältnisse seien das **Gegenteil** von dem, was sie wirklich sind. Wo die Führer der UdSSR selbst offen davon sprechen, daß die Seekriegsflotte eines ihrer wesentlichen militärischen Mittel ist und selbst auf die "furchteinflößende Stärke" dieser Flotte hinweisen, spricht der "Arbeiterkampf" von "symbolischen", "kaum manövrierfähigen Flotten".

Das ist, ob das die "Arbeiterkampf"-Autoren nun beabsichtigen oder nicht, publizistischer Flankenschutz für eine aggressive imperialistische Politik. Sie sollen endlich die Frage beantworten, welchen Zweck die Kriegsdrohungen der UdSSR gegen Länder der Dritten Welt und die Flottendemonstrationen, mit denen die UdSSR diese Kriegsdrohungen unterstreicht, verfolgen.

Eine Politik, "die imperialistische Züge trägt", kann es nicht geben. So würde auch kein vernünftiger Mensch auf die Idee kommen, etwa die Politik des BRD-Imperialismus einzuteilen in solche mit imperialistischen und solche mit sozialistischen Zügen, um dann die Unterstützung seiner Expansionspolitik vom Vorherrschen seiner sozialistischen Züge abhängig zu machen. Entweder es handelt sich um ein sozialistisches Land, dann betreibt es auch keine Expansionspolitik und hat es nicht nötig, den kräftigen Schritt seiner Militärmacht in allen Ecken des Erdballs erschallen zu lassen. Oder es handelt sich um ein imperialistisches Land – gleich in welcher Hülle – und betreibt eine gezielte Expansionspolitik und strebt, wie die UdSSR, nach Weltherrschaft. Wer dies verwischen will, will bloß die Versöhnung mit dem Imperialismus predigen und betreibt Schützenhilfe für den Imperialismus.

Mo.

(84) Zu Recht prangert die Volksrepublik China solches Verhalten an und entlarvt damit die Heuchelei und Hinterlist der Führung der UdSSR mit ihren Vorschlägen über einen "internationalen Gewaltverzicht". Die UdSSR, bis an die Zähne bewaffnet, die ihre kriegsbereiten Flotten teilweise **innerhalb** der Hoheitsgewässer zahlreicher Länder kreuzen läßt, möchte von diesen die Erklärung, sie jedenfalls würden auf Gewalt zur Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen verzichten. Imperialistische Gangsterlogik: Den Ländern der Dritten Welt sollen "Gewaltverzichtsverträge" aufgeschwatzt werden, die ihre Hände binden sollen, ihre Interessen zu vertreten. Tun sie es dennoch, würden sie dann des Vertragsbruches bezichtigt, was die UdSSR als Vorwand zum Angriff nehmen könnte.

Neuerscheinungen im Verlag Jürgen Sendler

Revolutionäre Programme
DM 10,00 *Best.Nr.: 88020*

Das Buch enthält Programme der deutschen und russischen revolutionären Arbeiterparteien sowie der Kommunistischen Internationale. Die Auswahl beginnt mit dem Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie und schließt mit der letzten programmatischen Äußerung der Kommunistischen Partei Deutschlands vor dem Sieg des Faschismus.
Im Anhang wird die Kritik von Friedrich Engels an dem Entwurf des Erfurter Programms abgedruckt sowie – zum Teil auszugsweise – eine Reihe von Artikeln Lenins, die er während der Auseinandersetzung um das Programm der russischen Partei schrieb, und zwar zur Vorbereitung des II. Parteitages von 1903 und im Rahmen der Diskussion um die Änderung des Programms 1917/19.
Engels' und Lenins Artikel sowie die betreffenden Programme selbst können auch heute noch in ihren Grundzügen als Richtschnur dienen bei der Beurteilung der übrigen Programme und programmatischen Äußerungen revolutionärer proletarischer Organisationen. Die Auswahl soll dazu dienen, aus den Kämpfen und historischen Erfahrungen der Arbeiterklasse, aus ihren Siegen und Niederlagen zu lernen.



Religion – Opium des Volkes
48 Seiten *DM 1,80*

Verlag Jürgen Sendler, 6800 Mannheim, Sandhofer Straße 29